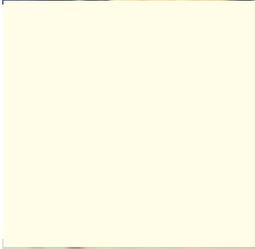




Landesprogramm Modellregionen Integration



Landesprogramm Modellregionen Integration

ERGEBNISSE DER
WISSENSCHAFTLICHEN
BEGLEITUNG UND
HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN



in Kooperation mit:



Vorwort Jörg-Uwe Hahn, Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa, Stellvertretender Ministerpräsident	6
Vorwort Prof. Dr. Friedrich Heckmann, Leiter des europäischen forums für migrationsstudien e.V., Institut an der Universität Bamberg (efms)	8
1 Kernaussagen des Landesprogramms Modellregionen Integration	9
2 Entstehung und Ziel des Handbuchs	23
3 Die Hessische Integrationspolitik und das Landesprogramm Modellregionen Integration	27
3.1 Der Weg zum Landesprogramm Modellregionen Integration	28
3.2 Aufbau und Bestandteile des Landesprogramms	34
3.2.1 Ziele und Maßnahmen des Modellregionenprogramms	34
3.2.2 Die Rolle des Integrationsministeriums	37
3.2.3 Die Rolle der Programmkoordinatoren.....	38
3.2.4 Die Funktion der Förderung von Projekten	40
3.2.5 Veranstaltungen, Workshops und Zukunftskonferenzen	41
3.3 Vorstellung der einzelnen Modellregionen Integration in Hessen	42
3.3.1 Modellregion Hochtaunuskreis auf einen Blick	44
3.3.2 Modellregion Kassel auf einen Blick	46
3.3.3 Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau auf einen Blick	47
3.3.4 Modellregion Offenbach auf einen Blick.....	50
3.3.5 Modellregion Wetzlar auf einen Blick	53
3.3.6 Modellregion Wiesbaden auf einen Blick	55
3.4 Praxistransfer von erprobten Projekten und Programmen	57
4 Handlungsfeld Politik und Verwaltung	61
4.1 Politische Grundlagen	62
4.1.1 Politische Legitimation der Integrationsarbeit	62
4.1.2 Die Rolle des Integrationskonzepts.....	63
4.2 Administrative Verankerung des Themas Integration	66
4.2.1 Die Etablierung einer neuen Verwaltungseinheit.....	66
4.2.2 Möglichkeiten der Verankerung von Integration in der Verwaltung	67
4.3 Integration als Querschnittsaufgabe - Interkulturelle Öffnung der Verwaltung	72
4.3.1 Interkulturelle Öffnung als mehrstufiger Prozess.....	72
4.3.2 Fortbildungen und Seminare zur Vermittlung interkultureller Kompetenz	74
4.3.3 Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung	78
4.4 Koordination von Integrationspolitik und -arbeit:	
Vernetzung auf kommunaler Ebene und mit dem Integrationsministerium	79
4.4.1 Aufbau von lokalen Steuerungsstrukturen	80

4.4.2	Vernetzung zwischen Kommunen und mit der Kreisebene	82
4.4.3	Vernetzung mit der Landesebene - die Rolle des Integrationsministeriums	84
4.4.4	Die Rolle der Programmkoordinatorenstellen im Vernetzungsprozess	86
5	Handlungsfeld Arbeit	89
5.1	Unterstützungsangebote zur Integration in den Arbeitsmarkt	90
5.1.1	Unterstützung beim Erwerb von Qualifikationen	90
5.1.2	Unterstützung bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen	92
5.2	Vernetzung der Akteure im Bereich Arbeit	96
6	Handlungsfeld Bildung	101
6.1	Stärkung der Elterneinbindung in die Prozesse der Sprach- und Bildungsförderung	103
6.2	Bildungsprojekte und Begegnungsprogramme für Jugendliche	108
6.3	Interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen und Stärkung der Elterneinbindung ..	113
6.4	Vernetzung der Bildungsträger	116
7	Handlungsfeld Kultur	121
7.1	Integrationsarbeit von Kultureinrichtungen	122
7.2	Vernetzung der Akteure im Handlungsfeld Kultur	125
8	Handlungsfeld bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt	127
8.1	Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund	128
8.2	Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen	132
8.3	Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung von Vereinen	137
8.4	Würdigung des Ehrenamts	141
8.5	Vernetzung von Vereinen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren	142
9	Handlungsfelder Sport und Gesundheit	145
9.1	Interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen	146
9.2	Integrationsarbeit von Trägern und Einrichtungen im Bereich Sport und Gesundheit ..	149
9.3	Vernetzung der Akteure in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit	154
10	Handlungsfeld lokale Öffentlichkeit	157

11	Integrationsmonitoring	165
12	Ausblick	177
13	Anhang	181
	13.1 Statistische Informationen zu den Modellregionen	182
	13.2 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Modellregionen	186
	13.3 Projektübersicht und Kontaktdaten	188
	Literaturverzeichnis	196
	Impressum	198

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1:	Überblick über Ausgangsannahmen, Maßnahmen und Ziele des Landesprogramms	36
Abbildung 3-2:	Geografische Verteilung der Modellregionen Integration in Hessen	43
Abbildung 11-1:	Verbindung der Monitoringsysteme	167
Abbildung 11-2:	Aufbau des flächendeckenden Monitorings	170

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1:	Die Modellregionen im Überblick	43
Tabelle 11-1:	Exemplarische Ableitung von Indikatoren in verschiedenen Themenfeldern	168
Tabelle 11-2:	Rahmenbedingungen des Integrationsmonitorings in den Modellregionen; Übersicht	174
Tabelle 11-3:	Einwohner nach Migrationshintergrund in Offenbach	175
Tabelle 13-1:	Kontaktinformationen der Projekte in der Modellregion Integration	188



Seit mehr als einem Jahrzehnt ist Integration ein zentrales Politikfeld der Hessischen Landesregierung. Getragen ist die hessische Integrationspolitik von dem Grundgedanken, dass unsere Gesellschaft sich maßgeblich verändert hat und wir diese Entwicklung wahrnehmen, willkommen heißen und gestalten. Gestalten bedeutet: Hessen auf die Zukunft vorbereiten, auf eine noch vielfältigere Zukunft in der Mitte eines weltoffenen Europas. Hessen liegt in der Spitzengruppe der Bundesländer weit vorn, nicht nur, was die Attraktivität für Menschen aus dem Ausland betrifft, sondern auch für die Investitionen aus dem Ausland. Hessen lebt von seiner Weltoffenheit, menschlich und wirtschaftlich.

Wir haben schon viel erreicht. Nach unserer neuesten Umfrage fühlen sich 96% der Menschen mit und 95% der Menschen ohne Migrationshintergrund in Hessen wohl. Damit ist die Zufriedenheit mit dem Leben in Hessen gerade unter Personen mit Migrationshintergrund in den letzten Jahren noch einmal gestiegen. Die Begriffe „Aufnahmegesellschaft“ und „Zugewanderte“ verschwimmen bereits, lassen sich nicht mehr trennen. Deshalb wird Integration als ganzheitlicher gesellschaftlicher Gestaltungsprozess verstanden. Wer zum Beispiel die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an hessischen Schulen als spektakuläre Neuerung sieht, hat etwas missverstanden. Es ist vielmehr nicht weniger, aber auch nicht mehr als die konsequente Umsetzung der Vorgaben des Grundgesetzes.

Für mich ist es ein Gewinn, Vielfalt heute als ein wichtiges Potential dieses Bundeslandes zu sehen. Ich sehe die vielen Begabungen, Interessen und Motivationen. Ich begrüße eine hessische Bevölkerung mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, mitgebrachten Erfahrungen und verschiedenen Wünschen.

Aufbauend auf diesem Gesellschaftsbild haben wir die ausgetretenen Pfade verlassen und gestalten Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe, die in der gesamten Landesregierung umgesetzt wird. Wir haben mit dem Landesprogramm „Modellregionen Integration“ 2009 die Initiative ergriffen, um die integrationspolitische Nischenpolitik der Sonderwege zu verlassen und strukturelle Veränderungen auf allen Ebenen umzusetzen.

Wir haben mit dem Landesprogramm begonnen „Vielfalt in Hessen“ zu gestalten, wir haben modellhaft eine Willkommens- und Anerkennungsstruktur aufgebaut und sind zur Normalität übergegangen.

Gemeinsam mit den Modellkommunen – Kassel, Wetzlar, Offenbach, Wiesbaden, dem Hochtaunuskreis und Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau – haben wir partizipative Prozesse auf der strategischen und operativen Ebene gestaltet, mit Projektvorhaben modellhafte Lösungen erprobt und Konzepte für ein übergreifendes Integrationsmanagement entwickelt. Wichtige Meilensteine, die in diesem Handbuch vertieft werden, sind die interkulturelle Öffnung, der Aufbau nachhaltiger Beteiligungsformen und die Vernetzung wichtiger Akteure vor Ort. Als besonders spannend erachte ich, dass wir in diesem Programm

auf die spezifischen und teilweise sehr unterschiedlichen Ausgangslagen und Veränderungsprozesse der einzelnen Modellregionen eingegangen sind.

Wir haben es als Kompliment verstanden, als Kompliment an Offenbach, stellvertretend für andere hessische Kommunen, als die Süddeutsche Zeitung am 28.9.2012 ihre komplette Seite 3 der deutschen Stadt mit dem höchsten Ausländeranteil - Offenbach - widmete und an vielen praktischen Beispielen den Beleg zeigte für den Titel des Artikels: „Neukölln ist nicht überall“. Offenbach ist eine der sechs hessischen „Modellregionen Integration“. Wir versuchen in Hessen, auf wohlfeilen Alarmismus zu verzichten und lieber zu handeln. Dies ist hier überparteilicher Konsens.

In diesem Handbuch eröffnet sich Ihnen ein großes Spektrum an Erfahrungen und konkreten Empfehlungen in den unterschiedlichen Handlungsfeldern. Bereits im Verlauf des Projektes haben wir mit der Broschüre zur Halbzeitbilanz und der Handreichung „Integration - wie geht das?“ wichtige Hinweise für ein kommunales Integrationsmanagement aufgezeigt. Heute liefern wir mit der Auswertung der wissenschaftlichen Begleitung durch das efms - europäisches forum für migrationsstudien Bamberg - das wissenschaftlich fundierte Ergebnis, als Ausgangspunkt für neue Wege in der Integrationspolitik.

Der Erfolg des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ basiert im Wesentlichen auf dem hohen Engagement aller Beteiligten vor Ort. Mein Dank gilt daher allen lokalen Akteuren der Fachebene, für die motivierte und immer konstruktive Arbeit, sowie den beteiligten Oberbürgermeistern, Landräten und Kreisbeigeordneten, die Integration allesamt zur Herzensangelegenheit, zur „Chefsache“ gemacht und damit den kreativen Raum und die nötigen Ressourcen gesichert haben.

Möge Ihnen dieses Handbuch Anregungen für Ihre tägliche Integrationsarbeit vor Ort geben: Für ein modernes, weltoffenes, l(i)ebenswertes Hessen.

Ihr



Jörg-Uwe Hahn
Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa
Stellvertretender Ministerpräsident



Der Auftrag zur wissenschaftlichen Begleitung des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ war für das europäische forum für migrationsstudien (efms) als Institut an der Universität Bamberg in mehrfacher Hinsicht eine sehr reizvolle Aufgabe:

- Es handelt sich bei dem Programm „Modellregionen Integration“ nach meiner Beurteilung um ein auf Landesebene in Deutschland bisher einmaliges Programm, das auf die nachhaltige Etablierung einer integrationspolitischen Infrastruktur und die integrationspolitische Veränderung von Regelstrukturen und ihrer Angebote zielt. Es trägt die Möglichkeit in sich, auf ganz Hessen ausgedehnt zu werden.
- „Modellregionen Integration“ hat innovative Formen einer Zusammenarbeit zwischen der Landesebene und den Kommunen und Kreisen praktiziert, die sich bewährt haben. Diese Zusammenarbeit hat in einigen Fällen überhaupt erst zur Einführung integrationspolitischer Strukturen geführt.
- „Modellregionen Integration“ war so angelegt, dass durch wissenschaftliche Rückmeldungen während des Programmverlaufs und gemeinsame Reflexionen eine ständige konzeptionelle und verfahrensmäßige Weiterentwicklung des Programms stattfinden konnte.

Das vorliegende Handbuch führt die Erfahrungen des komplexen Landesprogramms zu Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik weiter. Diese basieren nicht nur auf den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung, sondern in bedeutsamem Maße auch auf Empfehlungen der am Programm Beteiligten. Das Handbuch adressiert nicht nur politisch Handelnde auf verschiedenen Ebenen, sondern integrationspolitische Akteure der Zivilgesellschaft und von Verwaltungen sowie eine integrationspolitische Fachöffentlichkeit. Ich wünsche dem Handbuch eine breite Leserschaft und viele Anregungen für die eigene Praxis.

Ihr

Prof. Dr. Friedrich Heckmann

Leiter des europäischen forums für migrationsstudien e.V.,
Institut an der Universität Bamberg (efms)



1 Kernaussagen des
Landesprogramms
Modellregionen Integration

1 Kernaussagen des Landesprogramms Modellregionen Integration

Integration findet vor Ort statt. Sie betrifft die gesamte Gesellschaft - Einheimische sowie Zuwanderer und deren Nachkommen mit ihren Institutionen und Organisationen - und zielt auf deren Zusammenhalt. Es geht um die gemeinsame Gestaltung von Vielfalt und des Zusammenlebens. Um dies zu verwirklichen ist es wichtig, den Blick weg von einer einseitigen Defizitwahrnehmung auf das Thema Integration zu wenden und Migration und Integration als Ressource zu betrachten. Von einem solchen Potenzialansatz geht das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ aus, das im Jahr 2009 vom hessischen Integrationsministerium mit dem Ziel initiiert wurde, die bestehenden Aktivitäten des Landes und der Regionen in Hessen zu vernetzen, gemeinsame Leitbilder zu erarbeiten und durch eine Abstimmung der Vielzahl von Maßnahmen und Projekten die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Integrationspolitik zu schaffen. Dazu wurden in sechs ausgewählten Städten und Kreisen, zusätzlich zu den dort bestehenden integrationspolitischen Aktivitäten, neue Maßnahmen und Prozesse im Bereich Integration angestoßen und gefördert. Das Landesprogramm wurde vom europäischen forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg, seit



Hessische Integrationspolitik

2010 wissenschaftlich begleitet, um Aussagen zur Qualität der Prozesse und der Ergebnisse treffen und Vorschläge zur Optimierung des Landesprogramms sowie geförderter Einzelprojekte im

Programmverlauf unterbreiten zu können. Die folgenden Handlungsempfehlungen speisen sich aus vielfältigen Erkenntnissen der am Programm Beteiligten und basieren auf Folgerungen aus den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung und Evaluation einer Vielzahl von Projekten, die im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ durchgeführt wurden. Die Empfehlungen umfassen eine breite Palette an Themenbereichen. Sie richten sich sowohl an Vertreterinnen und Vertreter politischer Gremien der hessischen Landesebene, der Landkreise und Kommunen als auch an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, Institutionen und Verbänden sowie an Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Vereinen, welche in der Integrationsarbeit tätig sind. Die erfahrungsbasierten Empfehlungen sind dabei mehrheitlich auf andere Bundesländer übertragbar. Sie sollen Anknüpfungspunkte für die Reflexion der eigenen Arbeit sowie Ideen und Anregungen für die Weiterentwicklung von Strategien und deren Implementierung liefern. Sie werden hier in aller Kürze dargestellt. Nähere Ausführungen sowie konkrete Praxisbeispiele zu den folgenden Handlungsempfehlungen können den weiteren Kapiteln dieser Publikation entnommen werden.

1. Integration auf die politische Agenda setzen und zur Chefsache machen!

Um Integration erfolgreich gestalten zu können ist der politische Rückhalt vor Ort unverzichtbar. Dazu müssen Kommunen und Landkreise Wege finden, um das Thema Integration dauerhaft auf ihre politische Agenda zu setzen:

- In der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Kreistag sollte darauf hingewirkt werden, einen überparteilichen Konsens im Themenbereich Integration zu erzielen. Als Anlass für die Schaffung eines Konsenses bietet sich eine Diskussion über integrationspolitische Leitlinien und Ziele sowie die Entwicklung eines Integrationskonzepts an.
- „Integration ist Chefsache!“ sollte ein handlungsleitendes Prinzip für jeden Kreis und jede Kommune sein. Dabei muss in Hessen auf Grund der Magistratsverfassung nicht zwingend der Oberbürgermeister bzw. Landrat für das Thema Integration verantwortlich sein; es kann auch in den Zuständigkeitsbereich eines Bürgermeisters

oder Stadtrats bzw. Kreisbeigeordneten fallen. Wichtig ist, dass ein enger Kontakt zu den politischen Spitzen, beispielsweise durch den Austausch innerhalb von Steuerungsgruppen, aber auch kurze Dienstwege gewährleistet sind.

2. Integration konzeptionell erfassen und strategisch planen!

Lokalen Integrationskonzepten kommt eine bedeutende Rolle zu, da sie Leitlinien und Ziele der Integrationspolitik sowie Maßnahmen der Integri-

- Das Integrationskonzept sollte in einem partizipativen Prozess unter Einbezug von Politik, Verwaltung sowie relevanter gesellschaftlicher Akteure und interessierter Personen vor Ort entwickelt werden. Dabei sollte auf bestehende Netzwerke von Akteuren zurückgegriffen, bzw. neue Netzwerke in Form von (thematischen) Arbeitsgruppen aufgebaut werden.
- Bei der Entwicklung eines Integrationskonzepts auf Kreisebene sollte darauf geachtet werden, Politik und Verwaltung der Kommunen des Kreises einzubeziehen. Dies kann sich als ein guter Anstoß für Zusammenarbeit erweisen.



onarbeit festzuschreiben, welche durch die politische Verabschiedung Verbindlichkeit erlangen. Integrationskonzepte für Städte und Kreise können unterschiedlich erarbeitet werden und ausgestaltet sein:

- Vor Beginn der Konzeptentwicklung sollten eine Bestandsaufnahme und Analyse der Situation vor Ort erfolgen. Dies sollte mit einem Integrationsmonitoring verknüpft werden, um Indikatoren zur Verfügung zu haben, die bei der Festlegung von Zielen berücksichtigt werden können. Die Fortschreibung des Monitorings mit Aussagen zur Entwicklung der Indikatoren im Zeitverlauf sollte ebenfalls in die Fortschreibung des Integrationskonzepts und die Überprüfung der Zielerreichung eingehen.

3. Integration administrativ als Querschnittsthema verankern!

Die Gestaltung des Zusammenlebens in einer zunehmend vielfältigen Gesellschaft stellt Kommunen vor die Herausforderung, die Zusammenarbeit von verschiedenen Verwaltungsressorts kohärent aufeinander abzustimmen, um Synergieeffekte zu schaffen und möglichst vielen Zielgruppen gerecht zu werden. Gerade für das Querschnittsthema Integration ist es dabei notwendig, klare Anlaufstellen und Zuständigkeiten zu schaffen, indem eine neue eigenständige Verwaltungseinheit geschaffen oder das Thema Integration in einem bestehenden Amt verankert wird:

- Eine für Integration zuständige Verwaltungseinheit muss mit einem entsprechenden Budget, Personal und Befugnissen ausgestattet werden. Sie sollte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung als Anlaufstelle dienen und federführend bei der Entwicklung von Strategien und Vernetzungsarbeit sein. Das Thema Integration sollte als Querschnitt behandelt werden und alle Ämter und Abteilungen einbeziehen.
- Wird das Thema Integration mit anderen Themen in einem Amt angesiedelt, so sollte auf die Zusammenstellung der Bereiche geachtet werden, um bestehende Vernetzungsstrukturen bestmöglich nutzen und Synergieeffekte erzeugen zu können. Zudem sollte die Außenwirkung der Zuständigkeitsstruktur bedacht werden, da eine Verbindung des Themas Integration mit vorwiegend negativ besetzten Handlungsfeldern eine defizitorientierte Sicht auf Integration fördern kann.
- Eine Einbindung der – auch von externen Trägern angebotenen – Regeldienste, Programme und Maßnahmen in der zuständigen Verwaltungseinheit sollte erfolgen, um möglichst alle direkten Angebote im Bereich Integration zu verbinden und besser koordinieren zu können.
- Eine Koordination der Themen Zuwanderung und Integration sollte gewährleistet sein: Dies kann über einen regelmäßigen Austausch in Form von Besprechungen der zuständigen Ämter oder durch eine Einbindung der Mitarbeiter in beide Themen stattfinden. Zudem können die Themen als Abteilungen in einem Amt zusammengelegt werden, wobei auch dies mit einer Form der Steuerung einhergehen muss.

4. Institutionen interkulturell öffnen!

Verwaltungen und andere Institutionen stehen zusehends vor der Herausforderung, sich interkulturell zu öffnen, um alle Zielgruppen der städtischen Bevölkerung gut erreichen und ihre Aufgaben effizient gestalten zu können. Wege zu einer interkulturellen Orientierung und Öffnung müssen dabei als ganzheitliche Organisationsentwicklungsprozesse gestaltet werden. Ein wichtiger Bereich stellt hierbei die Personalentwicklung dar.

- Bei der Planung und Implementierung interkultureller Öffnungsprozesse ist es unabdingbar, die Führungsebene einzubeziehen: Für eine Gewinnung der Führungskräfte – auch der poli-

tischen Spitzen – kann das Integrationsministerium unterstützend wirken. Verwaltungsintern sollten die politischen Spitzen im Austausch mit ihren Amtsleitungen, beispielsweise in regelmäßigen Dienstbesprechungen, die Bedeutsamkeit des Themas interkulturelle Öffnung hervorheben und darauf bezogene Prozesse initiieren. Da Menschen mit Migrationshintergrund Kunden aller Dienstleistungsangebote der Verwaltung sind, sollten alle Ämter und Abteilungen in den Prozess der interkulturellen Öffnung einbezogen werden. Neben Führungskräften sollten stets Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Führungsaufgaben einbezogen werden, die oftmals im direkten Kundenkontakt stehen.

- Langfristig sollten sich die verändernden Bevölkerungsstrukturen auch in den Mitarbeiterstrukturen der Verwaltungen widerspiegeln, d.h. es sollte der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung erhöht werden. Dabei sollte im Auswahlverfahren zur Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund – auf deren interkulturelle Kompetenz ein besonderes Augenmerk gelegt werden. Zielgruppenspezifische Werbung sowie offene Vorbereitungskurse zum Auswahlverfahren stellen hilfreiche Mittel dar, um den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu steigern.
- Fortbildungsangebote sollten in weitergehende strategische Überlegungen mit dem Ziel einer interkulturellen Öffnung integriert werden. In Abhängigkeit von der jeweils anvisierten Zielgruppe können Qualifizierungsangebote zur Stärkung interkultureller Kompetenz in bereits bestehende Ausbildungs- und Lerneinheiten bzw. Fortbildungen eingebettet oder in Form von eigenständigen Seminaren und zu diesen spezifischen Themen konzipiert werden.
- Um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine Teilnahme an freiwilligen Fortbildungsangeboten zu motivieren, sollten karrierebedingte Anreize geschaffen werden. Eine verpflichtende Informationsveranstaltung im Vorfeld von fakultativen Fortbildungsangeboten kann dazu beitragen, potenzielle Interessenten zu aktivieren und das Vorhaben eines interkulturellen Öffnungsprozesses auf breiter Ebene bekannt zu machen.
- Wichtige Erfolgsfaktoren bei der Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten zu interkultureller Kompetenz bestehen in einer teilnehmerzent-

rierten Gestaltung, welche sich in der Themenauswahl und dem Praxisbezug des vermittelten Wissens, den gewählten Beispielen und den gemeinsam erarbeiteten Implementierungsstrategien widerspiegeln. Dazu bietet sich ein mehrstufiges Fortbildungsangebot an, welches überblickartig zunächst Grundlagenwissen vermittelt und sich anschließend immer stärker am Arbeitsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientiert. Ein solches Vorgehen ist besonders bei geschlossenen Fortbildungen ganzer Teams erfolgversprechend. Abteilungsübergreifende Veranstaltungen können hingegen die Vernetzung zwischen verschiedenen Arbeitseinheiten in und zwischen Verwaltungen positiv beeinflussen und gegenseitige Lernerfolge hervorrufen.

5. Integrationspolitische Vernetzungsstrukturen auf verschiedenen Ebenen aufbauen!

Beim Aufbau integrationspolitischer Strukturen und Angebote sind viele Akteure und Ebenen beteiligt. Koordinierte und angeleitete Vernetzungsstrukturen können dabei Doppelstrukturen vermindern, Abstimmungsprozesse fördern und zu einem gegenseitigen Lernen beitragen. Dazu ist es notwendig, sowohl vor Ort lokale Steuerungsstrukturen aufzubauen als auch die Verbindungen zu anderen Kommunen und Kreisen sowie zur Landesebene erfolgreich zu nutzen und zu gestalten.

- Steuerungsgruppen, bestehend aus relevanten Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltungen sollten in Kommunen eingerichtet werden. In regelmäßigen Treffen sollen sich diese Steuerungsgruppen über den Stand der Integrationspolitik vor Ort austauschen und das zukünftige Vorgehen planen. Es sollte zudem ein erweiterter Steuerungskreis etabliert werden, um auch verwaltungsexterne Akteure der Integrationsarbeit in die Austausch- und Planungsprozesse einzubeziehen und eine Verständigung über gemeinsame Ziele zu erreichen. Die Steuerungsstrukturen sollten so angelegt sein, dass sie umfassend genutzt werden können, beispielsweise bei der Entwicklung oder Fortschreibung eines Integrationskonzepts; Doppelstrukturen sollten vermieden werden.
- Um die Zusammenarbeit innerhalb eines Landkreises unter Einbeziehung kreisangehöriger

Städte bzw. Sonderstatusstädten zum Thema Integration zu fördern, sollten auch auf dieser Ebene Steuerungsgruppen sowie erweiterte Arbeitsgruppen, denen weitere kreisweit tätige Träger von Integrationsprojekten angehören, eingerichtet werden.



- Kommunen sollten sich mit anderen Städten und Kreisen zum Thema Integration austauschen und von den Projekten und Strategien der anderen lernen. Um dies zu fördern, sollten regelmäßig Gelegenheiten zum thematischen Austausch zwischen den hessischen Kommunen und Kreisen sowie Trägern von Integrationsmaßnahmen geschaffen werden.
- Seitens des Landes sollte eine weitere Unterstützung der Integrationsarbeit der Kommunen und Kreise erfolgen. Aus dem Landesprogramm ging hervor, dass durch die Schaffung konkreter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf der nächst höheren Ebene eine solche Unterstützung und Beratung für Kommunen und Kreise

direkt und gezielt erfolgen kann: Neben einer direkten finanziellen Unterstützung für Projekte sollten unter anderem regelmäßige Austauschmöglichkeiten für Kommunen und Kreise durch Unterstützung des Landes zum Thema Integration etabliert werden. Dazu können die bereits bestehenden Gremien zur Vernetzung der (hessischen) Städte und Kreise (z. B. Städte- und Landkreistag, Integrationsbeauftragtentreffen) verstärkt zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich des Themas Integration genutzt werden.

- Programmkoordinatorenstellen, wie sie im Rahmen des Landesprogramms in den einzelnen Modellregionen geschaffen wurden, haben sich als förderlich für die Initiierung und Begleitung von Vernetzungsprozessen auf der lokalen Ebene sowie mit der Landesebene erwiesen. Daher sollten diese Stellen beibehalten und in weiteren hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten geschaffen werden, um dort ebenfalls

len Verwaltung mit der Landesebene geben, in dem beispielsweise Schwerpunkte und Ziele der Beschäftigung der Koordinatorinnen und Koordinatoren festgelegt werden.

- Das Thema Integration sollte auf der Landesebene verstärkt als Querschnitt behandelt werden. Die Zusammenarbeit der Ministerien zu diesem Thema sollte verbessert werden.

6. Integration in den Arbeitsmarkt fördern!

Dem Arbeitsmarkt kommt eine besondere Rolle bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu: Er bestimmt die sozio-ökonomische und gesellschaftliche Stellung einer Person entscheidend mit. Daher ist es bedeutsam, Vernetzungsstrukturen zwischen den Akteuren im Bereich Wirtschaft und Arbeit aufzubauen bzw. zu optimie-



eine enge Zusammenarbeit mit dem Integrationsministerium zu ermöglichen. Die Aufgabenbereiche der Programmkoordinatorenstellen sollten einerseits mit einem festen Aufgabenfeld, andererseits aber mit auf die Situation vor Ort abgestimmten Tätigkeiten versehen werden. Dazu sollte es einen engen Austausch der loka-

ren sowie unterstützende Maßnahmen, wie Beratungs- und Qualifizierungsangebote für verschiedene Zielgruppen zur Integration in den Arbeitsmarkt zu entwickeln.

- Bei der Etablierung von Erstberatungsangeboten für Fragen der Anerkennung von Abschlüssen qualifizierter Zuwanderer ist es

wichtig, eine enge Zusammenarbeit mit relevanten Bildungs- und Arbeitsmarktakteuren systematisch zu verankern, um eine schnelle und effiziente Vermittlung von Kundinnen und Kunden an die zuständigen Stellen zu fördern. In Städten, in denen eine lokale Erstberatungsstelle eingerichtet werden soll, kann diese systematische Verankerung über die personelle Zusammensetzung der Beratungsstelle gewährleistet werden, wenn im Rahmen dieser Aufgaben Teilzeitstellen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den entsprechenden Institutionen geschaffen werden. Zudem sollte die Zusammenarbeit durch Netzwerktreffen gestützt werden, um die beteiligten Akteure auf den aktuellsten Stand in Anerkennungsfragen zu bringen und die Zusammenarbeit zu fördern. Des Weiteren ist eine bundesweite Vernetzung (z. B. zum Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“) hilfreich.

- Bei der personellen Besetzung von Beratungsstellen für Zuwanderer sollten interkulturelle Kompetenzen ein wichtiges Auswahlkriterium sein, um einen bestmöglichen Zugang zur Zielgruppe zu ermöglichen. Bei Bedarf kann das feste Personal durch ausgebildete Lotsinnen und Lotsen sowie Dolmetscher unterstützt werden.
- Qualifizierungsangebote sollten als fallbezogene ganzheitliche Unterstützung erfolgen, die neben der beruflichen auch die soziale Integration sowie die Aktivierung der Zielgruppe und deren Familien im Blick haben. Dies kann in Form eines in der Stadt- bzw. Kreisverwaltung angesiedelten „Case-Managements“ etabliert werden. Dabei sollten die Zugänge niedrigschwellig angelegt sein; beispielsweise sollten Hausbesuche eingesetzt werden, um Ängste vor Behördengängen abzubauen. Basierend auf persönlicher Beratung sollten Zielgruppen von Unterstützungsmaßnahmen passgenau in bestehende Angebote vermittelt werden, die möglichst im unmittelbaren Sozialraum (z. B. Stadtteilzentrum) durchgeführt werden. Dies setzt einerseits umfassende Kenntnisse der Angebote und eine gute Vernetzung seitens der Projektmitarbeitenden voraus. Andererseits sollten wichtige Ämter und Institutionen im Bereich Arbeitsmarkt in ein derartiges Projekt einbezogen sein.
- Der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen sowie deren Überführung in strukturelle Veränderungen im Bereich Wirtschaft und Arbeits-

markt sollte ein klar definiertes Ziel haben, interessengesteuert sein und sich an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren, so dass alle Teilnehmenden Vorteile aus der Vernetzung und der darin investierten Zeit erlangen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass Netzwerkarbeit zeitintensiv und nicht immer bei allen Akteuren gleich erfolgreich ist. Entsprechend sollten die dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit (zeitlichen) Ressourcen für die damit verbundenen organisatorischen Aufgaben versehen werden. Die Bedeutung verwaltungsinterner Netzwerke sollte zudem nicht unterschätzt werden, da diese für das effiziente Durchsetzen gemeinsamer Interessen förderlich sind.

7. Bildungsangebote fördern und gemeinsam gestalten!

Bisherige Forschungsbefunde bescheinigen Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell schlechtere Chancen im Bereich der Bildung. Dies ist mitunter auf Bildungsbenachteiligung und auf Bildungssegregation zurückzuführen. So existieren in vielen Städten und Gemeinden Schulen und Bildungseinrichtungen mit hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die sich in ethnisch segregierten Einzugsgebieten befinden. In diesen Bildungseinrichtungen müssen oftmals Strategien und Konzepte für eine gleichberechtigte Einbindung aller Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder entwickelt werden. Zudem gibt es in vielen Fällen nur unzureichende Strukturen und Konzepte einer systematischen Vernetzung und Abstimmung von Bildungsträgern und Bildungsangeboten vor Ort. Gerade im Bereich des Übergangsmangements zwischen Kindertagesstätte und Grundschule bzw. Grundschule und weiterführender Schule bestehen vielfach Optimierungsbedarfe. Die Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements fehlt jedoch – oftmals aus Kapazitätsgründen – in vielen Kommunen. Hier setzen unterstützende Angebote der Sprach- und Bildungsförderung für verschiedene Zielgruppen an, um die individuellen Chancen dieser Zielgruppen im Bildungsbereich zu erhöhen:

- Bei der Initiierung von Bildungsprojekten in Kindertagesstätten und Schulen ist es wichtig, dass neben der Schulung des Personals eine



systematische Erprobung erfolgt, wie sich die Umsetzung des erworbenen Wissens effektiv in alltägliche Arbeitsabläufe der Einrichtungen integrieren lässt. Eine Dokumentation der Erfahrungen in Kombination mit der Erstellung von praxisnahen Handreichungen für andere Einrichtungen ist dabei besonders erstrebenswert, um Nachhaltigkeit und Transfer zu fördern.

- Die Arbeit in Kindertageseinrichtungen und Schulen liefert vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten für freiwilliges gruppenübergreifendes Engagement und die Aktivierung von Eltern. Es sollen Maßnahmen gefördert werden, die neue Konzepte der Ansprache und Einbindung aller Eltern – auch derjenigen mit Migrationshintergrund – systematisch und in einem intensiven Umfang erproben, dabei die spezifischen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen und eine Dokumentation und nachhaltige Aufbereitung der Erfahrungen beinhalten. Durch eine erfolgreiche Stärkung der Elterneinbindung können dabei interkulturelle Öffnungsprozesse in den Bildungseinrichtungen angestoßen werden. Es empfiehlt sich, die Idee der im Bereich der kultursensiblen, aufsuchenden Elternarbeit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrer als „Elternbeauftragte“ zu übernehmen und diese als neue Regelstruktur an Schulen einzuführen. Zudem

könnten „Brückenbauerinnen“ und „Brückenbauer“, die sich in mehreren Kulturen zurechtfinden, als Vermittlerinnen und Vermittler zwischen Familien mit Migrationshintergrund und Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.

- Migrant*innenorganisationen und Elternvereine von Zugewanderten sind wichtige Partner in Prozessen der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und bei der Ausgestaltung einer kultursensiblen Elternarbeit. Da sie Zugänge schaffen und gegenseitige Berührungspunkte abbauen können, sollten sie in die Planung und Durchführung von Projektvorhaben aktiv als „Bildungspartner auf Augenhöhe“ einbezogen werden.
- Neben der (früh-)kindlichen, institutionellen Förderung spielen auch spezifische Maßnahmen für eine ergänzende Förderung im Elternhaus eine bedeutsame Rolle für den Bildungserfolg. Insbesondere bei neu zugezogenen Familien ist es sinnvoll, Angebote zur (Sprach-)Förderung für Kinder mit weiteren Bildungsangeboten für die Eltern und einer umfassenden Beratung zu verknüpfen. Wichtig ist es hierbei, Möglichkeiten für eine breite Implementierung von Maßnahmen sowie geeignete niedrigschwellige Ansprachewege zu finden, um die Zielgruppe(n) bestmöglich zu erreichen.

- Bei der Durchführung von Angeboten im Bereich der aufsuchenden Familienarbeit bietet sich eine frühzeitige und aktive Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner an. Dabei können so genannte „Brückenbauerinnen“ und „Brückenbauer“ als „Türöffner“ eingesetzt werden, um Hürden in den Zugängen zu Bildungs- und Beratungsangeboten zu reduzieren. Auch ein starker Stadtteilbezug und eine enge Zusammenarbeit mit den Institutionen im Stadtteil – Kindertagesstätten, Schulen, den örtlichen Vereinen, der Gemeinde sowie verschiedenen Trägern der sozialen Dienste – sind hilfreich, um die Familien wohnortnah und bedarfsgerecht zu unterstützen.
- Begegnungs- und Bildungsprogramme für Jugendliche bieten erfolgversprechende Möglichkeiten, wie mit dem Peergroup-Education-Ansatz, der das Lernen von Gleichaltrigen beinhaltet, die Übernahme von Vorbildfunktionen und das Interesse für eigenes freiwilliges Engagement zu fördern. Der Austausch in gemischt kulturellen Gruppen kann zudem mit einer Haltung des gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Wertschätzung auf Augenhöhe dem Abbau von Vorurteilen dienen.
- Kommunen sollten unter möglichst umfangreicher Einbindung bildungsrelevanter Akteure ein kommunales Bildungskonzept entwickeln. Die Vernetzung der Akteure, die Etablierung eines Bildungsmanagements und einer Bildungsberichterstattung sind notwendige Bausteine für die Realisierung des Konzepts. Im Rahmen des Bildungskonzepts sollten Maßnahmen auf eine Optimierung der Übergänge Kita – Grundschule – weiterführende Schule – Beruf abzielen. Dabei ist es ratsam, an den Erfahrungen und Konzepten bereits erprobter Programme anzuknüpfen.
- Es bietet sich insbesondere an, Projektmaßnahmen im Bildungsbereich mit hohem Stadtteilbezug zu fördern und dabei einen Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen und Zielgruppen zur Verbesserung der Angebote mit Hilfe einer Stadtteilkoordination anzuregen.

8. Kultur interkulturell begreifen!

In einer pluralistischen Gesellschaft sollten die Kulturen der einheimischen Bevölkerungsgruppen und die Kulturen der Herkunftsländer der Migran-



Musik ist interkulturell

- Im Sinne eines Potenzialansatzes sollten bei der Etablierung von bildungsunterstützenden Programmen die Zielgruppen der Schulkinder und Jugendlichen mit hoher Bildungsaspiration nicht vernachlässigt werden.
- tinnen und Migranten im kulturellen Angebot der Städte repräsentiert und für alle zugänglich sein.
- Um den Zugang zu kulturellen Angeboten zu erleichtern und neue Zielgruppen zu erschließen, sollen niedrigschwellige und generations-spezifische Angebote entwickelt werden, die

wenig gruppenspezifische Vorkenntnisse erfordern. Über theater-, kunst- und kulturpädagogische Maßnahmen für Kinder können auch die Eltern gut erreicht werden.

- Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen sollten in die Schaffung kultureller Angebote ebenso wie die Aufnahmegesellschaft aktiv einbezogen werden.
- Diese Präsenz der Herkunftskultur in den kulturellen Angeboten entspricht dem Gedanken der „hybriden Kultur“ von Menschen mit Migrationshintergrund und kann Zugewanderten helfen, sich dort zu Hause zu fühlen.
- Vernetzungsprozesse im Handlungsfeld Kultur sollten – ebenso wie in anderen Handlungsfeldern – über eine Koordination vor Ort aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsame kulturelle Initiativen von Migrantenorganisationen und anderen Vereinen sind dabei besonders förderungswürdig. Sie können zu einer interkulturellen Öffnung von Kultureinrichtungen, wie Theatern und Museen beitragen.

9. Bürgerschaftliches Engagement anerkennen und gezielt unterstützen!

Partizipation – insbesondere im Sinne einer Teilnahme und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben – wird im Bereich des ehrenamtlichen Engagements zum Beispiel in der Aufnahme von Lotsentätigkeiten oder von Ämtern innerhalb von Vereinsstrukturen für die Öffentlichkeit sichtbar. Bürgerschaftliches Engagement spielt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Allgemeinen sowie für die erfolgreiche Gestaltung intergrationspolitischer Maßnahmen im Besonderen eine zentrale Rolle und sollte entsprechend gefördert und anerkannt werden. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Arbeit Ehrenamtlicher, wie Integrationslotsinnen und -lotsen, lediglich eine Unterstützungsleistung sowohl für (Neu-)Zugewanderte als auch für die Institutionen und Einrichtungen der Regelversorgung darstellen kann, sollte im Hinblick auf die Bedarfe und Zielgruppen eine interkulturellen Öffnung der Regeldienste erfolgen.

- Beim Aufbau von Lotsenprojekten sollten Integrationslotsinnen und -lotsen von Beginn an intensiv zu bestimmten Themenfeldern geschult und für ihre ehrenamtliche Tätigkeiten mit kon-

kreten Einsatzfeldern versehen werden. Die Schulung sollte dabei einen hohen Anwendungsbezug aufweisen und die Teilnehmenden gezielt und praxisorientiert auf ihren Einsatz als Lotsinnen und Lotsen vorbereiten sowie in der Ausübungsphase begleiten. Insbesondere, wenn Lotsinnen und Lotsen in unterschiedlichen Handlungsbereichen oder Kommunen innerhalb eines Kreises eingesetzt werden, sollte eine zentrale Stelle zur Koordination und fachlichen Begleitung der Lotsentätigkeiten etabliert werden.

- Das Land Hessen bietet mit seiner Förderung von Basisqualifizierungen und Vertiefungsseminaren für ehrenamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen eine Unterstützung von Lotsenprojekten an. Von diesen Angeboten sollten Kommunen, Kreise und freie Träger Gebrauch machen.
- Die Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Projektträger und Kommune ist ein wichtiger Faktor für die Motivation der Lotsinnen und Lotsen. Dazu zählt auch die Bereitstellung einer Aufwandsentschädigung.
- Zur Verstetigung erfolgreich erprobter Integrationslotsenprojekten sollte ein Koordinierungsteam etabliert und mit den Mitteln ausgestattet werden, die es ihm ermöglichen, regelmäßige Sprechstunden vor Ort anzubieten.
- Migrantenorganisationen sollten dabei gefördert und fachlich begleitet werden, ihre Vereinsarbeit weiter zu qualifizieren und zu professionalisieren. Unter anderem sollten sie in ihrer Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um die öffentliche Wahrnehmung dieser Vereine zu verbessern und Engagementstrukturen bekannt zu machen. Ferner sollten sie bei der Durchführung zielgruppenspezifischer Angebote eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt erhalten. Dazu zählt auch, dass Kooperationen zwischen Vereinen und Projekten gefördert werden.
- Allen Städten und Landkreisen wird empfohlen, im Rahmen ihrer Integrationsarbeit die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen zu suchen und diese in Netzwerke einzubinden. Wichtig ist es dabei, die Kompetenzen der Migrantenorganisationen anzuerkennen und deren Potenziale beim Aufbau von Kooperationen zu nutzen. Es sollten Partnerschaften auf Augenhöhe entstehen.



- Seitens der Städte und Landkreise sollte ein offensiver Umgang auch mit strittigen Migrantenorganisationen erfolgen. Je mehr Kenntnisse und Kontakte zu Vereinen vorliegen, desto besser kann die Einschätzung der Vereine erfolgen. Für einen möglichen Ausschluss von Migrantenorganisationen aus der Zusammenarbeit sollten - in einem engen Austausch mit Sicherheitsbehörden - Kriterien seitens der Verwaltungen entwickelt werden. Diese und die daraus folgende Haltung der Stadt gegenüber den Organisationen sollte einheitlich kommuniziert werden.
- Städte und Landkreise sollten mit speziell auf eine interkulturelle Öffnung ausgerichteten Projekten Vereine - sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch Migrantenorganisationen - bei diesem Vorhaben unterstützen. Dabei kann auch auf bestehende Angebote von Trägern auf Landesebene zurückgegriffen werden. Eine interkulturelle Öffnung von Vereinen sollte mit Qualifizierungsmaßnahmen einhergehen, welche eine persönliche Weiterbildung für die Teilnehmenden und eine Professionalisierung des Vereins darstellen.
- Im Bereich der Vernetzung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte, vor allem in größeren Städten, sozialraumorientiert gearbeitet werden. Dabei kann auf bestehenden Strukturen, wie dem Quartiersmanagement der

Sozialen Stadt oder Ortsbeiräten aufgebaut werden. Solche Strukturen sollten dazu genutzt werden, angebotene Projekte im Stadtteil zu vernetzen, um auf unterschiedliche Begebenheiten, Neuerungen und Herausforderung schnell reagieren zu können.

- Kommunen, Kreise und das Land sollten von den vielfältigen Möglichkeiten der Ankererkennung und Wertschätzung von Ehrenamt Gebrauch machen. Sie sollten vermehrt Projekte vor Ort besuchen und den Trägern eine öffentlichkeitswirksame Plattform zur Vorstellung ihrer Projekte ermöglichen.

10. Gesundheit und Sport fördern!

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellen Gesundheit und Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund Themen mit steigender Relevanz dar. Dabei gilt es, verschiedene Ansätze sowie Herangehensweisen für eine stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gestaltung und Nutzung entsprechender Angebotsstrukturen zu erproben. Für den Bereich Pflege steht dabei eine Beschäftigung mit Fragen der kultursensiblen Altenpflege und einer interkulturellen Öffnung von Pflegeeinrichtungen im Vordergrund. Unter dem Aspekt

der präventiven Gesundheitsvorsorge wird zudem im Handlungsfeld Sport Integrationsarbeit geleistet, wobei zahlreiche Projekte und Maßnahmen unter dem Aspekt der sozialen Integration durchgeführt werden.

- Aus verschiedenen Modellprojekten und Handreichungen ist bekannt, dass bestehende Bar-

den in interkultureller Kompetenz dar. Die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss durch Fortbildungseinheiten sowie durch anwendungsbezogenes Coaching in interkulturellen Pflegebeziehungen gestärkt werden. Diese Prozesse benötigen die Unterstützung und Steuerung durch Pflege-



Sport macht Spaß - Modellregion Integration Hochtaunuskreis

rieren zwischen den Institutionen aus dem Bereich Pflege und Gesundheit und den zugewanderten Migrantinnen und Migranten über aufsuchende und partizipative Ansätze überwunden werden können. Dafür müssen neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. mehrsprachige und verständliche Faltblätter) besprochen werden. Mit Unterstützung von Schlüsselpersonen als Mittler zu Migranten(organisationen) sollten aufsuchende und gemeinwesenorientierte Ansätze in Einrichtungen aus dem Pflege- und Gesundheitsbereich erprobt werden, um bedarfsgerechte Maßnahmen für und mit Migrantinnen und Migranten zu entwickeln.

- Erfolgversprechende Wege um Prozesse der interkulturellen Orientierung und Öffnung von Pflegeeinrichtungen anzustoßen, stellen einerseits die Anwerbung von Pflegepersonal mit hoher interkultureller Kompetenz bei der Besetzung von Personalstellen und andererseits die Aus- und Fortbildung von Pflegen-

dienstleitung und Träger und sollten als bewusste Team-Entwicklungsprozesse gestaltet werden. Zudem brauchen interkulturelle Öffnungsprozesse politische, fachliche sowie finanzielle Unterstützung.

- Um den Breitensport für weitere Zielgruppen attraktiver zu gestalten, sollen niedrigschwellige und offene Zusatzangebote im Bereich Sport geschaffen und gefördert werden. Ein erfolgversprechender Weg besteht zudem in der Weiterentwicklung und Anpassung bereits etablierter Angebote an die Bedürfnisse neuer Zielgruppen (z.B. durch die Qualifizierung von Menschen mit Migrationshintergrund als Trainerinnen und Trainer für die Durchführung von Angeboten für ältere Migrantinnen und Migranten). Es empfiehlt sich, vorab eine Bedarfsanalyse durchzuführen.
- Da Integrationspotenziale nicht per se durch das gemeinsame Betreiben von Sport von Personen aus unterschiedlichen Kulturen freigesetzt

werden, müssen gezielte integrationsfördernde Maßnahmen seitens der Vereinsvorstände und Projektträger bewusst angeregt und gefördert werden. Dazu zählen Prozesse einer gezielten interkulturellen Öffnung von Sportvereinen: Qualifizierungsoffensiven für die Gewinnung von Multiplikatoren mit Migrationshintergrund für die Wahrnehmung bestimmter Ämter und Funktionen in den Vereinen können diesen Prozess der interkulturellen Öffnung der Vereinsstrukturen nachhaltig anstoßen.

- In Sportvereinen sollte eine Willkommenskultur etabliert bzw. weiterentwickelt werden. Die Bereitstellung mehrsprachiger Informationsmaterialien kann z. B. die Zugangsbarrieren zugewanderter Menschen zu Sportangeboten und Vereinen senken, indem sie nicht nur zur Überwindung sprachlicher Verständigungsprobleme beitragen, sondern auch ein Signal der Offenheit für andere Kulturen setzen.
- Vernetzungsstrukturen in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit können zu einer passgenauen und bedarfsgerechten Vermittlung von Kundinnen und Kunden in gesundheitlich-präventive und weitere Sportangebote beitragen. Dafür ist die Schaffung eines umfassenden Überblicks über lokale und regionale Angebotsstrukturen in diesen Handlungsfeldern ein äußerst relevanter Faktor.
- Im Zuge einer interkulturellen Öffnung von Institutionen und Strukturen bietet es sich an, bei der Schaffung und Bewerbung gemeinsamer Angebote und Verbundprojekte auch Migrantenorganisationen aktiv zu beteiligen.

11. Öffentlichkeitsarbeit bewusst gestalten!

Durch eine gezielte, strategische Öffentlichkeitsarbeit können Bürgerinnen und Bürger über integrationspolitische Maßnahmen und Akteure informiert sowie in Prozesse einbezogen werden. Dadurch kann die Transparenz über lokale Integrationspolitik und -arbeit erhöht sowie die Partizipation von Personen mit und ohne Migrationshintergrund positiv beeinflusst werden:

- Die Themen Integration und Vielfalt der Gesellschaft sollten bei großen Veranstaltungen wie dem Hesttag oder Stadtfesten in der Planung regelhaft berücksichtigt werden.

- Bei der Organisation und Durchführung von lokalen Veranstaltungen sollten Städte und Kreise beachten, dass Themen und Teilnehmerkreis dementsprechend ausgewählt und an lokale Begebenheiten angepasst werden. Zu Beginn eines breit angelegten Projektvorhabens soll eine umfassende Einbindung eines möglichst großen Teilnehmerkreises erfolgen, um relevante Akteure identifizieren und frühzeitig einbeziehen zu können. Als entscheidender Faktor für die Ermöglichung und Förderung des partizipativen Gedankens hat sich die Betonung eines Potenzialansatzes im Umgang mit den Themen Zuwanderung und Integration erwiesen.
- Kommunen und Kreise sollten eine systematische und langfristige Kommunikationsstrategie für die Berichterstattung zum Thema Integration entwickeln und dabei Medienvertreter konzeptionell in den Diskurs einbinden.



Informationsmaterialien für die Öffentlichkeitsarbeit

- Ein vollständiger und aktueller Überblick über Integrationsangebote in einer Kommune bzw. in einem Landkreis ist schwer realisierbar. Städte und Kreise sollten jedoch zumindest - vorzugsweise auf der Website der Verwaltung oder einer externen Website - einen fundierten Überblick mit allgemeinen Informationen über die Strukturen der Integrationspolitik und -arbeit vor Ort sowie über die Trägerlandschaft und deren Zuständigkeitsbereiche bzw. einzelne Angebote geben.

12. Fortschritte überprüfen - Monitoring und Evaluationen durchführen!

Eine zielorientierte Integrationspolitik benötigt eine empirisch gestützte Planungs- und Entscheidungsgrundlage. Dazu stellen Monitoring und Evaluation wichtige Mittel dar:

- Um Integration sichtbar zu machen sowie den Verlauf anhand von Indikatoren zu beobachten, zu messen und einschätzen zu können, sollte ein Integrationsmonitoring vor Ort aufgebaut, systematisch gepflegt und fortgeschrieben werden. Die damit erzielten Aussagen zur Entwicklung der Indikatoren im Zeitverlauf sollten in integrationspolitische Entscheidungen, wie in die Fortschreibung des Integrationskonzepts und die Überprüfung der Zielerreichung, eingehen.
- Evaluationen von Programmen und Projekten können dazu beitragen, belastbare Aussagen zur Qualität der Prozesse und der Ergebnisse zu treffen sowie Vorschläge zur Optimierung der Maßnahmen und Aktivität noch während der Implementierungsphase zu entwickeln. Um die Nachhaltigkeit der Ergebnisse sowie den Transfer der Erkenntnisse auf andere Kontexte zu fördern, ist eine systematische Dokumentation und Analyse dabei unerlässlich.



2 Entstehung und Ziel des Handbuchs

2 Entstehung und Ziel des Handbuchs

Das vorliegende Handbuch der Integrationspolitik in Hessen ist aus Einsichten der wissenschaftlichen Begleitung des im Jahr 2009 vom hessischen Integrationsministerium initiierten Landesprogramms „Modellregionen Integration“ entstanden. In Hessen existierten bereits vor der Einführung des Landesprogramms auf Landesebene sowie in zahlreichen Kommunen gezielte integrationspolitische Maßnahmen und Projekte. Im Rahmen dieses Landesprogramms wurden in sechs ausgewählten Städten und Kreisen, zusätzlich zu den dort bestehenden integrationspolitischen Aktivitäten, viele neue Maßnahmen und Prozesse im Bereich Integration angestoßen und gefördert. Dies geschah mit dem Ziel, die bestehenden Aktivitäten des Landes und der Regionen zu vernetzen, gemeinsame Leitbilder zu erarbeiten und durch eine Abstimmung der Vielzahl von Maßnahmen und Projekten die Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Integrationspolitik zu schaffen. Für das Landesprogramm wurde eine wissenschaftliche Begleitung ausgeschrieben, für welche das europäische forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg, im Jahr 2010 vom Integrationsministerium ausgewählt wurde. Aus dieser wissenschaftlichen Begleitung konnten Aussagen zur Qualität der Prozesse und der Ergebnisse getroffen und Vorschläge zur Optimierung des Landesprogramms sowie geförderter Einzelprojekte im Programmverlauf unterbreitet werden. Das Handbuch beabsichtigt, diese Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zu Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Integrationspolitik weiterzuführen. Es nimmt dabei zum einen viele erfahrungsbasierte Empfehlungen der am Programm Beteiligten auf; zum anderen basieren die Empfehlungen auf Folgerungen aus den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitforschung und Evaluation einer Vielzahl von Projekten, die im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ durchgeführt wurden.

Das Handbuch richtet sich sowohl an Vertreterinnen und Vertreter politischer Gremien der hessischen Landesebene, Landkreisen und Kommunen, welche Rahmenbedingungen der Integrationspolitik gestalten, als auch an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, Institutionen und Verbänden sowie an Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Vereinen, welche in der Integrationsarbeit tätig

sind. Es behandelt Themen aus mannigfaltigen Handlungsfeldern und Bereichen, die Anknüpfungspunkte für die Reflexion der eigenen Arbeit sowie Ideen und Anregungen für die Weiterentwicklung von Strategien und deren Implementierung in Maßnahmen und Projekten liefern. Die erfahrungsbasierten Empfehlungen sind dabei mehrheitlich auf andere Bundesländer übertragbar. Somit adressiert das Handbuch neben den integrationspolitischen Akteuren in Hessen auch die interessierte Fachöffentlichkeit in anderen Bundesländern.



Aufbau des Handbuchs

Da unterschiedlichste Handlungsfelder abgedeckt und eine breite Zielgruppe mit diesem Handbuch angesprochen werden sollen, ist es so angelegt, dass die einzelnen Kapitel und Themenbereiche für sich gelesen werden können. Das Handbuch kann keineswegs die Gesamtheit der Bereiche von Integrationspolitik ansprechen und erhebt somit keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Dargestellt werden die Themenbereiche Politik und Verwaltung, Arbeit, Bildung, Kultur, Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt, Sport und Gesundheit sowie Lokale Öffentlichkeitsarbeit. Handlungsfelder wie Wohnen und Konfliktprävention bilden ebenfalls wichtige Handlungsbereiche der Integrationspolitik, die jedoch nicht vertieft analysiert werden, da sie keine Schwerpunktthemen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ sind und sich das Handbuch primär aus den Erfahrungen mit der Umsetzung des Landesprogramms speist.

Folgende Gliederung liegt dem Handbuch zu Grunde: Im Anschluss an diese Einführung folgt ein Kapitel mit Informationen über die Einbettung des Modellregionenprogramms in die hessische Integrationspolitik. Es werden dabei die Entstehung

sowie die Ziele und Bestandteile des Modellregionenprogramms und der wissenschaftlichen Begleitung geschildert. Des Weiteren werden die sechs ausgewählten Modellregionen in Hessen, welche am Landesprogramm teilnehmen, in Form von Kurzbeschreibungen vorgestellt (Kapitel 3). Die Kapitel 4 bis 10 bilden das Kernstück des Handbuchs – die Handlungsempfehlungen. Im Rahmen von sieben Handlungsfeldern werden dabei zahlreiche Themen beleuchtet. Es erfolgt jeweils eine kurze allgemeine Hinführung in das Handlungsfeld; anschließend werden die Erfahrungen der Modellregionen mit den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung dargestellt und Empfehlungen für unterschiedliche Adressatengruppen der Integrationspolitik und -arbeit ausgesprochen. Praxisbeispiele sind in Boxen hervorgehoben und zentrale Erkenntnisse am Ende jedes Kapitels noch einmal zusammengefasst. Kapitel 11 beschreibt darüber hinaus den Aufbau eines Monitoringsystems für den Bereich Integration in Hessen und schildert die Erfahrung der Modellregionen mit der Einführung eines solchen Integrationsmonitorings. Ein Ausblick rundet das Handbuch ab (Kapitel 12).

Zum Verständnis von Integration

Bevor konkret auf das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ und die Empfehlungen eingegangen wird, soll zunächst das **Verständnis von Integration** aus Sicht der wissenschaftlichen Begleitung, welches diesem Handbuch zu Grunde liegt, erörtert werden: Unter Integration verstehen wir die Eingliederung aller Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und Institutionen in den Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft, Recht, Politik und Kultur. Integration ist ein wechselseitiger Prozess: Sowohl die Zuwanderungsbevölkerung als auch die Aufnahmegesellschaft haben neue Formen der Interaktion zu erlernen; die bestehenden Institutionen müssen sich den Bedürfnissen der zunehmend heterogenen Gesellschaft anpassen und sich somit weiterentwickeln. Integration ist aus Sicht der Zuwanderer ein kumulativer Prozess von Entscheidungen und Schritten, die eigenen Lebensverhältnisse in der neuen Gesellschaft zu verbessern. Aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist Integra-



tion die Angleichung von Lebenslagen und die kulturelle und soziale Annäherung zwischen Einheimischen und Migranten. Dies ist ein Prozess, der über Generationen verläuft.

Beim Prozess der Integration lassen sich laut Esser und Heckmann **vier Dimensionen** unterscheiden: die strukturelle, kulturelle, soziale und die identifikative Integration.¹

Integration beinhaltet zunächst den Erwerb eines Mitgliedsstatus in den Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, also den Erwerb von Rechten und den Zugang zu Positionen durch Zuwanderer und ihre Nachkommen (**strukturelle Integration**). Hierzu zählt die Einbeziehung in die Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft wie Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Bildungs- und Qualifikationssysteme, Wohnungsmarkt, soziales Sicherungssystem und politische Gemeinschaft. Die Teilhabe an diesen Schlüsselinstitutionen determiniert den sozioökonomischen Status, die Opportunitätsstrukturen und die Ressourcen einer Person – im Integrationsprozess ist die strukturelle Integration daher eine zentrale Dimension.

Der Erwerb eines Mitgliedsstatus setzt einen Lern- und Sozialisationsprozess voraus, um diese Mit-

¹ Vgl. efmts INTPOL Team 2006: Integration and Integration Policies. IMISCOE Network Feasibility Study. Bamberg; Esser, Hartmut 2000: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt am Main / New York; Esser, Hartmut 2000: Assimilation, Integration und ethnische Konflikte: Können sie durch „Kommunikation“ beeinflusst werden? S. 25-37 in: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hg.) 2000: Migranten und Medien. Opladen sowie Heckmann, Friedrich 2007: Bedingungen erfolgreicher Integration auf kommunaler Ebene. S. 27-34 in: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hg.): Zuwanderung und Asyl in Deutschland - Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht der deutsche Partner im Europäischen Migrationsnetzwerk. Nürnberg.



gliedsrolle ausführen zu können. Integration bedeutet in diesem Sinne den Erwerb bestimmter kommunikativer und kultureller Kompetenzen sowie gegebenenfalls Verhaltens- und Einstellungsänderungen (**kulturelle Integration**). Kulturelle Integration bezieht sich insbesondere auf die Migrantenbevölkerung, jedoch auch auf die einheimische Bevölkerung: In einem wechselseitigen Prozess sind kulturelle Anstrengungen und Leistungen sowie Veränderungen beider Seiten vonnöten.

Die Integration in eine Gesellschaft zeigt sich drittens in der privaten Sphäre im Bereich sozialer Verkehrskreise (**soziale Integration**). Diese schließen interethnische Freundschafts- und Partnerwahlstrukturen, Eheschließungen sowie Gruppen- und Vereinsmitgliedschaften mit ein. Durch solche interethnischen Interaktionen erwerben Migranten kulturelles Kapital in Form von bestimmten Fertigkeiten, Vorlieben und Distinktionen sowie soziales Kapital, das sich aus den sozialen Netzwerken, Ressourcen und Opportunitäten entwickelt. Eine Bedingung dafür, dass der Prozess der sozialen Integration fortschreiten kann, ist eine gewisse Offenheit auf beiden Seiten, der Zuwanderungs- und der Aufnahmebevölkerung.

Als Resultat von Partizipation und Akzeptanz kann sich – meist erst in einem späteren Stadium des Integrationsprozesses – bei Migranten ein subjektives Zugehörigkeits- und Identifizierungsgefühl mit nationalen und/oder regionalen und lokalen Strukturen der Mehrheitsgesellschaft entwickeln (**identifikative Integration**).

Der Integrationsprozess kann durch eine zielgerichtete Integrationspolitik unterstützt werden. Hierbei ist es von großer Bedeutung, sich nicht nur an den vorhandenen Defiziten zu orientieren, sondern auch und vor allem die Potenziale der Einwohnerinnen und Einwohner mit Migrationshintergrund zu beachten – kurz: einen **Potenzialansatz** zu verfolgen. Dies beinhaltet zum einen, bei der Förderung und Durchführung von Integrationsprojekten bewusst darauf zu achten, ob Potenziale seitens der Bevölkerung mit Migrationshintergrund genutzt und gefördert werden. Zum anderen ist der Potenzialansatz ein wichtiger Aspekt in der politischen Kommunikation – in der insbesondere die Potenziale der Einwanderungsbevölkerung deutlicher betont werden können.

Da Integration ein wechselseitiger Prozess ist, umfasst die **Zielgruppe** der Integrationspolitik und -arbeit die **gesamte Bevölkerung** und nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund. Integration bedarf der Offenheit und Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft, Zuwanderer als Bürger zu akzeptieren und deren Integrationsprozess strukturell zu unterstützen. Migranten und Einheimische sollten beide in Integrationspolitik eingebunden sein und das interkulturelle Leben vor Ort gestalten.

Wie dieses Verständnis von Integration als wechselseitigen Prozess im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ aufgegriffen und in Strategien und Maßnahmen umgesetzt und welche Erfahrungen daraus gewonnen werden können, soll in den folgenden Kapiteln dargelegt werden.



3 Die Hessische
Integrationspolitik und
das Landesprogramm
Modellregionen Integration

3 Die Hessische Integrationspolitik und das Landesprogramm Modellregionen Integration

In Unterkapitel 3.1 gibt das hessische Integrationsministerium einen Einblick in die integrationspolitischen Grundlagen des Landes Hessen sowie in den spezifischen Entstehungshintergrund des Programms „Modellregionen Integration“. In den darauf folgenden Unterkapiteln werden die Ziele und Bestandteile des Programms und der wissenschaftlichen Begleitung ebenso wie die am Landesprogramm teilnehmenden Städte und Kommunen kurz vorgestellt, um der Leserin und dem Leser

Die Hessische Landesregierung will Motor sein für die Entwicklung einer wegweisenden und zukunftsorientierten Integrationspolitik in Hessen!

der Handlungsempfehlungen zu verdeutlichen, aus welchem Kontext das Handbuch entstanden ist.

3.1 Der Weg zum Landesprogramm Modellregionen Integration

Heute weist jeder Vierte in Hessen einen sogenannten Migrationshintergrund auf, bei Kindern, die jünger als sechs Jahre alt sind, ist es fast jedes zweite Kind.

Schon allein dieser statistische Blickwinkel zeigt deutlich, wie sich unsere Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Er eröffnet einen Freiraum für mögliche Bewertungen und Analysen –

der in der öffentlichen Debatte in den letzten Jahren in alle Richtungen gefüllt wurde.

Nachhaltige Politikgestaltung besteht darin, eine evidenzbasierte Prognose für die Zukunft zu entwickeln, diese mit gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen zu hinterlegen und Maßnahmen durchzuführen, die den Weg dorthin gestalten.

Evidenzbasiert bedeutet: Aus den heute sichtbaren Daten plausible Annahmen für die Zukunft abzuleiten. Wer wissen will, wie in Hessen in 20 Jahren die 30jährigen aussehen, sollte sich die heute 10jährigen anschauen. Hier liegt unsere Zukunft, hier liegen unsere Risiken, aber auch unsere großen Chancen.

Hessen hat Integrationspolitik zur zentralen Politikaufgabe erklärt, unter anderem, weil Hessen das zweitstärkste Flächenland in Deutschland ist, was den Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund angeht, aber auch, und gewiss nicht zuletzt, weil es durch seine globale Ausrichtung von seiner Weltoffenheit lebt.

Da trifft es sich gut, dass Hessen schon lange ein Land der Vielfalt ist. Über Jahrhunderte schon sind Menschen nach Hessen zugewandert – dies können wir noch heute an den Namen von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes ablesen. Andere haben Hessen verlassen. Die einen sind heute Bürgerinnen und Bürger der USA, während die anderen Rheingauer Weinbau-Know-how nutzen, um in Neuseeland hervorragende Weißweine auszubauen. Beides nützt – hier wie dort. Vielfalt wirkt auf unser Land und auf unsere Gesellschaft positiv: Sie



Modellregion Integration Hanau

bedeutet Vielfalt an Talenten, an Potentialen und an Kompetenzen. Sie fördert Kreativität, sorgt für Innovation, und sie fördert die Qualität der Leistungen. Zusammengefasst: Vielfalt bringt frischen Wind und tut unserer Gesellschaft gut!

Vielfalt ist aber auch eine Herausforderung: für den Staat, für die Politik und insbesondere für alle Menschen im alltäglichen Zusammenleben - in der Schule, in der Nachbarschaft oder am Arbeitsplatz. Deshalb muss Vielfalt aktiv gestaltet werden. Eine zukunftsorientierte Politikgestaltung bedeutet auch, nicht in altertümlichen Volkstumsphantasien kleben zu bleiben,

Die hessische Integrationspolitik setzt an den Potentialen von Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft an!

Welches sind grundlegende Rahmenbedingungen, die der Staat beeinflussen kann, um Unterschiedlichkeit zu wahren und trotzdem Gemein Sinn zu stiften?

Die aufgeworfenen Fragen sind so grundlegend, dass sie nicht von staatlichen Akteuren alleine beantwortet werden können. Sie erfordern auch ein großes Maß an Engagement und gelebter Verantwortungskultur in der Zivilgesellschaft.

Integration ist daher eine Aufgabe voller unterschiedlicher Herausforderungen für Politik und Gesamtgesellschaft. **Ziel der Hessischen Landesregierung ist hierbei, dass alle Menschen in Hessen ihre Potentiale zur Entfaltung bringen, ihre Chancen wahrnehmen können und ein gemeinsames Gefühl der Zugehörigkeit aufbauen können.**



Modellregion Integration Kassel

sondern die Gesellschaft der Moderne zu sehen und auf der Grundlage des modernen Rechts voranzubringen. Dies bedeutet zum einen, die fortschrittlichste und menschenfreundlichste Rechtsordnung, die es mit dem Grundgesetz in Deutschland je gab, konsequent zur Grundlage zu nehmen und sich gleichzeitig bewusst zu machen, dass unsere Zukunft mehr und mehr durch die Europäische Rechtsentwicklung und -politik geprägt sein wird und dass die allein schon daraus folgenden Migrationsbewegungen in einem sehr großen Europa sehr viel Wind durch die früheren Nationalstaaten blasen werden.

Die Aufgabe Vielfalt zu gestalten stellt unsere Gesellschaft vor grundlegende Fragen: Wie wollen wir zusammen leben und Zugehörigkeit schaffen?

Dies erfordert eine langfristige Konzeption mit einem gesamtgesellschaftlichen Ansatz - Integrationspolitik muss Perspektiven aufzeigen, die weit bis in die nächste Generation hineinreichen. Solche wesentlichen Veränderungen sind nur möglich, wenn Integration Chefsache ist. Um einen nachhaltigen Perspektivwechsel einzuleiten, ist aber gleichzeitig auch eine breite gesellschaftliche Beteiligung unerlässlich. Beides war daher auch Voraussetzung für eine Teilnahme am Modellregionenprogramm.

Eine „klassische“ Herangehensweise mit Hilfe kleinteiliger Projekte allein für

Integrationspolitik ist gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund werden eingebunden!

die Zielgruppe „Menschen mit Migrationshintergrund“ kann heute nicht mehr zum Ziel führen. Die Überlegungen der Hessischen Landesregierung

zielen folgerichtig darauf, alle gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch die Aufnahmegesellschaft in die Integrationspolitik einzubeziehen und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in den Regelstrukturen und Institutionen zu entwickeln. Die Anerkennung und Wertschätzung von Vielfalt heißt hier, Zielgruppenorientierung so zu präzisieren, dass Sondermaßnahmen für bestimmte Gruppen langfristig überflüssig werden. Tatsächlich ist davon auszugehen, dass schon Begriffe wie „Aufnahmegesellschaft“ überholt sind, weil sie in Wirklichkeit nicht mehr die nötige Trennschärfe aufweisen. Viele, die statistisch noch zu den „Migranten“ zählen, sind längst aktiver, prägender Teil der „Aufnahmegesellschaft“ von heute.

In diesem Bewusstsein hat die Hessische Landesregierung 2009 das **Programm „Modellregionen Integration“** für die Dauer von vier Jahren ausgerufen.

Seitdem wurden gemeinsam mit den kommunalen Partnern – Kassel, Offenbach, Wetzlar, Wiesbaden, Hochtaunuskreis und dem Main-Kinzig-Kreis (mit der Sonderstatusstadt Hanau) – Modelle zur zukunftsfähigen Gestaltung von Vielfalt erarbeitet.

Die hessischen Modellregionen Integration 2009–2013 sind der Hochtaunuskreis, die Städte Kassel, Offenbach, Wetzlar und Wiesbaden sowie der Main-Kinzig-Kreis gemeinsam mit dessen Sonderstatusstadt Hanau!

*Integration als Chefsache!
Ein wichtiger Baustein zur
Verbesserung der Integrations-
bedingungen vor Ort!*

Integration findet vor Ort statt. Der Wohnort, der Stadtteil, die Nachbarschaft, Kindergärten, Sportvereine, aber auch die Anlaufstellen der öffentlichen Verwaltung sind die Orte, an denen Integration konkret wird. Hier entscheidet sich jeden Tag, ob Schulabschlüsse erreicht werden, ob Arbeit gefunden wird, ob Freundschaften entstehen und ob nachbarschaftliche Netzwerke aufgebaut werden. All dies sind Grundbedingungen für Integration. Hier können Vertrauen, Wertschätzung und Anerkennung entstehen – das Fundament also für ein gutes Miteinander vor Ort. Dies ist auch Leitprinzip des Landesprogramms Modellregionen Integration, das in seiner Umsetzung gerade von der neuartigen inten-

siven Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen profitiert hat.



Das Programm hat folgende strategische Schwerpunkte:

- Strukturelle Veränderungen in den bestehenden Institutionen und Angeboten, um die Integrationsbedingungen zu verbessern,
- Vernetzung von Akteuren und Aufbau von nachhaltigen Beteiligungsstrukturen,
- Schaffung von Transparenz über die bestehenden Angebote,
- Aufbau eines kommunalen Integrationsmonitoring.

*Modellregionen Integration:
Land und Kommune – Hand in Hand
für eine bedarfsorientierte
Integrationspolitik vor Ort!*

Strukturelle Veränderungen

Zugehörigkeit entsteht unter anderem, wenn alle Menschen sich in den Institutionen eines Landes wiederfinden. Entweder durch das Personal, das diese Institutionen vertritt oder durch die Angebote der Institutionen, die den Bedarfen aller Einwohner gerecht werden.

Kommunale Verwaltung wirkt tief in die städtische Gesellschaft hinein. Der Kontakt mit den Institutionen hat maßgeblichen Einfluss darauf, wie Menschen die Verwaltung und damit repräsentativ den Staat insgesamt wahrnehmen. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund erfahren in diesen Situationen, ob sie gleichberechtigt anerkannt werden. Daher war ein wesentliches Ziel des Modellregio-

nenprogramms, Konzepte zu entwickeln und ein Verständnis dafür zu schaffen, wie bestehende Organisationen für die Mitwirkung von Migrantinnen und Migranten geöffnet werden können und wie das Bewusstsein der gesellschaftlichen Mitverantwortung von Zugewanderten weiterentwickelt werden kann. Dies bezieht sich dann sowohl auf kommunale Ämter, wie auch auf Vereine und Verbände. Konkretisiert hat sich dies in dem Hauptanliegen des Programms, die Veränderungspotentiale der interkulturellen Öffnung zu entwickeln.

Interkulturelle Öffnungsprozesse anstoßen und eine an den Bedürfnissen orientierte Willkommenskultur etablieren!

Eine zunehmend vielfältige und heterogene Gesellschaft muss auch zu einer

Reaktion und Veränderung der Institutionen und der öffentlichen Einrichtungen führen. In diesem Zusammenhang bedeutet interkulturelle Öffnung, dass Integrationspolitik keine Sondermaßnahmen für Minderheiten impliziert, sondern ein Anliegen von Mehrheiten und Minderheiten ist. Es öffnet den Blick von den Defiziten von Menschen stärker hin zu ihren Ressourcen und es ist ein Prozess der Veränderung für Personen, aber auch für Organisationen.

derte Ansatz ist Ausgangspunkt für die Entwicklung einer zeitgemäßen Integrationspolitik, die von allen Verantwortlichen als ihre ureigene Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge für die Einwohnerinnen und Einwohner - mit und ohne Migrationshintergrund - gesehen werden muss. Denn vieles, das auf den ersten Blick scheinbar nur Menschen mit Migrationshintergrund anbelangt, betrifft genauso auch Menschen ohne Migrationshintergrund aus dem gleichen sozialen Milieu. Chancengerechtigkeit für alle herzustellen ist ein langfristiges Ziel von Integrationspolitik, die sich selbst überflüssig machen will.

Wenn es uns gelingt, dieses - zugegebenermaßen - „dicke Brett zu bohren“, dann ist es

Das efms - europäisches forum für migrationsstudien an der Universität Bamberg - hat das Landesprogramm wissenschaftlich begleitet und evaluiert!

möglich, perspektivisch nicht mehr auf den Migrationshintergrund als Unterscheidungsmerkmal zurück zu greifen, sondern darauf, welcher Bedarf oder welches Potenzial die Gruppen verbindet.

Letztendlich wurde in den Modellregionen ein Austausch über gesellschaftspolitische Zugangschancen und -möglichkeiten in Gang gesetzt. Anders als



Das Integrationsministerium hat daher die Modellregionen dabei unterstützt, ihre Strukturen so weiter zu entwickeln, dass sie ihre Angebote an diesen Bedarf anpassen. Dabei haben wir allerdings auch deutlich gemacht, dass dieser Bedarf sich nicht unbedingt aufgrund unterschiedlicher Herkunft unterscheiden muss, sondern noch durch viele weitere Aspekte wie beispielsweise Schichtzugehörigkeit, Bildung, Geschlecht geprägt wird. Der geschil-

in bekannten Strategien zur interkulturellen Öffnung bezog sich der Veränderungsprozess nicht nur auf die öffentliche Verwaltung, sondern auf alle Akteure, staatliche wie zivilgesellschaftliche, Verwaltungen wie Vereine, Schulen wie Migrantenorganisationen.

Von großer Bedeutung war die Einstellung von Programmkoordinatoren in allen Modellregionen.

Bereits in der ersten Zusammenarbeit wurde deutlich, dass zunächst ein gemeinsamer Verständigungsprozess durchlaufen werden musste. Alle Beteiligten – das Ministerium, die Programmkoordinatoren, aber auch die Akteure in den Modellregionen, insbesondere aus den Projekten – gingen zunächst von unterschiedlichen Zielen aus. So wurden in der ersten Förderphase häufig Projekte zur Förderung beantragt, die nicht an die Regelstrukturen der Kommune angedockt waren. Es handelte sich um teilweise sehr gute Ansätze, die aber durch mangelnde Verknüpfung mit der zuständigen Anlaufstelle Gefahr liefen, nach Ablauf der Förderung beendet zu werden.

Die landesgeförderten Programmkoordinatorinnen und der Programmkoordinator haben sich als wichtige Schnittstellen zwischen Landes-, kommunaler und Projektebene bewährt!

Hier waren viele Gespräche notwendig, um zu verdeutlichen, dass das Modellregionenprogramm einen neuen Ansatz

„ Im Rahmen des „Orientierungsrahmen für Bildungsentwicklung“, der im Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ entstanden ist, konnte auch eine enge Kooperation mit dem Landesprogramm Modellregionen Integration umgesetzt werden. Dies war ein wichtiger Meilenstein für Offenbach. So konnten die Migrantenorganisationen besser einbezogen und eine differenzierte Betrachtung der Milieus ermöglicht werden.

Projektleitung Lernen vor Ort, Offenbach



verfolgt. In allen Projekten sollte eine Verbindung bzw. eine Kooperation mit dem zuständigen Amt oder der zuständigen Institution erfolgen. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass letztere von den Erkenntnissen aus dem Projekt profitiert und im Erfolgsfall ihre Angebote und Strukturen entsprechend ausrichtet.

Bei aller Unterschiedlichkeit der Modellregionen ist so in den vergangenen drei Jahren das gemeinsame Bewusstsein für die Notwendigkeit von Veränderungen entstanden.

Um den Programmansatz nachhaltig zu verankern, wurden mit den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator verschiedene Strate-

gieworkshops durchgeführt, bei denen Fragen der Umsetzung eines kommunalen Integrationsmanagements, der interkulturellen Orientierung sowie bei Vernetzungsprozessen und bei der Schaffung von Transparenz über Angebote aufgegriffen wurden. Die hieraus entwickelten praxisorientierten Empfehlungen haben wir im Herbst 2012 in einer Handreichung veröffentlicht.²

Vernetzung

Ein weiteres wesentliches Anliegen des Landesprogramms zielte bereits von Beginn an auf Beteiligung und Vernetzung nicht nur zwischen kommunalen Akteuren und den Zielgruppen ihrer Angebote, sondern auch zwischen Land und Modellregionen und zwischen den Modellregionen untereinander.

Vernetzungsarbeit: Ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine sinnvolle Integrationsarbeit in Kommunen und Kreisen!

Denn eines ist sehr deutlich geworden: Beteiligung ist ein Faktor von Nachhaltigkeit. Menschen, die an einem Entwicklungsprozess beteiligt sind, machen sich das Anliegen zu Eigen und vertreten es nach außen. Das gemeinsame Arbeiten

ist oft Grundlage für spätere Strukturen der Kooperation sowie für kommunale Netzwerke.

Außerdem dienen Beteiligungsprozesse der Transparenz über die vorhandenen Angebote, aber auch um Bürgerinnen und Bürgern Entscheidungswege zu verdeutlichen

und damit für deren Akzeptanz zu werben. Gerade die Weiterentwicklung der Regelstrukturen und -angebote kann nur dann erfolgreich gelingen, wenn sowohl die Vertreterinnen und Vertreter der Institutionen als auch die möglichen Zielgruppen

Das Landesprogramm zielt darauf ab, gemeinsam mit den Modellregionen Integration, die Integrationsbedingungen für Menschen mit Migrationshintergrund in Hessen zu verbessern!

² Vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration - wie geht das?“, Integration - Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement, Handreichungen, Wiesbaden



einbezogen werden. In allen Modellregionen Integration wurden insbesondere Migrantenorganisationen bereits bei den ersten Überlegungen zur Anpassung kommunaler Angebote eingebunden. Diese Organisationen unterstützen nicht nur ihre Mitglieder, sondern haben eine große zivilgesellschaftliche Bedeutung als Repräsentanten der Interessenlagen verschiedener Bevölkerungsgruppen und als Impulsgeber für eine demokratische und fachliche Auseinandersetzung.³

So können die Bedarfe der Zielgruppen authentischer ermittelt werden - und nicht umgekehrt erst nachträglich die Zielgruppe zu den bereits fertig konzipierten Angeboten gebracht werden. Häufig waren viele erfolgreiche Initiativen und Projekte vor Ort zu beobachten, die an ähnlichen Zielen arbeiten und doch nicht miteinander vernetzt sind. Dies betrifft die Sprachförderung in Kindergarten und Schule, Ausbildungsplatzförderung und andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, aber auch ehrenamtliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund und traditionelles Vereinsleben. Hier gibt es viele hervorragende Ansätze, die noch stärker ineinander greifen müssen.

Die Erfahrung der letzten Jahre hat zwar gezeigt, dass dieser intensive Beteiligungsansatz - mit unterschiedlichsten Methoden erprobt, beispielsweise aufsuchende Arbeit, Multiplikatoren, Lotsinnen, und gesteuert durch die Programmkoordination, gele-

gentlich den Gesamtprozess verlangsamt. Für eine nachhaltige Verankerung der Maßnahmen vor Ort ist er jedoch unerlässlich.

Netzwerke dienen in erster Linie dem Informationsaustausch.

Stärkung der Vernetzung Aktiver vor Ort und Schaffung von Transparenz über bestehende Angebote!

Durch das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ wurde vor allem eine größere Vernetzung der Modellregionen untereinander gefördert. So fand ein intensiver Austausch der Regionen über die jeweiligen Erfahrungen im Programm und in den Projekten statt. Das Integrationsministerium hat dabei Sorge getragen, dass die Treffen zum einen regelmäßig stattfanden und zum anderen von praxisnahen Inhalten geprägt waren. Zusätzlich wurde häufig ein thematischer Schwerpunkt mit Bezug zum Programm mit Vertretern anderer Ressorts auf Landesebene oder mit externen Referenten vertieft.⁴ Durch diese Verbindung von fachlichem Input und Praxisaustausch, der die jeweiligen kommunalen Erfahrungen aufnahm und weiterentwickelte, war es den Programmkoordinatoren möglich, ihre jeweiligen Strategien permanent im Austausch mit anderen zu diskutieren.

Transparenz und Partizipation

Der in den Leitlinien des Programms formulierte Anspruch an Transparenz und Partizipation war

³ Weiterführend hierzu: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration - wie geht das?“, Integration - Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement, Handreichungen, Wiesbaden S. 52 ff.

⁴ Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration - wie geht das?“, Integration - Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement, Handreichungen, Wiesbaden, S. 54

nicht auf die Modellregionen beschränkt. Er war auch grundsätzlich handlungsleitend für eine neue Form der Kooperation zwischen Land und Kommunen.

Bereits durch die Ausschreibung des Programms wurde deutlich, dass Integration in Hessen nicht nur von den Modellregionen als Zukunftsthema erkannt ist. Viele hessische Kommunen haben sich bereits engagiert und setzen sich erfolgreich damit auseinander. Diese Kommunen wurden im Kompetenzkreis Integration vor Ort zusammengefasst. Im Rahmen der jährlichen Zukunftskonferenzen, aber auch durch Publikationen und Veranstaltungen wurden sie an den Diskussionen im Landesprogramm Modellregionen Integration beteiligt. Hier wurden integrationspolitische Schwerpunkte des Landesprogramms aufgegriffen. So wurden die Weiterentwicklung von Regelstrukturen hin zu einer interkulturellen Orientierung, die Vernetzung von kommunalen Akteuren beispielsweise aus der Wirtschaft oder von Migrantenorganisationen und die Beteiligung von Einwohnerinnen und Einwohnern durch eine Sozialraumorientierung von Integrationsmaßnahmen diskutiert.

Die Programmausschreibung 2009 stieß auf so große Resonanz in Hessen, dass eine Bewerberauswahl aufgrund des modellhaften Charakters und der finanziellen Rahmenbedingungen notwendig war. Jedoch konnten alle Interessierten an dem weiteren Prozess teilhaben und sich auch inhaltlich einbringen!

Durch die Organisation dieses Netzwerkes waren sowohl wir als auch die teilnehmenden Kommunen in den Diskussionen und Entwicklungen der Themen miteinander verbunden.

Dies wirkte sich auch positiv bei der Einführung eines kommunalen Integrationsmonitorings in allen Modellregionen aus. Die hierbei durch das Integrationsministerium zur Verfügung gestellte Expertise und Beratung wurde allen hessischen Kommunen angeboten. Dadurch konnte auch die Anschlussfähigkeit der kommunalen Integrationsmonitore an den „Hessischen Integrationsmonitor“ gewährleistet werden.

In der Gesamtbetrachtung wurde das Vertrauensverhältnis zwischen Land und Kommunen, aber auch zwischen staatlichen und zivilgesellschaft-

lichen Akteuren, durch die intensive Zusammenarbeit deutlich gestärkt. Mannigfaltige Beziehungen sind so entstanden und werden weiter gepflegt.

Die offenen und fachbezogenen Diskussionen mit den kommunalen Partnern bestärken das Integrationsministerium auf dem eingeschlagenen Weg. Viele der hier gemeinsam formulierten Anregungen fließen in die weitere Arbeit des Ministeriums ein.

3.2 Aufbau und Bestandteile des Landesprogramms

Basierend auf den in Kapitel 3.1 beschriebenen Überlegungen und integrationspolitischen Entwicklungen auf der Landesebene hat das hessische Integrationsministerium im Jahr 2009 das Landesprogramm Modellregionen Integration in Hessen auf den Weg gebracht. Das umfangreiche Programm umfasst zahlreiche Ziele und Maßnahmen, welche im Folgenden näher beschrieben werden, um ein Gesamtverständnis des Aufbaus und der Bestandteile des Landesprogramms mit seinen spezifischen Besonderheiten zu ermöglichen. Zudem können dem Kapitel Anregungen für den Aufbau ähnlicher Programme und Ideen für eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Landesministerien und Städten bzw. Kreisen entnommen werden.

3.2.1 Ziele und Maßnahmen des Modellregionenprogramms

Das vom Integrationsministerium aufgelegte Landesprogramm „Modellregionen Integration“ gründet sich auf der Ausgangsanahme, dass es in den hessischen Kommunen und Kreisen sehr unterschiedliche integrationspolitische Strukturen gibt. Um diese in ihrer integrationspolitischen Arbeit nachhaltig zu unterstützen, sollen durch das Landesprogramm zusammengefasst folgende **Prozesse** initiiert bzw. verstärkt und optimiert werden (s. hierzu 3.1):

- Strukturelle Veränderungen von Regelangeboten und -diensten

Wichtigste Handlungsschwerpunkte in den Modellregionen:

- **Interkulturelle Öffnung**
- **Bildungsbeteiligung**
- **Teilhabe am Arbeitsmarkt**
- **Stärkung des Ehrenamts**

- Förderung der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen und Einbeziehen der Aufnahmegesellschaft sowie
- Schaffung von Transparenz über Maßnahmen, Träger und Daten (Monitoring)
- Vernetzung in der Modellregion, zwischen den Modellregionen sowie zwischen Modellregion und Landesebene.

Das Land (HMdJIE) begleitet die Modellregionen Integration im Programmzeitraum intensiv und vernetzt die Modellregionen auch untereinander, durch:

- *Regelmäßige Inhouse-Treffen mit den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator zu bestimmten Themen,*
- *Individuelle und regelmäßig stattfindende Integrations- bzw. Strategieworkshops in jeder Modellregion mit den dortigen Akteuren,*
- *Projektberatung und -controlling,*
- *Gemeinsame Projektbesuche vor Ort durch das HMdJIE und die jeweilige Programmkoordination,*
- *Mitwirkung an (Projekt-)Steuerungsgruppen in den Modellregionen,*
- *Teilnahme an Veranstaltungen vor Ort und auf Landesebene.*

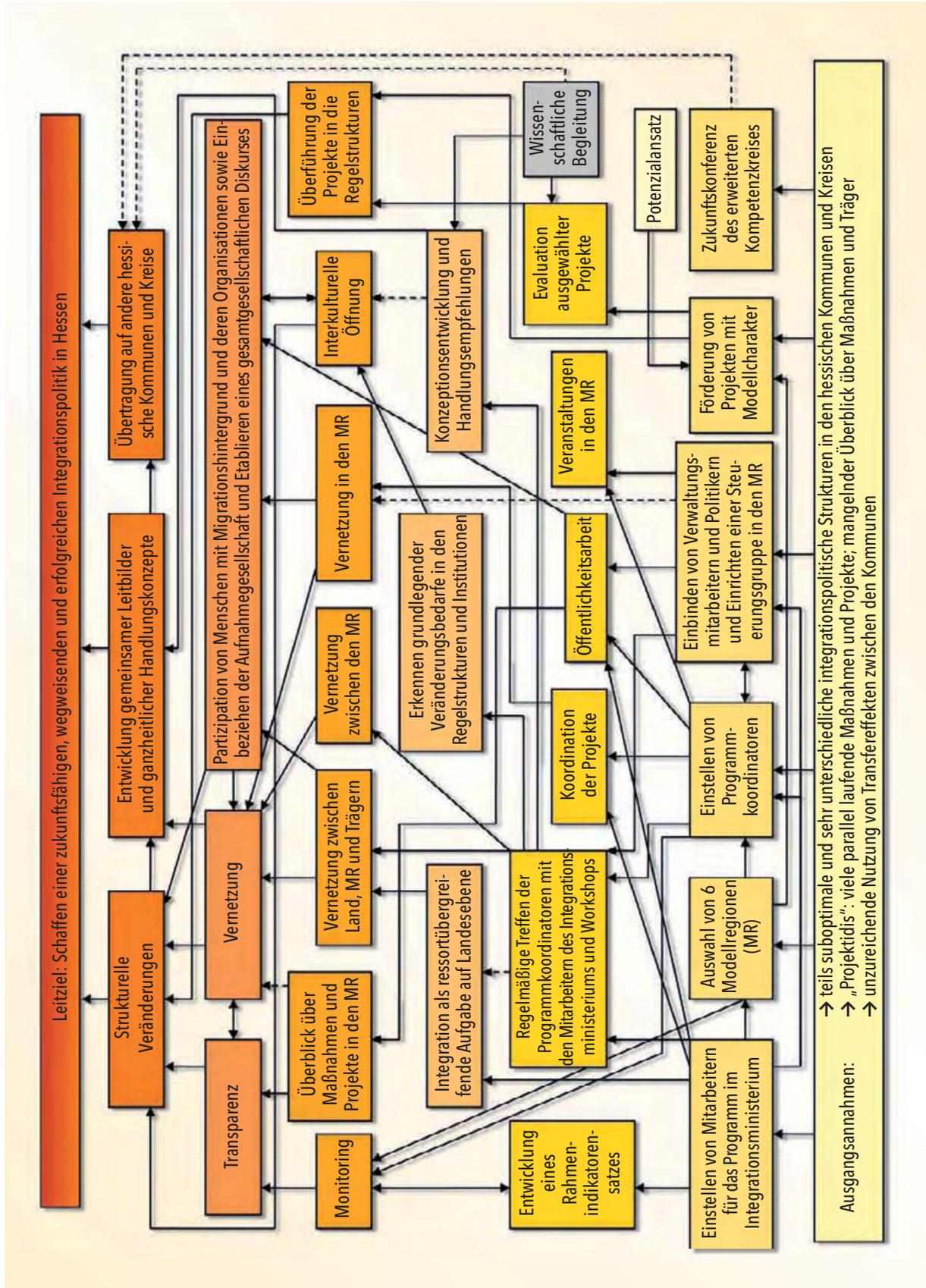
Um diese Aspekte umzusetzen sollen in den am Landesprogramm teilnehmenden Modellkommunen Veränderungsbedarfe in den Regelstrukturen und Institutionen erkannt sowie entsprechende

Strategien und Konzepte auf Basis von erprobten Ansätzen und Modellprojekten (weiter)entwickelt werden. Dazu soll eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung und anderer Institutionen erfolgen; Integration soll sowohl auf lokaler als auch auf Landesebene als ressortübergreifende Aufgabe betrachtet werden. Eine gleichberechtigte Teilhabe und Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund sowie der Aufnahmegesellschaft an diesen Veränderungsprozessen wird angestrebt. Vernetzungsprozesse auf verschiedenen Ebenen, beispielsweise zwischen integrationspolitischen Akteuren, Institutionen, Trägern und Vereinen innerhalb sowie zwischen den Modellregionen sollen einen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leisten. Zudem sollen Kommunikations- und Austauschprozesse zwischen den Modellregionen und dem Land Hessen verstärkt werden, um das gegenseitige Verständnis zu fördern sowie einen umfangreichen Erfahrungsaustausch im Umgang mit dem Thema Integration zu ermöglichen. Letztendlich sollen die erzielten strukturellen Veränderungen zum einen nachhaltig in den Modellregionen verankert werden und zum anderen die Erfahrungen aus dem Landesprogramm festgehalten und auf andere hessische Kommunen und Kreise übertragen werden, um das Leitziel der zukunftsfähigen und erfolgreichen Integrationspolitik in Hessen zu verwirklichen.

Zur Verwirklichung dieser strategischen und operativen Ziele setzt das Integrationsministerium verschiedene **Ansätze und Maßnahmen** erfolgreich ein, welche auch in anderen Programmen und Kontexten Anwendung finden können:



Abbildung 3-1: Überblick über Ausgangsannahmen, Maßnahmen und Ziele des Landesprogramms



- Zu Beginn des Landesprogramms fanden Veränderungen in den Reihen des Integrationsministeriums statt: Es wurden Mitarbeiterinnen im Ministerium (Abteilung V - Integration) mit der Organisation und Umsetzung des Programms beauftragt bzw. dafür eingestellt. Dadurch konnte eine enge Betreuung von und ein umfangreicher fachlicher Austausch zwischen Landesebene und Modellregion sichergestellt werden (vgl. 3.2.2).
- Aus den 17 Bewerbungen für das Programm wurden sechs „Modellregionen Integration“ hessenweit ausgewählt. Da die Anzahl der Bewerbungen verschiedener hessischer Städte und Kreise die Anzahl der gesuchten Modellregionen überstieg, wurden Bewerber, die nicht als Modellregion berücksichtigt werden konnten, in einen „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ aufgenommen, welcher jährlich im Rahmen einer so genannten „Zukunftskonferenz“ zusammenfindet. Dadurch ist es gelungen, einen fachlichen Austausch der Modellregionen mit weiteren Städten und Kreisen zu etablieren.
- In den ausgewählten Modellregionen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der relevanten Abteilungen der Stadtverwaltung und ranghohe Lokalpolitikerinnen und -politiker in das Programm eingebunden. Besonders erfolgreich erwies sich die Schaffung von Programmkoordinatorstellen in den Modellregionen (vgl. 3.2.3).
- Zahlreiche Projekte mit Modellcharakter wurden in den Modellregionen gefördert. Dies stellte einen erheblichen Anreiz für die Teilnahme am Landesprogramm dar (vgl. 3.2.4).
- Im Rahmen des Landesprogramms fanden sowohl modellregionenübergreifende Veranstaltungen als auch modellregioneninterne Veranstaltungen statt. Dadurch konnte einerseits der Erfahrungsaustausch zwischen den Modellregionen intensiviert werden. Andererseits ermöglichte dieses Vorgehen die Entwicklung passgenauer Strategien für die heterogenen Situationen in den einzelnen Modellregionen (vgl. 3.2.5).

In den folgenden Abschnitten werden die verschiedenen **Aufgabefelder** für die zentralen Akteure des Programms – die Mitarbeiterinnen im Integrationsministerium sowie die Programmkoordinatorinnen und Programmkoordinatoren in den Modellregionen und deren Vorgesetzte – näher

erläutert. Neben dem Bereich Öffentlichkeitsarbeit für das Programm, dessen Ziele und die Projekte, der Unterstützung des Monitorings in den Modellregionen sowie der Koordination und Begleitung der geförderten Projekte zählt hierzu beispielsweise die Durchführung von und die Teilnahme an Veranstaltungen in den Modellregionen sowie an programmübergreifenden Besprechungen und Workshops. Die Darstellung der Rollen und Tätigkeitsfelder soll mögliche Wege für die Ausgestaltung solcher Stellen von integrationspolitischen Akteuren sowie potenzielle Strategien für die Zusammenarbeit zwischen Landesebene und Städten bzw. Kreisen aufzeigen.

Modellregionen Integration – Vorbilder für ein kommunales Integrationsmanagement für Zugewanderte in hessischen Städten und Kreisen!

3.2.2 Die Rolle des Integrationsministeriums

Das folgende Unterkapitel stellt die Rolle des hessischen Integrationsministeriums bei der Planung und Umsetzung des Programms „Modellregionen Integration“ vor. Dabei kommt dem Integrationsministerium und den Mitarbeiterinnen des Fachreferats eine wichtige Rolle zu:

- Zum einen geben die Mitarbeiterinnen des Integrationsministeriums Impulse für eine Weiterentwicklung der Integrationspolitik und -arbeit sowie Anregungen für strukturelle Veränderungen in die einzelnen Modellregionen und für deren Übertragung auf andere hessische Städte und Gemeinden sowie auf Landesebene.
- Zum anderen sind sie stark in die Umsetzung des Programms in den Modellregionen vor Ort eingebunden.

Um diese Rolle besser verstehen zu können, sollen nachfolgend zentrale Aufgabenbereiche des Integrationsministeriums dargestellt werden.

Eine Aufgabe besteht in der **konzeptionellen Ausgestaltung** des Landesprogramms „Modellregionen Integration“, welche vorsieht, dass sich das Programm nicht auf eine rein finanzielle Förderung von Projekten beschränkt, sondern eine starke Einbindung des Ministeriums bei der Umsetzung der Programmziele erfolgt. Im Sinne eines „lernenden Programms“ ist die stetige Weiterentwicklung des Konzepts – mitunter auf Basis der Rückmeldun-

gen von den Programmteilnehmerinnen und -teilnehmern und der wissenschaftlichen Begleitung – eine zentrale Aufgabe des Ministeriums.

Die enge **Begleitung der Modellregionen** durch die Mitarbeiterinnen des Integrationsministeriums stellt eine Besonderheit des Landesprogramms und ein zentrales Aufgabenfeld dar: So oblag dem Fachreferat die strategische Planung, Steuerung und Umsetzung und die Kolleginnen sind zugleich direkte Ansprechpartnerinnen für die Modellregionen. Sie stehen im regen Austausch mit den vor Ort eingesetzten Programmkoordinatorinnen und

Schaffung von Transparenz und Nachhaltigkeit durch Abstimmung von Maßnahmen bzw. Projekten mit den Akteuren und Beteiligten vor Ort!

-koordinatoren über den Stand der Umsetzung des Programms; sie besuchen die teilnehmenden Städte und Landkreise regelmäßig, um sich ein Bild über die Projekte und Entwicklungen machen zu können und nehmen an Veranstaltungen in den Modellregionen teil. Dabei steht zum einen der Aspekt der Vernetzung der Landesebene mit den teilnehmenden Kreisen und Kommunen im Mittelpunkt. Zum anderen ist solch eine enge Begleitung wichtig, um sicherzustellen, dass die Ziele des Landesprogramms bei der Umsetzung vor Ort berücksichtigt werden.

Die Begleitung der Modellregionen geht einher mit einer **Öffentlichkeitsarbeit** für das Programm. Dazu zählen zum einen die Herausgabe von Broschüren und Informationsmaterialien. Zum anderen organisiert das Integrationsministerium Veranstaltungen, um Fortschritte und Ergebnisse einem breiten Publikum nahe zu bringen und Diskussionen anzuregen. In den Modellregionen wird die Öffentlichkeitsarbeit durch Besuche des Ministers, des Staatssekretärs, des Abteilungsleiters und der zuständigen Mitarbeiterinnen unterstützt.

Ein weiterer Aufgabenbereich des Ministeriums ist die Unterstützung

Entwicklung regionaler Integrationsmonitoren!

der Modellregionen beim Aufbau eines **Integrationsmonitorings** (vgl. Kapitel 11). Nachdem auf der Landesebene mit dem Hessischen Integrationsmonitor ein Monitoringsystem eingeführt wurde, soll nun das Ziel verfolgt werden, hessenweit in den

Kommunen und Landkreisen mit Hilfe eines Rahmenindikatorenansatzes ein einheitliches System des Integrationsmonitorings einzurichten. Dies soll im Landesprogramm mit denjenigen Modellregionen erprobt werden, die bisher kein bzw. kein weit reichendes Monitoring hatten.

Insgesamt führt dieses Rollenverständnis des Integrationsministeriums zu einer Zunahme und gesteigerten Intensität der Austauschbeziehungen zwischen Landesebene und Modellregionen. Von den Teilnehmenden in den Modellregionen wird diese enge Zusammenarbeit sehr gelobt: Eine solch intensive Kooperation zwischen der Landesebene und den Kommunen bzw. Kreisen sei eine Neuerung; nicht nur die Politik- und Verwaltungsebene profitiere davon, sondern auch die Träger der geförderten Projekte.

Diese Erfahrungen aus dem Landesprogramm sprechen dafür, ausreichende personelle Ressourcen auf der Ebene von Landesministerien dauerhaft für die Aufrechterhaltung von Austauschprozessen und Kooperationen mit Städten und Kreisen – und gegebenenfalls auch für die Durchführung anderer integrationspolitischer Programme – einzuplanen.

3.2.3 Die Rolle der Programmkoordinatoren

Ein weiterer zentraler Bestandteil des Programms „Modellregionen Integration“ ist die Schaffung von Programmkoordinatorstellen in den Modellregionen, die sich für den Erfolg des Landesprogramms als sehr wichtig erweisen.

Die Programmkoordinatorstellen werden vom Integrationsministerium finanziert; die Einstellung erfolgte jedoch durch die einzelnen Modellregionen, nicht zuletzt, um die Akzeptanz der Stelleninhaberinnen und Stelleninhaber vor Ort zu gewährleisten. Dazu stehen jährlich pro Modellregion maximal 50.000 Euro zur Verfügung; die Stelle kann geteilt und in Teilzeit besetzt werden.

Für die Ausgestaltung der Rolle der Programmkoordinatoren und um die Ziele des Programms auf die lokale Ebene zu übertragen, ist eine Vorbereitung und Unterstützung durch das Integrations-

ministerium wichtig. Dies erfolgt zum einen über direkte Kontakte zu den Mitarbeiterinnen im Ministerium und zum anderen über Veranstaltungen und Workshops, die zudem Gelegenheit zum Austausch untereinander bieten.

Im Programmzeitraum 2009-2013 stellt die Hessische Landesregierung 4.930.000 Euro für die Programmkoordination und Leuchtturmprojekte in den Modellregionen Integration zur Verfügung!

Die Programmkoordinatorinnen erfüllen mitunter folgende **Aufgaben**:⁵

- Projektkoordination und -vernetzung
- Projektinitiierung und -begleitung
- Organisation von Integrationsworkshops in der jeweiligen Modellregion
- Dialog und Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren der jeweiligen Modellregion
- Dialog und Kooperation mit den Kommunen, den Stellen der Landesverwaltung und den anderen Modellregionen
- Regelmäßiger Austausch und Abstimmung mit den anderen Koordinationsbüros der Modellregionen.

Die Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren übernehmen somit die **Rolle** eines Bindeglieds zwischen der Landes- und der Kreis- bzw. kommunalen Ebene.

Ihre Aufgabe ist es, die Ziele des Landes auf lokaler Ebene umzusetzen und darauf hinzuwirken, dass nachhaltige strukturelle Veränderungen in den Modellregionen erreicht werden.

Im Verlauf des Programms zeigte sich, dass vor allem die Koordination, Vernetzung und Begleitung von Projekten vor Ort ein wichtiges Betätigungsfeld für die Programmkoordinatorinnen darstellt. Der Vernetzungsaspekt spielt dabei nicht nur bei der Abstimmung der Projekte eine Rolle; vielmehr ist er zentraler Bestandteil der Tätigkeit: Die Programmkoordinatorinnen kooperieren verwaltungsintern mit anderen Ämtern im Bereich Integration; sie kooperieren mit den Trägern sowie mit dem Integrationsministerium auf Landesebene und – im Falle der teilnehmenden Landkreise – mit den Kommunen im Kreis. Neben jährlichen Integrationsworkshops organisieren die Programmkoordinatorinnen weitere Veranstaltungen in den Modellregionen und unterstützen aktiv die Integrationsarbeit vor Ort. Weitere Aufgabenbereiche sind in einzelnen Modellregionen die Erarbeitung eines Überblicks über die Integrationsangebote vor Ort, die Begleitung der Entwicklung eines Integrationskonzepts sowie der Aufbau eines Integrationsmonitorings. Zudem leisten die Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren in Kooperation mit anderen lokalen Stellen Öffentlichkeitsarbeit für integrationspolitische Belange.



Programmkoordination und Integrationsministerium

⁵ Diese Aufgaben sind in den Fach- und Fördergrundsätzen des Programms für die Programmkoordinatorinnen vorgesehen: vgl. Land Hessen: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010): Fach- und Fördergrundsätze zum Landesprogramm „Förderung von Modellregionen Integration“, Staatsanzeiger für das Land Hessen, 18/2010, S. 1300.

Des Weiteren zählt die Vernetzung mit den anderen Modellregionen zu den Tätigkeiten der Koordinatoren. Letztgenanntes erfolgt vor allem durch die Teilnahme an den modellregionenübergreifenden Veranstaltungen; zudem treffen sich die Programmkoordinatoren auch abseits dieser Veranstaltungen, um sich über ihre Erfahrungen auszutauschen.

Somit stellen die Programmkoordinatorenstellen als eine Besonderheit des Landesprogramms ein zentrales Instrument für die Abstimmung und Optimierung integrationspolitischer Prozesse innerhalb der einzelnen Modellregionen sowie für den Erfahrungsaustausch zwischen den Modellregionen, als auch mit der Landesebene dar.

Entsprechend stellt die Einrichtung von Koordinierungsstellen vor Ort, die in einem engen fachlichen Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien auf Landesebene stehen, einen lohnenswerten Schritt zu einer zukunftsfähigen Integrationspolitik dar, der auch in anderen Kommunen und Kreisen erfolgversprechend scheint.

Ziel der Projektförderung ist es, strukturelle Verbesserungen sowie langfristige und nachhaltige Integrationserfolge herbeizuführen und die Integrationsarbeit der Träger zu bündeln. Ein wichtiges Kriterium ist dabei, dass die Projekte an den Potenzialen der Menschen mit Migrationshintergrund ansetzen und diese stärken. Zudem sind Projekte ein Mittel zur Erreichung der Ziele des Programms: Insbesondere die Einbindung sowohl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund als auch der Aufnahmegesellschaft in den Modellregionen erfolgt über zahlreiche Projekte unterschiedlicher Träger. Auch nachhaltige strukturelle Veränderungen können mit einzelnen geförderten Projekten angeregt werden.

In den Jahren 2010 bis 2012 wurden in den Modellregionen insgesamt 70 größtenteils mehrjährige Projekte gefördert.

Im Programmgesamtszeitraum 2009 bis 2013 stellt die hessische Landesregierung insgesamt ein Budget von 4.930.000 Euro für die Programmkoordination und für Einzelprojekte in den Modellregionen Integration zur Verfügung.

3.2.4 Die Funktion der Förderung von Projekten

Ein weiterer programmübergreifender Bestandteil des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ ist die Förderung von Einzelprojekten in den teilnehmenden Städten und Landkreisen. Gefördert werden laut der Fach- und Fördergrundsätze mit der Modellregion und dem Ministerium abgestimmte Projekte mit Modellcharakter, deren Durchführung „fachlich geeigneten kommunalen, kirchlichen und freigemeinnützigen Trägern“ obliegen kann. Das Integrationsministerium übernimmt in der Regel bis zu 50% der Projektkosten.⁶



Das Programm Modellregionen Integration“ hat uns die Möglichkeit eröffnet, unser Projekt „Integrationsassistenten Wiesbaden“ weiter zu entwickeln und zu erproben, so dass wir im Anschluss eine ausgereifte Maßnahme anbieten können. Ohne das Programm wäre uns das nicht möglich gewesen!

Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., Wiesbaden



Über 70 Modellprojekte wurden durch das Integrationsministerium gefördert!

Jede Modellregion konnte über ein jährliches Budget von maximal 153.000 Euro verfügen, um einzelne Projekte umsetzen zu können. Die geförderten Einzelprojekte sind im Anhang (13.3) aufgelistet.

Die Erfahrungen zeigen, dass die Förderung ausgewählter Projekte nicht nur einen Anreiz zur Teilnahme von Städten und Kreisen sowie ihrer Träger am Landesprogramm darstellt, sondern aus vielen dieser Projekte Erkenntnisse gewonnen werden konnten, die ebenfalls in die hier entwickelten

⁶ Vgl. Land Hessen: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010): Fach- und Fördergrundsätze zum Landesprogramm „Förderung von Modellregionen Integration“, Staatsanzeiger für das Land Hessen, 18/2010, S. 1300.

Handlungsempfehlungen eingeflossen sind und in den folgenden Kapiteln näher erörtert werden. Die Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren spielen bei der Abstimmung von Projekten und der Förderung des Austauschs von Projektträgern zur Nutzung von Synergien eine maßgebliche Rolle.

Bei der Förderung von Projekten empfiehlt es sich, diese in einen größeren Gesamtkontext zu stellen. Koordinierende Akteure sollten dabei unterstützend wirken, die gemeinsamen Ziele den einzelnen Akteuren ins Bewusstsein zu bringen und eine Abstimmung von Projekten zur Erzeugung von Synergieeffekten zu ermöglichen.

- **Veranstaltungen zur Förderung des Austauschs in den einzelnen Modellregionen:**

Jährlich finden Integrationsworkshops in den Modellregionen statt, die vom Integrationsministerium bezuschusst werden. Sie dienen zu Beginn des Landesprogramms (2010) vor allem dazu, das Modellregionenprogramm und dessen Ziele vor Ort bekannt zu machen, Strategien für die Umsetzung in der Kommune/dem Landkreis zu entwickeln und Akteure einzubinden. In den Folgejahren ging es vor allem darum, in ausgewählten Themenbereichen eine Zwischenbilanz zu ziehen und die zukünftige Umsetzung der Maßnahmen und Projekte zu planen; vereinzelt wurden auch neue Impulse in das Programm gegeben.



Zweite hessische Integrationskonferenz „World Cafe“

3.2.5 Veranstaltungen, Workshops und Zukunftskonferenzen

Im Rahmen des Landesprogramms Modellregionen Integration werden jährlich Veranstaltungen wie Integrations- und Strategieworkshops oder so genannte „Zukunftskonferenzen“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltungen ist es, Akteure in das Programm einzubeziehen, sie zu vernetzen und ihnen vor allem die Ziele und den Ansatz des Modellregionenprogramms näher zu bringen. Im Folgenden sollen die unterschiedlichen Veranstaltungsformen kurz dargestellt und Erfahrungen, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung erhoben wurden, beschrieben werden.

- **Veranstaltungen zur Förderung des Austauschs zwischen den Modellregionen:**

In den Jahren 2010 und 2011 fanden modellregionenübergreifende Strategieworkshops für die Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren sowie für die für das Programm zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung statt. Diese dienten zu Beginn dazu, einen Einblick in die Tätigkeiten der Landes-

Die Initiierung von Projektbeiräten und Steuerungsgruppen in den Modellregionen Integration sind effektive Steuerungselemente für neue Maßnahmen vor Ort geworden!

ebene zu erhalten und andere Fachressorts kennen zu lernen. In einer zweiten Stufe wurden die Ziele des Landesprogramms, wie Transparenz, Partizipation und Vernetzung, sowie deren praktische Umsetzung in den Workshops diskutiert. Aus diesen Strategieworkshops ist eine „Handreichung zur Erarbeitung und Umsetzung kommunaler Integrationskonzepte und interkultureller Öffnungsprozesse in hessischen Kommunen in Zusammenarbeit mit den Modellregionen“ entstanden, welche Strategien zur Gestaltung von Vielfalt darstellt.⁷

Der „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ bindet alle 17 Programmbewerber in regelmäßigen Zukunftskonferenzen zusammen mit dem Ziel, sich miteinander zu vernetzen, gegenseitige integrationspolitische Erfahrungen austauschen und insbesondere an konkreten Themen-Inputs zu partizipieren!

- **Veranstaltungen zur Förderung des Austauschs zwischen den Modellregionen und anderen Kommunen und Kreisen:**

Um auch diejenigen hessischen Kommunen und Kreise, deren Bewerbungen für das Modellregionenprogramm nicht berücksichtigt werden konnten, in die Diskussionen des Landesprogramms einzubinden, wurde für diese ein „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ erschaffen. Diese Einbindung erfolgt vor allem im Rahmen der „Zukunftskonferenzen“, die vom Integrationsministerium jährlich durchgeführt werden. Ziel ist es, einen Austausch zwischen den Modellregionen und dem „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ anzustoßen und Ziele und Erfahrungen des Landesprogramms auch anderen hessischen Kommunen und Kreisen näher zu bringen.

Mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit und jährlichen „Zukunftskonferenzen“ bietet das Integrationsministerium anderen Kommunen und Kreisen die Möglichkeit, von den erreichten Standards zu profitieren.

Durch eine Mischung von modellregioneninternen und modellregionenübergreifenden Workshops sowie Veranstaltungen, die sich auch an weitere

integrationspolitische Akteure richten, ist es gelungen, den programminternen Austausch zu intensivieren und einen externen Erfahrungsaustausch anzuregen, um den Transfer von Erkenntnissen auf weitere hessische Kommunen und Kreise sowie hessenweit tätige Träger zu fördern.

Für den Transfer von erprobten Maßnahmen und Projekten in die Regelstrukturen ist es förderlich, einen intensiven Erfahrungsaustausch auf der lokalen Ebene zu gewährleisten, um die Bedeutsamkeit der Verstetigung zu verdeutlichen und die Akzeptanz der strukturellen Änderungen, die oftmals gemeinsam getragen werden müssen, zu erhöhen. Zudem ist ein umfangreicher externer Erfahrungsaustausch eine wichtige Voraussetzung für den Transfer von erfahrungsbasierten Erkenntnissen auf weitere Kontexte.

3.3 Vorstellung der einzelnen Modellregionen Integration in Hessen

Die sechs Modellregionen im Landesprogramm sind die Kommunen und Landkreise, in denen strukturelle Veränderungen in der Integrationspolitik und -arbeit exemplarisch erprobt und initiiert werden sollen. Sie wurden vom Integrationsministerium auf Basis ihrer mit der Bewerbung eingereichten Konzepte und unterschiedlichen Voraussetzungen ausgewählt. Die Modellregionen verteilen sich geografisch über das gesamte Bundesland und umfassen Städte und Landkreise Nord-, Mittel- und Südhessens. Abbildung 3-2 gibt einen Überblick über diese geografische Verteilung. Zudem sind in Tabelle 3-1 Bevölkerungsgrößen dargestellt.

Die Ausgangsbedingungen in den Modellregionen unterscheiden sich stark voneinander: Während einige Modellregionen zu Beginn des Landesprogramms noch am Anfang ihrer integrationspolitischen Bemühungen standen oder parallel zum Landesprogramm erste Prozesse in Gang gesetzt hatten, befassten sich andere Modellregionen schon lange vor der Teilnahme an den „Modellregionen Integration“ mit dem Thema Inte-

⁷ Vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration – wie geht das?“, Integration – Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM – Kommunales Integrationsmanagement. Handreichungen. Wiesbaden.

Abbildung 3-2: Geografische Verteilung der Modellregionen Integration in Hessen



Quelle: <http://www.integrationskompass.de/go/id/bra>

Tabelle 3-1: Die Modellregionen im Überblick

Stadt oder Kreis	Bevölkerung		
	gesamt	mit Migrationshintergrund*	Ausländer/innen*
Kassel	194.109	33,3 %	12,8 %
Offenbach	120.000	55,2 %	31,5 %
Wetzlar	52.000	25,0 %	12,0 %
Wiesbaden	273.477	31,5 %	16,4 %
Hochtaunuskreis	227.628	25-30 %	11,8 %
Main-Kinzig-Kreis mit	408.000	19,9 %	10,0 %
Hanau	93.000	33,3 %	20,0 %

* (Die Trennung zwischen den Faktoren „mit Migrationshintergrund“ und „Ausländer/innen“ ist nicht exakt, da die Zahlen der ortsansässigen Bürgerinnen und Bürger mit ausländischem Pass im Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ebenfalls enthalten sind.)

gration und konnten auf Konzepte und etablierte Strukturen der Umsetzung ihrer Integrationsarbeit zurückgreifen. Auf Grund der ungleichen Situationen in den Modellregionen ergaben sich für die teilnehmenden Städte und Landkreise auch verschiedene Strategien in der Umsetzung der Ziele des Landesprogramms.

In den folgenden Kapiteln 3.3.1 bis 3.3.6 stellen sich die einzelnen Modellregionen mit ihren unterschiedlichen Ausgangslagen und Herangehensweisen vor: Für jede Modellregion wird dabei zunächst die Situation vor Ort dargestellt. Diese Angaben werden anhand weiterer statistischer Daten ergänzt, welche im Anhang (13.1) abgebildet sind. Dem folgt eine Beschreibung der Schwerpunktsetzung im Rahmen des Landesprogramms sowie deren Umsetzung innerhalb verschiedener Handlungsfelder mit Hilfe einzelner Projekte. Abschließend geben die Modellregionen einen Einblick in die erzielten strukturellen Veränderungen und es wird der Frage nachgegangen, wie diese auch nachhaltig gesichert werden sollen. Die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für die einzelnen Modellregionen können ebenfalls dem Anhang (13.2) entnommen werden.

3.3.1 Modellregion Hochtaunuskreis auf einen Blick

Ausgangslage der Modellregion



Dr. Uta George,
Programmkordinatorin
Hochtaunuskreis

Der Hochtaunuskreis liegt nördlich von Frankfurt am Main und gehört zu den prosperierenden Landkreisen in Deutschland. Mehr als 16.000 Unternehmen haben sich hier angesiedelt, der Kreis verfügt über ein breites Schulangebot. Die Arbeitslosenrate lag im Juni 2012 bei 3,7%.

Der Hochtaunuskreis weist somit gute Bedingungen für Integration auf. Allerdings finden sich unter

”



Das Landesprogramm Modellregionen Integration gibt dem Hochtaunuskreis viele Impulse für den Aufbau struktureller Integrationsarbeit. Es ist gelungen, ein Integrationskonzept zu entwickeln, ein Monitoring und ein stabiles Netzwerk aufzubauen. Diese Arbeit muss in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Dr. Wolfgang Müsse, Erster Kreisbeigeordneter des Hochtaunuskreises

“

den Bezieher/innen von SGB-II-Leistungen ca. 70% Menschen mit Migrationshintergrund – d.h. auch im Hochtaunuskreis ist es bislang nicht gelungen, allen hier lebenden Menschen gleichermaßen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Vor Beginn der Modellregionenphase waren verschiedene freie soziale Träger im Feld der Arbeit mit Menschen mit Migrationshintergrund tätig. Es gab allerdings keine strukturellen Integrationsmaßnahmen.

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Die Modellregion Hochtaunuskreis konzentriert sich auf das Handlungsfeld Integration in den Arbeitsmarkt. Hierbei liegt ein besonderer Fokus auf der Personengruppe Menschen mit Migrationshintergrund, die sich im Bezug von sozialen Transferleistungen befinden. Die günstigen Integrationsbedingungen im Hochtaunuskreis sollen genutzt werden, Zugänge dieser Zielgruppe zum Arbeitsmarkt, aber auch zu Bildungsinstitutionen (nachfolgende Generation) zu entwickeln, die dann auch auf andere Regionen übertragbar sind.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die Vernetzung der im Feld Migration/Integration tätigen Träger mit der Kreisverwaltung. Hierauf liegt ein besonderes Augenmerk der Modellregion Hochtaunuskreis: Der Aufbau von Netzwerken wird als wichtige Säule der strukturellen Integrationsarbeit gesehen, der zielgerichtete Absprachen ermöglicht und Kooperationen fördert.

Während der Modellregionenphase arbeitet der Hochtaunuskreis mit vier Kommunen zusammen: Friedrichsdorf, Neu-Anspach, Oberursel und Steinbach.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

Zur besseren Ansprache und Vermittlung von Menschen mit Migrationshintergrund, die sich im Bezug von Hartz-IV-Leistungen befinden, hat der Hochtaunuskreis ein Case-Management eingerichtet. Ausgewählte Familien werden im Rahmen einer fallorientierten und aufsuchenden Familienarbeit begleitet. Schwerpunkte sind der Weg durch die Schule, die Berufsfindung, Bewerbungen für einen Ausbildungs- oder einen Arbeitsplatz, sowie Beratung bei interkulturellen Konflikten.

Auch die im Hochtaunuskreis geförderten Projekte konzentrieren sich größtenteils auf die erwähnte Zielgruppe. Sie haben die Förderung sozialer Kompetenz und von Sprachvermögen zum Inhalt, ebenso wie Beratung, z.B. über den Bildungsweg und Begleitung zu Institutionen. Mitglieder des Case-Managements werden z. T. in die Projekte ver-



Hochtaunuskreis

mittelt; es findet eine enge Verzahnung statt. Die Steuerung der Ausrichtung der Projekte erfolgt durch jährliche gemeinsame Besuche des Integrationsministeriums und der Programmkoordinatorinnen vor Ort, während der über die Entwicklungen und Ziele beraten wird, und Verbesserungsvorschläge und Hilfestellungen angeboten werden.

Der überwiegende Teil der Projektträger ist in der 2010 eingerichteten Steuerungsgruppe der Modellregion eingebunden. Diese ist als Informationsbörse und Vernetzungsmöglichkeit zu betrachten. Eine weitere Vernetzungsebene sind die Projektkoordinator/innen, die zweimal jährlich von der Leitstelle Integration eingeladen werden. Hier entstehen konkrete Arbeitsbezüge und langfristige Kooperationen.

Ein wichtiges Handlungsfeld ist die interkulturelle Öffnung von Verwaltung und Pflegeeinrichtungen. Dieses wird durch ein Projekt abgedeckt, das in den vier Modellkommunen und der Kreisverwaltung durchgeführt wird.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion

Da es vor 2010 keine strukturelle Integrationsarbeit im Hochtaunuskreis gab, lassen sich seit Einrichtung der Modellregion eine Vielzahl an Veränderungen konstatieren. Zentral ist die Einrichtung eines eigenen Fachbereichs, der Leitstelle Integration, um Integration als Querschnittsaufgabe zu etablieren.

Auch die Vernetzung von Trägern, Kommunen und Einzelpersonen im Themenfeld Integration mit der Kreisverwaltung ist eine deutliche Veränderung. Vermehrt gibt es eine überinstitutionelle Zusammenarbeit und einzelne Kooperationen. So moderiert beispielsweise die Leitung des Projektes der VHS-Hochtaunus die Kleingruppen zur Erarbeitung des Integrationskonzeptes im Hochtaunuskreis.

Bis zum Ende der Modellregionenphase soll ein partizipatives Integrationskonzept für den Hochtaunuskreis erarbeitet werden. In die Entwicklung sind Akteure in der Integrationsarbeit einbezogen. Die Entwicklung eines Monitorings war ein wichtiger Schritt, um die Ziele zukünftig steuern zu können.

Die Ansätze der Mehrzahl der Projekte, wie auch das Case-Management, sind darauf ausgerichtet, Teil der Regelstruktur zu werden.

Ausblick - Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Durch die Einrichtung der Leitstelle Integration und der Erarbeitung eines Integrationskonzeptes bekräftigt der Hochtaunuskreis seine Absicht, Integrationsarbeit langfristig strukturell zu verankern.

Für die Arbeit über die Modellregionenphase hinaus ist die Erstellung von Wegweisern notwendig, wie z.B. von im Kreis tätigen Migrantenorganisationen, Sprachförderangeboten etc. Damit lässt sich der Bedarf eruieren und gleichzeitig die begonnene enge Zusammenarbeit mit freien Trägern und Kommunen fortführen. Intendiert ist die Einrichtung von handlungsfeldbezogenen Steuerungsgruppen, die die Umsetzung des Integrationskonzeptes begleiten.

Die begonnenen Schulungen in interkultureller Kompetenz sollten zunehmend in die Regelstrukturen der Institutionen und Unternehmen Eingang finden. Die Wahrnehmung der Mitarbeiter/innen, dass Integration ein Querschnittsthema ist, wird damit gestärkt.

Für die Zukunft ist die langfristige Verankerung zentraler Aufgaben im Themenfeld Migration/Integration in der Leitstelle Integration unabdingbar. Integration wird damit auf Dauer ein Bestandteil der Regelstruktur sein.

3.3.2 Modellregion Kassel auf einen Blick Ausgangslage der Modellregion

Die Einbindung des Themas Integration neben den Arbeitsfeldern Demografischer Wandel und Bürgerschaftliches Engagement in das städtische Zukunftsbüro verdeutlicht die Blickrichtung der Stadt Kassel, dass Zuwanderung gleichzeitig als Herausforderung und Chance einer sich verändernden Gesellschaft verstanden werden. Viele Projekte und Initiativen werden bereits seit Jahren u. a. im Rahmen von Soziale Stadt, *STÄRKEN vor Ort* oder *Integration durch Qualifizierung (IQ)* erfolgreich in Kassel umgesetzt. Der Abbau sozialer Ungleichheiten zwischen Zugewanderten und Mehrheitsgesellschaft ist aber auch fester Bestandteil des Engagements unterschiedlicher Kasseler Akteure aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Soziales, Wohnungsmarkt, Kultur, Sport, Politik und Verwaltung. Auf dieser Grundlage und im gegenseitigen Austausch wurde in Kassel ein gesamtstädtisches Integrationskonzept erarbeitet, dass im Sommer

2012 einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet wurde.

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Bei den Workshops zum Auftakt des Landesprogramms Ende 2009 und Anfang 2010 wurden gemeinsam mit den Migrantenorganisationen und den Trägern der Integrationsförderung in einem partizipativ-diskursiven Prozess Bildung, Kultur/Interkultur und Sport als die zentralen Handlungsfelder für die „Modellregion Integration“ in Kassel

”



„Durch das Landesprogramm wurden erfolgreich neue Ansätze der Integrationsförderung in den Bereichen Bildung, Sport und Kultur/Interkultur erprobt und ausgebaut. Die Strukturen der Integrationsförderung, Vernetzung und Kooperation konnten dabei gefestigt und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden und unterstützen langfristig die Umsetzung des Integrationskonzeptes „Alle gehören dazu!““

Bertram Hilgen,
Oberbürgermeister der Stadt Kassel

“

festgelegt. Die Mehrzahl der umgesetzten Modellregionsprojekte wurde in diesem Beteiligungsverfahren mit dem Blick auf Handlungsbedarfe und der Weiterentwicklung bereits erfolgreicher Ansätze der Integrationsförderung entwickelt. Hervorzuheben sind für Kassel besonders die Verbundprojekte, in denen unterschiedliche Wohlfahrtsverbände, freie Träger, Migrantenorganisationen, städtische Ämter oder Landesbehörden gemeinsam Konzepte umsetzen.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

Die insgesamt 16 Modellregionsprojekte spiegeln die Herausforderungen einzelner Lebensphasen wieder. Neben der Sprach- und Kulturförderung von Kindern und Jugendlichen unter Einbeziehung ihrer Eltern sind auch ältere Kasseler mit Migrationshintergrund stärker in den Blick gerückt hinsichtlich alters- und kultursensibler Angebote der Gesundheitsförderung.

Bereits bestehende Netzwerkstrukturen wie der Arbeitskreis Integration als eigenständiges Netzwerk von Akteuren der Integrationsförderung werden als Plattform genutzt, um über die Ziele der Modellregion und deren Umsetzung auf lokaler, wie auch Landesebene zu informieren. Innerhalb der Projekte werden neue Strukturen auf Quartiers- und Stadtteilebene sowie gesamtstädtisch unter Einbeziehung kommunaler Einrichtungen, lokaler Vereine und Bildungsinstitutionen geschaffen oder Bestehende weiterentwickelt.

Die anlassbezogenen Kooperationstreffen der Modellregionsprojekttäger zur Vernetzung helfen Informationen zum Programm und den Aktivitäten der Stadtverwaltung im Bereich der Integrationsförderung zielgerichtet auszutauschen. Weiterhin haben sich regelmäßige Projektbesuche bewährt, um eine nachhaltig-partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Projektträgern aufzubauen. Dieser Rahmen unterstützt die wechselseitige Hilfestellung und Beratung bei der Erreichung einzelner Projektschritte und fördert die Transparenz hinsichtlich gemeinsamer Handlungsfelder und Synergien zwischen den Projektträgern.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion

Durch die Teilnahme am Landesprogramm konnten erste Schritte zur interkulturellen Öffnung und vernetzten Zusammenarbeit auf Quartiers- und Stadtteilebene weiterentwickelt werden. Dabei durchlaufen zentrale Akteure wie Schulen, Kindertagesstätten, Stadtteilzentren, Moscheevereine, Sportvereine aber auch Museen und Ausstellungsorte oder Pflegeeinrichtungen intensive Lernprozesse im Umgang miteinander. Die Wahrnehmung, Akzeptanz sowie Berücksichtigung unterschiedlicher Organisations- und Kommunikationskulturen erfordern von allen Beteiligten ein hohes Maß an Ambiguitätstoleranz. Die gesammelten Erfahrungen zeigen, dass der Weg lohnend ist, aber Veränderungen von Strukturen und der Aufbau vertrauensvoller Partnerschaften Zeit benötigen.

Die enge Begleitung der Projektträger durch die Programmkoordination vor Ort hat gleichzeitig auch einen konstanten Informationstransfer zwischen Verwaltung und Akteuren der Integrationsförderung unterstützt. Diese neue Form der offenen Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und externen Koopera-

tionspartnern stellt bisherige Rollenzuschreibungen infrage und bereitet den Weg für eine wechselseitig unterstützende Zusammenarbeit.



Peggy Niering, Programmkoordinatorin Stadt Kassel

Ausblick – Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Eine erste Sicherung der Erfahrungen und Ergebnisse, die während der Programmlaufzeit gesammelt wurden, erfolgte durch die inhaltliche Verknüpfung mit dem städtischen Integrationskonzept, dass sich parallel zur Umsetzung bereits in der Entwicklung befand. Mit dem Titel „Alle gehören dazu! Kassel ist bunt und lebt Vielfalt in allen Generationen“ ist es gleichzeitig auch ein Bekenntnis zum gesellschaftlichen Wandel. Mit der Zielrichtung, diesen Wandel für alle Einwohnerinnen und Einwohner Kassels positiv zu gestalten, sollen die aufgebauten Strukturen und Netzwerke im Bereich der Integrationsförderung im Rahmen der einzelnen Handlungsfelder des Integrationskonzeptes weiter verstetigt und im Sinne einer Querschnittsaufgabe verwaltungsintern, aber auch in der Zusammenarbeit mit freien Trägern, weiterentwickelt werden. Die Entwicklung und Einführung eines Integrationsmonitorings im Rahmen des Landesprogramms unterstützt dabei die Zielüberprüfung hinsichtlich einer langfristigen Angleichung der Lebenslagen zwischen den Kasseler Bevölkerungsgruppen.

3.3.3 Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau auf einen Blick

Ausgangslage der Modellregion

Bereits vor der Aufnahme in das Programm „Modellregionen Integration“ konnte man im Main-Kinzig-Kreis gezielte projektbezogene Schwerpunkte in der Integrationsarbeit verzeichnen. Durch die Beteiligung mancher Kommunen des Kreises an Projekten, u.a. „Soziale Stadt“, wurden Initiativen

und Akzente zur Förderung der Integration dort gesetzt, wo der Bedarf erkannt wurde. Viele Kommunen im Landkreis hatten aber auf Grund der fehlenden Unterstützung und Ressourcen noch nie die Möglichkeit, auf lokale Entwicklungen zu reagieren und Integrationsarbeit vor Ort zu gestalten.

In der Stadt Hanau waren Integrationsbemühungen weit fortgeschritten. Seit 2002 war die Stadt im Programm „Soziale Stadt“ vertreten. Von 2004 bis 2008 sind im Rahmen des Modellvorhabens „Lokales Kapital für soziale Zwecke (LOS)“ 107 Projekte durchgeführt worden. Die Mehrzahl dieser Projekte hat sich dabei explizit an Menschen mit Migrationshintergrund gerichtet. Seit April 2009 nimmt Hanau an dem LOS-Nachfolgeprogramm „STÄRKEN vor Ort“ teil. Bereits 2008, mit dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, begann ein Prozess „Interkulturelle Zukunft“ der zur beteiligungsorientierten Erarbeitung des Integrationskonzeptes „Vielfalt.Leben.Hanau.“ führte. Durch vielfältige Angebote unterschiedlicher Akteure war Integration in Hanau bereits verankert.

Die Zuständigkeit für Integrationsthemen lag in Hanau bis Mitte 2012 im Fachbereich Stadtentwicklung und Bürgerservice (FB1) bei der Abteilung Umwelt und Integration. Am 1. Juli 2012 wurde das Sachgebiet dem neuen Fachbereich Bildung, Soziale Dienste und Integration (FB5) zugeordnet. Am 15. August 2012 wurde die Fachabteilung Integration und Inklusion gebildet und direkt der Fachbereichsleitung unterstellt. Die Themenfelder sind damit auf oberster Ebene angesiedelt und haben somit auf struktureller Ebene deutlich mehr Gewicht erhalten.

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Aufgrund der innovativen Kooperation zwischen einem Landkreis und einer Sonderstatusstadt wurde der Fokus der Arbeit als Modellregion auf neuen Zusammenhalt fördernde Projekte gelegt. Durch diese Zusammenarbeit sollten

Ressourcen gebündelt und bessere Vernetzung und gegenseitiges Wissen und Verstehen verstärkt werden. „Neue Wege für eine gemeinsame Zukunft“ so lautet das Motto der Modellregion Main-Kinzig-Kreis mit Hanau in diesem Programm.

Die gemeinsame Modellregion Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau zeigte von Anfang an, dass mit einem großstädtischen Raum in unmittelbarer Nähe des Rhein-Main-Ballungszentrums und strukturschwächeren ländlichen Regionen im östlichen Kinzigtal eine vielfältige Aufgabe zu bewältigen ist. Mit diesem Programm stellte sich der Main-Kinzig-Kreis der anspruchsvollen Herausforderung, auch in ländlichen Kommunen die Integrationsarbeit zu installieren. Somit werden die Projekte in den Städten Schlüchtern, Wächtersbach, aber auch in den „LOS“ und „Soziale Stadt“ Fördergebieten Maintal und Erlensee umgesetzt. Die Integrationsarbeit der Stadt Hanau orientiert sich auf Basis des Integrationskonzeptes an den Lebensbedürfnissen der Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen.

Die zentralen Handlungsfelder „Bildung und Qualifizierung“ sowie die „interkulturelle Öffnung“ gingen hierbei aus dem Integrationskonzeptentwicklungsprozess hervor. Mit der Modellregion Integration sind Projekte auf den Weg gebracht worden, die sich an den unterschiedlichen Lebenswelten der Menschen orientieren und sich somit hervorragend in dieses Konzept einfügen.

”



Das kulturelle Potential der Menschen mit Migrationshintergrund in unserem Kreis bedeutet für uns Chance und Verpflichtung für die demographische und soziale Entwicklung des Landkreises. Dabei sehen wir Integration als Querschnittsaufgabe, in der alle gesellschaftlichen Gruppen zu beteiligen sind.

Jeder kann etwas beitragen, weil jeder betroffen ist. In projektbezogenen Kooperationen mit Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Vereinen, Unternehmen

und Behörden schaffen wir ein Netzwerk struktureller Angebote. Wichtig ist uns eine empathische, respektvolle Kommunikation und Arbeitsmethode. Die Kreisverwaltung versteht sich dabei als Teil eines systemischen Lern- und Veränderungsprozesses.

Dr. André Kavai, Erster Kreisbeigeordneter, Main-Kinzig-Kreis

“



Anna Seipel,
Programmkordinatorin
Main-Kinzig-Kreis

So konnte die Stadt innovative Strukturen für neue Kommunikationswege in die Migrantenumilieus schaffen. Projekte wie die „Stadtteilmütter“ oder die „Qualifizierung von Vereinen“ haben zu Vernetzungen, Kooperationen und neuen Strukturen geführt und so neue Brücken gebaut. Mit dem Projekt „Hanau - meine Heimatstadt“ konnten Zugänge zu bisher nicht erreichten Zielgruppen erschlossen werden. Mit verschiedenen Trainings zur „interkulturellen Kompetenz“ wurden die Verwaltungen geschult (Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau zusammen), sich in kulturellen Überschneidungssituationen angemessen zu orientieren und sich hierbei richtig und hilfreich verhalten zu können.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

So unterschiedlich die soziale Struktur der beteiligten Kommunen und Stadtteile ist, so unterschiedlich sind die Maßnahmen und konkreten Veränderungen. Hierbei konnten bereits vorhandene Strukturen genutzt, weiter vernetzt und auch neue aufgebaut werden.

Zu Beginn des Programms wurde eine Lenkungsgruppe zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und der Stadt Hanau gebildet. Weitere übergreifende Arbeitsgruppen und Kooperationen sorgen für einen regelmäßigen Austausch aller beteiligten Akteure und haben bereits neue Strukturen verankert. So legte beispielsweise eine Kooperation mit den Wohlfahrtsverbänden neue Qualitäten in den Austausch zwischen den freien Trägern der Migrationsberatung und den hiesigen Behörden zugrunde. Die Einrichtung eines durch das Integrationsbüro initiierten Runden Tisches zum Thema Asyl brachte mehrere relevante Akteure zusammen und verbesserte somit das voneinander Wissen und den Austausch über die Herausforderungen und Angebote.



Durch die Modellregion haben wir unseren Blick geschärft für die Potentiale, die in unserer Stadtgesellschaft mit ihren 146 Nationen vorhanden sind und neue Brücken zwischen den Kulturen gebaut. Unser laufender Integrationsprozess hat davon profitiert.

Stadtrat W. Axel Weiss-Thiel, Hanau



Die Kooperation zwischen dem Main-Kinzig-Kreis und Hanau als Stadt mit Sonderstatus basiert auf zwei gemeinsamen Projekten: dem „Integrationswegweiser“ und Seminarangeboten unter der Überschrift „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“.

Ziel der Internetplattform ist es, die vielfältigen Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund besser zu vernetzen. Mit ein paar Klicks erfahren sie, in welchen Orten welche Vereine, Institutionen und Organisationen beispielsweise Alphabetisierungs-, Sprach- und Integrationskurse, Berufsqualifizierung und Erziehungshilfen anbieten.

Im zweiten gemeinsamen Modellprojekt setzen sich die Beschäftigten der Verwaltungen des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau mit den Herausforderungen und Chancen der interkulturellen Gesellschaft auseinander. Grundgedanke der Seminare ist,

dass „Missverständnisse und Kulturfallen“ eine gelingende Kommunikation im Bürgerservice erschweren und deshalb bewusst gemacht werden müssen.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion



Christian Russo,
Programmkordinator Hanau

Das anspruchsvolle Ziel, Integrationsangebote und Integrationsbewusstsein in die Regelstrukturen zu bringen, ist ein langer Veränderungsprozess, der in der Region Main-Kinzig/Hanau begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist.



Veranstaltung „Kommunales Integrationsmanagement“

Wichtig ist, die Aktivitäten und Bemühungen an die vorhandenen Strukturen anzuknüpfen und auf diesen strukturellen Ressourcen zu basieren und diese gegebenenfalls zu erweitern.

So sollen keine neuen, doppelten Projektstrukturen installiert werden, sondern zuerst an die existierenden Möglichkeiten und Angebote angeknüpft bzw. diese sinnvoll ergänzt werden. Deswegen wurden die Projekte im Rahmen des Programms in Kooperation mit hiesigen Institutionen - Schulen, Kitas, Ämtern und vor allem lokalen Vereinen - umgesetzt.

Integrationspolitik als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen ist die Grundvoraussetzung zur strukturellen Veränderung. Ziel ist es dabei, dass Integration überall stattfindet, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Dafür benötigt es offene, flexible und im Sinne der Chancengleichheit agierende Schulen, Kitas, Vereine, Behörden und Unternehmen. Eine der Möglichkeiten, wie dies erreicht werden kann, ist die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller wichtigen Einrichtungen auf dem Gebiet der interkulturellen Kompetenz. In der Modellregion Main-Kinzig und Hanau wurde dabei in den Schulungsangeboten ein besonderer Wert auf die Sensibilisierung und Hinterfragung eigener Überzeugungen und Denkmuster gelegt.

Die Erfahrung aus der Modellarbeit im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau ist es, dass eine gute

Vernetzung und Austausch mit anderen Akteuren sehr hilfreich bei der Bewältigung dieser anspruchsvollen Aufgabe ist. Deshalb wurde eine innovative Kooperationsvereinbarung mit den Kirchen und den Verbänden der Wohlfahrtspflege zur Migrationsberatung geschlossen.

Ausblick - Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Die Projekte werden auf ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit regelmäßig evaluiert. Die aus den unterschiedlichen Projekten gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen sollen mit allen für die Integrationsarbeit relevanten Akteuren, Projektbeteiligten und Migrantenvertretern diskutiert werden, um eine endgültige ganzheitliche Zukunftsstrategie planen zu können.

Darüber hinaus werden neu entstandene Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen und die Qualifizierung von Schlüsselpersonen die Nachhaltigkeit in bestimmten Bereichen sichern (u. a. Vereine, Lotsen, etc.). Durch die Schulung von Schlüsselpersonen wird die Bildung von Gruppen aus Multiplikatoren (Experten) ermöglicht, welche in Form von Netzwerken weitere Interessierte unterstützen und schulen können.

Der Erfolg der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene hängt vom Engagement, häufig auch einem freiwilligen Engagement der einzelnen Personen ab. Einer der künftigen Schwerpunkte ist in diesem Zusammenhang die Frage nach einer sinnvollen Unterstützung und Steuerung des ehrenamtlichen Engagements.

3.3.4 Modellregion Offenbach auf einen Blick

Ausgangslage der Modellregion

Als Teil einer weltoffenen Wirtschaftsregion wie Rhein-Main schreibt die Stadt Offenbach Migrationsgeschichte und hat lange Tradition im Umgang mit ihrer kulturellen Vielfalt. Die Stadt setzte sich im Bundesvergleich früh mit Fragen der verbesserten Integrationsbedingungen auseinander. Bereits im Jahr 1998 wurde hier eine „Leitstelle Zusammenleben“ eingerichtet und die Stelle eines kommunalen Integrationsbeauftragten besetzt. Ein starkes Signal politischer Übereinstimmung in Fragen der Integration ging 2004 an die Stadtgesellschaft über das im Stadtparlament verabschiedete kommunale

Integrationskonzept „Viele Kulturen – alles Offenbacher“. Dieses benennt Schwerpunkte und beinhaltet Handlungsvorschläge für eine kommunale Integrationsstrategie, die seitdem in vielen Projekten und lokalen Programmen konsequent umgesetzt wird, etwa mit dem Programm zur Entwicklung der östlichen Innenstadt im Rahmen der Hessischen Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“, dem Projekt „Stärken vor Ort“ oder mit dem im Rahmen der EU-Initiative „Equal“ geförderten Projekt „Migration und Arbeit“. Im Jahr 2006 wurde die „Leitstelle“ als Abteilung „Integration“ dem „Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration“ zugeordnet und mit einem eigenen Jahreshaushalt ausgestattet. Das Koordinierungsbüro „Modellregion Integration“ verstärkt seit 2010 die städtische Integrationsstelle mit Fachpersonal und finanziellen Zuschüssen und hat, nicht zuletzt durch die enge Zusammenarbeit mit dem Land Hessen und den anderen Modellregionen, neue Akzente in der kommunalen Integrationsarbeit gesetzt sowie eine Vielzahl von Prozessen auf der Stadtebene initiiert.

”



„Integration muss ganz konkret mitten im gesellschaftlichen Alltag stattfinden und nicht isoliert in Sonderprojekten. Deshalb setzen hier die Projekte der „Modellregion Integration“ an: Teilnahme an zivilgesellschaftlichen Prozessen, Quartiersarbeit, Bildung, Elternarbeit und Gesundheitsförderung.“

Stadtrat Dr. Felix Schwenke,
Integrationsdezernent, Stadt Offenbach

“

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Ausgehend von der Annahme, dass alle Lebensbereiche für eine wirksame Integration gleichzeitig zu berücksichtigen sind – Familie und Erziehung, Bildung, Arbeitsmarkt, soziale Dienste, Gesundheit und das Leben im Quartier – einigten sich kommunale und freie Träger beim ersten Integrationsworkshop „Modellregion Integration“ im Januar 2010 auf folgende Schwerpunkte für die Arbeit in diesem Landesprogramm:

1. Förderung zivilgesellschaftlicher Potenziale mit Fokus auf die Stärkung der Migrantenselbstorganisationen,
2. Ausbau sozialraumbezogener Integrationsmaßnahmen im Rahmen des Quartiersmanagement,
3. Bildung,



Interkulturelle Woche 2011 in der Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau

4. Elternbildung in Kooperation mit dem lokalen Netzwerk „Elternschule“,
5. Förderung der Gesundheit und Gesundheitsaufklärung der Migrationsbevölkerung.

Kennzeichnend für die Modellregion war der Gedanke, in den ausgewählten Handlungsfeldern ressortübergreifend abgestimmte und nachhaltige Konzepte zu entwickeln, um mit solchen „modellhaften Projekten“ neue Wege der Integrationsarbeit direkt auf der strukturellen Ebene zu erproben. Neben Projektförderung als Hauptinstrument im Programm legte das Land Hessen weitere Arbeitsbereiche fest: Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung, Erhöhung der Transparenz durch die Entwicklung eines kommunalen Integrationsmonitoring und die gezielte Stärkung der Netzwerkstrukturen vor Ort.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

An der Umsetzung der Programmziele beteiligten sich städtische und freie Träger mit zahlreichen innovativen Projektideen, von denen acht Großprojekte (mit insgesamt 43 untergeordneten Miniprojekten), Aktionen, Infoveranstaltungen und Fortbildungsangeboten entstanden sind. Die Projekte setzen an mindestens einem der fünf Kernpunkte im Programm an. Durch Koordinierung und Begleitung der Maßnahmen konnte gesichert werden, dass ihre Auswirkungen sich über mehrere Handlungsfelder hinweg strecken und sie ein einheitliches Profil der Modellregion Offenbach bilden.



Ana-Violeta Sacaliuc,
Programmkordinatorin
Stadt Offenbach

Die in der Stadt bestehenden Netzwerkstrukturen (vor allem die „Elternschule“ und der „Arbeitskreis Integration“ mit der Regional Koordinatorin vom BAMF, dem Integrationsbeauftragten, Bildungs- und Sozialträgern, Jobcenter und Migrationsberatungen) beteiligen sich am Programm sehr aktiv. Im Ergebnis hat sich die Verbindung der Maßnahmen mit Programmen, die ähnlich wie die Modellregion auf Strukturebene arbeiten, besonders bewährt. Beispielhaft ist hier das Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ im Bil-

dungsbereich. Aber Projekte mit im klassischen Sinne atypischen Akteuren der Integrationsarbeit, beispielsweise mit dem Haus der Stadtgeschichte, sind auch gut gelungen. Die produktive Zusammenführung von Kompetenzen und lokalen Ressourcen durch Koordination lässt sich z.B. daran erkennen, dass unterschiedliche Projekte der Modellregion in den drei ebenso durch das Programm geförderten Stadtteilzentren umgesetzt werden. Die Durchführung einer Maßnahme außerhalb der organisierenden Institution (bspw. Jugendamt), bringt Vorteile mit: Die Adressaten dieser Maßnahmen lernen die Institution mit ihrem Bildungs-, Freizeit- oder Familienangebot kennen und kommen im Stadtteilbüro eher in Kontakt mit ihren Nachbarn als im Rathaus oder in der Volkshochschule. So verstärkt die Teilnahme an Sprachkursen oder Gesundheitsprojekten die interkulturellen Beziehungen in der Nachbarschaft, auch über die Dauer der Maßnahme hinaus. Eine Stärkung der Beziehung zum Lebensort Offenbach wird daher mit gefördert, was an sich ein Ziel im Quartiersprojekt ist, aber im Effekt mit Hilfe von anderen Projekten verstärkt wird. Allerdings finden die auf interkulturelle Öffnung gerichteten Projekte direkt in den jeweiligen Institutionen statt: Schulen, Gesundheitszentrum für Menschen mit Behinderung oder Stadtverwaltung.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion

Die kommunale Integrationspolitik sorgte in Offenbach frühzeitig für eine begünstigende Struktur zur Förderung der Integrationsbedingungen, und damit für eine solide Basis der Modellregion. Mit dem Einsatz einer Koordinatorin als zweite Fachkraft im Integrationsbüro wurden zusätzliche Personalkapazitäten geschaffen, die Integrationsarbeit in Breite und Tiefe erweitert und die überregionale Kooperation mit dem Land und den anderen Modellregionen ermöglicht. Laufende Prozesse konnten eine neue Dynamik erreichen: Durch die Abstimmung einer gemeinsamen Strategie nach der Gründung einer Arbeitsgruppe unter Leitung der Abteilung Organisationsentwicklung, mit Vertretung vom Personalamt, Kultur- und Integrationsbüro zeichnet sich eine neue Dimension der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung ab. Die Zusammenarbeit mit externen Institutionen, beispielsweise mit Migrationsberatungen, ist sichtlich gestärkt: Die Modellregion war bereits 2010 emp-

fänglich für die zunehmende inneneuropäische Migration, vor allem für die Probleme mit Zuwanderern aus den südosteuropäischen Ländern. Gemeinsam wurden Projekte entwickelt, eine Fachtagung zum Austausch auf der Stadtebene organisiert und Vertreter der Zuwanderergruppen stets in die Lösungssuche einbezogen. Die Modellregion hat aber selbst Prozesse initiiert: Mit Stärkung der lokalen Migrantenorganisationen als zentrales Handlungsfeld wurde eine Partnerschaft der Stadt mit 14 religiösen Bildungs- und Kulturvereinen gegründet. Hinsichtlich des ehrenamtlichen Charakters der Vereinsarbeit lässt sich jedoch erkennen, dass deren Bestehen von der Begleitung durch die städtische Fachstelle Integration stark abhängig ist. Hier und insgesamt leistete das Land Hessen durch fachliche Begleitung, thematische Workshops und finanzielle Förderung einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der städtischen Integrationsstrukturen.

”



Damit Integration gelingen kann, sollen alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Zugangschancen zu den sozio-ökonomischen und politischen Ressourcen unserer Gesellschaft haben, sich aktiv in den Gestaltungsprozess einbringen und sich mit ihrer neuen „Heimat“ identifizieren.

Oberbürgermeister Wolfram Dette,
Stadt Wetzlar

“

Ausblick - Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Alle im Programm entwickelten Modellprojekte sind an den bestehenden Strukturen von Politik, Verwaltung und lokalen Gemeinschaften ange-dockt und so konzipiert, dass ihre Ergebnisse schon während ihrer Laufzeit in diese Strukturen - und damit in ihre Regelangebote - einfließen. Die jeweiligen zuständigen Fachdienste, vor allem bei der Stadtverwaltung, werden noch während der Laufzeit der Modellregion in die angestoßenen Prozesse eingebunden, so dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für neue Aufgaben rechtzeitig vorbereitet werden. Die fünf Schwerpunkte der Modellregion - Aktivierung des Ehrenamtes, Quartierarbeit, Bildung, Gesundheit und Elternschule - sind Teil der abgestimmten Strategie der Stadt Offenbach, somit auch künftig im Fokus der kommunalen Integrationspolitik. Die Ergebnisse und Erkenntnisse der Modellprojekte werden in die Fortschreibung des Integrationskonzepts von 2004 einfließen und zur Weiterentwicklung dieser kommunalen Strategie beitragen.

3.3.5 Modellregion Wetzlar auf einen Blick

Ausgangslage der Modellregion

Wetzlar hat eine lange Tradition in der Beschäftigung mit dem Thema Integration. Bereits mehrfach wurden Projekte für beispielhaftes Engagement ausgezeichnet. Dazu gehört auch das Projekt „Soziale Stadt“ und die daraus resultierenden Beteiligungsstrukturen, die Nachbarschaftszentren und Modellprojekte zur frühen Bildung. Sie sind Meilensteine in der Integrationspolitik in Wetzlar. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat die Stadt zudem einen Migrationsbericht, einen Sozialstrukturatlas und einen Integrationswegweiser veröffentlicht. In den

Kindertagesstätten sind interkulturelle Handlungskonzepte und die Teilnahme an Sprachförderkonzepten, wie „frühstart“ selbstverständlich. Weitere Leuchtturmprojekte sind: „Mama lernt Deutsch“, niedrigschwellige Integrations- und Sprachkurse, die Neuorganisation des Ausländerbüros, der Neubürgerempfang und das internationale Kulturfest.

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Aufgrund der bereits vielfältigen Erfahrungen schon vor Beginn der Modellregion haben sich in Wetzlar auf dem ersten partizipativen Integrationsworkshop unter Beteiligung vieler Bürgerinnen und Bürger mit unterschiedlichen Funktionen fünf Handlungsschwerpunkte heraus kristallisiert. Dazu gehören Sport, Sprache, Bildung, Kultur und Beruf, die in der Fortsetzung in AGs weiterbearbeitet wurden. Priorität wurde dabei auf stadtteilorientierte Projekte in der sozialpädagogischen Familienarbeit gelegt, da in den schon vorhandenen Nachbarschaftszentren Bedarfe sichtbar wurden und durch stärkere Zuzüge von Menschen mit Migrationshintergrund Stadtteile sich neuen Herausforderungen stellen mussten. Hervorzuheben ist das Projekt

„Neu im Leben fit in Deutsch“. Es ist auf Eltern, Kinder und Familien ausgerichtet, mit dem Ziel Bedarfe und Angebote miteinander abzugleichen. Familien sollen frühzeitig in den Bereichen Sprache, Gesundheit und Bildung gestärkt werden. Das Projekt „Bildungspartnerschaften“ ergänzt das Angebot optimal mit dem Ansatz der interkulturellen Weiterbildung, des Dialogs und der Kooperation zwischen Familien, Kitas, Schulen, freien Trägern und Stadtverwaltung.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

Es wurden fünf Arbeitsgruppen zu den genannten Themenfeldern gegründet. In diesen Arbeitsgruppen wurden nach der Formulierung gemeinsamer Ziele in den Folgejahren insgesamt 17 Projekte entwickelt und durchgeführt. Neben den Projektträgern arbeiten hier weitere Vertreterinnen und Vertreter von freien Trägern, von Ämtern, Kitas, Schulen und Migrant*innenorganisationen zusammen. Die AGs haben sich seit Beginn der Modellregion als verlässliche Arbeitsgemeinschaften erwiesen. Sie sind für fachliche Diskussionen, Meinungsbildung, Konzeptentwicklung und für die Beschlussfassung von Projektanträgen zur Weiterleitung an den Programmbeirat zuständig. Der Programmbeirat setzt sich unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters aus Vertreterinnen und Vertretern der Fachämter, des Landes, des BAMF, des Schulamtes, der Kreise und der freien Träger zusammen. Die Anträge werden unter fachlichen und fiskalischen Gesichtspunkten geprüft und dann mit einem Empfehlungsschreiben für das Land versehen. Neben diesen stadtweiten Arbeitsgemeinschaften werden auch die schon lange bestehenden Stadtteilarbeitsgemeinschaften in den Prozess mit einbezogen. Hier ist es besonders wichtig, die bisherige Arbeit wertschätzend zu reflektieren und die Philosophie der Modellregion zu verankern.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion

Die Wichtigkeit eines eng verzahnten Netzwerkes wurde insbesondere durch die „Modellregion Integration“ erkannt und umgesetzt.

Eine Ist/ Soll-Analyse war auf dem 1. partizipativen Workshop wichtig, um Bestehendes aufzuzeigen, einzuordnen, Lücken zu erkennen und diese durch neue Handlungsstränge zu füllen. Es entstanden die

schon beschriebenen fünf Arbeitsgemeinschaften. Durch die kontinuierliche Begleitung der Programmkoordinatorin ist ein breiter Transfer in alle AGs und eine gute Verzahnung mit den AGs auf Quartiers- und Stadtteilebene gewährleistet. Der Erfolg der Projekte gründet sich dabei auf die Ressourcen und Potenziale aller Beteiligten.

Parallel zu diesem Netzwerk wurde ein verwaltungsinterner Organisationsentwicklungsprozess auf der Grundlage des Zuwanderungsgesetzes angestoßen. Dafür wurde innerhalb der Stadtverwaltung eine Steuerungsgruppe eingerichtet. Sie besteht aus den Führungskräften und den politischen Vertreterinnen und Vertretern unter der Leitung des Oberbürgermeisters. Sie tagt regelmäßig und beschäftigt sich derzeit mit der Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für ein zukünftiges Integrationsmanagement für Familien mit Migrationshintergrund unter der Überschrift „Integration als Querschnittsaufgabe in der Verwaltung“. Darüber hinaus werden interkulturelle Schulungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wetzlar und für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anderer Träger angeboten.

Ausblick - Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Entscheidend für einen nachhaltigen Erfolg ist der Grundsatz: Konsequenterweise gemeinsam am Thema über die Zeit der Modellregion hinaus weiterarbeiten und dabei für alle Beteiligten den roten Faden sichtbar werden lassen. Voraussetzung dafür ist die Koordination aller Querschnittsaufgaben von der Zielformulierung bis zur Zielerreichung; sie müssen in einem Aufgabenspektrum innerhalb der Verwaltung und in Abstimmung mit den anderen Verwaltungsebenen zusammengefasst werden. Um Handlungsgrundlagen auf einer breiten demokratischen

Basis zu entwickeln, soll der partizipative Ansatz durch jährliche Integrationsworkshops fortgesetzt werden. Die operative Ebene soll durch die Arbeitsgruppen beibehalten werden.



Eva Schermbach,
Programmkoordinatorin
Stadt Wetzlar

In Wetzlar hat sich eine hohe Akzeptanz familienorientierter Stadtteilpro-

jekte herausgestellt, die sich auf die Bereiche Sprache und Bildung, aber auch auf Angebote zur Qualifizierung für den Arbeitsmarkt beziehen. Diese Projekte können zum Teil über den Jugendhilfeträger, das BAMF, das Jobcenter, Verbände, Vereine, Migrantenorganisationen oder auch unterstützend von ehrenamtlich tätigen Personen abgesichert werden. Das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Familien sollte dabei in Zukunft noch eine wesentliche Rolle spielen.

3.3.6 Modellregion Wiesbaden auf einen Blick

Ausgangslage der Modellregion

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat das Thema Integration sehr früh auf die politische Agenda gesetzt. Bereits 2001 wurde das Einwohner- und



Modellregion Integration Wiesbaden

Integrationsamt mit einer eigenen Integrationsabteilung gegründet. Damit wurde eine Struktur zur nachhaltigen Etablierung der Integration als Querschnittsaufgabe geschaffen. Seit 2011 vereint das heutige Amt für Zuwanderung und Integration die Integrationsabteilung und die Ausländerbehörde in einem Amt. Zudem sind unter dem Dach des Amtes auch die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates und die migrationsspezifischen

Beratungsangebote untergebracht. Das erste gesamtstädtische Wiesbadener Integrationskonzept wurde 2004 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Im November 2009 hat die Stadtverordnetenversammlung nun die erste Fortschreibung des Wiesbadener Integrationskonzepts mit Handlungszielen für den Zeitraum 2010–2014 beschlossen. Für die Umsetzung des Integrationskonzepts wurden in Wiesbaden eine übergreifende Steuerungsgruppe und für die Handlungsfelder jeweils ein Netzwerk geschaffen.

Auf Basis der Bilanzierung der letzten fünf Jahre Integrationsarbeit, der Ergebnisse einer breit angelegten Integrationskonferenz im Juni 2009 und der Monitoringdaten in Wiesbaden werden die Schwerpunkte des Integrationskonzepts 2010–2014 auf die folgenden vier Handlungsfelder gelegt: Bildung, Arbeit, Gesundheit und Sport sowie Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben. Im jährlichen Integrationsbericht werden die Maßnahmen in dem jeweiligen Handlungsfeld dargestellt. Die Teilnahme am Landesprogramm hat es zugleich ermöglicht, die bisherigen Ansätze und Ergebnisse in der Integrationsarbeit mit anderen Kommunen intensiver als bisher zu reflektieren und weiter zu entwickeln.

Schwerpunktsetzung des Landesprogramms in der Modellregion

Die Landeshauptstadt hat einige Erfahrungen und konzeptionelle Ansätze von Großprojekten in das Landesprogramm „Modellregion Integration“ eingebracht. Bis zum Zeitpunkt der Teilnahme am Pro-

”



ist ein wichtiger Baustein auf diesem Weg und ich freue mich sehr, dass Wiesbaden von Beginn an dabei gewesen ist!

Rose-Lore Scholz, Stadträtin für Schule, Kultur und Integration, Wiesbaden

Es ist mehr als nur ein hehres Ziel, die Menschen mit Migrationshintergrund bei der Integration in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt zu unterstützen: Diese Menschen sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass wir in Deutschland unseren Lebensstandard über die Mitte des Jahrhunderts hinaus bewahren können. Daher sollten wir so gut und so viel wie möglich in „unsere Migranten“ investieren! Die Modellregion Integration

“



Razaw Akram,
Programmkordinatorin
Stadt Wiesbaden

gramm wurde vor allem in den Handlungsfeldern Bildung, Gesundheit und Sport sowie interkulturelle Öffnung Integrationsarbeit geleistet. Daher hat die Landeshauptstadt Wiesbaden ihren Schwerpunkt bei der Konzeption und Umsetzung der Projekte im Rahmen des Programms „Modellregion Integration“ auf das Handlungsfeld Arbeit gesetzt und die Integrationsarbeit in diesem Bereich vertieft und erweitert.

Umsetzung des Landesprogramms - Handlungsfelder, geförderte Projekte, Steuerung und Vernetzung

Innerhalb des Programms wurden vier Projekte initiiert, die einerseits neue Strukturen schaffen und andererseits der Optimierung von bestehenden Dienstleistungen und damit der Öffnung von Regelstrukturen dienen.

Neu gegründet wurde zur Umsetzung der Projekte im Handlungsfeld Arbeit eine entsprechende Steuerungsgruppe, die aus Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsagenturen, der Kammern, des Ministeriums und des Amts für Wirtschaft und Liegenschaft sowie Vertreterinnen und Vertretern der freien Wohlfahrtspflege besteht. Des Weiteren wurde ein Netzwerk von Akteuren, die sich mit der Anerkennung von ausländischen Qualifikationen und Integration in den deutschen Arbeitsmarkt beschäftigen, ins Leben gerufen. Aus verschiedenen Institutionen (Stadtverwaltung, Agentur für Arbeit, Kommunale Arbeitsvermittlung, IHK, HWK und Vereine) kommen Vertreterinnen und Vertreter zusammen, um anstehende Fragen bei der Umsetzung des Bundesgesetzes und der Anerkennung bzw. Akquise von Fachpersonal zu diskutieren und Lösungen zu entwickeln.

Grundlage aller Projekte im Handlungsfeld Arbeit waren die Ergebnisse des 1. Integrationsworkshops im Rahmen des Landesprogramms „Modellregion Integration“. Die weiteren Integrationsworkshops dienten bisher der Bilanzierung und Entwicklung von Perspektiven der einzelnen Projekte sowie der Überprüfung des vorhandenen Bedarfes. Insofern konnten die bisherigen Schritte beteiligungsorientiert durchgeführt werden.

Erste Erfolge und strukturelle Veränderungen in der Modellregion

Mit dem Projekt „Erstberatung qualifizierter Zuwanderer“ wurde eine neue Struktur zur Unterstützung bei der Anerkennung von Qualifikationen und Integration in den Arbeitsmarkt geschaffen. Die personelle Zusammensetzung der Beratungsstelle zählt als ein Erfolgsfaktor des Projekts. Die einzelnen Mitarbeiterinnen kommen aus unterschiedlichen Institutionen der Beratung zur Integration in den Arbeitsmarkt. Ein weiterer Erfolgsfaktor ist die unmittelbare Nähe zur Ausländerbehörde und dem Ausländerbeirat. Die Programmkordinatorin war am Aufbau der Erstberatungsstelle beteiligt und arbeitet auch inhaltlich als Beraterin mit. Des Weiteren ist im Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt ein Netzwerk von Akteuren, die sich mit dem Thema Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt befassen, entstanden.

Das Projekt „Integrationsassistenten“ hat mit seiner überwiegend auf den sprachlichen Bereich bezogenen „Brückenbauerfunktion“ durch die qualitativ verbesserte Dienstleistung der Regelstrukturen eine eher indirekte strukturelle Veränderung bewirkt.

Die im Projekt „Kompetenzen als Chance - neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen“ gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse zeigen den Bedarf an erweiterter interkultureller Schulung und Sensibilisierung bei den mit beruflichen Qualifikationsmaßnahmen befassten Beratungsstrukturen auf.

Mit dem Projekt „Hessischer Bildungskredit“ wurde eine Lücke bezüglich der Finanzierung von Anerkennungs- und Qualifizierungskosten gefüllt.

Ausblick - Pläne für die nachhaltige Sicherung der Veränderungen

Projekt Erstberatung qualifizierter Zuwanderer

Die während des Projektes in dem befristeten Zeitraum erprobten Beratungsstrukturen sollen zu einer nachhaltigen Optimierung der vorhandenen kommunalen Strukturen führen. Heraus zu finden, welche konkrete Form diese Strukturveränderung annehmen sollte, ist Bestandteil und wichtiges Ergebnis dieses Projektes und soll bereits im letzten Projektjahr umgesetzt und erprobt werden.

Projekt Integrationsassistenten

Die während des Projektes aufgebauten Kooperationsstrukturen mit den Regeldiensten und Einrichtungen des Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystems sowie gegebenenfalls deren Erweiterung (ab dem 2. Projektjahr) sind in eine verlässliche Struktur zu überführen, die in bestehende und eventuell neu hinzukommende Netzwerke eingebunden ist. Als zentrale Anlaufstelle könnte der, in der Folge des Patenschafts- und Integrationslotsenprojekts des Caritasverbands Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. neu gegründete Verein Migra-

3.4 Praxistransfer von erprobten Projekten und Programmen

Mit dem Landesprogramm „Modellregionen Integration“ möchte das Integrationsministerium hessenweit die Integrationspolitik zukunftsfähig gestalten. Dazu hat es mit Kassel, Offenbach, Wetzlar, Wiesbaden, dem Hochtaunuskreis sowie dem Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau sechs sehr heterogene Modellregionen ausgewählt, in denen exemplarisch erprobt werden soll, wie grundlegende Veränderungen in den Regelstrukturen und



Mundi e.V. bis zu diesem Zeitpunkt bereit und in der Lage sein. Eine Klärung hierzu ist Bestandteil des beantragten Projektes. Die Institutionen, welche die Integrationsassistenten anfordern und einsetzen, äußern in den ausgegebenen Feedbackbögen eine durchwegs große Zufriedenheit. Angebotsveränderungen auf Seiten der Institutionen waren nicht Ziel des Projektes. Gleichwohl kann den Rückmeldungen entnommen werden, dass der Einsatz der Integrationsassistenten zu einer verbesserten Kommunikation und einem höheren gegenseitigen Verständnis geführt hat. Im Laufe des 1. Quartals 2013 wird mit den beteiligten Institutionen ein Finanzierungsmodell diskutiert, das eine vollständige Kostenerstattung der Einsätze inklusive der Overheadkosten beinhaltet.

Institutionen der Integrationspolitik herbeigeführt werden können. Das Erzielen solcher strukturellen Veränderungen ist das Hauptanliegen des Landesprogramms. Hierzu wurden in den Modellregionen Programmkoordinatorenstellen geschaffen, Projekte mit Modellcharakter gefördert und eine enge fachliche Begleitung bei der Umsetzung des Programms durch Mitarbeiterinnen des Ministeriums realisiert.

Das Landesprogramm bewegt sich hierbei in einem **ambivalenten Spannungsfeld**, welches nicht zu unterschätzende Herausforderungen birgt: Durch befristete Modell- und Projektförderungen sollen nachhaltige Impulse in die teilnehmenden Modellregionen gesetzt und dauerhafte Veränderungen

der Strukturen erfolgen, welche auch nach Ablauf der Förderperiode Bestand haben. Zudem sollen die erfahrungsbasierten Erkenntnisse aus den Modellregionen Anhaltspunkte für die Gestaltung von integrationspolitischen Strukturen und die Konzeption und Durchführung von Projekten in anderen (hessischen) Kommunen liefern. Um die **Nachhaltigkeit der strukturellen Änderungen** in den Modellregionen sowie den **Transfer der Erkenntnisse auf andere Kontexte** zu fördern, ist eine systematische Dokumentation und Analyse der Umsetzung sowie der Wirkungen des Landesprogramms unerlässlich.

In diesem Kontext hat das Integrationsministerium uns, das europäische forum für migrationsstudien (efms), Institut an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, mit der wissenschaftlichen Begleitung und Evaluation des Landesprogramms beauftragt. Ziele dieser wissenschaftlichen Begleitung sind es, belastbare Aussagen zur Qualität der Prozesse und der Ergebnisse des Landesprogramms zu treffen sowie Vorschläge zur Optimierung des Programms noch im Programmverlauf zu entwickeln.

Konzept und Vorgehensweise der wissenschaftlichen Begleitung

Hierzu arbeiten wir vor allem in zwei Bereichen:

- Zum einen evaluieren wir ausgewählte **Einzelprojekte** in den Modellregionen, die über das Programm eine Finanzierung und Begleitung durch das Integrationsministerium erhalten.
- Zum anderen analysieren wir das **Gesamtprogramm** und dabei insbesondere die integrationspolitischen Strukturen in den einzelnen Modellregionen, die Rolle der zentralen Akteure – vor allem der Programmkoordinatorinnen – und die Veränderungen, die durch das Programm in den Modellregionen in verschiedenen Bereichen entstanden sind.

Grundlegend für die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation der Einzelprojekte – aber auch die Analyse des Gesamtprogramms – ist es, **Zielexplicationen** durchzuführen und die dem Programm und den Projekten zu Grunde liegenden Wirkungsannahmen transparent zu machen. Bei der Zielexplication muss vor allem geklärt werden, welche Ziele und Zielgruppen mit dem Projekt erreicht und welche Wirkungen erzielt werden sollen. In den nächsten Schritten muss festgelegt werden, welche

Indikatoren und entsprechende Daten dazu erhoben werden müssen; ebenso sind die Kriterien zu bestimmen, nach denen ein Projekt als erfolgreich beurteilt werden kann.

Um Erkenntnisse bereits während der Programmumsetzung zurückspiegeln und Vorschläge für die Verbesserung unterbreiten zu können, arbeiten wir mit einem **partizipativen Ansatz**, d.h. es besteht eine enge Zusammenarbeit und Kommunikation mit dem Auftraggeber, mit den Programmkoordinatorinnen und -koordinatoren sowie mit weiteren Beteiligten des Projekts. Wirkungsannahmen und Erhebungsinstrumente werden mit den Beteiligten diskutiert. Zwischenergebnisse werden schon während der Umsetzungsphase des Programms und der Einzelprojekte – und nicht erst nach Ende der Förderperiode – zur Verfügung gestellt, was gegebenenfalls dazu führen kann, dass Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt und behoben werden können.

Im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ analysieren wir eine Vielzahl von Projekten. Ein Hauptziel der **Analyse der Einzelprojekte** ist es, innovative Projekte und deren Umsetzung einzuschätzen und die Ergebnisse in Handlungsempfehlungen einfließen zu lassen. Beispiele für evaluierte Projekte sind: die „Einrichtung einer Lotsenvermittlungsstelle für Migranten“ (Hochtaunuskreis), „Fuß fassen durch Bildungserfolg“ (Kassel), „Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „Qualifizierung von Vereinen“ (Main-Kinzig-Kreis/Hanau), „KIESEL: Kind – Schule – Eltern“ (Offenbach), „Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementar- und Primärbereich“ (Wetzlar) oder die „Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer“ (Wiesbaden).

Dabei werden für die Analyse einzelner Projekte individuell angepasste Erhebungsdesigns entworfen und die Daten in einem Mix aus quantitativen und qualitativen Verfahren zu mehreren Zeitpunkten erhoben.

Die **Analyse des Gesamtprogramms** „Modellregionen Integration“ bedarf ebenfalls einer Zielexplication und einer Rekonstruktion der Wirkungsannahmen, um die durchgeführten Maßnahmen, die damit zu erreichenden Ziele und die Wirkungs-

zusammenhänge zu verdeutlichen. Solch eine Rekonstruktion der komplexen Wirkungsannahmen für das Programm „Modellregionen Integration“ ist im Kapitel 3.2. in der Abb 1. Überblick über Ausgangsannahmen, Maßnahmen und Ziele des Landesprogramms grafisch dargestellt.

Betrachtet man diese Wirkungsannahmen, so stellen sich folgende Punkte als zentral für die Überprüfung der Wirkungskette heraus:

- **Ausgangsannahme:** Das Integrationsministerium gründet sein Programm auf die Ausgangsannahme, dass es in den hessischen Kommunen und Kreisen sehr unterschiedliche integrationspolitische Strukturen gibt – diese gilt es für die Modellregionen zu überprüfen.

die Modellregionen in seiner Abteilung Integration auf, die eine Koordination des Gesamtprogramms erlauben sollen.

- **Ziele:** Das Ministerium möchte mit seinem Programm strukturelle Veränderungen von Regelangeboten und -diensten bewirken, die Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen und das Einbeziehen der Aufnahmegesellschaft stärken, die Transparenz von Maßnahmen, Trägern und Daten (Monitoring) erhöhen sowie Vernetzungsprozesse in der Modellregion, zwischen den Modellregionen und zwischen Modellregion und Landesebene verstärken.



Modellregion Integration Hochtaunuskreis „IB Integrationslotsenvermittlungsstelle“

- **Maßnahmen:** Um die ausgewählten Modellregionen in ihrer integrationspolitischen Arbeit zu unterstützen, wurden im Rahmen des Landesprogramms über die Einstellung von Programmkoordinatoren in den Modellregionen Möglichkeiten geschaffen, neue integrationspolitische Strukturen und Maßnahmen zu initiieren oder bei bestehenden deren Optimierung und Koordinierung anzuregen und bei der Umsetzung von Veränderungen zu helfen. Zugleich baute das Ministerium Ansprechstrukturen für

Wir analysieren im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung die hier dargestellten Zusammenhänge. Um zu beurteilen, ob die Ziele erreicht werden, ist zunächst einmal eine **Analyse der Ausgangslage** in den einzelnen Modellregionen – insbesondere der integrationspolitischen Strukturen – vonnöten. Dazu haben wir ein „idealtypisches Rahmenmodell“ **kommunaler integrationspolitischer Strukturen** entwickelt. Integrationspolitische Strukturen definieren wir als Strukturen von Akteuren, Aktivitäten, Institutionen und Ressourcen in gesellschaftspolitischen

Subsystemen, die Kommunen und Zivilgesellschaft einsetzen, um Integration zu fördern. Solche gesellschaftlichen Subsysteme sind die Bereiche Politik, Wirtschaft und Arbeit, Bildung und Kultur, Soziale Wohlfahrt, Wohnen, Gesundheit und Sport, Sicherheit und Konfliktprävention sowie lokale Öffentlichkeit in ihren Beziehungen zur Integration.

Basierend auf der Analyse der integrationspolitischen Strukturen werden die in den Modellregionen durch das Programm herbeigeführten Veränderungen hinsichtlich der Ziele Transparenz, Vernetzung, Partizipation und strukturelle Veränderungen aufgezeigt.

Auch hierbei setzen wir einen breiten Methoden-Mix ein, der sich von leitfadengestützten Interviews mit verschiedenen Zielgruppen, standardisierten schriftlichen Erhebungen zu Strukturen, Beobachtungen und dem Einsatz von Feedbackbögen bei Veranstaltungen bis hin zu Dokumentenanalysen erstreckt.

Viele der bisherigen Erkenntnisse sind nicht nur für den Auftraggeber, sondern für weitere Adressatengruppen von Interesse - beispielsweise für Vertreterinnen und Vertreter politischer Gremien der hessischen Landesebene, der Landkreise und Kommunen, welche Rahmenbedingungen der Integrationspolitik gestalten, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen, Institutionen und Verbänden sowie für Vertreterinnen und Vertreter von Trägern und Vereinen, welche in der Integrationsarbeit tätig sind. Einige dieser Erkenntnisse werden in dem hier vorliegenden Handbuch in Form von Handlungsempfehlungen aufbereitet. Inhaltlich orientieren sich die Empfehlungen anhand des Rahmenmodells kommunaler integrationspolitischer Strukturen. Sie sind den folgenden Kapiteln (4 bis 10) zu entnehmen.

Die Projekte in den Modellregionen konnten neben der Landesförderung mit erheblichen Eigenbeiträgen der Kommunen, Kreise und Vereine oder kirchlichen Trägern realisiert werden!



4 Handlungsfeld Politik und Verwaltung

4 Handlungsfeld Politik und Verwaltung

Dem Handlungsfeld Politik und Verwaltung kommt eine zentrale Rolle in den Handlungsempfehlungen zu: In diesem Feld werden Entscheidungen über die Ausrichtung der Integrationspolitik und -arbeit getroffen, die auch andere Handlungsfelder beeinflussen. Es werden **politische Rahmenbedingungen der Integration** festgelegt, welche grundlegend für die im Landesprogramm „Modellregionen Integration“ anvisierten Ziele der interkulturellen Öffnung, Vernetzung und Herbeiführung struktureller Veränderungen sind. Aus den Erfahrungen des Modellregionenprogramms erweisen sich die folgenden Themen als bedeutsame Felder für Handlungsempfehlungen: Die politischen Grundlagen von Integrationspolitik und -arbeit, insbesondere deren Festlegung in einem Integrationskonzept (4.1), die administrative Verankerung von Integration als Querschnittsthema in der Verwaltung (4.2), die interkulturelle Öffnung von Verwaltungen (4.3) sowie die Koordination von Integrationspolitik und -arbeit durch Vernetzung auf kommunaler Ebene und mit dem Integrationsministerium (4.4).

4.1 Politische Grundlagen

Die nachfolgenden Abschnitte beinhalten die Erfahrungen der „Modellregionen Integration“ in Hessen im Bereich der politischen Rahmenbedingungen für Integrationspolitik und -arbeit sowie abgeleitete Handlungsempfehlungen. Diese umfassen zum einen das Thema der Legitimation von Integrationsarbeit durch die gewählten Vertreter der Bevölkerung (4.1.1) und zum anderen die Festlegung von integrationspolitischen Grundsätzen, Zielen und Maßnahmen in einem (Integrations-)Konzept (4.1.2).

„Damit Integration gelingen kann, müssen wir eine Familie und eine Gemeinschaft in Wetzlar, in Hessen und in Deutschland, mit all unseren Gemeinsamkeiten und Unterschieden werden. Zusammen Leben in Freiheit, Recht, Demokratie – nach dem Grundgesetz.“

Türkisch-Islamische Gemeinde zu Wetzlar e.V.



4.1.1 Politische Legitimation der Integrationsarbeit

Die Erfahrungen aus allen Modellregionen – gleich ob Großstadt, Mittelstadt oder Landkreis – haben gezeigt, dass eine koordinierte und erfolgreiche Integrationsarbeit dann gelingen kann, wenn sie **Unterstützung seitens der lokalen Politik** erhält. Dabei erwiesen sich vor allem zwei Aspekte als zentral:

Zum einen ist es in allen Modellregionen ein Vorteil für die Integrationsarbeit, wenn das Thema Integration auf einer breiten, überparteilichen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung bzw. im Kreistag basiert – einem **Konsens der Parteien**. Der Anlass für eine konstruktive politische Diskussion in den Modellregionen bestand in einer Reihe von Fällen in der Beratung über die Festlegung der integrationspolitischen Ausrichtung in Form eines Integrationskonzepts. In den Städten Hanau, Kassel, Offenbach und Wiesbaden unterstützt eine breite Mehrheit der Parteien das entwickelte Integrationskonzept, was diesem eine Legitimation und Signalwirkung sowohl nach innen (Verwaltung) als auch nach außen (Bevölkerung) verleiht. Die Modellregion Wetzlar strebt ebenfalls einen Konsens der Parteien bei der Verabschiedung ihres Integrationskonzepts an. Allgemein zeigt sich in den Modellregionen, dass ein konsensorientiertes Vorgehen der Parteien unterstützend auf die Umsetzung der Integrationsarbeit wirkt.

Zum anderen besteht ein wesentlicher Erfolgsfaktor der Integrationsarbeit darin, dass das Thema Integration von den höchsten politischen Ämtern unterstützt wird. „**Integration als Chefsache**“ bewahrheitet sich als erfolgreiches Konzept in allen Modellregionen. Die in Hessen gültige Magistratsverfassung⁸ sieht vor, dass die Kompetenzen zwischen dem Oberbürgermeister und dem Kollegialorgan Magistrat aufgeteilt sind; gleiches gilt für die Kreisebene. Somit gelten als „Chef“ Oberbürgermeister, Landräte, Bürgermeister bzw. Dezernenten und Kreisbeigeordnete gleichermaßen. In den meisten Modellregionen

⁸ Die hessische Magistratsverfassung sieht ein kollegiales Organ (Magistrat bzw. Kreisausschuss) vor, wobei dem Oberbürgermeister bzw. Landrat zwar gewisse Sonderrechte eingeräumt werden, denen jedoch enge Grenzen gesetzt sind. Demnach ergibt sich – anders als in andere Bundesländern – eine relative Eigenständigkeit der Bürgermeister und Stadträte bzw. Kreisbeigeordneten.

ist das Thema Integration im Dezernat des Bürgermeisters bzw. Kreisbeigeordneten verankert und erfährt dort politische Unterstützung, die sowohl verwaltungsintern als auch -extern wahrgenommen wird. In allen Modellregionen haben sich die politischen Spitzen in ihren Reden, Auftritten und Schwerpunktsetzungen klar für die Bedeutsamkeit des Themas Integration ausgesprochen; damit wird der Integrationsarbeit ein hoher Stellenwert beigegeben und Träger von Integrationsmaßnahmen erfahren eine Wertschätzung ihrer Arbeit.



Die Erfahrungen der Modellregionen haben weiterhin gezeigt, dass eine Nähe zu den politischen Spitzen zu „kürzeren Wegen“ in Entscheidungsprozessen und im Informationsaustausch führt. Dies trifft beispielsweise auf Kassel zu, wo Integration in den Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters fällt und eine enge Zusammenarbeit mit dessen Referenten besteht. Auch eine Einbindung der politisch Verantwortlichen in Steuerungsgruppen erwies sich als unterstützend. In der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau und im Hochtaunuskreis, beispielsweise, sind der zuständige Stadtrat bzw. Kreisbeigeordnete Teil der Steuerungsgruppe und somit in die konzeptionelle Planung der Aktivitäten der Modellregion direkt eingebunden. Das bei der Stadt Offenbach auch für Integration zuständige Dezernat bündelt die Bereiche Arbeit, Bildung, Ordnung und Soziales. Der Integrationsdezernent trägt damit die Ziele und Maßnahmen der Modellregion gleich in die Arbeit dieser für Integration wichtigen Fachbereiche.

Empfehlungen für Kommunen und Landkreise, die das Thema Integration auf ihre politische Agenda setzen möchten:

- In der Stadtverordnetenversammlung bzw. dem Kreistag sollte darauf hingewirkt werden, einen überparteilichen Konsens im Themenbereich Integration zu erzielen. Als Anlass für die Schaffung eines Konsenses bietet sich eine Diskussion über integrationspolitische Leitlinien und Ziele sowie die Entwicklung eines Integrationskonzepts an.

- „Integration ist Chefsache!“ sollte ein handlungsleitendes Prinzip für jeden Kreis und jede Kommune sein. Dabei muss in Hessen auf Grund der Magistratsverfassung nicht zwingend der Oberbürgermeister bzw. Landrat für das Thema Integration verantwortlich sein; es kann auch in den Zuständigkeitsbereich eines Bürgermeisters oder Stadtrats bzw. Kreisbeigeordneten fallen. Wichtig ist, dass ein enger Kontakt zu den politischen Spitzen, beispielsweise durch den Austausch innerhalb von Steuerungsgruppen, aber auch kurze Dienstwege gewährleistet sind.

4.1.2 Die Rolle des Integrationskonzepts

Im Allgemeinen kommt Integrationskonzepten eine bedeutende Rolle in den Städten und Kreisen zu, da sie integrationspolitische Leitlinien und zukünftige Ziele der Integrationspolitik sowie Maßnahmen der Integrationsarbeit festschreiben, welche durch die politische Verabschiedung des Konzepts Verbindlichkeit erlangen. Ein Integrationskonzept kann

verschiedenartig ausgestaltet sein: Es kann eine Bestandsaufnahme der Situation vor Ort beinhalten, einen Überblick über vorhandene Integrationsmaßnahmen liefern und Vorschläge für weitere Maßnahmen bündeln; ferner kann es im Zusammenhang mit einem Integrationsmonitoring stehen und auf dessen Indikatoren beruhen.

Auch der Prozess der Konzeptentwicklung kann sehr unterschiedlich gestaltet werden: Zum einen ist ein „top-down“-Prozess vorstellbar, bei dem das Konzept in der Verwaltung entwickelt wird. Diese Herangehensweise kann den Vorteil haben, dass sie auf Grund eines geringeren Koordinierungsauf-



Veranstaltung Halbzeitbilanz Modellregionen Integration

wandes - im Vergleich zu einer partizipativ ausgerichteten Konzeptentwicklung - weniger zeitintensiv ist. Gleichzeitig kann einem „von oben verordneten“ Integrationskonzept jedoch die Legitimation der Zivilgesellschaft fehlen, was die Umsetzung erschweren kann. Zum anderen ist ein „bottom-up“-Ansatz, der in partizipativer Form zentrale gesellschaftliche Akteure in die Konzeptentwicklung einbindet, möglich. Diese Art der Gestaltung des Prozesses geht zumeist mit einem hohen Koordinierungs- und Zeitaufwand einher. Auf Grund der Einbeziehung unterschiedlichster Akteure sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung kann bei der partizipativen Erstellung des Integrationskonzepts jedoch von Beginn an eine gesellschaftliche Anerkennung und Verankerung erreicht werden. Die Teilnehmenden machen es zu „ihrem“ Konzept, was die Umsetzung erleichtert.

Ferner ist eine Mischform aus beiden Herangehensweisen denkbar.

Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ wurde den lokalen Integrationskonzepten im Sinne von strukturierenden und strategischen Instrumenten zur Steuerung integrationspolitischer Aktivitäten eine besondere Bedeutung beigemessen. In denjenigen Modellregionen, in denen bereits vor Aufnahme in das Landesprogramm ein Integrationskonzept vorlag, wurde dies Grundlage der thematischen Schwerpunktsetzung für die Implementierung des Programms auf der lokalen Ebene. Auch die Vorschläge für die im Landesprogramm geförderten Projekte erfolgten in diesen Modellregionen weitgehend auf Basis der im Konzept festgelegten Ziele und Ideen für Maßnahmen.

In anderen Modellregionen trug das Landesprogramm dazu bei, den Entwicklungsprozess eines Integrationskonzepts anzustoßen oder zu beschleunigen. Aus diesen Erfahrungen der Modellregionen hat sich gezeigt, dass eine **Bestandsaufnahme** und Analyse der Situation vor Ort eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung eines Integrationskonzepts darstellt. Diese umfasst sowohl einen Überblick über vorhandene Maßnahmen und Träger als auch grundlegende Daten zum Aufbau eines Integrationsmonitorings.⁹

Darüber hinaus erwies sich, dass neben dem tatsächlichen Konzept vor allem der **Prozess der Konzeptentwicklung** ein wichtiger Baustein für die Verbesserung integrationspolitischer Strukturen und die Herbeiführung struktureller Veränderungen ist. Die Modellregionen Kassel, Wetzlar, Hanau und Hochtaunuskreis, in denen parallel bzw. im Rahmen des Programms Integrationskonzepte entwickelt wurden, entschieden sich für einen „bottom-up-Ansatz“. Sie entwickelten ihre Konzepte in einem **partizipativen Prozess** unter Einbindung derjenigen Akteure, die sich auch später an der Umsetzung der Ziele und Maßnahmen beteiligen sollten. Dies war zum einen die Verwaltung, der eine federführende Rolle in allen Modellregionen im Konzeptentwicklungsprozess zukam. Zum anderen waren Träger von Integrationsprojekten, Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Migrantenorganisationen, Bildungseinrichtungen, staatlichen Institutionen oder interessierten Einzelpersonen

⁹ Weitere Informationen zum Aufbau eines Monitoringsystems finden sich in Kapitel 11.

- alle aktiv in der Integrationsarbeit - in den Prozess der Konzeptentwicklung involviert. Somit konnte der Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund und deren Organisationen sowie der gleichzeitigen Einbeziehung von Institutionen und Akteuren der Aufnahmegesellschaft als Zielen des Landesprogramms Rechnung getragen werden.

Dieser partizipative Prozess erwies sich auch in folgender Hinsicht als vorteilhaft für die Modellregionen: Der „bottom-up-Ansatz“ stellte nicht nur sicher, dass das Konzept auf einer breiten Basis bei den relevanten Akteuren stand, sondern strukturierte auch die Umsetzung. Die Erfahrungen aus den Modellregionen, die ein Integrationskonzept partizipativ entwickelt haben, zeigen, dass dadurch

grationskonzept als strukturierend für die Umsetzung des Modellregionenprogramms auf lokaler Ebene, da sich die geförderten Projekte an einzelnen festgeschriebenen Zielen des Konzepts orientierten.

Am Beispiel des Hochtaunuskreises zeigt sich, dass die **Entwicklung eines Integrationskonzepts auf Kreisebene** nicht nur die Zusammenarbeit mit Trägern und Institutionen, sondern auch mit Verwaltungen der kreisangehörigen Kommunen stärken kann. Die Teilnahme des Kreises am Modellregionenprogramm ermöglichte eine konkrete Kooperation der Kreisverwaltung mit einzelnen Verwaltungen der teilnehmenden Kommunen. Aus den Erfahrungen der Modellregionen - insbesondere Wiesbaden und Kassel - zeigt sich des

Hochtaunuskreis: Partizipative Entwicklung eines Integrationskonzepts auf Kreisebene

Der Hochtaunuskreis entwickelte im Rahmen des Modellregionenprogramms ein kreisweites Integrationskonzept in einem partizipativen Prozess. Die Modellregion legte den Fokus zunächst auf vier Handlungsfelder: Bildung und Sprachförderung, Integration in den Arbeitsmarkt, interkulturelle Öffnung sowie Kultur. In jedem Feld etablierte sich eine Arbeitsgruppe, die innerhalb von drei Sitzungen und zwei Workshopterminen Ziele entwickelte. Im Hochtaunuskreis waren neben der Kreisverwaltung und Verwaltungen der teilnehmenden Kommunen (Friedrichsdorf, Neu-Anspach, Oberursel und Steinbach) insbesondere die in den Kommunen des Kreises tätigen Akteure wie Ausländerbeiräte, Vereine, Wohlfahrtsverbände und andere Institutionen eingebunden. Eine führende Rolle im Sinne der Moderation der Arbeitsgruppen nahm die vhs Hochtaunus ein, die selbst Träger eines geförderten Projekts im Rahmen des Landesprogramms ist.

festen **Kooperationsstrukturen und Netzwerke** aufgebaut werden konnten. Insbesondere in Kassel und Wetzlar, die zeitgleich zur Teilnahme am Modellregionenprogramm mit der Konzeptentwicklung begannen, lässt sich erkennen, dass sich diese beiden Prozesse - Entwicklung eines Integrationskonzepts und Teilnahme am Landesprogramm - gut miteinander verbinden ließen und Synergieeffekte erzeugten: Durch das Landesprogramm kamen Anregungen von außen in die Städte und die neu geförderten Projekte konnten in der Konzeptentwicklung berücksichtigt werden, wodurch eine Bündelung der Integrationsmaßnahmen stattfand. Die im Konzeptentwicklungsprozess etablierten Steuerungs- und Arbeitsgruppen waren sowohl in Wetzlar als auch in Wiesbaden (wo diese Strukturen bereits lange vor der Teilnahme am Programm aufgebaut wurden) federführend bei der Planung und Umsetzung der Aktivitäten der Modellregionen. Auch in Hanau und Offenbach erwies sich das Inte-

Weiteren, dass eine **Verknüpfung des Integrationskonzepts mit einem Integrationsmonitoring** von Vorteil ist. Das Monitoring stellt einzelne Handlungsfelder sowie deren Entwicklung auf eine solide Datenbasis (vgl. Kapitel 11).

Empfehlungen an Kommunen und Kreise, die ein Integrationskonzept entwickeln bzw. weiterentwickeln wollen:

- Vor Beginn der Konzeptentwicklung sollten eine Bestandsaufnahme und Analyse der Situation vor Ort erfolgen. Dies sollte mit einem Integrationsmonitoring verknüpft werden, um Indikatoren zur Verfügung zu haben, die bei der Festlegung von Zielen berücksichtigt werden können. Die Fortschreibung des Monitorings mit Aussagen zur Entwicklung der Indikatoren im Zeitverlauf sollte ebenfalls in die Fortschreibung des Integrationskonzepts und die Überprüfung der Zielerreichung eingehen.

- Das Integrationskonzept sollte in einem partizipativen Prozess unter Einbezug von Politik, Verwaltung sowie relevanter gesellschaftlicher Akteure und interessierter Personen vor Ort entwickelt werden. Dabei sollte auf bestehende Netzwerke zurückgegriffen, bzw. neue Netzwerke in Form von (thematischen) Arbeitsgruppen aufgebaut werden.
- Bei der Entwicklung eines Integrationskonzepts auf Kreisebene sollte darauf geachtet werden, die Politik und Verwaltung der Kommunen des Kreises einzubeziehen, was sich als guter Anlass der Zusammenarbeit erweisen kann.

4.2 Administrative Verankerung des Themas Integration

Neben einer politischen Legitimation und Unterstützung des Themas Integration ist dessen Verankerung in der Verwaltung für eine erfolgreiche Umsetzung von Bedeutung. Im Folgenden sollen daher zunächst Erfahrungen dargestellt und Empfehlungen zur Etablierung einer für Integration zuständigen Einheit in der Verwaltung (4.2.1) gegeben werden. Im Anschluss daran werden unterschiedliche Möglichkeiten aufgezeigt, an welcher Stelle eine solche Verwaltungseinheit angesiedelt werden kann (4.2.2).



4.2.1 Die Etablierung einer neuen Verwaltungseinheit

Der folgende Abschnitt richtet sich an Kreise und Kommunen, die noch keine für Integration zuständige Verwaltungseinheit aufgebaut haben, aber die Etablierung einer solchen Einheit beabsichtigen.

Die beiden am Programm „Modellregionen Integration“ teilnehmenden Kreise – der Hochtaunus-

kreis und der Main-Kinzig-Kreis – sind vor Beginn des Landesprogramms kaum als Akteure im Bereich der Integration aufgetreten. In beiden Kreisen gab es vor der Teilnahme am Landesprogramm keine explizite Stelle für Integration in der Verwaltung.

Die Erfahrungen dieser Modellregionen haben gezeigt, dass es essentiell ist, **eine Verwaltungseinheit einzurichten, die für das Thema Integration zuständig ist**. Seit der Etablierung des Integrationsbüros im Main-Kinzig-Kreis bzw. der Leitstelle Integration im Hochtaunuskreis gibt es in den Kreisen – sowohl verwaltungsintern als auch -extern – Ansprechpartnerinnen für die Themen Migration und Integration, die auch schnell in dieser Rolle wahrgenommen wurden. Es zeigte sich ein großer Bedarf für solche Ansprechpartnerinnen, welcher durch die Etablierung dafür vorgesehener Positionen abgedeckt werden können. Dabei spielt der Aspekt der Beratung eine wichtige Rolle: Die für die Themen Migration und Integration zuständigen Mitarbeiterinnen beraten sowohl ihre Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, als auch Träger und interessierte Personen. Aus den beiden Modellregionen wird berichtet, dass jegliche Anfragen zu diesen Themen nun an die neue Stelle weitergeleitet werden und deren Expertise innerhalb der Verwaltung sehr geschätzt wird. Auch Kundinnen und Kunden der Verwaltung schätzen es sehr, einen

konkreten Anlaufpunkt in der Verwaltung zu haben, an den sie sich mit ihren Anliegen wenden können.

Vor allem im Hochtaunuskreis trat der Kreis durch die Leitstelle Integration erstmals als Akteur im Bereich Integration in Erscheinung, was insbesondere für die ansässigen Träger von Bedeutung ist, die kreisweit in verschiedenen Kommunen agieren, dort ihre Projekte durchführen und nun in der Kreis-

verwaltung Ansprechpartnerinnen finden. In diesem Zusammenhang zeigte sich, dass der Kreis zu einem Initiator von Vernetzungsstrukturen wurde: Über eine neu entstandene Steuerungsgruppe, die Projektförderung, Integrationsworkshops und andere Veranstaltungen sowie den Entwicklungsprozess des Integrationskonzepts gelang es dem Kreis, Träger einander näher zu bringen, das Konkurrenzdenken abzumildern und Kooperationen anzuregen.

Mit der Etablierung des Themas in den Kreisverwaltungen und der Förderung durch das Modellregionenprogramm konnten neue Projekte angestoßen werden. Im Main-Kinzig-Kreis wurden beispielsweise erstmals Projekte in Zusammenarbeit mit der Stadt Hanau durchgeführt. Zu nennen gilt es hierbei das gemeinsame Projekt zur interkulturellen Öffnung der Verwaltungen sowie den Aufbau eines Integrationswegweisers, der kreisweit einen Überblick über Integrationsangebote liefert. Es hat sich gezeigt, dass die beiden neu etablierten Verwaltungseinheiten auch innerhalb der Verwaltung Öffnungsprozesse initiierten und das Thema Integration durch die Schaffung konkreter Zuständigkeiten als Querschnittsthema in den Modellregionen wahrgenommen wurde (vgl. 4.3).

Empfehlungen an Kommunen und Kreise, die keine eigene Verwaltungseinheit haben, welche sich mit dem Thema Integration befassen:

- Eine Verwaltungseinheit, die für Integration zuständig ist, sollte etabliert und mit einem entsprechenden Budget, Personal und Befugnissen ausgestattet werden. Diese neue Einheit sollte sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung als Anlaufstelle dienen und federführend bei der Entwicklung von Strategien und Vernetzungsarbeit sein. Auch bei Vorhandensein einer zuständigen Verwaltungseinheit sollte das Thema Integration als Querschnitt behandelt werden und alle Ämter und Abteilungen einbeziehen.

4.2.2 Möglichkeiten der Verankerung von Integration in der Verwaltung

Im Allgemeinen kann die Verankerung des Themas Integration in der Verwaltung auf verschiedene Arten erfolgen: Es ist zum einen möglich, ein eigenes Amt für Integration, bzw. eine spezifische Abteilung in einem Amt einzurichten. Zum anderen kann

Integration in Form einer Stabsstelle etabliert werden. Des Weiteren bietet die Einstellung einer bzw. eines Integrationsbeauftragten die Möglichkeit, Integration in der Verwaltung anzusiedeln.¹⁰ Auch Formen, die verschiedene Elemente kombinieren, sind möglich. Im Folgenden sollen kurz die **Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Möglichkeiten der Verankerung von Integration in die Verwaltung** dargestellt werden.

Werden die strategischen und operativen Zuständigkeiten für das Thema Integration in einem **eigenen Amt bzw. einer eigenständigen Abteilung** zusammengefasst, so können Schnittstellen reduziert und Abstimmungsprozesse verkürzt werden. Zugleich besteht jedoch die Gefahr, dass sich andere Verwaltungseinheiten nicht mit dem Thema Integration auseinandersetzen, da eine verantwortliche Stelle für diesen Bereich vorhanden ist. In einer **Stabsstelle** werden strategische und operative Zuständigkeiten voneinander getrennt. Von Vorteil ist hierbei, dass die Stabsstelle die Koordination der Integrationsarbeit wahrnimmt und Integration dennoch durch die operative Zuständigkeit anderer Ämter als Querschnittsaufgabe verstanden werden kann. Steht der Stabsstelle ein Budget zur Verfügung, so kann diese auch im operativen Bereich unterstützend wirken und eigene Integrationsprojekte durchführen bzw. Maßnahmen anderer Ämter finanziell unterstützen. Ist dies nicht der Fall, so besteht die Gefahr, dass die Stabsstelle nicht koordinierend wirken kann und die einzelnen Ämter vorrangig ihre eigene Agenda verfolgen.

In den am Landesprogramm teilnehmenden Kommunen und Landkreisen hat sich gezeigt, dass die

Bei der Verankerung in Person einer bzw. eines Integrationsbeauftragten verbleiben sowohl strategische als auch operative Zuständigkeiten in den einzelnen Ämtern der Verwaltung. Verfügen diese über interkulturelle Kompetenzen, können sie Integrationsaufgaben mit hoher Fachkenntnis planen und durchführen. Durch verteilte Aufgaben werden jedoch viele Schnittstellen erzeugt, die einen hohen Koordinationsaufwand mit sich bringen.¹¹

¹⁰ Vgl. Reichwein, Alfred/Vogel, Stephanie (2004): Integrationsarbeit - effektiv organisiert: Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.

¹¹ Vgl. ebd.

administrative Verankerung des Themas Integration stark variiert. Sie ist meist historisch gewachsen und spiegelt lokale Besonderheiten wider. Jedoch ist Integration in allen Modellregionen in einem Amt bzw. einer Abteilung verankert.

Im Folgenden sollen beispielhaft die Möglichkeiten der administrativen Verankerung aus den **Erfahrungen der Modellregionen** beschrieben werden.

In fast allen Modellregionen ist **Integration in einer eigenen Abteilung** in den Verwaltungen verankert. Diese Abteilungen sind mit anderen Themen in Ämtern zusammengefasst, welche sich in ihren Kombinationen unterscheiden:

Projekte im Bereich der Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt, einem allgemein wichtigem Handlungsfeld der Stadt. Die Struktur in einem Amt erweist sich in Offenbach zudem als vorteilhaft im Hinblick auf den Kontakt und die nötige Unterstützung durch den zuständigen Dezernenten. Durch die Kommunalwahlen hat sich ab September 2012 eine neue Magistratsverteilung mit einem Dezernat für Arbeit, Soziales, Bildung, Integration, Sicherheit und Ordnung ergeben. Diese Zusammensetzung von Fachbereichen begünstigt die Entwicklung von gemeinsamen Integrationsprojekten vor allem in Kooperation mit dem Bildungsbereich. Ein weiterer Vorteil besteht darin, dass die Entscheidungswege bei ressort-

Offenbach: Das Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration

Das Thema Integration fällt in Offenbach in die Abteilung Soziale Stadtentwicklung und Integration im Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration. Bis zum Beginn des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ wurde es durch den Integrationsbeauftragten bearbeitet, welcher als Referent in der Abteilung tätig ist. Mit Beginn des Modellregionenprogramms wurde auch die Stelle der Programmkoordinatorin dort angesiedelt. Zudem liegt die Koordination von Programmen wie HE-GISS oder des Quartiersmanagements durch den Bereich Soziale Stadtentwicklung in der Abteilung. Im Amt sind darüber hinaus neben der Abteilung Statistik und Wahlen vor allem die Arbeitsförderung (MainArbeit Jobcenter der Stadt Offenbach als Optionskommune) sowie Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt von Jugendlichen ansässig. Letztere umfassen die Kompetenzagentur, das Regionale Übergangsmanagement und das START-Projekt Produktionsschule.

In der Modellregion Stadt Offenbach ist das **Amt für Arbeitsförderung**, Statistik und Integration die zuständige Verwaltungseinheit. Die Nähe zur Statistikabteilung im gemeinsamen Amt hat sich als vorteilhaft erwiesen, vor allem für die Arbeit am Integrationsmonitoring der Stadt. Mit der Zusammenlegung der Themen Integration und Arbeitsförderung eröffneten sich mehr Möglichkeiten für

übergreifenden Angelegenheiten gekürzt werden. Der Dezernent trägt das Thema Integration mit Bildung, Arbeit und Soziales einheitlich ebenso nach außen und verstärkt damit die Arbeit der Abteilung, mit der er im engen Austausch bleibt. In Wetzlar ist das Thema Integration **Bestandteil des Koordinationsbüros für Jugend und Soziales**, welches soziale Themen als Querschnitt in die Verwal-

Wetzlar: Das Koordinationsbüro für Jugend und Soziales

In Wetzlar wurde das Thema Integration mit der Programmkoordination der „Modellregion Integration“ im Koordinationsbüro für Jugend und Soziales verankert. Es ist dem Geschäftsbereich des Bürgermeisters zugeordnet und besteht aus dem Leiter, einer Sachbearbeiterin und der Programmkoordinatorin. Im Rahmen des Modellregionenprogramms ist das Koordinationsbüro für die Vernetzung der Träger, die Entwicklung eines partizipativen Handlungs- und Integrationskonzepts für die Stadt sowie für interkulturelle Öffnungsprozesse in der Verwaltung zuständig. Neben der Modellregion sind das Programm „Soziale Stadt“ sowie der Sozialstrukturatlas und der Sozialwegweiser im Koordinationsbüro angesiedelt.

Main-Kinzig-Kreis: Das Integrationsbüro im Sozialamt

Im Main-Kinzig-Kreis wurde das im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ neu etablierte Integrationsbüro im Sozialamt angesiedelt. Das Integrationsbüro ist als Kooperation zwischen dem Sozialamt und dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere der Ausländerbehörde, entstanden. Leiterin des Integrationsbüros ist die Programmkoordinatorin; der Sozialamtsleiter ist zugleich auch verantwortlicher Mitarbeiter der Kreisverwaltung für das Landesprogramm. Darüber hinaus verstärken drei weitere Mitarbeiterinnen in Teilzeit als Beraterinnen das Integrationsbüro. Die Geschäftsstelle des Beauftragten des Kreises für die Förderung der Integration ausländischer Mitbürger ist ebenfalls Teil des Integrationsbüros. Das Büro hat sich nicht nur zur koordinierenden Einheit für die Tätigkeiten des Kreises im Modellregionenprogramm, sondern vor allem zum konzeptionellen Initiator für Integrationsaktivitäten und -projekte über die Projektförderung des Landesprogramms hinaus entwickelt. Ein weiterer Schwerpunkt des Büros liegt auf der Beratung – der Einwohnerinnen und Einwohner, ebenso wie der Träger von Integrationsmaßnahmen. Eine Besonderheit liegt darin, dass das Integrationsbüro Kooperationsvereinbarungen mit den lokalen Wohlfahrtsverbänden und Migrationsberatungsstellen abgeschlossen hat und diese dort ihre Beratungsangebote durchführen können. Zudem stellt die Vernetzung zu verschiedenen anderen Behörden, Institutionen und Trägern ein weiteres Handlungsfeld der Arbeit des Integrationsbüros dar.

tung bringt. Mit dieser Funktion und Arbeitsweise des Koordinationsbüros ist auch der Bereich Integration als Querschnittsthema ausgerichtet. Es zeigte sich, dass die bestehenden Vernetzungen, die das Koordinationsbüro in seiner Arbeit in der Stadt aufgebaut hatte, auch für Belange der Integration und für Aufgaben der Modellregion genutzt werden können, was beispielsweise bei partizipativen Prozessen wie der Konzeptentwicklung hilfreich sein kann.

Im Main-Kinzig-Kreis ist das Thema Integration im neu entstandenen **Integrationsbüro** verankert. Für den Main-Kinzig-Kreis hat es sich als vorteilhaft erwiesen, dem Integrationsbüro und seinen Beraterinnen eine Eigenständigkeit durch den Sozial-

„ Eine berufliche Schlüsselkompetenz im Hinblick auf interkulturelle Öffnung zu erwerben, die an eigenen Prägungen ansetzt ist ein beachtenswertes Unterfangen. Dies zu ermöglichen ist ein starkes gesellschaftspolitisches Signal.

active social development, Main-Kinzig-Kreis



amtsleiter innerhalb der hierarchischen Strukturen des Amtes zu gewährleisten. Zudem wurde es optisch durch die kundenorientierte Gestaltung der Räumlichkeiten klar aus dem Sozialamt herausgehoben und der Beratungssituation angepasst. Die Form der Verankerung von Integration im Main-Kinzig-Kreis erweist sich als hilfreich für den Aspekt der

Vernetzung: Die Mitarbeiterinnen des Integrationsbüros sind auch in anderen Abteilungen der Verwaltung tätig – unter anderem in der Ausländerbehörde – und können so ihre Kenntnisse und Kontakte in das Büro sowie neue Impulse in ihre ursprünglichen Abteilungen einbringen. Zugleich kann das Integrationsbüro auf vorhandene Ressourcen und Expertisen des Sozialamtes zurückgreifen und eng mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eines der größten Ämter im Kreis zusammenarbeiten.

In der Stadt Hanau vollzog sich während der Laufzeit des Modellregionenprogramms ein Wechsel in der administrativen Verankerung von Integration: Zu Beginn des Landesprogramms war die **Abteilung Umwelt und Integration** die zuständige Verwaltungseinheit – eine Kombination, die zunächst befremdlich erscheinen mag. Jedoch sind beide Bereiche Querschnittsthemen in der Verwaltung. So bestand durch das Thema

Umwelt schon ein hoher Grad an Vernetzung im Bereich der (Umwelt-)bildung, der auch für das Thema Integration genutzt werden konnte. Die neue Struktur im **Fachbereich Bildung, Soziale Dienste und Integration** mit der Fachabteilung Integration und Inklusion kann das Thema Integration enger in den Bereich der Bildung und Unterstüt-

Hanau: Von der Abteilung Umwelt und Integration zum Fachbereich Bildung, Soziale Dienste und Integration

Bis Juni 2012 war das Thema Integration in Hanau in der Abteilung Umwelt und Integration administrativ verankert. Danach wurde es in der Fachabteilung Integration und Inklusion im Fachbereich Bildung, Soziale Dienste und Integration angesiedelt. Fünf Mitarbeiter sind in dieser Organisationseinheit beschäftigt: dies sind die Leitung und stellvertretende Leitung der Abteilung, die Leitungen der Geschäftsstelle des Ausländerbeirats und eines Stadtteilzentrums sowie der Programmkoordinator der Modellregion. Zum Fachbereich gehören darüber hinaus das Amt für Bildung, für Soziale Prävention und für Sozial- und Wohnhilfe, zahlreiche Einrichtungen für Jugendliche und Familien sowie Stadtteilzentren.

zung für Familien, Kinder und Jugendliche einbinden, wodurch eine sinnvolle Verknüpfung entsteht. Die neue Struktur soll darüber hinaus auch gewährleisten, dass die Steuerung des Themas Integration zentral an einer Stelle in der Verwaltung erfolgt. Mit seiner Eingliederung in eine auf Querschnitt ausgelegte Fachabteilung in der neuen Ämterstruktur erfuhr der Themenbereich Integration innerhalb der Verwaltung einerseits eine Aufwertung und andererseits wurden die Vernetzungsstrukturen verbessert.

sich auch Entscheidungsfindungsprozesse verkürzt. In Wiesbaden wurde das ordnungspolitisch ausgelegte Ausländeramt mit der Integrationsabteilung im **Amt für Zuwanderung und Integration** vereinigt, was bei der Zusammenlegung 2001 ein Novum in Deutschland war und immer noch ist. Die Erfahrungen damit waren für die Stadt äußerst positiv: Der Dialog zwischen Ausländerbehörde, Integrationsabteilung sowie freien Trägern und das Verständnis füreinander konnten verbessert werden. Auch wenn dies nicht automatisch mit einer besseren Zusam-

Kassel: Das Zukunftsbüro

In der Stadt Kassel wird das Thema Integration mit den Bereichen demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement im Zukunftsbüro zusammengefasst. Das 2008 eingerichtete und seit 2011 dem Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters angehörende Zukunftsbüro ist eine eigenständige Organisationseinheit; der Leiter des Büros ist auch Ansprechpartner für das Modellregionenprogramm in der Stadtverwaltung. Für das Thema Integration sind insbesondere die Integrationsbeauftragte und die Programmkoordinatorin der Modellregion zuständig. Zudem ist auch der für das IQ-Netzwerk (Integration durch Qualifizierung) zuständige Mitarbeiter im Zukunftsbüro angesiedelt.

In der Modellregion Kassel ist Integration im **Zukunftsbüro** verankert. Integration wird damit von der Stadt als zukunftsweisendes Thema definiert und mit einer positiven Konnotation versehen, die sich deutlich in der Bezeichnung der Verwaltungseinheit widerspiegelt. Aus den bisherigen Erfahrungen zeigte sich, dass mit dem Zusammenschluss von thematisch nah beieinander liegenden Bereichen (Integration, demografischer Wandel, bürgerschaftliches Engagement) Synergieeffekte genutzt werden können und Integration als Querschnittsthema in der Verwaltung verankert ist. Des Weiteren wirkt sich die Nähe zum Oberbürgermeister positiv sowohl auf die Außen- als auch auf die verwaltungsinterne Wirkung des Themas Integration aus. Durch die Ansiedlung in dessen Geschäftsbereich haben

menarbeit einherging, da die Kombination von ordnungsrechtlichen und freiwilligen Aufgaben Herausforderungen mit sich brachte, konnte die Amtsstruktur in Wiesbaden dennoch durch den direkten Austausch erleichtert werden.

Durch die Verankerung aller primär mit den Bereichen Zuwanderung und Integration zusammenhängenden Themen in einem eigenen Amt wurde Integration in Wiesbaden nicht mehr nur im Zusammenhang mit dem Sozialbereich – und damit einhergehenden Assoziationen mit Bedürftigkeit von Migrantinnen und Migranten und dem Thema Grundsicherung – betrachtet, sondern gewann mehr Eigenständigkeit. Zudem zeigte sich, dass die gewählte Struktur förderlich für die Wahrnehmung

von Integration als Querschnittsthema in der Verwaltung ist: Vor allem durch die Einrichtung einer ämterübergreifenden Steuerungsgruppe für Integration, welche die Umsetzung des Themas koordiniert, kann Integration in Wiesbaden als Querschnitt in die Verwaltung gebracht werden (vgl. 4.3). Die Erfahrung der Stadt zeigt somit, dass die Verankerung der Themen Zuwanderung und Integration in einem eigenständigen Amt vor allem dann

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Verankerung von Integration in einer Abteilung eines umfassenderen Amtes in den betreffenden Modellregionen von den Beteiligten als durchaus vorteilhaft bewertet wurde:¹² Die Zugehörigkeit zu einem Amt ermöglichen eine engere Zusammenarbeit mit anderen Abteilungen des Amtes und kürzere Wege bei der Kommunikation und Abstimmung. Zudem können Synergieeffekte genutzt oder geschaffen

Wiesbaden: Das Amt für Zuwanderung und Integration

Die in der Modellregion Wiesbaden zuständige Verwaltungseinheit ist das Amt für Zuwanderung und Integration. Das Thema Integration ist dort in der Integrationsabteilung angesiedelt; zudem gehören die Ausländerbehörde und die Geschäftsstelle des Ausländerbeirats zum Amt. Auch die Migrationsberatung der Wohlfahrtsverbände ist in die Amtsstruktur eingebunden. In Wiesbaden sind somit alle primär mit den Bereichen Zuwanderung und Integration zusammenhängenden Themen in einem Amt zusammengefasst.

in der Breite wirkungsvoll ist, wenn sie von übergreifenden Steuerungsstrukturen und einem Konzept zur Umsetzung von Integration begleitet wird. Im Hochtaunuskreis ist Integration in einem eigenen Fachbereich, der **Leitstelle Integration**, verankert. Es zeigte sich, dass die Leitstelle Integration großen Anklang sowohl innerhalb als auch außerhalb der Verwaltung findet und ihre Mitarbeiterinnen als Ansprechpartnerinnen für das Thema Integration angesehen werden. Durch die koordinierende Funktion der Leitstelle – beispielsweise bei der Vernetzung von Trägern, der Entwicklung des kreisweiten Integrationskonzepts oder der Etablierung interkultureller Öffnungsprozesse wird sie wie eine Stabsstelle in der Verwaltung wahrgenommen.

werden. Unter anderem ist aus diesem Grund eine genaue Vorüberlegung, mit welchen Arbeitsfeldern Integration kombiniert werden soll, von großer Bedeutung. Eine vorteilhafte Themenkombination ist wichtig für die Außenwirkung von Integration: Sie stellt Verbindungen zwischen einzelnen Themen und Handlungsfeldern her, die auch in das Bewusstsein der Bevölkerung wirken. So können defizitäre Sichtweisen auf Integration beispielsweise verstärkt werden, wenn dieses Thema lediglich im Zusammenhang mit negativ besetzten Themen wie Sozialhilfebezug gebracht wird. Die Erfahrungen in den Modellregionen zeigen, dass eine Verankerung als Abteilung gute Möglichkeiten für die operative Umsetzung des Themas Integration bietet.

Hochtaunuskreis: Die Leitstelle Integration

Die Leitstelle Integration ist ein eigener Fachbereich, welcher im Geschäftsbereich Kreisinfrastruktur beim Ersten Kreisbeigeordneten angesiedelt ist. Die Fachbereichsleiterin ist gleichzeitig stellvertretende Fachbereichsleiterin der Sozialen Dienste. Die Leitstelle Integration besteht vor allem aus den beiden Programmkoordinatorinnen, die für die Umsetzung des Modellregionenprogramms und die Durchführung des „Case-Managements“ verantwortlich sind. Die Leitstelle koordiniert den Prozess der Integrationskonzeptentwicklung des Kreises sowie die Umsetzung der geförderten Projekte und baut dabei Netzwerke mit und zwischen lokalen Vereinen, Verbänden und Institutionen auf.

¹² An dieser Stelle kann auf Grund der Strukturen in den Modellregionen lediglich auf die Verankerung von Integration in einem eigenständigen Amt bzw. einer Abteilung eingegangen werden. Die zu Beginn des Abschnitts erläuterten Möglichkeiten der administrativen Verankerung in Form einer Stabsstelle oder der Person einer bzw. eines Integrationsbeauftragten können nicht basierend auf den Erfahrungen der Modellregionen dargestellt werden.

Als Nachteil einer Verankerung von Integration in einer Abteilung eines Amtes kann sich die fehlende Nähe zu den politischen Entscheidungsträgern erweisen, da mehrere Hierarchieebenen zwischen der Abteilung und dem zuständigen Dezernenten liegen. Hierbei zeigen die Erfahrungen der Modellregionen jedoch, dass eine umfassende politische Unterstützung für das Thema Integration auch bei solch einer administrativen Konstellation gegeben sein kann (vgl. 4.1.1).

Empfehlungen für Kommunen und Kreise, die das Thema Integration (neu) in ihrer Verwaltung verankern möchten:

- Wird das Thema Integration mit anderen Themen in einem Amt angesiedelt, so sollte auf die Zusammenstellung der Bereiche geachtet werden, um bestehende Vernetzungsstrukturen bestmöglich nutzen und Synergieeffekte erzeugen zu können. Zudem sollte die Außenwirkung der Themenzusammensetzung bedacht werden, da eine Verbindung des Themas Integration mit vorwiegend negativ besetzten Handlungsfeldern (wie Sozialhilfebezug), eine defizitorientierte Sicht auf Integration fördern kann.
- Eine Einbindung der – auch von externen Trägern angebotenen – Regeldienste, Programme und Maßnahmen in der zuständigen Verwaltungseinheit sollte erfolgen, um möglichst alle direkten Angebote im Bereich Integration zu verbinden und besser koordinieren zu können.
- Eine Koordination der Themen Zuwanderung und Integration sollte gewährleistet sein: Dies kann über einen regelmäßigen Austausch in Form von Besprechungen der beiden Ämter oder durch eine Einbindung der Mitarbeiter in beide Themen stattfinden. Zudem können die Themen als Abteilungen in einem Amt zusammengelegt werden, wobei auch dies mit einer Form der Steuerung einhergehen muss.
- Da ein eigenes Amt für den Bereich Integration die Gefahr birgt, dass sich andere Ämter aus diesem Thema herausnehmen, sollte zwingend darauf geachtet werden, Integration als Querschnitt in der Verwaltung zu etablieren (vgl. 4.3).



Uns war von Beginn an wichtig, unsere Coachings und Seminare im Rahmen der Interkulturellen Öffnungsprozesse zielgruppenspezifisch und institutionsbezogen zu planen. Die intensive Vorarbeit sorgte für hohe Akzeptanz bei den Führungskräften und für ein hohes Maß an Umsetzung im beruflichen Alltag bei den Beschäftigten.

VHS Hochtaunus, Oberursel



4.3 Integration als Querschnittsaufgabe – Interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Um das Thema Integration in einer Verwaltung zu verankern, bedarf es nicht nur einer zuständigen Verwaltungseinheit, sondern auch der Etablierung von Integration als Querschnittsaufgabe in allen weiteren Ämtern. Diese beiden Aspekte bilden keinen Widerspruch; beides bedingt sich und ist Voraussetzung einer erfolgreichen Integrationsarbeit.

4.3.1 Interkulturelle Öffnung als mehrstufiger Prozess

Ein Verständnis von Integration als Aufgabe, welche in allen Ämtern der Stadt- und Kreisverwaltungen Beachtung findet, und welche von Menschen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe aller Verwaltungsdienstleistungen ausgeht, setzt eine interkulturell geöffnete Verwaltung voraus. Da Verwaltungen hierarchisch gegliedert sind, ist die Bereitschaft der Amts- und Abteilungsleitungen, eine interkulturelle Öffnung mit zu tragen, wichtig („top-down-Ansatz“).

Dies erwies sich in den Modellregionen oftmals als Herausforderung – vor allem in Ämtern, die traditionell wenig Kontakt mit der Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund haben.

Als ein wirksames Instrument, diesen Herausforderungen zu begegnen, zeigte sich der Einsatz der höchsten Verwaltungsleitung – des Oberbürgermeisters, Bürgermeisters oder Landrats – für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung (vgl. 4.1). In Wiesbaden, beispielsweise, führte der Oberbürgermeister regelmäßig Dienstbesprechungen mit dem Führungspersonal der Verwaltung zum Thema interkulturelle Öffnung durch. Es werden zudem Konzepte entwickelt, um zukünftig Seminare zu interkultureller Kompetenz speziell für Amts- und Abteilungsleitungen anbieten zu können. Auch in Wetzlar waren die Teilnahme der Stadt am Modellregionenprogramm sowie der damit

einhergehende Organisationsöffnungsprozess der Stadtverwaltung Gegenstand der Treffen der Amtsleitungen.

Darüber hinaus kann in den Modellregionen festgestellt werden, dass Impulse zu interkulturellen Öffnungsprozessen auch seitens des Integrationsministeriums angestoßen wurden. Dies erfolgte durch Austauschprozesse, zum einen mit den politischen Spitzen, zum anderen auf Ebene der Programmkoordinatorinnen bzw. des Programm-

Doch nicht nur die Führungsebenen der Verwaltungen sind für den Prozess der interkulturellen Öffnung und der Etablierung von Integration als Querschnittsthema in der Verwaltung von Bedeutung, sondern auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die keine Führungsaufgaben inne haben. Diese sind oftmals im direkten Kontakt mit den Kundinnen und Kunden und somit verstärkt dafür verantwortlich, dass sich Einwohnerinnen und Einwohner willkommen fühlen und eine gute Beratung erhalten. Es zeigte sich in allen Modellregionen, dass Anstren-



Veranstaltung Halbzeitbilanz Modellregionen Integration

koordinators und der Amtsleitungen. Hervorzuheben ist hierbei die Durchführung eines modellregionenübergreifenden **Strategieworkshops zum Thema „Interkulturelle Orientierung und Öffnung als Organisationsentwicklungsprozess“** für die Programmkoordinatorinnen bzw. den Programmkoordinator sowie deren Vorgesetzte. Der Strategieworkshop war Teil einer Veranstaltungsreihe und umfasste neben diesem Thema die Bereiche Konzeptentwicklung, Netzwerke und Partizipation. Aus einer Feedbackbefragung ging hervor, dass diese Veranstaltungsreihe aus Sicht der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein geeignetes Reflexionsinstrument darstellte, um sich über den Stand in den Modellregionen bewusst zu werden und den Austausch zwischen den Modellregionen sowie mit dem Integrationsministerium zu bereichern.¹³

genommen werden, interkulturelle Kompetenzen bei den Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeitern mit Hilfe von Fortbildungen und Seminaren zu erhöhen und/oder verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für eine Beschäftigung in der Verwaltung zu gewinnen. Welche Erfahrungen und Erfolge dabei gemacht wurden, wird in den Kapiteln 4.3.2 und 4.3.3 genauer dargestellt.

Empfehlungen an Gemeinden und Landkreisen, die ihre Verwaltungen interkulturell öffnen möchten:

- Interkulturelle Öffnungsprozesse sind als ganzheitliche Organisationsentwicklungsprozesse zu sehen. Ein wichtiger Bereich stellt hierbei die Personalentwicklung dar. Bei der Planung und Implementierung interkultureller Öffnungsprozesse ist es unabdingbar, die Führungs-

¹³ Die Strategieworkshops haben laut der Befragten dazu beigetragen, sich die eigenen Aufgaben und Ziele des Programms noch näher zu verdeutlichen und eine gemeinsame Arbeitsgrundlage für die gesamte Arbeit in den Modellregionen und Unterstützung für die weitere Implementierung der Inhalte zu schaffen. Die Ergebnisse dieser Veranstaltungen flossen auch in folgende Broschüre mit ein: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration – wie geht das?“, Integration – Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM – Kommunales Integrationsmanagement. Handreichung. Wiesbaden.

ebene einzubeziehen: Für eine Gewinnung der Führungskräfte – auch der politischen Spitzen – kann das Integrationsministerium unterstützend wirken. Verwaltung intern sollten die politischen Spitzen im Austausch mit ihren Amtsleitungen, beispielsweise in regelmäßigen Dienstbesprechungen, die Bedeutsamkeit des Themas interkulturelle Öffnung hervorheben und Prozesse initiieren.

- Prozesse zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und zur Etablierung von Integration als Querschnittsthema sollten neben Führungskräften stets auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Führungsaufgaben einbeziehen, die oftmals im direkten Kundenkontakt stehen.
- Da Menschen mit Migrationshintergrund Kunden aller Dienstleistungsangebote der Verwaltung sind, sollten auch alle Ämter und Abteilungen in den Prozess der interkulturellen Öffnung einbezogen werden.

Bedeutung der interkulturellen Orientierung des eigenen Arbeitsumfeldes zu schärfen sowie mögliche Strategien und Implementierungsansätze zu einer interkulturellen Öffnung aufzuzeigen. Den Weg zur **Weiterentwicklung von interkultureller Kompetenz des Personals** können gezielte Fortbildungsangebote begleiten. Solche Weiterbildungen werden in allen Modellregionen angeboten und im Falle des Hochtaunuskreises sowie des Main-Kinzig-Kreises und der Stadt Hanau über das Landesprogramm als Projekt finanziell gefördert. Empfehlenswert ist es hierbei, die entsprechenden Fortbildungsangebote nicht als separates Instrument zu betrachten, sondern in weitergehende strategische Überlegungen mit dem Ziel einer interkulturellen Öffnung zu integrieren. Basierend auf strategischen Überlegungen sollten grundlegende Entscheidungen zur Auswahl und Ausgestaltung der Fortbildungsangebote hinsichtlich folgender Parameter getroffen werden:



Zukunftskonferenz mit dem Kompetenzkreis Integration vor Ort

4.3.2 Fortbildungen und Seminare zur Vermittlung interkultureller Kompetenz

Ein wirkungsvoller Weg, um interkulturelle Öffnungsprozesse in der Verwaltung anzustoßen, besteht darin, den Anteil von Personen mit einer hohen interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung zu erhöhen, indem dieses **Kriterium bei Neueinstellungen** verstärkt berücksichtigt wird (vgl. 4.3.3). Darüber hinaus bietet es sich an, in der Verwaltung tätige Personen im Ausbau ihrer interkulturellen Kompetenz zu unterstützen, ihr Bewusstsein für die

Qualifizierungsangebote zur Stärkung interkultureller Kompetenz können entweder in bereits bestehende Ausbildungs- und Lerneinheiten bzw. Fortbildungen eingebettet oder in Form von eigenständigen Seminaren und zu diesen spezifischen Themen angeboten werden. Dabei kann es sich um freiwillige oder um verpflichtende Angebote handeln. Aus den Modellregionen liegen größtenteils Erfahrungen mit **unterschiedlichen Fortbildungsformen** vor. Beispielsweise wurden in Kassel Themen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz in das Curriculum der Auszubildenden in der Verwaltung

aufgenommen und gezielt in bereits bestehende Fortbildungen zu anderen Themenfeldern eingebaut. Die seit mehreren Jahren angebotenen Fortbildungen zur Erhöhung interkultureller Kompetenz werden seit Juni 2012 durch Workshops und mehrtägige Fortbildungen durch die Teilnahme am DGB-Bildungswerk Bund Projekt „veris: Verwaltungen interkulturell stärken – Vielfalt nutzen“ ergänzt.

Vergleicht man diese Angebotsformen, so wird deutlich, dass eine **Ergänzung des Ausbildungscurriculums** um Aspekte der interkulturellen Kompetenz in jedem Fall empfehlenswert scheint, weil auf diese Weise eine frühzeitige und einheitliche Beschäftigung des Nachwuchses in der Verwaltung mit den Themen angeregt wird.

Baut man Qualifizierungseinheiten in freiwillige **Fortbildungsangebote mit einer (primär) anderen thematischen Fokussierung** ein, so kann dies bei einigen potenziellen Interessenten die Hemmschwelle für die Anmeldung senken. Zudem kann durch solche Angebote eine erste Beschäftigung mit dem Thema auch indirekt an Zielgruppen herangetragen werden, die sich nicht bewusst für eine Auseinandersetzung mit den Themen interkulturelle Orientierung und Öffnung entscheiden. Dies wirkt der Tendenz entgegen, dass sich erfahrungsgemäß bei freiwilligen Angeboten überproportional häufig diejenigen Personen für eine Teilnahme entscheiden, welche für die Fortbildungsthemen ohnehin eine Grundoffenheit mitbringen.

Organisiert man **spezifische Fortbildungen und Seminare zu Themen der interkulturellen Orientie-**

rung und Öffnung, so können diese ebenfalls als freiwilliges Zusatzangebot oder als Pflichtveranstaltung festgesetzt werden, an der zum Beispiel alle Fachbereichsleitungen oder alle Mitglieder einer Abteilung geschlossen teilnehmen. Im Hochtaunuskreis wurden beispielsweise im Vorfeld eines Qualifizierungsangebotes zum Ausbau interkultureller Kompetenz die Leiter mehrerer Fachbereiche in einer zweistündigen Veranstaltung informiert und von dem Vorhaben überzeugt. Dem folgte eine verpflichtende Schulung der Fachbereichsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in unterschiedlichen Gruppen.

Fortbildungsangebote für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Personalabteilung stellen eine gute Gelegenheit dar, um gemeinsam Strategien zur Erhöhung des Anteils von Bewerberinnen und Bewerbern sowie neu eingestellten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit einer hohen interkulturellen Kompetenz in der Verwaltung zu erarbeiten.

Bei der Etablierung fakultativer Zusatzangebote bietet es sich an, dass den Fortbildungen Informationsveranstaltungen vorausgehen, die verpflichtenden Charakter haben, um potenzielle Interessentinnen und Interessenten aktivieren zu können und das Vorhaben eines interkulturellen Öffnungsprozesses auf breiter Ebene bekannt zu machen.

Es erscheint erfolgversprechend, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über karrierebedingte Anreize für eine Teilnahme an freiwilligen Seminarangeboten zu motivieren.

Main-Kinzig-Kreis/Hanau: Impulse für die interkulturelle Öffnung der Verwaltung

Die Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau will mit Hilfe dieses Projekts die Verwaltungsstrukturen verbessern, um die Institutionen an den Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund auszurichten. Das Projekt beinhaltet eine Fortbildungsreihe, bestehend aus einer Eröffnungsveranstaltung und anschließenden jeweils eintägigen Grundlagen- und Vertiefungsseminaren, die sowohl in Form von abteilungsübergreifenden Veranstaltungen als auch in Form von geschlossenen Teamfortbildungen durchgeführt werden. Aufgrund positiver Rückmeldungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern erfolgt nun eine Weiterbeschäftigung mit den gemeinsam identifizierten Themenfeldern in Form von interaktiv gestalteten Workshops, um mit dem Trainer an konkreten Beispielen weiterzuarbeiten. Zudem soll ein Netzwerk von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, welche an den Schulungen teilgenommen haben, geschaffen werden, welches dazu beitragen soll, Strukturen in der Verwaltung nachhaltig zu verändern sowie Fortbildungseffekte auch auf die Ebene von nicht-geschulten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu übertragen.

Umfangreiche Erfahrungen mit der Einführung von spezifischen Fortbildungsangeboten zu den Themen der interkulturellen Orientierung und Öffnung liegen auch aus der **Evaluation** des Projekts „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“ (Main-Kinzig-Kreis/ Hanau) vor.

Das Projekt hatte 2010 mit einer Auftaktveranstaltung für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger begonnen, welche nicht die gewünschte Resonanz bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hervorrief, da in dieser ersten Veranstaltung nicht ausreichend aufgezeigt werden konnte, wie eine Umsetzung der Themen in der Praxis möglich sein soll. In der Konsequenz wurde das Projekt in der weiteren Ausgestaltung auf die Zielgruppe der Führungskräfte in der Verwaltung ausgerichtet, die direkten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund haben, und insgesamt noch praxis-



orientierter gestaltet. Mandatsträgerinnen und Mandatsträger werden nun eher im Rahmen von Informationsveranstaltungen der Interkulturellen Woche und ähnlichen Aktivitäten in das Projekt eingebunden. Nach diesen konzeptionellen Anpassungen wurde die Fortbildungsreihe, bestehend aus jeweils eintägigen Grundlagen- und Vertiefungsseminaren, äußerst erfolgreich durchgeführt. Aus den Erfahrungen von Programmdurchführenden und Teilnehmenden dieses Projekts wird deutlich, dass eine auf die Zielgruppe bezogene **Themenauswahl** und ein starker **Praxisbezug** - ohne dabei die Theorie zu vernachlässigen - entscheidende Erfolgsfaktoren für die Gestaltung von Qualifizierungsangeboten im Bereich interkultureller Orientierung und Öffnung sind. Bei der Durchführung des Projekts erwies es sich als erfolgreich, mit einer

überblicksartigen Darstellung des Vorhabens für die Führungsebene zu beginnen, um diese von Beginn an einzubeziehen, und anschließend eine teilnehmerzentrierte Gestaltung mit Hilfe eines fachlich kompetenten und begeisterungsfähigen Trainers vorzunehmen, der die Interessen der Teilnehmenden stark berücksichtigte und gleichzeitig klare Ziele mit den Teilnehmenden festlegte. Das Training knüpfte dabei an den jeweiligen Kommunikationssituationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie den damit verbundenen komplexen Anforderungen an, die durch den Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt und die direkte Auseinandersetzung mit fremden Kulturen, anderen Lebensweisen und unterschiedlichen Kommunikationsstilen in der Praxis entstehen. Die Grundlagen- und Vertiefungsseminare hatten folgende strukturierende **Inhalte**:

- Dimensionen der Interkulturellen Kommunikation (kulturbedingte Unterschiede bei Gender, Hierarchie, Individualität, Kollektivität, Sprechverhalten, indirekte und direkte Sprachrichtung, Sprechpausen und -melodien, Sprechen mit unzureichenden Sprachkenntnissen, Umgang mit Zeit, unterschiedliche Werte und Bezugssysteme, Konfliktverhalten).
- Reflexion und Klärung der jeweils erlebten problematischen Kommunikationssituationen im Arbeitsfeld, Herausarbeiten von typischen interkulturellen Konflikten und eigenen Gesprächsführungsmustern.
- Simulationen und Übungen zum Umgang mit Fremdheitsgefühlen zur Entwicklung von interkultureller Sensibilität und Empathie, sowie zum bewussteren Umgang mit eigener Unsicherheit in unangenehmen und befremdlichen Kommunikationssituationen und Erweiterung der Kommunikationskompetenz.

Bei diesem Ansatz stand die Reflexion des eigenen Verhaltens der Seminarteilnehmerinnen und -teilnehmer und nicht die Zuschreibung bestimmter Muster gegenüber anderen Kulturen im Vordergrund. Zudem zeigte sich, dass sowohl abteilungsübergreifende Seminare als auch **geschlossene Teamfortbildungen** von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gleichermaßen positiv bewertet werden. Bei geschlossenen Teamfortbildungen ist es mitunter von Vorteil, dass eine besonders starke Orientierung der Fortbildungsinhalte an praktischen Beispielen aus dem Arbeitsalltag erfolgen kann.

Teams, die an Vertiefungsseminaren des Projekts „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“ teilnehmen, senden beispielsweise ihre spezifischen Ideen und Fragen aus dem alltäglichen Arbeitsumfeld zwei Wochen vor der Veranstaltung an den Trainer und Organisator der Seminare. Ferner ist es äußerst förderlich, dass die vermittelten Wissensinhalte sowie gemeinsam erarbeitete Implementierungsstrategien bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer Einheit zeitgleich vorliegen und im Idealfall die praktische Umsetzung auch von allen Beteiligten mitgetragen wird und somit Prozesse der interkulturellen Öffnung leichter angestoßen werden können, da sie auf einem breiteren Konsens beruhen. **Abteilungsübergreifende Fortbildungen** bringen den Vorteil einer heterogenen Zusammensetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit sich, aus der neue Ideen und Anreize durch den Austausch verschiedener Abteilungen entstehen und – als Nebenprodukt – ein besseres Kennenlernen und Verständnis der unterschiedlichen Abteilungs- oder Fachbereiche mit den jeweiligen Tätigkeitsfeldern entstehen kann. In der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau konnte dieses Potenzial dahingehend entfaltet werden, gemeinsame Schulungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Stadt und Kreis abzuhalten, um auch auf dieser Ebene einen Austausch zu interkulturellen Aspekten zu ermöglichen. Aus Sicht der Programmdurchführenden waren daher die abteilungsübergreifenden, offenen Seminare noch gewinnbringender.

Zu guter Letzt gilt es nicht zu unterschätzen, dass sowohl Fortbildungen im Bereich der interkulturellen Kompetenz als auch Prozesse der interkulturellen Öffnung nicht durch einmalige Veranstaltungen umfassend realisiert werden können und dabei die **Intensität** der Beschäftigung mit diesen Themen sowie der Faktor Zeit eine wichtige Rolle spielen.

Empfehlungen für die Gestaltung von Fortbildungen zu interkultureller Kompetenz in der Verwaltung:

- Fortbildungsangebote sollten in weitergehende strategische Überlegungen mit dem Ziel einer interkulturellen Öffnung integriert werden. In Abhängigkeit von der jeweils anvisierten Zielgruppe können Qualifizierungsangebote zur Stärkung interkultureller Kompetenz in bereits bestehende Ausbildungs- und Lerneinheiten bzw. Fortbildungen eingebettet oder in Form



von eigenständigen Seminaren und zu diesen spezifischen Themen konzipiert werden.

- Es sollten karrierebedingte Anreize geschaffen werden, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für eine Teilnahme an freiwilligen Fortbildungsangeboten zu motivieren. Eine verpflichtende Informationsveranstaltung im Vorfeld von fakultativen Fortbildungsangeboten kann dazu beitragen, potenzielle Interessenten zu aktivieren und das Vorhaben eines interkulturellen Öffnungsprozesses auf breiter Ebene bekannt zu machen.
- Wichtige Erfolgsfaktoren bei der Ausgestaltung von Fortbildungsangeboten bestehen in einer teilnehmerzentrierten Gestaltung, welche sich in der Themenauswahl und dem Praxisbezug des vermittelten Wissens, den gewählten Beispielen und den gemeinsam erarbeiteten Implementierungsstrategien widerspiegeln. Dazu bietet sich ein mehrstufiges Fortbildungsangebot an, welches überblickartig zunächst Grundlagenwissen vermittelt und sich anschließend immer stärker am Arbeitsalltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientiert. Ein solches Vorgehen ist besonders bei geschlossenen Fortbildungen ganzer Teams erfolgversprechend. Abteilungsübergreifende Veranstaltungen können hingegen die Vernetzung zwischen verschiedenen Arbeitseinheiten in und zwischen Verwaltungen positiv beeinflussen und gegenseitige Lernerfolge hervorrufen.

4.3.3 Beschäftigung von Personen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung

Neben der Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund und der damit einhergehenden Steigerung der interkulturellen Kompetenz der Beschäftigten ist die Erhöhung des Anteils der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund ein weiterer Schritt zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Im Landesprogramm ist diese interkulturelle Öffnung ein zentraler Bestandteil, da davon ausgegangen wird, dass sich Institutionen an die sich verändernden gesellschaftlichen Realitäten, d.h. an eine sich wandelnde Bevölkerungsstruktur anpassen müssen – unter anderem dadurch, dass sich diese Strukturen auch in der Zusammensetzung ihrer Beschäftigten widerspiegeln. Ein nicht zu vernachlässigender Aspekt liegt in diesem Zusammenhang auch auf den Potenzialen dieser Beschäftigten mit Migrationshintergrund, wie Sprachkenntnisse oder interkulturelles Wissen.

auf die Erwünschtheit von Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund stellten dabei ein Mittel in einer Reihe weiterer Maßnahmen dar.

In **Offenbach**, beispielsweise, verfolgte die Stadt den Prozess der interkulturellen Öffnung mit dem Ziel, den Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund als Beschäftigte der Stadtverwaltung zu erhöhen, mit folgenden Maßnahmen:

- Bereits 2009 wurde von der Stadtverordnetenversammlung der Beschluss gefasst, „die interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung und der städtischen Gesellschaften als eine Querschnittsaufgabe“ zu erachten. Der Magistrat wurde dabei beauftragt, „a) bei der Rekrutierung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie jugendlicher Auszubildender interkulturelle Kompetenzen gezielt und verstärkt zu berücksichtigen und zu fordern; b) zielgenau auf die Bedürfnisse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie jugendlicher Auszubildender mit Migrationshintergrund ausgerichtete Unterstüt-



Veranstaltung „Kommunales Integrationsmanagement“

In den Modellregionen zeigte sich, dass verschiedenste Anstrengungen unternommen werden, Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung anzustellen – auch wenn diese Initiativen und Maßnahmen nicht explizit über das Landesprogramm, beispielsweise im Rahmen der Projektförderung, erfolgten. **Hinweise in den Ausschreibungen**

zungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote bereitzustellen; c) darauf hinzuwirken, dass in den städtischen Gesellschaften in gleicher Weise verfahren wird.“¹⁴

- In einer 2011 etablierten Arbeitsgruppe, bestehend aus der Programmkoordinatorin, dem Integrationsbeauftragten sowie Vertreterinnen und

¹⁴ Vgl. Stadt Offenbach: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 1. Oktober 2009 DS I (A) 499: Kulturelle Vielfalt am Arbeitsplatz in der Stadtverwaltung Offenbach inklusive städtischer Gesellschaften.

Vertretern des Personalamts und der Personalentwicklung wurden weitere Maßnahmen zur Umsetzung dieses Beschlusses entwickelt. So kam es beispielsweise dazu, dass der Integrationsbeauftragte - analog zu Frauen- oder Gleichstellungsbeauftragten - in den Auswahlprozess neuer Angestellter involviert ist. Somit soll sichergestellt werden, dass auch interkulturelle Kompetenzen der Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden. Zudem wurde eine „Checkliste“ mit Kriterien der interkulturellen Kompetenz entwickelt.

- Zudem wurde 2012 von den Stadtverordneten der Beschluss gefasst, in der Offenbacher Verwaltung, den Betrieben und Gesellschaften ein anonymisiertes Bewerbungsverfahren einzuführen, um Diskriminierung im Auswahlprozess zu vermeiden.

In Offenbach zeigte sich, dass **Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung** ein wirksames Instrument zur Förderung interkultureller Öffnung in der Verwaltung sein können. Es entwickelten sich Kooperationen zwischen den für Integration und für Personal zuständigen Abteilungen innerhalb der Verwaltung, wobei neue Ideen zur Verbesserung bestehender Strukturen und Prozesse entwickelt werden konnten.

Aus der Durchführung von interkulturellen Öffnungsprozessen der Verwaltung aus anderen Städten, wie beispielsweise Arnsberg, ist darüber hinaus bekannt, dass Erfolge bei der Erhöhung des Anteils der Auszubildenden mit Migrationshintergrund dadurch erzielt werden konnten, dass **offene Vorbereitungskurse zum Auswahlverfahren** angeboten wurden. Durch diese Vorbereitungskurse sollten zugewanderte Jugendliche im Vorfeld des Bewerbungsverfahrens zusätzliche Kenntnisse über ihr lokales Umfeld erwerben, somit einen ähnlichen Wissensstand wie einheimische Jugendliche über die Stadt als potenziellen Auftraggeber erlangen und dadurch ihre Chancen auf einen Ausbildungsplatz in der Verwaltung erhöhen. Des Weiteren erwies sich die **zielgruppenspezifische Werbung** bei der Rekrutierung von Auszubildenden (z. B. durch Informationsschreiben an Migrantenorganisationen und Vereine über Stellenausschreibungen sowie eine Einbindung der Eltern) als ein wirksames Mittel, um den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Empfehlungen für die Erhöhung des Anteils von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung:

- Langfristig sollten sich die verändernden Bevölkerungsstrukturen auch in den Mitarbeiterstrukturen der Verwaltungen widerspiegeln, d. h. es sollte der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Verwaltung erhöht werden. Dabei sollte im Auswahlverfahren zur Einstellung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund - auf deren interkulturelle Kompetenz ein besonderes Augenmerk gelegt werden - in allen Ämtern und Abteilungen der Verwaltung.
- Zielgruppenspezifische Werbung sowie offene Vorbereitungskurse zum Auswahlverfahren stellen hilfreiche Mittel dar, um den Anteil der Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

4.4 Koordination von Integrationspolitik und -arbeit: Vernetzung auf kommunaler Ebene und mit dem Integrationsministerium

Koordination von Handeln kann über zwei zentrale Mechanismen erfolgen: Hierarchien und Netzwerke.¹⁵ Verwaltungen sind vor allem hierarchisch gesteuert, wobei sie durch asymmetrische Beziehungen, Fragen der Zuständigkeiten, Macht und Autorität gekennzeichnet sind. Im Gegensatz dazu basiert eine Koordination über Netzwerke auf freiwilligen Beziehungen zur Verfolgung gemeinsamer Ziele, Selbstverpflichtungen, Verlässlichkeit und vor allem Vertrauen.¹⁶ Auch wenn Verwaltungen hierarchisch organisiert sind, wird es zunehmend wichtiger, Integrationspolitik und -arbeit über Netzwerke zu koordinieren - trotz der großen Unterschiede in der Grundlage und Wirkungsweise dieser beiden Koordinierungsformen.

Die Förderung von Vernetzungsstrukturen zwischen unterschiedlichen Akteuren ist eine weitere Besonderheit des Landesprogramms „Modellregionen Integration“. Sie erfolgt auf zahlreichen unterschiedlichen Ebenen, sowohl innerhalb der Verwaltung bzw. der Modellregion (vgl. 4.4.1) als auch

¹⁵ Vgl. Thompson, Grahame et al. (1991): Markets, Hierarchies and Networks - The coordination of social life. London.

¹⁶ Vgl. Klenk, Tanja/Nullmeier, Frank (2004): Public Governance als Reformstrategie. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.



Kooperation: Modellregion Main-Kinzig-Kreis und Land

zwischen den (Modell-)Regionen (vgl. 4.4.2) und vor allem zwischen der lokalen Ebene und der Landesebene (vgl. 4.4.3), wobei den Programmkoordinatorinnen und Programmkoordinatoren eine besondere Rolle im Steuerungsprozess zukommt (vgl. 4.4.4).

4.4.1 Aufbau von lokalen Steuerungsstrukturen

Wie bereits in den Kapiteln zu Integration als Querschnitt (vgl. 4.3) und zu Integrationskonzepten (vgl. 4.1.2) deutlich wurde, ist eine Zusammenarbeit und Vernetzung sowohl innerhalb der Verwaltung als auch mit bzw. zwischen externen Institutionen ein zentraler Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik und -arbeit und ein bedeutendes Element im Landesprogramm. Die Erfahrungen aus dem Modellregionenprogramm zeigen, wie wichtig eine

Koordination und Vernetzung der Prozesse und Akteure vor Ort im Bereich Integration ist. Die Einrichtung von Programmkoordinatorinnen trug dazu bei, diese Vernetzungsstrukturen zu verbessern. In einem Großteil der Modellregionen wurden Steuerungsgruppen eingerichtet, bzw. auf vorhandene Steuerungsstrukturen zurückgegriffen, um eine bessere Vernetzung und Partizipation im Rahmen des Landesprogramms zu ermöglichen. Dies hat sich durchweg als positiv erwiesen und dazu beigetragen, integrationspolitische Akteure in die Diskussion um die Modellregion einzubeziehen.

In der Modellregion Wiesbaden wurden Strukturen zur Steuerung genutzt, die zur Erarbeitung und Umsetzung des Integrationskonzepts entstanden sind und somit schon vor dem Modellregionenprogramm existierten. Dies hatte den Vorteil, dass ein gutes Vertrauensverhältnis der Akteure schon vorhanden war und Überzeugungsarbeit zur Teilnahme, die in der Anfangsphase von Arbeitsgruppen oftmals geleistet werden musste, nicht mehr nötig war. Andererseits besteht in festen Strukturen die Gefahr, dass die Dynamik verloren geht und Treffen nicht mehr als notwendig angesehen werden. Durch die Teilnahme am Landesprogramm zeigte sich, dass neue Impulse auch in etablierte Strukturen hineingebracht bzw. neue Netzwerke aufgebaut werden können. Auch in anderen Modellregionen konnten neue Formen der Steuerung etabliert werden, beispielsweise in Wetzlar.

Wetzlar: Steuerungsgruppe, Arbeitsgruppen und Programmbeirat

In Wetzlar wurden Strukturen aufgebaut, die sowohl für die Steuerung des Modellregionenprogramms als auch für die Entwicklung des Handlungskonzepts genutzt werden: In der Steuerungsgruppe sind neben dem Koordinierungsbüro und der Programmkoordinatorin Vertreterinnen und Vertreter relevanter städtischer Ämter und Abteilungen (beispielsweise Jugendamt, Sozialamt, VHS, Ausländerbüro und Geschäftsstelle des Ausländerbeirats) sowie der Oberbürgermeister eingebunden. Sie hat die strategische und operative Planung der Modellregion und des Handlungskonzepts/-Organisationsentwicklungsprozesses inne. Eine Einbindung der Träger erfolgt vor allem über die jährlichen partizipativen Integrationsworkshops und die fortlaufenden Treffen in den thematischen Arbeitsgruppen, welche im Rahmen der Konzeptentwicklung einzelne Handlungsfelder inhaltlich bearbeiten. Zudem gibt es in Wetzlar durch das Modellregionenprogramm einen Programmbeirat, bestehend aus dem Oberbürgermeister, Vertreterinnen und Vertreter der Fachämter, aber auch des Lahn-Dill-Kreises, des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, des HMdJIE, des Staatlichen Schulamtes oder der Agentur für Arbeit. Der Programmbeirat gibt in seinen jährlichen Treffen Empfehlungen für Projekte, welche über die Modellregion gefördert werden sollen, prüft Vernetzungs- und Kooperationsmöglichkeiten und soll Doppelstrukturen verhindern.

Weitreichende **Steuerungsstrukturen** wurden in Wetzlar auf- bzw. ausgebaut. Mit der für das Landesprogramm und den Organisationsentwicklungsprozess ins Leben gerufenen Steuerungsgruppe zielt die Modellregion darauf ab, Integration als Querschnitt in der Verwaltung zu etablieren, indem sie relevante Ämter einbezieht. Zudem ist der Oberbürgermeister in die Steuerungsstrukturen eingebunden, was in Wetzlar dazu führt, dass die politische Ebene einbezogen ist und nochmals verdeutlicht, dass der Oberbürgermeister dem Thema Integration eine große Bedeutung für die Stadt beimisst. Auch die weiteren Mitglieder der Steuerungsgruppe zeigen ein großes Engagement für das Thema, beispielsweise in der intensiven Diskussion des Handlungskonzepts. In Wetzlar wurden nicht nur Politik und Verwaltung in Form der Steuerungsgruppe einbezogen, sondern auch ergänzende Strukturen und eine Anbindung nach außen geschaffen: In den Arbeitsgruppen und Workshops zur Entwicklung und Umsetzung des Handlungskonzepts sind die Träger vertreten; im Programmbeirat werden auch (über-)regionale Institutionen einbezogen. So können umzusetzende Projekte aus verschiedenen Blickwinkeln heraus bewertet werden. Die für das Landesprogramm bedeutsamen Ziele der Partizipation und der Einbeziehung der Aufnahmegesellschaft werden dabei umgesetzt.

Aus den Modellregionen wurde auch von **Herausforderungen bei der Etablierung und Umsetzung der Steuerungsgruppen** berichtet: Die Erfahrungen zeigten, dass vor allem zu Beginn teils Unmut bei den Mitgliedern der Steuerungsgruppen über die zusätzlichen Aufgaben herrschte. Dieser verschwand aber meist schnell, da sich bei den Beteiligten ein Bewusstsein für die Relevanz der Steuerungsprozesse entwickelte. Die Ressourcen- und insbesondere Zeitknappheit machte sich auch bei fest etablierten Strukturen bemerkbar. Sie erschwerte die Terminfindung und reduzierte die Anzahl der Treffen. Zudem war die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine nicht zu vernachlässigende Aufgabe: Zum einen war es von Bedeutung, dass wichtige Akteure einbezogen werden. Zum anderen

erwies sich die Handlungsfähigkeit der Steuerungsgruppe als wichtiger Faktor für gelingende Strukturen. Eine Balance zwischen diesen beiden Faktoren stellte sich als Herausforderung dar. Weiterführende Informationen sowie mögliche Lösungsstrategien können der im Rahmen des Modellregionenprogramms entwickelten Broschüre „Integration - wie geht das?“¹⁷ entnommen werden.

„ Als positiv an dem Programm Modellregion haben wir erlebt, dass uns neue Kooperationen gefördert und damit auch eine Form von Nachhaltigkeit ermöglicht wurden. Die Programmkoordination war dafür ein Gewinn. Ein Wermutstropfen ist der bei Projekten zu erbringende Eigenanteil.

Caritasverband und Internationaler Bund, Kassel

“

Steuerungsgruppen und Vernetzungsstrukturen zwischen den relevanten Akteuren sind vor allem aus zwei Gründen wichtig: Zum einen ermöglichen sie einen **Erfahrungsaustausch** zwischen den teilnehmenden Akteuren und ein abgestimmtes Handeln. Durch die Teilnahme sehr unterschiedlicher Akteure und auch des Integrationsministeriums können auch (externe) Anstöße in die Modellregion gegeben werden. Ein Einbeziehen der Träger in die strategische und/oder operative Planung der Umsetzungsprozesse ist ein Zeichen der Wertschätzung für deren Arbeit im Integrationsbereich (vgl. 8.1) und trägt dazu bei, eine bessere Übersicht und Kenntnisse über laufende Projekte zu erhalten (vgl. 9.2). Zum anderen erweisen sich Steuerungsgruppen und Vernetzungsstrukturen als bedeutsam, um die **Ziele des Landesprogramms** den Beteiligten und Trägern zu verdeutlichen. Vor allem strukturelle Veränderungen, d.h. die Öffnung von Regelstrukturen vor dem Hintergrund einer sich verändernden Bevölkerungsstruktur, werden mit dem Modellregionenprogramm angestrebt. Da solche übergreifenden Ziele oftmals von den Trägern, die ihre Ressourcen in die direkte Projektumsetzung einfließen lassen, nicht primär verfolgt werden, müssen diese im Programmverlauf stetig in das Bewusstsein der Beteiligten gerufen werden. Dazu erwiesen sich Steuerungsstrukturen als hilfreich; relevante Akteure fanden darin Gelegenheit, sich abseits der Projektarbeit über die Zielsetzung des Programms auszutauschen. Allgemein gesprochen zeigte sich die Relevanz der Steuerungsgruppen darin, dass sich

¹⁷ Vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): „Integration - wie geht das?“, Integration - Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement. Handreichung, Wiesbaden.

darin Politik und Verwaltung in einen Kommunikations- und Austauschprozess über Ziele der Integrationspolitik sowie deren praktische Umsetzung verständigten.

Empfehlungen für Kommunen und Kreise, die eine lokale Steuerungsstruktur für die Planung und Umsetzung ihrer Integrationspolitik aufbauen wollen:

- Eine Steuerungsgruppe, bestehend aus relevanten Vertreterinnen und Vertretern der Politik und Verwaltung sollte eingerichtet werden. In regelmäßigen Treffen sollte sich diese Steuerungsgruppe über den Stand der Integrationspolitik vor Ort austauschen und das zukünftige Vorgehen planen.
- Es sollte zudem ein erweiterter Steuerungskreis etabliert werden, um auch verwaltungsexterne Akteure der Integrationsarbeit in die Austausch- und Planungsprozesse einzubeziehen und eine Verständigung über gemeinsame Ziele zu erreichen. Die Steuerungsstrukturen sollten so angelegt sein, dass sie umfassend genutzt werden können, beispielsweise bei der Entwicklung oder Fortschreibung eines Integrationskonzepts; Doppelstrukturen sollten vermieden werden.

zwischen den teilnehmenden Modellregionen. Darüber hinaus wird mit dem Programm auch ein Austausch mit anderen hessischen Kommunen, insbesondere den Mitgliedern des „Kompetenzkreises Integration vor Ort“¹⁸, angeregt.

Erfahrungen in der Zusammenarbeit zwischen Kreisen und Kommunen ergeben sich vor allem aus den Modellregionen Main-Kinzig-Kreis/Hanau und Hochtaunuskreis. In beiden Modellregionen existierte vor dem Landesprogramm keine nennenswerte Zusammenarbeit zum Thema Integration. Durch das Modellregionenprogramm hat sich dies geändert.

Im Hochtaunuskreis trat die Kreisverwaltung mit der Teilnahme am Modellregionenprogramm zum ersten Mal als Akteurin der Integrationspolitik in Erscheinung. Dies erwies sich nicht nur für kreisweit tätige Organisationen als positiv, sondern auch für die Verwaltungen der teilnehmenden kreisangehörigen Kommunen. Vor allem über die im Rahmen des Programms eingerichtete Steuerungsgruppe traten Vertreterinnen und Vertreter der Kommunen mit der Kreisebene in Kontakt und tauschten sich über integrationspolitisch relevante Themen aus. Die Mitglieder der Steuerungsgruppe sind zudem

Hochtaunuskreis: Etablierung einer Steuerungsgruppe und Einbindung der Träger

Im Hochtaunuskreis wurde unter der Federführung der Leitstelle Integration eine umfassende Steuerungsgruppe eingerichtet. In ihr tauschen sich die Kreisverwaltung und die politischen Vertreterinnen und Vertreter des Kreises mit Vertreterinnen und Vertretern der Politik und Verwaltung der teilnehmenden Kommunen sowie Akteurinnen und Akteuren aus Vereinen, kreisweit tätigen Wohlfahrtsverbänden, Migrant*innenorganisationen und Institutionen aus.

4.4.2 Vernetzung zwischen Kommunen und mit der Kreisebene

Ein Ziel des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ ist es, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Kreisen zu erhöhen. Dies erfolgt im Programm auf unterschiedlichen Ebenen. In einzelnen Modellregionen soll die Kooperation zwischen einem Landkreis und einer Sonderstatusstadt bzw. kreisangehörigen Kommunen exemplarisch betrachtet und verbessert werden. Ein weiterer Aspekt ist die Vernetzung

an der Entwicklung des partizipativen Integrationskonzeptes beteiligt. Es zeigte sich also, dass das Landesprogramm im Hochtaunuskreis eine Zusammenarbeit zum Thema Integration zwischen Kreis und Gemeinden initiiert hat.

Ähnliches lässt sich für die Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau feststellen, in welcher der Fokus verstärkt auf der **Zusammenarbeit eines Kreises mit einer Sonderstatusstadt**¹⁹ liegt.

¹⁸ Da die Anzahl der Bewerbungen verschiedener hessischer Städte und Kreise für eine Teilnahme am Landesprogramm die Anzahl der gesuchten Modellregionen überstieg, wurden Bewerber, die nicht als Modellregion berücksichtigt werden konnten, in einen „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ aufgenommen, welcher jährlich im Rahmen einer so genannten „Zukunftskonferenz“ zusammenfindet. Dadurch ist es gelungen, einen fachlichen Austausch der Modellregionen mit weiteren Städten und Kreisen zu etablieren.

¹⁹ Als Sonderstatusstadt werden in Hessen Städte bezeichnet, die zwar nicht kreisfrei sind, jedoch Aufgaben des Landkreises in größerem Umfang selbst wahrnehmen. In anderen deutschen Bundesländern werden diese Städte meist als „große kreisangehörige Städte“ bezeichnet.

Es gab auch in dieser Modellregion vor der Teilnahme am Landesprogramm kaum Kooperationen zum Thema Integration zwischen Kreis und Sonderstatusstadt. Mit der Auslobung als gemeinsame Modellregion hat sich dies grundlegend geändert. Vorteilhaft dafür erwies sich zum einen die Ausge-

den Programmkoordinator stattfindet. Diese Personen stehen im engen Austausch zueinander und fördern somit auch den Austausch zwischen den einzelnen Modellregionen (vgl. 4.4.4).²⁰ Diese sehr personenbezogenen Kooperationen bergen die Gefahr einer hohen Anfälligkeit bei personellen

Main-Kinzig-Kreis/Hanau: Vernetzung zwischen einem Landkreis und einer Sonderstatusstadt

In der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau, in der eine bessere Zusammenarbeit in der Integrationspolitik zwischen Landkreis und Sonderstatusstadt erprobt werden soll, wurde ebenfalls eine Steuerungsgruppe für das Landesprogramm aus Vertreterinnen und Vertretern beider Verwaltungen und der Politik eingerichtet. In regelmäßigen Abständen kommen die Programmkoordinatorin und der Programmkoordinator, die für das Programm verantwortlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die zuständigen Dezernenten sowie eine Mitarbeiterin des Integrationsministeriums zusammen, um sich über gemeinsame Projekte und die Ausgestaltung der Zusammenarbeit auszutauschen.

staltung der Steuerungsgruppe, da in dieser sowohl Vertreterinnen und Vertreter der politischen Spitzen als auch der Verwaltung vertreten waren. Durch die direkte Einbindung der politischen Spitzen der Stadt und des Landkreises und die damit einhergehenden „kurzen Wege“ konnten Entscheidungen schneller getroffen werden. Zum anderen zeigte sich für den Main-Kinzig-Kreis und die Stadt Hanau, dass **gemeinsam durchgeführte Projekte** die Zusammenarbeit verbessern können. Dies ist insbesondere im geförderten Projekt „Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung“ der Fall, in dem Fortbildungen sowohl für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreis- als auch der Stadtverwaltung durchgeführt wurden. Im Rahmen der Fortbildungen lernten sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit ähnlichen Aufgabengebieten kennen und es sind Kooperationen zwischen den beiden Verwaltungen entstanden, beispielsweise zwischen den Personalämtern, welche sich in den Bereichen Personalbestand und -entwicklung austauschten.

Neben der Vernetzung innerhalb eines Landkreises steht im Modellregionenprogramm auch allgemein die **Vernetzung zwischen Kommunen bzw. Kreisen** im Mittelpunkt. Ziel ist, dass sich Verwaltungen und Projektträger austauschen und voneinander lernen. Zwischen den Modellregionen konnte eine gute Vernetzung aufgebaut werden, die jedoch vor allem über die Programmkoordinatorinnen bzw.

Veränderungen. Darüber hinaus tauschen sich Akteure der Verwaltungen oder Träger in den einzelnen Modellregionen nur punktuell modellregionenübergreifend aus – auch wenn sie ähnliche Projekte durchführen. Gründe dafür sind vielfältig und können nicht zuletzt auf begrenzte personelle und zeitliche Ressourcen oder fehlende Anreize bzw. Gelegenheiten zurückgeführt werden. Zukünftig könnte das Potenzial der entstandenen Beziehungen zwischen den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator noch stärker auf die Etablierung von Austauschprozessen zwischen Verwaltungen und Trägern zwischen den Modellregionen ausgeweitet werden, um verstärkt auch voneinander lernen zu können.

Vernetzungen der Modellregionen mit anderen hessischen Städten und Kreisen – insbesondere zu Mitgliedern des durch das Landesprogramm eingerichteten erweiterten **Kompetenzkreises Integration vor Ort** – konnten durch das Programm bisher in einem geringen Maß verbessert werden. Die jährlich organisierten Zukunftskonferenzen erwiesen sich für die Akteure aus den Modellregionen als guter Anlass, Mitglieder des Kompetenzkreises und deren Projekte kennen zu lernen. Darüber hinaus findet jedoch nur ein geringer Austausch zwischen den Modellregionen und dem Kompetenzkreis statt. Als Gründe dafür können beispielsweise geografische Entfernungen oder das zeitlich starke Eingebundensein in die

²⁰ Dies ergibt sich vor allem durch regelmäßige Workshops, Veranstaltungen und Arbeitstreffen im Rahmen des Landesprogramms. Darüber hinaus verbindet die Programmkoordinatorinnen und den Programmkoordinator ein kollegialer Austausch, beispielsweise zum Monitoring oder zu ähnlichen Projekten. Die gute Zusammenarbeit der Programmkoordinatorinnen und des Programmkoordinators kann als Erfolg des Modellregionenprogramms erachtet werden.

eigene Modellregion gelten. Es bestehen jedoch außerhalb des Landesprogramms im Themenfeld Integration zahlreiche Verbindungen zwischen unterschiedlichen hessischen Städten und Landkreisen, an denen auch die einzelnen Modellregionen teilnehmen. Zu nennen sind beispielsweise der Arbeitskreis Integration des Hessischen Städtetags und Landkreistags oder der regelmäßige Austausch zwischen den in Hessen für Integration zuständigen Beauftragten, Abteilungen und Stellen in den Verwaltungen. Oftmals erfolgt ein Erfahrungsaustausch zwischen geographisch nahe liegenden Städten und Kreisen. So sind zum Beispiel Vertreter des



Lahn-Dill-Kreises in die Steuerungsstrukturen Wetzlars eingebunden und auch die Programmkoordinatorin der Modellregion Offenbach unterhält Kontakte nach Frankfurt bezüglich des Themenfeldes Integration.

Empfehlungen für hessische Kommunen hinsichtlich der Vernetzung innerhalb des Landkreises und mit anderen Kreisen, Städten und Gemeinden:

- Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten bzw. Sonderstatusstädten zum Thema Integration sollte umgesetzt werden: Dazu sollte eine Steuerungsgruppe mit für das Thema zentralen Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung etabliert werden, welche die strate-

gische Steuerung der Zusammenarbeit innehat. Zudem sollte eine erweiterte Arbeitsgruppe eingerichtet werden, der weitere kreisweit tätige Träger von Integrationsprojekten angehören, und die sich mit der Umsetzung des Themas befasst.

- Kommunen sollten sich mit anderen Kommunen und Kreisen zum Thema Integration austauschen und von den Projekten und Strategien der anderen lernen. Um dies zu fördern, sollten regelmäßig Gelegenheiten zum thematischen Austausch zwischen den hessischen Kommunen und Kreisen sowie Trägern von Integrationsmaßnahmen geschaffen werden (z.B. durch das hessische Integrationsministerium).
- Die bereits bestehenden Gremien zur Vernetzung der (hessischen) Städte und Kreise (z.B. Städte- und Landkreistag, Integrationsbeauftragtentreffen) sollten verstärkt zur Vernetzung und zum Erfahrungsaustausch hinsichtlich des Themas Integration genutzt werden.

4.4.3 Vernetzung mit der Landesebene - die Rolle des Integrationsministeriums

Mit dem Modellregionenprogramm werden nicht nur Formen der Integrationspolitik und -arbeit auf kommunaler und Kreisebene erprobt, sondern auch eine neue Art der Zusammenarbeit der Landesebene mit den Städten, Gemeinden und Kreisen in Hessen. Dieser Ansatz der engen Kooperation und des Austauschs ist eine Besonderheit des Modellregionenprogramms. Aus diesem Grund kommt dem Integrationsministerium - und insbesondere den zuständigen Mitarbeiterinnen der Integrationsabteilung - eine besondere Rolle zu: Sie stehen in einem engen und direkten Kontakt zu Vertreterinnen und Vertretern der Kommunen und Kreise und erhalten einen Einblick in die lokalen Gegebenheiten. Auf Grund der besseren Kenntnis der Situationen „vor Ort“ kann die Unterstützung auf die lokalen Bedürfnisse abgestimmt werden und somit zielgerichteter erfolgen.

Folgende Erkenntnisse ergeben sich aus der wissenschaftlichen Analyse der Vernetzung mit der Landesebene und der Rolle des Integrationsministeriums.²¹ Es zeigte sich, dass sich die Zusammenarbeit zwischen der zuständigen Abteilung im

²¹ Die Analyse basiert auf Dokumentenanalysen sowie auf leitfadengestützten Interviews, die im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung mit den Mitarbeiterinnen des HMDJIE, den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator sowie den Amtsleitungen geführt wurden.

Ministerium und den teilnehmenden Modellregionen durch das Landesprogramm grundlegend geändert hat. Durch feste Ansprechpartner und die engen Kontakte der Mitarbeiterinnen zu den teilnehmenden Städten und Kreisen sei ein vertrauensvolles, offenes und **partnerschaftliches Arbeitsverhältnis** entstanden und die gegenseitige Wertschätzung gestiegen. Dies sorgte dafür, dass Spannungen und Probleme – die sowohl zu Beginn des Programms als auch im Verlauf auf Grund unterschiedlicher Interessen der Akteure aufgetreten waren – angesprochen und gemeinsam gelöst, Kompromisse gefunden und der Austausch flexibel gestaltet werden konnte. Von beiden Seiten wird von einer guten Kritikfähigkeit und einem „Austausch auf Augenhöhe“ berichtet. Die Zusammenarbeit sei schnell, unkompliziert und unbürokratisch; es gebe kurze Kommunikationswege und die Modellregionen fühlen sich im Großen und Ganzen vom Ministerium gut eingebunden, informiert und in ihrer Arbeit wertgeschätzt.

Neben dieser verbesserten Zusammenarbeit hat sich im Programm die wechselseitige gute **fachliche und organisatorische Unterstützung** und Beratung zwischen dem Integrationsministerium und den Modellregionen als ein weiterer Erfolgsfaktor erwiesen. Im Programm erhalten die teilnehmenden Regionen durch das Integrationsministerium Unterstützung beim Aufbau eines Integrationsmonitorings und von Vernetzungsstrukturen vor Ort. Die für das Programm zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Modellregionen erhalten Informationen bei Arbeitstreffen und Workshops. Auch die Finanzierung der Projekte und Programmkoordinatorenstellen sind Unterstützungsleistungen, die sich als wirkungsvoll erwiesen haben. Dabei zeigte sich wiederum, dass der direkte Kontakt des Integrationsministeriums in die Modellregionen von großer Bedeutung ist: Die Projektbesuche, bei denen Mitarbeiter der Integrationsabteilung sich vor Ort ein Bild von der Umsetzung der geförderten Projekte machen, ermöglichen eine Anerkennung der Arbeit der (externen) Träger und können dazu dienen, die Ziele und Philosophie des Gesamtprogramms zu verdeutlichen. Auch die Teilnahme der Mitarbeiterinnen des Integrationsministeriums an den Steuerungsgruppen in den Modellregionen und weitere regelmäßige Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung der teilnehmenden Kommunen und

Kreise haben dafür gesorgt, einen Austausch über die im Landesprogramm angestrebten Ziele zu etablieren. Dies erwies sich für beide Seiten als gewinnbringend: Das Ministerium erhielt einen Einblick in die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen, deren Erfolge und bestehende Herausforderungen. In den teilnehmenden Kommunen konnten durch das Integrationsministerium externe Impulse und Ideen eingebracht werden; angestoßenen Prozessen konnte seitens der Landesebene Nachdruck verliehen werden, um strukturelle Veränderungen in Gang zu setzen. Als positive Unterstützung und



Staatsminister Jörg-Uwe Hahn

Wertschätzung werden von Seiten der Modellregionen das Interesse für das Programm von Seiten der politischen Spitze – Minister und Staatssekretär – des Integrationsministeriums bewertet.

Die Erfahrungen der Modellregionen zeigen, dass sich die Ansprechpartnerinnen im Ministerium und die Unterstützung für die Kommunen und Kreise bewährt haben. Dies spiegelt sich in dem Wunsch der Modellregionen nach **zukünftigen Unterstützungsleistungen** durch das Integrationsministerium wider: Eine weitere (personelle und finanzielle) Unterstützung nach dem Ablauf des Programms ist insbesondere erwünscht, um die Nachhaltigkeit der Veränderungen in den Modellregionen sowie deren Verankerung in den Regelstrukturen zu ermöglichen. Zudem besteht der Wunsch in den Modellregionen, dass das Integrationsministerium im Sinne seiner



Workshop Land und Programmkoordination

Funktion als „Dienstleister“ für hessische Kommunen und Kreise verstärkt eine Plattform für einen fachlichen Dialog und Austausch zum Thema Integration aufbaut und Veranstaltungen dazu vor Ort organisiert bzw. unterstützt. Die Modellregionen sehen darüber hinaus einen Bedarf für eine bessere Abstimmung zwischen den Ressorts der Landesregierung zum Thema Integration, insbesondere mit dem Sozialministerium, um es auf Landesebene als Querschnittsthema zu etablieren.

Empfehlungen an die Landesebene:

- Da sich eine direkte Unterstützung für Kommunen und Kreise durch die Schaffung konkreter Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner auf der nächst höheren Ebene bewährt hat, sollten diese beibehalten werden.
- Eine weitere Unterstützung der Integrationsarbeit der Kommunen und Kreise seitens des Landes sollte erfolgen. Neben einer direkten finanziellen Unterstützung für Projekte sollte der Fokus vor allem auf der Etablierung regelmäßiger Austauschmöglichkeiten für Kommunen und Kreise zum Thema Integration liegen.
- Das Thema Integration sollte auf der Landesebene verstärkt als Querschnitt behandelt werden. Die Zusammenarbeit der Ministerien zu diesem Thema sollte verbessert werden (vgl. 4.3.1).

4.4.4 Die Rolle der Programmkoordinatorinnenstellen im Vernetzungsprozess

Um die Ziele des Landesprogramms auf lokaler Ebene umzusetzen und Vernetzungsprozesse innerhalb der Modellregion, mit anderen Kommunen und Kreisen sowie mit der Landesebene zu etablieren bzw. auszubauen, wurden die Programmkoordinatorinnenstellen eingerichtet. Diese haben die Rolle eines Bindeglieds zwischen der Landes- und der Kreis- bzw. der kommunalen Ebene inne. Sie sind dafür zuständig, die Ziele des Landesprogramms auf lokaler Ebene zu operationalisieren und darauf hinzuwirken, dass nachhaltige strukturelle Veränderungen in den Modellregionen erreicht werden. Folgende Aufgaben sind in den Fach- und Fördergrundsätzen des Landesprogramms²² für diese Stellen vorgesehen:

- Projektkoordination und -vernetzung
- Projektinitiierung und -begleitung
- Organisation von Integrationsworkshops in der jeweiligen Modellregion Integration
- Dialog und Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren der jeweiligen Modellregion Integration
- Dialog und Kooperation mit den Kommunen, den Stellen der Landesverwaltung und den anderen Modellregionen Integration
- Regelmäßiger Austausch und Abstimmung mit den anderen Koordinationsbüros Modellregionen Integration

²² Vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010): Fach- und Fördergrundsätze zum Landesprogramm „Förderung von Modellregionen Integration“, Staatsanzeiger für das Land Hessen, 18/2010, S. 1300.

Es zeigte sich, dass diese Aufgabenbereiche in allen Modellregionen von den Programmkoordinatorinnen bzw. dem Programmkoordinator abgedeckt werden. Darüber hinaus haben diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die jeweilige Situation der Modellregion angepasste Tätigkeitsfelder; die Aufgaben sind also kein von vornherein festgelegtes starres Konstrukt, sondern haben sich im Laufe des Modellregionenprogramms herauskristallisiert. Grundlegend dafür ist das Selbstverständnis des Landesprogramms: Es wird von Seiten der Initiatoren als ein **„lernendes Programm“** aufgefasst, welches Veränderungen hinsichtlich einzelner Zielsetzungen und Wege der Zielerreichung als willkommen erachtet.

Dank dieser flexiblen Definition und der Gestaltungsspielräume der Tätigkeiten erwies sich die Schaffung von Programmkoordinatorstellen sowohl als gewinnbringend für die Zusammenarbeit mit dem Integrationsministerium als auch als wichtiger Beitrag für die Verbesserung der Integrationspolitik vor Ort. Trotz der unterschiedlichen Ausgangslagen in den Modellregionen wurden in allen teilnehmenden Städten und Kreisen **positive Erfahrungen** mit den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator gemacht: In Modellregionen, deren Verwaltungen sich zuvor kaum mit Integration befasst haben, wurden diese Personen zu Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für das Thema und halfen, Strukturen aufzubauen. In den Modellregionen, in denen es hingegen vor dem Landesprogramm eine Vorbeschäftigung mit Integration in der Verwaltung gab, erwiesen sie sich als Akteure, die Prozesse beschleunigten und koordinierten. Da die Beschäftigung mit dem Thema Integration in der Verwaltung einer guten personellen Ausstattung bedarf, erwiesen sich die Stellen der Programmkoordinatoren als gute Unterstützung, beispielsweise für Integrationsbeauftragte. Auch in Regionen mit vergleichsweise vielen Mitarbeitern im Bereich Integration konnten die Programmkoordinatorinnen bzw. der Programmkoordinator neue Maßnahmen anstoßen und Themenfelder intensiver bearbeiten. So konnte beispielsweise die intensive Bearbeitung des Themas „Wirtschaft und Arbeitsmarkt“ in Wiesbaden und der damit einhergehende Aufbau der „Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer“ – als Perspektivwechsel hin zu einem Potenzialansatz – durch die Einstellung der Programmkoordinatorin ermöglicht werden. Zusammenfassend kann gesagt wer-

den, dass sich die zusätzliche Stelle in der Verwaltung in allen Modellregionen bewährt hat. Es konnten Aufgaben im Bereich Integration übernommen werden, die zeitlich und personell sonst in dieser Form nicht möglich gewesen wären.

Eine wichtige Funktion der Programmkoordinatorinnen bzw. des Programmkoordinators ist die der **Verbindung zur Landesebene**. Im Programmverlauf stellte sich heraus, dass die Koordinatorinnen bzw. der Koordinator Eindrücke und Erfahrungen aus ihren Modellregionen an das Land weitergeben konnten. Somit gewannen die Mitarbeiterinnen im



Veranstaltung „Kommunales Integrationsmanagement“ - Lotsen-Rap

Ministerium einen besseren Einblick in die Bedürfnisse der Kreise und Kommunen und konnten eine zielgerichtete Unterstützung gewährleisten. Wichtigste Aufgabe der Programmkoordinatorinnen und des Programmkoordinators ist es, die **Ziele des Landesprogramms auf die lokale Ebene zu transportieren**. Regelmäßige Treffen und Workshops zur Unterstützung der Arbeit vor Ort erwiesen sich als hilfreich. Auch die Kooperation zwischen den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator kann als positiver Effekt eingeschätzt werden: Herausforderungen, die in allen Regionen bestehen, können in einem kollegialen Austausch besprochen werden.

Zudem zeigten sich die Programmkoordinatorinnen und der Programmkoordinator als bedeutend für **Vernetzungsprozesse in den Modellregionen**. Einzelprojekte konnten koordiniert und in einem

Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Die Zusammenarbeit mit Trägern wurde in den Modellregionen verbessert und die Etablierung von Netzwerken gefördert. Des Weiteren steuerten die Programmkoordinatorinnen und der Programmkoordinator Arbeitsgruppenprozesse. Die Stellen können somit nicht nur als Bindeglied zwischen der lokalen und der Landesebene betrachtet werden, sondern auch eine wichtige Netzwerkfunktion vor Ort einnehmen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben zeigte es sich, dass die Ausstattung der Stelle von Bedeutung ist. Ein fördernder Faktor ist dabei zum einen ein hoher zeitlicher Umfang der Stelle. Halbe Stellen erwiesen sich als nicht ausreichend zur Wahrnehmung aller Aufgaben. Zum anderen war es für die Programmkoordinatorinnen und den Programmkoordinator von Vorteil, wenn sie auf ein Budget zurückgreifen konnten, beispielsweise um Gruppentreffen durchführen zu können.

Um diese Aufgaben in ihren Modellregionen wahrnehmen zu können, erwies sich nicht nur die Unterstützung durch das Integrationsministerium mit direkten Kontakten, Arbeitstreffen und Workshops als wichtig. Vielmehr war es für die Programmkoordinatorinnen und den Programmkoordinator von großer Bedeutung, gut in die Verwaltung integriert zu sein. In allen Modellregionen wurden sie in der Verwaltung vorgestellt; dies geschah zumeist per Rundmail, viele hatten auch die Gelegenheiten für eine persönliche Vorstellung in verschiedenen Ämtern. Die Resonanz innerhalb der lokalen Verwaltungen auf die Koordinatorinnen und den Koordinator sei durchaus positiv gewesen; sie wurden größtenteils gut als Ansprechpartnerinnen bzw. Ansprechpartner für das Themenfeld Zuwanderung und Integration aufgenommen. In diesem Zusammenhang erwies sich auch eine gute Einbindung an die für Integration in der Verwaltung der Stadt oder des Kreises zuständige Stelle als wichtig für die Aufgabenausgestaltung der Programmkoordinatorinnen bzw. des Programmkoordinators.

Ein problematischer Effekt der Programmkoordinatorstellen zeigte sich jedoch in der **Gefahr von Rollenkonflikten**.²³ Die Programmkoordinatorinnen und der Programmkoordinator arbeiten intensiv mit der Landesebene zusammen, sind aber in den Ver-

waltungen der Kreise und Kommunen beschäftigt. Sie sind eng mit ihren Modellregionen verbunden, müssen aber gleichzeitig Aufgaben wahrnehmen, die seitens der Landesebene an sie gestellt werden. Dies kann dazu führen, dass sie mit sehr unterschiedlichen Erwartungen konfrontiert werden. Zudem sind sie zwar in hierarchische Strukturen der Verwaltung eingebunden, haben es jedoch zur Aufgabe, Netzwerkstrukturen aufzubauen und Kooperationen anzuregen. Im Modellregionenprogramm wurden solch problematische Situationen mit unterschiedlichen Erwartungen meist im direkten Gespräch des Integrationsministeriums mit Vertretern der Verwaltung gelöst. Dies hat zudem den Vorteil, dass der Austausch der Landesebene mit den Kommunen und Kreisen – und dort insbesondere der höheren politischen und/oder Verwaltungsebene – über die Ziele und Maßnahmen des Modellregionenprogramms intensiviert werden konnte.

Handlungsempfehlungen an das Land Hessen und die lokale Ebene hinsichtlich der Programmkoordinatorstellen:

- Da sich die Programmkoordinatorstellen als förderlich für die Initiierung und Begleitung von Vernetzungsprozessen auf lokaler Ebene sowie mit der Landesebene erwiesen haben, sollten deren Stellen beibehalten werden. Zudem sollte das Land Hessen Programmkoordinatorstellen in weiteren hessischen Landkreisen und kreisfreien Städten schaffen.
- Die Aufgabenbereiche der Programmkoordinatorstellen sollten einerseits mit einem festen Aufgabenfeld, andererseits aber mit auf die Situation vor Ort abgestimmten Tätigkeiten versehen werden. Dazu sollte es einen engen Austausch der lokalen Verwaltung mit der Landesebene geben, in dem beispielsweise Schwerpunkte und Ziele der Beschäftigung der Koordinatorinnen und Koordinatoren festgelegt werden.

²³ Von einem Rollenkonflikt – in diesem Fall einem Intra-Rollenkonflikt – spricht man dann, wenn von verschiedenen Seiten unterschiedliche Erwartungen an eine Rolle und damit verbundene Handlungsweisen bestehen.



5 Handlungsfeld Arbeit

5 Handlungsfeld Arbeit

Dem Arbeitsmarkt kommt eine besondere Rolle bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund zu: Ein Arbeitsplatz bestimmt die sozio-ökonomische und gesellschaftliche Stellung einer Person entscheidend mit. Im Rahmen des Modellregionenprogramms werden zum einen unterstützende Maßnahmen zur Integration in den Arbeitsmarkt entwickelt (5.1); zum anderen steht die Frage im Mittelpunkt, wie Vernetzungsstrukturen zwischen den Akteuren im Bereich Wirtschaft und Arbeit (z. B. Kooperationen mit Industrie- und Handelskammern) aufgebaut bzw. optimiert werden können, um strukturelle Veränderungen in der Arbeitsverwaltung nachhaltig zu fördern (5.2).

5.1 Unterstützungsangebote zur Integration in den Arbeitsmarkt

Die Angebote in den Modellregionen zur Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund beinhalten sowohl **Qualifizierungsmaßnahmen** als auch **Beratungsleistungen**. Sie richten sich einerseits an Personen, die bisher ein eher niedriges Qualifikationsniveau erreicht haben, um sie für eine Arbeitsaufnahme nachzuqualifizieren (5.1.1). Andererseits werden auch zugewanderte Personen beraten bzw. unterstützt, die ihre Abschlüsse im Ausland erworben haben und Unterstützung bei der Anerkennung der ausländischen Abschlüsse auf dem deutschen Arbeitsmarkt benötigen (5.1.2).

5.1.1 Unterstützung beim Erwerb von Qualifikationen

Es gibt zahlreiche Qualifizierungsangebote, die darauf abzielen, die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen. Auch in den Modellregionen werden Maßnahmen zur Nach- bzw. Weiterqualifizierung und für einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt durchgeführt.²⁴

Die Stadt Hanau hat beispielsweise mit ihrem Projekt **„Modellfirmen zur Qualifizierung“** einen niedrigschwelligen Einstieg in eine praktische Tätigkeit für Jugendliche, die Gefahr laufen, die Schule ohne Abschluss zu verlassen sowie für Personen ohne festes Arbeitsverhältnis, geschaffen. Die Teilnehmenden erhalten Seminare zur Qualifizierung und Unterstützung beim Aufbau ihrer eigenen Modellfirmen, welche sie dann selbständig betreiben. Durch das Projekt ist z. B. eine Cateringfirma einer türkischen Frauengruppe entstanden. Begleitet wird das Projekt durch den Aufbau eines Netzwerks aus beteiligten Akteuren in der Verwaltung, den Stadtteilzentren, den Schulen, den Wirtschaftsförderern und den bereits gegründeten Modellfirmen, welches Multiplikatoren vereinen und dem Erfahrungsaustausch dienen soll.

In Wetzlar wurden im Projekt „ProMi im Aufwind“ gering qualifizierte Frauen mit und ohne Migrationshintergrund auf einen (Wieder-)Einstieg ins Erwerbsleben vorbereitet.

Wetzlar: ProMi im Aufwind

Das Projekt wurde von der Diakonie Lahn-Dill durchgeführt und erfolgte in enger Abstimmung mit weiteren Arbeitsmarkt- und Stadtteilakteuren. Es richtete sich an gering qualifizierte Frauen mit und ohne Migrationshintergrund, die einen (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben beabsichtigten. Die Teilnehmerinnen erhielten Sprachkurse, Kurse in Hauswirtschaft, Erster Hilfe und im Umgang mit Demenzkranken sowie eine individuelle Betreuung durch den Projektträger. Das Projekt sah neben der theoretischen Wissensvermittlung ein anwendungsorientiertes Praktikum vor, welches die Frauen vor allem in Alten- und Pflegeheimen absolvierten. Nach Abschluss des Praktikums reflektierten sie mit der für das Projekt zuständigen Koordinatorin ihre dort geleistete Arbeit und erhielten auf dieser Basis ein Coaching für eine angestrebte Arbeitsaufnahme.

²⁴ Statistisch gesehen beziehen Personen mit Migrationshintergrund und ausländischer Staatsangehörigkeit in Deutschland im Durchschnitt häufiger Unterstützungsleistungen auf Grund von Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus belegen Daten, dass das durchschnittliche Qualifikationsniveau bei Personen mit Migrationshintergrund niedriger ist als das der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (vgl. Bundesagentur für Arbeit (2012): Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Januar 2012, Nürnberg. <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikereports/Zentrale-Analytikereports/Monatliche-Analytikereports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201201.pdf>)

Das Projekt zeichnete sich vor allem durch eine enge **Betreuung der Teilnehmerinnen** durch die Projektkoordinatorin der Diakonie Lahn-Dill aus und erfuhr eine große Akzeptanz sowohl bei den Teilnehmerinnen als auch bei den beteiligten Institutionen. Für einen zweiten Qualifizierungskurs konnten wiederum 12 Teilnehmerinnen aus sehr unterschiedlichen Herkunftsländern gewonnen werden. Durch die Verankerung des Projektes im Stadtteil (Quartiersmanagement Niedergirmes) konnten die teilnehmenden Frauen in die Angebote auf Stadtteilebene (beispielsweise Unterstützung bei Festen und andere Aktivitäten) einbezogen und damit ihre soziale Integration im Stadtteil gestärkt werden.

Das Projekt hat dazu beigetragen, die Sprachkenntnisse der teilnehmenden Frauen zu verbessern, ihnen nützliche Informationen sowie Kontakte zu vermitteln und ihnen folglich einen Einstieg in das Berufsleben zu erleichtern. Von den 12 Teilnehmerinnen im ersten Schulungsdurchgang konnten drei Frauen im Anschluss eine Ausbildung zur Altenpflegerin oder Hauswirtschaftlerin beginnen. Vier Teilnehmerinnen konnten auch in niedrigschwellige Arbeitsverhältnisse, z. B. als Reinigungskräfte in Altenheimen, vermittelt werden. Zudem

planen zwei Teilnehmerinnen, Schulabschlüsse nachzuholen und sich weiter zu qualifizieren. Die Projektkoordinatorin unterhält nach Abschluss des ersten Schulungsdurchgangs weiterhin Kontakt zu den ehemaligen Teilnehmerinnen und unterstützt diese.

Ein weiteres Modellprojekt im Bereich von Qualifizierung ist das „Case-Management“ für 31 ausgewählte Familien, welches im Hochtaunuskreis im Rahmen des Landesprogramms initiiert wurde.

Das „**Case-Management**“ basiert auf einer einzelfallbezogenen Arbeit mit Beziehern von SGB-II-Leistungen.²⁶ Wenngleich der Begriff „**Case-Management**“ in ähnlicher Art und Weise auch bei anderen Arbeitsförderungsmaßnahmen verwendet wird,²⁷ geht der Ansatz dieses Modellprojekts im Hochtaunuskreis jedoch weit über eine herkömmliche Einzelfallberatung hinaus: Das Projekt zeichnet sich vor allem durch seinen aufsuchenden, ganzheitlichen und aktivierenden Ansatz aus, der nicht nur die berufliche, sondern auch die soziale Integration der Teilnehmenden umfasst. Dies bedeutet zum einen, dass eine Unterstützung für verschiedene Lebensbereiche und somit keine ausschließliche Konzentration auf den Bereich der Arbeitsvermittlung erfolgt. Demnach werden die Teilnehmenden

Hochtaunuskreis: „Case-Management“²⁵

Der Hochtaunuskreis etablierte ein „Case-Management“ für 31 ausgewählte Familien, die seit mehr als fünf Jahren SGB-II-Leistungen beziehen, mindestens vier Personen umfassen und in einer der vier teilnehmenden Kommunen im Kreis leben. Das primäre Ziel des „Case-Managements“ besteht in der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und somit der Beendigung des Hilfebezugs der Teilnehmenden. Das Projekt „Case-Management“ ist in der neu entstandenen Leitstelle Integration des Kreises angesiedelt. Die Programmkoordination wurde im Hochtaunuskreis in zwei Stellen geteilt. Die Tätigkeiten umfassen zum einen das „Case-Management“ (50%-Teilzeitstelle), zum anderen die allgemeinen Koordinierungsaufgaben (70%-Teilzeitstelle). Die „Case-Managerin“ arbeitet mit den einzelnen Familien zusammen, um Verbesserungen ihrer prekären sozialen und finanziellen Situation, insbesondere für die junge Generation, zu erreichen. Die individuell, je nach Bedarf eingesetzten Maßnahmen umfassen beispielsweise Sprachförderung für Erwachsene und Kinder, Hausaufgabenbetreuung oder Bewerbungcoaching. Die Teilnehmenden werden dabei in bestehende bzw. neu geförderte Projekte eingebunden und erhalten dafür eine individuelle Beratung.

²⁵ Der Begriff „Case-Management“ impliziert eine Arbeitsmethode, welche eine ganzheitliche Betreuung von Klienten und eine professionelle Abstimmung und Koordination über Abteilungsgrenzen hinweg beinhaltet und welche beispielsweise bei der medizinischen Versorgung von Patienten häufig eingesetzt wird. Im Hochtaunuskreis bezeichnet „Case-Management“ den Namen des geförderten Projekts; vgl. http://www.hochtaunuskreis.de/Block/Gesellschaft+_+Soziales_+Gesundheit_+Verbraucherschutz+_+Tierschutz-p-12/Modellregion+Integration/Case_Management.html

²⁶ Das Sozialgesetzbuch II (SGB II) regelt die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Diese Regelungen sind im allgemeinen Sprachgebrauch unter dem Begriff „Hartz IV“ bekannt. Darunter wird eine zeitlich unbegrenzte, vom Einkommen unabhängige Leistung verstanden, die sich am Vorbild der Sozialhilfe orientiert.

²⁷ Beispielsweise wird dieser Name auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in örtlichen Jobcentern verwendet.

auch bei freizeitgestaltenden Aktivitäten unterstützt, beispielsweise beim Eintritt in Vereine. Zum anderen werden nicht nur erwachsene Teilnehmende gefördert, sondern vor allem auch deren Kinder.

Grundvoraussetzung des Erfolgs des „Case-Managements“ im Hochtaunuskreis ist der Aufbau einer Vertrauensbasis. Die „Case-Managerin“ besucht die Familien zu Hause und erhält in Gesprächen einen Einblick in die persönlichen Problemlagen. Somit kann die Weitervermittlung auf die individuellen Bedarfe abgestimmt erfolgen. Zudem machen die teilnehmenden Familien durch das „Case-Management“ positive Erfahrungen mit der Kreisverwaltung. Das Vertrauensverhältnis zur „Case-Managerin“, die Mitarbeiterin der Verwaltung ist, verringert Ängste vor Behördengängen.²⁸ Ein weiterer **Erfolgsfaktor** des „Case-Managements“ ist dessen Vernetzung mit bestehenden Projekten in einem breiten Themenfeld. Kenntnisse über (Integrations-)Angebote und deren Träger seitens der „Case-Managerin“ sind dabei von großer Bedeutung. Als Teil der Leitstelle Integration ist eine Verankerung in der Verwaltung gegeben; des Weiteren ist die Zusammenarbeit mit relevanten Ämtern und Institutionen der Arbeitsmarktförderung ein äußerst relevanter Faktor.

Das Projekt konnte dementsprechend bereits sehr gute Erfolge verzeichnen: Durch die passgenaue Vermittlung in andere (geförderte) Projekte konnten die Chancen einer Arbeitsaufnahme deutlich verbessert werden: 11 der 31 Familien beziehen nach zwei Jahren Projektdauer keine SGB-II-Leistungen mehr. Insgesamt wurden mehr als 125 Personen aus den 31 Familien von der „Case-Managerin“ betreut. Durch positive Mundpropaganda wenden sich auch vermehrt Personen, die nicht zu den ausgewählten Familien gehören, an das „Case-Management“ und werden dort beraten. Da das Angebot bei relevanten Ämtern und Einrichtungen der Kreisverwaltung bekannt ist, werden einzelne Ratsuchende zudem vom Bürgerinformationsservice des Kreises an das „Case-Management“ weitervermittelt.



Einzigartig in Wiesbaden: Wir bieten Frauen mit und ohne Migrationshintergrund gemeinsame berufliche Beratung im fachbezogenen Kompetenzaustausch. Durch die Landesinitiative ist es verstärkt möglich, diese bedarfsorientierten Angebote mit entsprechender Sensibilität für den Migrationsaspekt anzubieten. Diese Philosophie deckt sich mit unserer und ist ein Gewinn für alle. So entsteht Ethnovielfalt als regionaler Wachstumsfaktor für Wirtschaft und Gesellschaft.

BerufsWege für Frauen e.V., Wiesbaden



Empfehlungen an Kommunen und Kreise, die gering qualifizierte Personen unterstützen möchten:

- Qualifizierungsangebote sollten als fallbezogene ganzheitliche Unterstützung erfolgen, die neben der beruflichen auch die soziale Integration sowie die Aktivierung der Zielgruppe und deren Familien im Blick haben. Dies kann in Form eines in der Stadt- bzw. Kreisverwaltung angesiedelten „Case-Managements“ etabliert werden. Dabei sollten die Zugänge niedrigschwellig angelegt sein; beispielsweise sollten Hausbesuche eingesetzt werden, um Ängste vor Behördengängen abzubauen. Basierend auf persönlicher Beratung sollten Zielgruppen von Unterstützungsmaßnahmen passgenau in bestehende Angebote vermittelt werden, die möglichst im unmittelbaren Sozialraum (z. B. Stadtteilzentrum) durchgeführt werden. Dies setzt einerseits umfassende Kenntnisse der Angebote und eine gute Vernetzung seitens der Projektmitarbeitenden voraus. Andererseits sollten wichtige Ämter und Institutionen im Bereich Arbeitsmarkt in ein derartiges Projekt einbezogen sein.

5.1.2 Unterstützung bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen

Das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ zeichnet sich auch dadurch aus, dass es die Potenziale der Bevölkerung mit Migrationshintergrund Hessens stärker in den Fokus rückt. Ungenutzte Potenziale liegen beispielsweise in den von Migrantinnen und Migranten im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen, welche oftmals im Inland nicht anerkannt werden. Eine Diskussion über bessere Strukturen der **Anerkennung**

²⁸ Durch ein gleichzeitig im Rahmen des Modellregionenprogramms durchgeführtes Projekt der interkulturellen Öffnung der Verwaltung des Hochtaunuskreises und teilnehmender Kommunen konnten auch seitens einzelner Ämter interkulturelle Kompetenzen verbessert werden (vgl. Kapitel 3).

von im Ausland erworbenen Abschlüssen wird momentan vor allem im Hinblick auf einen Fachkräftemangel in der deutschen Wirtschaft geführt, welche dazu beitrug, dass im April 2012 bundesweit das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ in Kraft trat.²⁹ Kurz darauf trat in Hessen das Hessische Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen (Hessisches Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz-HBQFG) am 1.12.2012 in Kraft. Anders als im Bundesgesetz ist hier der Rechtsanspruch auf Beratung gesetzlich geregelt (§15a HBQFG). Dies ist nicht zuletzt auf die Erfahrungen

bach wurden beispielsweise regelmäßig Informationsveranstaltungen zu dieser Thematik durchgeführt.³⁰ Auch in Kassel gibt es Bestrebungen in diesem Feld, da die Stadt – mitunter auf Grund ihres Modellregionenstatus – zu einem Standort der Umsetzung des bundesweiten Netzwerks „Integration durch Qualifizierung“ (IQ)³¹ wurde. Da der zuständige Mitarbeiter dieser IQ-Anlaufstelle im Zukunftsbüro in Kassel angesiedelt ist, welches auch Ansprechpartner für das Modellregionenprogramm ist, herrscht ein enger Austausch zwischen den beiden Programmen. Insbesondere hat sich die Stadt **Wiesbaden** im Rahmen des Modellregionenprogramms schon früh mit der Anerkennung aus-

Wiesbaden: Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer

Das Projekt Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer dient dazu, im Herkunftsland erworbene Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikationen von Migrantinnen und Migranten besser zu erschließen und durch eine qualifizierte Erstberatung die Integration in den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Dabei wurde eine kommunale Beratungsstelle mit drei Mitarbeiterinnen eingerichtet, die Zuwanderer auf dem Weg zur Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen beruflichen oder akademischen Abschlüsse unterstützen. Um dieser Aufgabe nachzukommen, wurden von den Mitarbeiterinnen bestehende Beratungsstrukturen erfasst, ein Netzwerk aufgebaut und Beratungsstandards entwickelt. Die Beratungsstelle führt nicht nur individuelle Beratungsgespräche mit ratsuchenden Zuwanderern durch, sondern versteht sich auch als Ansprechpartner für Fachdienste sowie Institutionen und stellt entsprechende Vernetzungen her.

und daraus resultierenden Empfehlungen einer im Rahmen des Landesprogramms geförderten „Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer“ in Wiesbaden zurückzuführen, welche im Folgenden noch näher beschrieben wird. Durch die Einflussnahme auf das Landesgesetz wurde die Nachhaltigkeit dieses Projekts unter Beweis gestellt und damit auch der Erfolg des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ bestätigt.

In vielen Modellregionen wurde das Thema der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen aufgegriffen. In Offen-

ländischer Qualifikationen und Abschlüsse auseinandergesetzt.

Mit ihrer Bewerbung für die Teilnahme am Landesprogramm 2010 hat die Modellregion Wiesbaden, die ebenfalls eng mit dem IQ-Programm vernetzt ist, ihren **Schwerpunkt auf den Themenbereich Arbeitsmarkt** gelegt und auch die drei (seit 2012 vier) geförderten Projekte dort angesiedelt. Dabei richtete Wiesbaden einen klaren Fokus auf die Potenziale qualifizierter Zuwanderer und deren Unterstützung bei der Aufnahme einer Beschäftigung. Ein bedeutender Schritt hierzu bestand in

²⁹ Das „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“ ist ein Artikelgesetz; es setzt sich aus mehreren Gesetzen zusammen. Es bezieht sich auf ca. 450 Berufe auf Bundesebene, die in folgenden Gesetzen geregelt sind: Artikel 1: Gesetz über die Feststellung der Gleichwertigkeit von Berufsqualifikationen (Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz – BQFG, Artikel 2-61: Anpassungen und Änderungen in den berufsrechtlichen Fachgesetzen (zum Beispiel Handwerksordnung, Bundesärzteordnung, Krankenpflegegesetz). Das Gesetz schafft erstmals einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen. Dabei werden die im Ausland erworbenen Qualifikationen auf ihre Gleichwertigkeit zum entsprechenden deutschen Abschluss geprüft (vgl. Bundesministerium für Justiz (2011): Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen. Bundesgesetzblatt Jahrgang 2011 Teil I Nr. 63, Bonn, <http://www.anerkennung-in-deutschland.de/media/bqfg.pdf>).

³⁰ Die Stadt steht dabei sowohl mit der Erstberatungsstelle in Wiesbaden (insbesondere über die Programmkoordinatorin) als auch mit dem in Hessen dafür zuständigen Verein „berami“ im Austausch.

³¹ Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) hat 2005 das bundesweite Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) ins Leben gerufen, um die Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund zu verbessern (vgl. <http://netzwerk-iq.de/netzwerk-iq.html>).

der Etablierung einer Erstberatungsstelle für **qualifizierte Zuwanderer**.



Zweite Hessische Integrationskonferenz

Die **Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer** richtet sich an Zuwanderer, die im Ausland erworbene Qualifikationen in Deutschland anerkennen oder bewerten lassen möchten und hierzu Informationen oder Unterstützung benötigen. Neben der Hilfestellung bei der Beantragung der Anerkennung ausländischer Abschlüsse können sich Ratsuchende in einem individuellen Beratungsgespräch über ihre Möglichkeiten im Hinblick auf die Anerkennung informieren und das weitere Vorgehen planen. Gemeinsam mit den Zuwanderern analysieren die Mitarbeiterinnen die individuelle Situation. Die Ratsuchenden werden über zuständige Stellen, erforderliche Unterlagen, Kosten und notwendige Schritte informiert. Es wird geprüft, ob die Einleitung eines Anerkennungsverfahrens in Betracht kommt und die Zuwanderer werden im gesamten Verfahren begleitet und unterstützt.

Besonders hervorzuheben ist dabei der **Ansatz der strukturellen Vernetzung** der Beratungsstelle mit Fachdiensten aus den Bereichen Arbeitsmarkt, Weiterbildung und berufliche Orientierung, welche bei Bedarf eine gezielte Vermittlung an zuständige Stellen und Fachdienste ermöglicht, wie zum Beispiel zur Entwicklung beruflicher Alternativen.

Dieser Gedanke einer nachhaltigen, strukturellen Vernetzung, der in hohem Maße die Ziele des Gesamtprogramms Modellregionen Integration widerspiegelt, ist durch die personelle Besetzung der Beratungsstelle systematisch verankert: Neben der Programmkoordinatorin Wiesbadens, die Mitarbeiterin im Amt für Zuwanderung und Integration ist, sind bei der Beratung zudem mit je einer halben Stelle eine Mitarbeiterin der Agentur für Arbeit und eine Mitarbeiterin der kommunalen Arbeitsvermittlung tätig. Die durchführenden Mitarbeiterinnen der Erstberatungsstelle entstammen somit aus unterschiedlichen Institutionen des Bereichsspektrums der Beratung zur Integration in den Arbeitsmarkt und tragen die im Rahmen ihrer Tätigkeit erworbenen Erkenntnisse und Einblicke in diese Institutionen sowohl während als auch nach Projektabschluss zurück und regen dort Weiterentwicklungen an. Dadurch soll die Verankerung des Themas in den Institutionen der Arbeitsförderung unterstützt werden. So erfolgt unter anderem ein kontinuierlicher Austausch mit der Bundesagentur, um die Ergebnisse in laufende Strukturen einzuspeisen. Sollte die Beratungsstelle aus finanziellen Gründen nach Ablauf der Landesförderung nicht weitergeführt werden, so garantiert die personelle Zusammensetzung den Erhalt des in der Erstberatungsstelle erarbeiteten Wissens in anderen Institutionen.

Um die Netzwerkarbeit zu vertiefen, wurden Anfang September 2011 Netzwerktreffen mit weiteren Akteuren aus dem Feld der Anerkennung ausländischer Abschlüsse (u. a. beratende Mitarbeiter der IHK, der HWK, vom Amt für Wirtschaft und Wissenschaften, vom Amt für soziale Arbeit und von der Arbeitsagentur) mit regelmäßigen Vorträgen von Fachvertretern etabliert, um die beteiligten Akteure über aktuelle Entwicklungen in Anerkennungsfragen zu informieren und die Zusammenarbeit zu fördern.

Das Projekt ist demnach sehr stark auf eine nachhaltige Implementierung mit dem Ziel der strukturellen Veränderung ausgerichtet.

Im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung und **Evaluation** des Projekts wurden neben einer Gruppendiskussion mit den Beraterinnen und Beobachtungen der Beratungsgespräche durch eine Mitarbeiterin des efms an zwei Beratungstagen, auch Leitfadeninterviews mit den Kundinnen der Erstberatungsstelle in Wiesbaden durchgeführt. Alle

befragten Kundinnen waren mit dem Beratungsgespräch zufrieden und gaben an, davon profitiert zu haben. Die Kundinnen werden mit den Beraterinnen in Kontakt bleiben und den Weg zur Anerkennung gemeinsam mit ihnen gehen. Dem Großteil der Befragten war im Anschluss an das Gespräch klar, welches die weiteren Schritte sein werden und sie beabsichtigten, einige davon bis zum nächsten Gespräch in die Wege zu leiten.

Auch von Seiten der Beraterinnen werden sehr deutliche **Erfolge der Erstberatungsstelle** geäußert. Die Mitarbeiterinnen der Erstberatungsstelle berichten von einem Anstieg an Beratungsfällen, einer Effizienzsteigerung in der eigenen Arbeit durch die persönliche Weiterqualifizierung und von zufriedenen Kundinnen und Kunden, welche von der bereichsrelevanten Vernetzung der Beraterinnen stark profitieren:

Von Seiten der Arbeitgeber wurde ebenfalls Interesse an der Erstberatungsstelle gezeigt, insbesondere seitdem im Rahmen der Hochqualifizierten-

„ Wir haben auch die Funktion als Knotennetz. Wir wissen, dass wir sehr gute Verbindungen haben und wer wo noch besser beraten werden kann und wo wir weitervermitteln können. Das hilft auch sehr.



Richtlinie mit der „Blauen Karte EU“ eine neue Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis für hochqualifizierte Fachkräfte eines Drittstaatsangehörigen aus Nicht-EU-Staaten in Kraft getreten ist (§19a Aufenthaltsgesetz). Zudem ist es aus Sicht der Beraterinnen ein wichtiger Erfolgsfaktor, dass sie auf Sprach-

und Landeskenntnisse der Kundinnen und Kunden und zum Teil auf eigene Migrations- und Integrationserfahrungen zurückgreifen können.

Bemerkenswert ist bei diesem Projekt auch die enge und systematische Verknüpfung mit anderen Projekten in der Modellregion Wiesbaden. So gibt es eine enge Zusammenarbeit der Erstberatungsstelle mit einem weiteren über das Modellregionenprogramm geförderten Projekt, welches sich speziell an qualifizierte Migrantinnen richtet. Dabei werden Kundinnen und Kunden der Erstberatungsstelle auf das Projekt Kompetenzen als Chance - Neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen verwiesen und umgekehrt.

Ebenso ist ein Einsatz von Lotsen, welche ebenfalls durch ein im Rahmen des Landesprogramms geförderten Projekts „Integrationsassistenten in Wiesbaden“ (vgl. Kapitel 8), ausgebildet wurden, bei den Beratungsgesprächen der Erstberatungsstellen auch angedacht. Beispielsweise besteht hier die Möglichkeit, Lotsen für Übersetzungshilfen bei Gesprächen hinzuzuziehen.

Im Jahr 2012 hat Wiesbaden seine Angebote im Bereich der Anerkennung zudem um den **Hessischen Bildungskredit** des Kommunikations- und Innovationszentrum (KIZ) Offenbach erweitert. Dieser zielte darauf ab, qualifizierte Zuwanderer finanziell bei entstehenden Kosten für Nachqualifizierungsmaßnahmen zu unterstützen, die für die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Qualifikationen notwendig sind (beispielsweise Praktika, Kredite für Urkunden- und Zeugnisübersetzungen sowie Sprachkurse). Der Bildungskredit erhielt jedoch vor allem in seiner Anfangsphase nicht die

Wiesbaden: Kompetenzen als Chance - Neue Berufswege für qualifizierte Migrantinnen

Im Fokus des Konzepts steht die Unterstützung von qualifizierten Migrantinnen, um langfristig das Ziel adäquater Erwerbstätigkeit durch Einstellung (Einstieg, Wiedereinstieg) oder Selbstständigkeit zu erreichen. Wichtig ist die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit. Das Projekt richtet sich an Migrantinnen, die ihre beruflichen Qualifikationen im Ausland erworben haben und Probleme beim Eintritt in ein entsprechendes Arbeitsverhältnis in der Modellregion oder mit der Anerkennung ihrer akademischen Ausbildung haben. Der Projektträger „BerufsWege für Frauen e.V.“ steht ihnen dabei unterstützend zur Seite und möchte den Migrantinnen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt durch verschiedene Module und Seminare erleichtern. Unter anderem bietet der Verein Kurse zur beruflichen Orientierung an, führt Einzelcoachings durch und begleitet die Migrantinnen bei Behördengängen.

gewünschte Resonanz bei der Zielgruppe und wurde bislang kaum in Anspruch genommen. Die bisherigen Erfahrungen im Bereich der Mikrokredite für Selbständige sowie als Weg aus der Arbeitslosigkeit und aus schwierigen Situationen haben gezeigt, dass es stets Zeit bedarf, bis Mikrokreditprogramme sich im Bewusstsein von Beratungsstellen und Betroffenen festigen. Am Ende des Förderprogramms soll ein Handbuch vorliegen, in dem die Erfahrungen sowie die Ergebnisse des Projekts mit Unterstützung der wissenschaftlichen Begleitung dargestellt werden.

Für die Bearbeitung des Handlungsfeldes Arbeitsmarkt ist es für die Modellregion Wiesbaden somit insgesamt sehr bemerkenswert, dass die durch das Landesprogramm geförderten Projekte eng aufeinander abgestimmt sind. Die Projektträger und Projektdurchführenden stehen in einem wechselseitigen Austausch und versuchen, Synergieeffekte durch eine Vernetzung der Einzelprojekte zu erzeugen und damit – entsprechend der Zielsetzungen des Landesprogramms – nachhaltige Strukturen zu fördern.

Auch die Modellregion Wiesbaden ist eng mit dem Programm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ) auf der Bundes- und Landesebene vernetzt. Unter anderem wurde das im Rahmen des Landesprogramms geförderte Projekt „Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer“ als externer Partner des IQ-Programms gewonnen. Das Projekt ist zudem effektiv vor Ort in verschiedene Workshops und in IQ-Beiräte eingebunden. Es ist geplant, diese Kooperation 2013 noch weiter auszudehnen. Somit werden zusätzliche Synergieeffekte durch eine bundesweite Vernetzung geschaffen.

Empfehlungen an Städte, Kreise und Träger, die zur Unterstützung von Menschen mit Migrationshintergrund bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen und Abschlüssen ein Beratungsangebot einrichten möchten:

- Bei der Etablierung von Erstberatungsangeboten für Fragen der Anerkennung von Abschlüssen qualifizierter Zuwanderer ist es wichtig, eine enge Zusammenarbeit mit relevanten Bildungs- und Arbeitsmarktakteuren systematisch zu verankern, um eine schnelle und effiziente Vermittlung von Kundinnen und Kunden an die zuständigen Stellen zu fördern. In Städten, in denen eine lokale Erstberatungsstelle eingerichtet wer-

den soll, kann diese systematische Verankerung über die personelle Zusammensetzung der Beratungsstelle gewährleistet werden, wenn hier Teilzeitstellen für Mitarbeiter aus den entsprechenden Institutionen geschaffen werden. Zudem sollte die Zusammenarbeit durch Netzwerktreffen gestützt werden, um die beteiligten Akteure auf den aktuellsten Stand in Anerkennungsfragen zu bringen und die Zusammenarbeit zu fördern. Des Weiteren ist die bundesweite Vernetzung (z.B. zum Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“) äußerst wichtig.



- Bei der personellen Besetzung einer lokalen Erstberatungsstelle oder eines sonstigen Beratungsangebots für Fragen der Anerkennung von Abschlüssen qualifizierter Zuwanderer sollten interkulturelle Kompetenzen ein wichtiges Auswahlkriterium sein, um einen bestmöglichen Zugang zur Zielgruppe zu ermöglichen. Bei Bedarf kann das feste Personal durch ausgebildete Lotsen und Dolmetscher unterstützt werden.

5.2 Vernetzung der Akteure im Bereich Arbeit

Vernetzung ist eines der zentralen Ziele des Landesprogramms Modellregionen Integration. Verbesserte Vernetzungsstrukturen werden als Grundlage für eine gute und effiziente Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure angesehen, die dafür sorgen, dass Doppelstrukturen, beispielsweise bei der Bereitstellung von Angeboten und Beratungsdienstleistungen, vermieden werden. Dies zeigte sich

auch für das Handlungsfeld Arbeit als bedeutend. In allen Modellregionen wurden Anstrengungen unternommen, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Bereich Arbeit anzustoßen oder zu verbessern. Diese Maßnahmen verzeichneten durchaus erste Erfolge: In vielen Modellregionen entstanden **Arbeitsgruppen** zu den Themen Wirtschaft und Arbeit im Zusammenhang mit der **Entwicklung eines Integrationskonzepts**. Beispielsweise zielt die Stadt Wetzlar mit der Etablierung ihrer Arbeitsgruppe „Wirtschaft und berufliche Integration“ im Prozess der Konzeptentwicklung darauf ab, neue Impulse bei der Entwicklung von Angeboten zu setzen und unter Beteiligung relevanter Akteure die zukünftige Gestaltung und Verankerung des Themas in den Regelstrukturen zu

taunuskreis haben sich in den jeweiligen Modellregionen als wichtige Faktoren zur Initiierung von Vernetzungsprozessen erwiesen. In Wetzlar kooperieren in diesem Bereich beispielsweise die vhs, der deutsche Hausfrauenbund, die Diakonie Lahn-Dill, das DRK, das Quartiersmanagement der Sozialen Stadt Niedergirmes, die Lahn-Dill-Arbeit und Altenheime miteinander, um durch verschiedene, aufeinander abgestimmte Maßnahmen, wie Sprachkurse, Coachings und Praktika, gering qualifizierte Frauen beim (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben zu unterstützen. Über die Programmkoordinatorin ist zudem die Stadtverwaltung in das Projekt eingebunden. Somit erfolgte in diesem Projekt eine Zusammenarbeit zwischen kommunalen Einrichtungen und freien Trägern.



Modelregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau

erreichen. Auch im Hochtaunuskreis hat sich die gemeinsame Arbeit der Akteure im Integrationskonzeptentwicklungsprozess zu wichtigen Eckpfeilern der Zusammenarbeit im Handlungsfeld Arbeit entwickelt. Der Landkreis ist dabei als integrationspolitischer Akteur aufgetreten und hat mit der Etablierung der Arbeitsgruppen einen Anstoß zur Bündelung von Aktivitäten und zur Zusammenarbeit gegeben.

Ein weiterer Ausgangspunkt zur Vernetzung der Arbeitsmarktakteure ist deren **Kooperation in speziellen Projekten** und bei verschiedenen Unterstützungsangeboten. Das in Abschnitt 5.1.1 ausführlicher dargestellte Projekt „ProMi im Aufwind“ (Wetzlar) und das „Case-Management“ im Hoch-

Im „Case-Management“ zeigten sich ebenfalls Erfolge in der Kooperation verschiedener (Arbeitsmarkt-)Akteure: Zum einen wurden durch das „Case-Management“ verwaltungsintern Austauschprozesse zwischen beteiligten Stellen der Unterstützung von Leistungsempfängern angestoßen. Zum anderen kam es auch zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit externen Trägern, weil die teilnehmenden Personen in bestehende Maßnahmen und Projekte vermittelt wurden. So konnte im Hochtaunuskreis eine Vernetzung zwischen dem „Case-Management“ und anderen, über das Modellregionenprogramm geförderten Projekte entstehen, beispielsweise mit der Interkulturellen Lotsenvermittlungsstelle des IB.

Wiesbaden: Netzwerk von Arbeitsmarktakteuren zum Thema Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen

Das Netzwerk ist unter der Federführung der Programmkoordinatorin entstanden und zielt darauf ab, relevante Arbeitsmarktakteure in einen Diskurs über das Thema zu bringen sowie die Angebotsstrukturen vor Ort zu verbessern. Es besteht aus Vertretern der Agentur für Arbeit, Beschäftigungsförderung, IHK und Handwerkskammer, Hochschulen, Vereinen und Wohlfahrtsverbänden. Zudem werden zu einzelnen Sitzungen, je nach thematischem Schwerpunkt, Referentinnen und Referenten eingeladen. Die Netzwerktreffen finden etwa vier Mal jährlich statt.

In der Modellregion Wiesbaden wurde – basierend auf den Erfahrungen aus den geförderten Projekten zur Verbesserung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen (vgl. Abschnitt 5.1.2) – ein Netzwerk von Arbeitsmarktakteuren ins Leben gerufen, die in diesem speziellen Feld agieren.

Das **Wiesbadener Netzwerk Anerkennung** entstand durch die Schwerpunktsetzung der Modellregion auf das Thema Arbeit, insbesondere die Integration von qualifizierten Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt, und die Etablierung einer Erstberatungsstelle für die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse sowie die Fokussierung auf Potenziale der Zugewanderten. Auch das zuständige Amt für Zuwanderung und Integration tritt seit der Teilnahme am Landesprogramm verstärkt als Kooperationspartner im Bereich Arbeit auf. Zu vielen Akteuren hatte das Amt bereits vor der Etablierung des Netzwerks Beziehungen, an die angeknüpft werden und die durch das Netzwerk intensiviert werden konnten. Zu den Kammern wurden beispielsweise neue Beziehungen aufgebaut und es entstand ein regelmäßiger Austausch im Rahmen der Netzwerktreffen. Eine besondere Rolle im Netzwerk kommt der Erstberatungsstelle und deren Mitarbeiterinnen zu, welche die Treffen orga-

nisatorisch und inhaltlich vorbereiten. In der Modellregion zeigt sich, dass die Programmkoordinatorin dadurch großen Einfluss auf Vernetzungsprozesse im Bereich Arbeitsmarkt nehmen kann.

Die Stadt Hanau bestritt bei der Vernetzung von Akteuren im Bereich Arbeitsmarkt einen anderen Weg:

Durch das **Migrantenökonomie-Projekt** ist in der Modellregion Hanau eine Zusammenarbeit der städtischen Integrationsabteilung mit der Wirtschaftsförderung, dem Marketingverein der Stadt sowie der Hanau Marketing GmbH entstanden. Zudem wird mit dem Projekt darauf hingewirkt, dass Marketingverein und Unternehmer mit Migrationshintergrund verstärkt kooperieren. Zuvor hatte der Marketingverein diese Personengruppe nicht im Blick seiner Aktivitäten; ein externer Anschub zur Vernetzung war daher von Bedeutung. Auch die Migrantenunternehmer kannten oftmals die bestehenden kommunalen Unterstützungsstrukturen nicht. Dies konnte durch das Projekt geändert werden.

Arbeitsmarktintegration stellt für die Migranten-selbstorganisationen ebenfalls einen wichtigen

Hanau: Stärkung der lokalen Migrantenökonomie

Das gemeinsam mit der Hanau Marketing GmbH entwickelte Projekt zielt darauf ab, die Potenziale von Unternehmern mit Migrationshintergrund zu fördern, die in der Hanauer Hirschstraße ansässig sind. Es beinhaltet sowohl Qualifizierungsmaßnahmen als auch Unterstützung bei einem gemeinsamen Marketing für die Straße. Dabei werden die Selbständigen sowohl untereinander in Kontakt gebracht, als auch mit der Stadt und kommunalen Wirtschaftsakteuren, um diese auch in die Institutionen der Aufnahmegesellschaft einzubeziehen. Ziele des Projekts sind außerdem eine bessere Vernetzung im Stadtteil und die gemeinsame Arbeit an der Verbesserung des Images der Straße.

Handlungsbereich dar. Das Projekt „Patenschaft³² zur Stärkung der Eigeninitiative bei Arbeitern rumänischer Herkunft“ der Rumänisch-Orthodoxen Kirchengemeinde Offenbach e.V. ist ein Beispiel dafür. Dort bilden ehrenamtliche Mitglieder und Unterstützer der Gemeinde Tandems mit motivierten Neuzuwanderern, die eine Qualifizierung in denselben oder verwandten Berufen haben, und begleiten sie bei der Arbeitssuche. Sie stellen ihre Sozialnetzwerke - vor allem im eigenen Berufsfeld - zur Verfügung, geben Orientierung in Systemen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Steuer und Finanzen, und

- Eine verbesserte Zusammenarbeit der jeweiligen Integrationsabteilungen in den teilnehmenden Städten und Landkreisen mit Arbeitsmarktakteuren wurde in vielen Modellregionen durch die Stelle der Programmkoordinatorinnen bzw. des Programmkoordinators begünstigt. Diese konnten sich verstärkt dem Aufbau von Netzwerkstrukturen widmen und hatten durch ihre koordinierende Funktion bezüglich der Projekte - und teilweise, wie in Wiesbaden, auch durch ihre Einbindung in Arbeitsmarktprojekte - einen umfassenden Einblick in die Trägerstrukturen.



tragen durch individuelle sowie Gruppengespräche zur Stärkung der Eigeninitiative und des eigenverantwortlichen Handelns bei. Mit den Erfolgserlebnissen werben sie gleich für neue Paten.

Diese positiven Entwicklungen in den Modellregionen zeigen, dass durch das Landesprogramm die Zusammenarbeit mit und das Einbeziehen von städtischen Einrichtungen, Institutionen, Vereinen und Unternehmen im Handlungsfeld Arbeit verbessert werden konnte.³³ Die **Erfolgsfaktoren** für solche Vernetzungsprozesse waren unterschiedlicher Natur:

- Verwaltungsintern erwies sich eine Verankerung von Integrationsabteilung und Abteilungen der Arbeitsmarktförderung im selben Amt als vorteilhaft. Dies ist beispielsweise in Offenbach der Fall, wo es eine gute Verbindung zum Main Arbeit Jobcenter gibt, da der für Arbeitsförderung, Statistik und Integration zuständige Amtsleiter auch Leiter des Jobcenters ist.³⁴ Die engen Kontakte in der Verwaltung ermöglichten das effiziente Durchsetzen gemeinsamer Interessen.
- Des Weiteren war die Zusammenarbeit zu einem konkreten Anlass (z.B. Prozess der Integrationskonzeptentwicklung in Arbeitsgruppen)

³² Patenschaft ist eine Hilfsmethode, bei der ein(e) ehrenamtliche(r) Patin oder Pate eine bedürftige Person regelmäßig durch einige Stunden Zuwendung unterstützt. Die Methode setzt Elemente von Mentoring und Case-Management zusammen und ist durch die individuelle Betreuung sehr effektiv.

³³ Den Beteiligten war dabei bewusst, dass die Etablierung von Netzwerkstrukturen sie nicht aus der Verantwortung entheben, strukturelle Veränderungen vorzunehmen.

³⁴ In Projekten wie „start“ für Jugendliche ohne Schulabschluss oder „Brücken in den Beruf“ wird in der Abteilung Arbeitsförderung Übergangsmangement von Schule zum Erwerbsleben geplant und organisiert. Diese Konstellation im Amt begünstigt die Abstimmung der Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Integrationsmaßnahmen unter den relevanten Fachstellen, beispielsweise in einem „Arbeitskreis Intern“ mit der Beteiligung der Arbeitsförderung, Integration, Bildungsstelle vom Jugendamt, und das Projekt „Lernen vor Ort“ der Volkshochschule.

oder in einem Projekt ein Erfolgsfaktor für den Aufbau von Vernetzungen.

- Auch das Interesse der beteiligten Akteure, welches gerade bei aktuellen Fragestellungen wie der Anerkennung von Qualifikationen und Abschlüssen groß ist, kann Erfolg versprechend für Kooperationen und den Aufbau von Netzwerken sein.

Es zeigten sich jedoch auch **Hindernisse** und problematische Faktoren beim Aufbau von Vernetzungsstrukturen: In allen Modellregionen gab es einzelne Akteure, mit denen keine Kontakte und Kooperationen seitens der Integrationsabteilungen aufgebaut werden konnten. Insbesondere wurde in den Modellregionen eine stärkere Zusammenarbeit mit der lokalen Agentur für Arbeit oder dem Jobcenter gewünscht, oftmals aber auch mit verwaltungsinternen Akteuren, Gewerkschaften oder Kammern. Versuche der Kontaktaufnahme seitens der Integrationsabteilungen zu diesen Akteuren waren in einigen Modellregionen wenig erfolgreich. Die Gründe für fehlende bzw. ausbaufähige Kontakte sind vielfältig. Sie sind teils mit begrenzten personellen Kapazitäten verbunden – sowohl seitens der Integrationsabteilung als auch der relevanten Institutionen.

Empfehlungen an Städte, Landkreise und Arbeitsmarktakteure zum Aufbau von Vernetzungsstrukturen:

- Der Aufbau von Netzwerken und Kooperationen sowie deren Überführung in strukturelle Veränderungen sollte für die dafür zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als fester Teil der Arbeitsaufgabenbeschreibung definiert und mit (zeitlichen) Ressourcen für die damit verbundenen organisatorischen Aufgaben versehen werden, da Netzwerkarbeit zeitintensiv und nicht immer bei allen Akteuren gleich erfolgreich ist.
- Die Bedeutung verwaltungsinterner Netzwerke sollte nicht unterschätzt werden, da diese für das effiziente Durchsetzen gemeinsamer Interessen förderlich sind.
- Der Aufbau von Vernetzungsstrukturen zwischen Arbeitsmarktakteuren sollte in einem konkreten Kontext erfolgen, beispielsweise bei der Entwicklung von gemeinsamen Zielen und Maßnahmen für ein Handlungskonzept, der Zusammenarbeit in einem Projekt oder des Austauschs zu aktuellen Fragestellungen.

- Netzwerkarbeit sollte ein klar definiertes Ziel haben, interessengesteuert sein und sich an den Bedürfnissen der Beteiligten orientieren, so dass alle Teilnehmenden Vorteile aus der Vernetzung und der darin investierten Zeit erlangen.



6 Handlungsfeld Bildung

6 Handlungsfeld Bildung

Bisherige Forschungsbefunde bescheinigen Menschen mit Migrationshintergrund tendenziell schlechtere Chancen im Bereich der Bildung³⁵. Dies ist mitunter auf Bildungsbenachteiligung und auf Bildungssegregation zurückzuführen. Gerade neuere Studien³⁶ weisen darauf hin, dass Bildungsbenachteiligung nicht per se auf den Migrationshintergrund zurückgeführt werden kann, sondern dass das soziale Milieu sehr viel entscheidender die Bildungschancen beeinflusst. Es ist daher sinnvoll, Maßnahmen in diesem Bereich nicht auf die Zielgruppe der Kinder mit Migrationshintergrund zu beschränken, sondern alle förderbedürftigen Kinder zu erfassen. In vielen Städten und Gemeinden existieren Schulen und Bildungseinrichtungen mit hohen Anteilen von Kindern und Jugendlichen mit

aller Eltern in die Bildungsprozesse der Kinder entwickelt werden. Zudem gibt es in vielen Fällen nur unzureichende Strukturen und Konzepte einer systematischen Vernetzung und Abstimmung von Bildungsträgern und Bildungsangeboten vor Ort. Gerade im Bereich des Übergangsmangements zwischen Kindertagesstätte und Grundschule bzw. Grundschule und weiterführender Schule bestehen vielfach Optimierungsbedarfe. Die Etablierung eines kommunalen Bildungsmanagements fehlt jedoch – oftmals aus Kapazitätsgründen – in vielen Kommunen.

Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ werden unterstützende Angebote der Sprach- und Bildungsförderung für verschiedene Zielgruppen gefördert, um die individuellen Chancen dieser Zielgruppen im Bildungsbereich zu



Modellregion Integration Kassel

Migrationshintergrund, die sich in ethnisch segregierten Einzugsgebieten befinden. In diesen Bildungseinrichtungen müssen oftmals Strategien und Konzepte für eine gleichberechtigte Einbindung

erhöhen. Mehrheitlich visieren diese Projekte alle förderbedürftigen Kinder und Jugendliche – mit und ohne Migrationshintergrund – an. Dabei richten zahlreiche Projekte ein besonderes Augenmerk

³⁵ So hatten beispielsweise im Jahr 2010 Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt einen niedrigeren Bildungsstand als Personen ohne Migrationshintergrund: Lediglich 1,7% der 30- bis unter 35-Jährigen ohne Migrationshintergrund hatten keinen allgemeinbildenden Schulabschluss; in der entsprechenden Altersgruppe der Personen mit Migrationshintergrund betrug dieser Anteil hingegen 10%. Zudem erwarben Personen ohne Migrationshintergrund im Vergleich zu Personen mit Migrationshintergrund häufiger berufliche Abschlüsse: In der Altersgruppe der 30- bis unter 35-jährigen Personen mit Migrationshintergrund war der Anteil derjenigen, die über keinen beruflichen Abschluss verfügten, mit rund 37% etwa 26 Prozentpunkte höher als bei der entsprechenden Altersgruppe der Personen ohne Migrationshintergrund. Betrachtet man die Entwicklung im Zeitverlauf zwischen 2005 und 2010, so zeigt sich jedoch bei den 30- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund eine Verbesserung (vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012): Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengeprägter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag). Auch aus den Ergebnissen der PISA-Studie geht hervor, dass sich zwischen 2000 und 2009 insgesamt ein positiver Trend in Bezug auf das Abschneiden der getesteten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund darstellt: Wenn man diese Ergebnisse jedoch mit der jeweiligen Referenzgruppe der Personen ohne Migrationshintergrund vergleicht, so wird deutlich, dass auch 2009 weiterhin bedeutsame Unterschiede zwischen beiden Gruppen bestehen (vgl. beispielsweise Matzner, Michael (Hrsg.) (2012): Handbuch Migration und Bildung. Weinheim, Basel: Beltz Verlag).

³⁶ Vgl. dazu beispielsweise <http://www.goethe.de/lhr/prj/daz/mag/spr/de8673778.htm> und <http://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/bildungschancen-fuer-migranten-gut-gleich-schlecht>.

auf die Einbindung der Eltern in die (frühkindliche) Förderung ihrer Kinder (6.1). Darüber hinaus werden in den Modellregionen diverse Bildungsangebote und Maßnahmen für Schulkinder und Jugendliche gefördert (6.2). Des Weiteren gibt es Initiativen und Projekte, welche eine Anpassung der Bildungseinrichtungen an eine zunehmend heterogene Bevölkerung und die damit einhergehenden Integrationserfordernisse unterstützen. Die dabei erstrebten Veränderungen innerhalb der Bildungsinstitutionen umfassen vielfältige Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Einrichtungen, die sich von einer stärkeren Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in die Abläufe und Strukturen der Bildungsprozesse und Einrichtungen bis hin zu Maßnahmen der Weiterqualifizierung des bestehenden Personals von Bildungseinrichtungen und Trägern erstrecken (6.3). Zudem zielen mehrere Vorhaben darauf ab, regionale Bildungspartnerschaften aufzubauen und Ansätze eines kommunalen Bildungsmanagements in den Modellregionen zu etablieren (6.4). Im Rahmen dieser Maßnahmen und Aktivitäten konnten einzelne Projektträger und Bildungseinrichtungen innovative Konzepte und

6.1 Stärkung der Elterneinbindung in die Prozesse der Sprach- und Bildungsförderung

Kommunale Integrationspolitik kann wesentlich dazu beitragen, den Erwerb von Bildung und sprachlichen Kompetenzen – sowohl der deutschen als auch von anderen Sprachen – zu fördern. Durch frühkindliche Sprachförderung können bereits in den ersten Lebensjahren die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg und die Integration von Kindern in gesellschaftliche Institutionen gelegt werden.³⁷ Dabei stellt eine frühzeitige und umfassende **Einbindung der Eltern in die Förderung** ihrer Kinder einen bedeutsamen Erfolgsfaktor dar.

In allen Modellregionen gibt es unterstützende Angebote im Bereich der frühkindlichen Sprachförderung von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, welche mit Maßnahmen zur stärkeren Einbindung der Eltern verknüpft werden. Zahlreiche bildungspolitische Initiativen und Ansätze in diesem Bereich existierten bereits vor dem Landesprogramm „Modellregionen Integration“. Viele Kon-

Kassel „Die Kunst des Erzählens“

In Kindertagesstätten der Stadtteile Bettenhausen, Forstfeld und Oberzwehren werden durch theaterpädagogische Ansätze des Spielens und Nacherzählens von Geschichten, Sprache und Ausdrucksfähigkeit der Kinder gefördert. Es werden unter Anleitung kleine Theaterstücke zu verschiedenen Themen, wie die vier Jahreszeiten oder die Märchen der Brüder Grimm, erarbeitet und anschließend für Eltern, Geschwister und Großeltern aufgeführt. Damit die Kinder die Möglichkeit erhalten, kulturelle Orte außerhalb ihres alltäglichen Umfeldes kennen zu lernen, besuchen sie regelmäßig Theateraufführungen.

Maßnahmen in den bildungspolitischen Diskurs der Modellregionen einbringen.³⁷ Die erprobten Ansätze können dazu beitragen, den durch das Landesprogramm gesetzten Zielen einer Vernetzung von Trägern und Angeboten sowie der nachhaltigen, strukturellen Veränderung von zentralen Institutionen, welche für den Erfolg von Integrationsprozessen entscheidend sind, ein Stück weit näher zu kommen.

zepte und Programme der Sprachförderung und Elternarbeit werden im **Rahmen der institutionellen Kindertagesbetreuung** erprobt und angewendet. Beispielsweise wird in der Modellregion Wetzlar bereits seit 2004 das Programm „frühstart – Deutsch und interkulturelle Bildung im Kindergarten“ in mehreren Kindertagesstätten erfolgreich umgesetzt, um Elemente der Sprachförderung mit Elternarbeit und interkultureller Bildung systematisch zu verknüpfen und mit weiteren Angeboten vor Ort zu

³⁷ Eine Ausnahme bildet hier Wiesbaden, da diese Modellregion im Rahmen des Landesprogramms nicht in diesem Bereich tätig ist.

³⁸ Der Bericht „Bildungswelten II – Frühkindliche Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund in hessischen Kindertageseinrichtungen“ des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa (2012) verdeutlicht die integrative Bedeutung frühkindlicher Bildung und belegt, inwieweit Kinder mit Migrationshintergrund Angebote der frühkindlichen Bildung nutzen (vgl. Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012): Bildungswelten II – Frühkindliche Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund in hessischen Kindertageseinrichtungen. Wiesbaden. http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaacvad).

vernetzen.³⁹ In Kassel konnten durch die Landesprogrammförderung zusätzliche Angebote zur (früh)kindlichen Sprachförderung in Kitas und Grundschulen geschaffen werden. Dadurch konnten die Projektbausteine des bereits 2008 gestarteten Leuchtturmprojekts „Sprachförderung im Vorschulalter“ weiter ausgebaut werden.⁴⁰ Insbesondere wurde der Bereich der theaterpädagogischen Sprachförderung durch das Projekt „Die Kunst des Erzählens“ des Theaterrat Palais Nord e.V./SPIELRAUM-THEATER weiterentwickelt. Das Projekt verbindet die Schulung des pädagogischen Personals in verschiedenen Erzähltechniken

Erzählkunst und Sprachförderung dokumentiert sowie konkrete Handreichungen zur Implementierung theaterpädagogischer Ansätze in den pädagogischen Alltag bietet, wird die Nachhaltigkeit gesichert und eine zukünftige Ausweitung des Angebotes auf weitere Kindertagesstätten ermöglicht.

Neben der frühkindlichen Förderung in Kindertageseinrichtungen spielen **spezifische Maßnahmen für eine ergänzende Förderung im Elternhaus** eine bedeutsame Rolle, da zum einen nicht alle Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen⁴¹ und zum anderen alle Kinder einen großen Anteil



Modellregion Integration Kassel

mit der Erprobung der Umsetzung theaterpädagogischer Ansätze im Alltagsgeschehen von Kindertagesstätten. Durch Erzählabende, den Besuch von Theateraufführungen sowie ein Ausleihangebot von Büchern erfolgt zudem eine aktive Einbindung der Eltern in die Sprachförderung ihrer Kinder. Aufseiten der Eltern können insbesondere durch den Besuch von Theaterstücken der Kinder Berührungspunkte gegenüber Theater und kulturellen Einrichtungen abgebaut und die Erzählkultur in die Elternhäuser hineingetragen werden. Mit Hilfe eines Erzählleitfadens, der wissenschaftliche Erkenntnisse über

ihrer Zeit auch im häuslichen Umfeld verbringen. Hier setzen einige durch das Landesprogramm geförderte Projekte an, welche auf eine aktive und frühe Einbindung der Eltern in die Förderung ihrer Kinder im Elternhaus abzielen.

Viele erfolgversprechende Programme gehen dabei von einem **Ansatz aufsuchender Elternarbeit** aus, bei dem die Eltern in ihrem alltäglichen Umfeld (z. B. durch Hausbesuche) „abgeholt“ und aktiviert werden, um deren Interesse an den Entwicklungsprozessen der Kinder zu stärken sowie das Kennen

³⁹ Vgl. <http://www.fruehstart-hessen.de/frames2.php>.

⁴⁰ Das umfangreiche Leuchtturmprojekt zur Sprachförderung von Kasseler Kindergartenkindern entstand im Zuge der Auseinandersetzung mit dem demografischen Wandel in der Stadt Kassel. Das Projekt wurde von der Universität Kassel evaluiert.

⁴¹ Dies trifft verstärkt auf Kinder mit Migrationshintergrund zu. So geht aus der „Statistik der Kinder und tätigen Personen in Kindertageseinrichtungen“ des Statistischen Bundesamts hervor, dass die Betreuungsquote (Anteil der Kinder in der Kindertagesbetreuung an allen Kindern dieser Altersgruppe) der unter 3-Jährigen mit Migrationshintergrund zum Stichtag 1. März 2012 bei lediglich 16% lag. Bei den gleichaltrigen Kindern mit Migrationshintergrund war die Quote hingegen mit 33% mehr als doppelt so hoch. Auch bei der Gruppe der Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren lag die Betreuungsquote von Kindern ohne Migrationshintergrund mit 96% deutlich über der entsprechenden Quote (87%) der Kinder mit Migrationshintergrund (vgl. DESTATIS (2012): Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 6. November 2012 in Berlin. https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/indertagesbetreuung/begleitmaterial_PDF.pdf?__blob=publicationFile)

lernen von Fördermöglichkeiten zu unterstützen und die Eltern insgesamt stärker in den Bildungsprozess einzubeziehen. Insbesondere bei neu zugezogenen Familien kann es dabei sinnvoll sein, diese Angebote zur (Sprach-)Förderung für Kinder im Vorschulalter mit weiteren Bildungsangeboten für die Eltern und einer umfassenden **Beratung** zu verknüpfen.

Ein solcher Ansatz, der Elternarbeit mit einer weit reichenden Beratungsarbeit konzeptionell verbindet, wird beispielsweise erfolgreich im Rahmen des **„Netzwerks Elternschule“** umgesetzt, welches 2010 von der Stadt Offenbach gemeinsam mit 14 freien Trägern gegründet wurde. Der Zusammenschluss freier Träger verfolgt gemeinsam mit den städtischen Ämtern, dem Jugendamt und der Volkshochschule das Ziel, junge Eltern bei der Erziehung und Förderung ihrer Kinder zu unterstützen. In die-

sempfung gelegt hat, werden durch das Landesprogramm entsprechende Angebote zur Förderung und Stärkung der Sprach- und Erziehungskompetenz von Familien ermöglicht. Zu diesen Angeboten aus dem Bereich der aufsuchenden Familienarbeit zählen die erfolgreichen Projekte „Integration durch Bildung - Lernen mit HIPPY für Kinder und Eltern mit Migrationshintergrund“⁴² sowie „Neu im Leben - Fit in Deutsch“. Ausgehend von einer engen Kooperation mit dem Jugendhilfeträger während der Projektphase sollen beide Projekte zukünftig als Regelleistung in die Wetzlarer Jugendhilfeleistung aufgenommen werden. Entscheidend für diesen Schritt ist der für alle Beteiligten sichtbare Erfolg der Projekte in den Stadtteilen und das damit verbundene Engagement der Einwohnerinnen und Einwohner sowie der politischen Vertreterinnen und Vertreter des Ortes.

Wetzlar: Neu im Leben - Fit in Deutsch

Neu im Leben - Fit in Deutsch ist ein Projekt der Diakonie Lahn-Dill zur Förderung der Elternkompetenz und des Spracherwerbs von Erwachsenen und Kindern im Vorschulalter. Das Projekt setzt bei allen Familien im Stadtteil Hermannstein als einem Quartier mit überdurchschnittlich hohem Migrantenanteil an. Durch verschiedene Informationsangebote sollen alle Eltern über Bildungs- und Unterstützungsangebote im Stadtteil informiert werden. Die Familien werden motiviert, Angebote anzunehmen und durch eine Kontaktaufnahme wird eine Basis für die zukünftige Einbindung der Familien in das Projekt aufgebaut. Zudem trägt das Projekt dazu bei, Bedarfe und Angebote aufeinander abzustimmen und Kooperationen im Stadtteil anzuregen.

sem Kontext sollen gezielte und innovative Bildungs- und Beratungsangebote Eltern in die Lage versetzen, ihrer Erziehungsverantwortung leichter gerecht werden zu können sowie die Entwicklung ihrer Kinder bestmöglich zu fördern. Durch die Vernetzung verschiedener Angebote können Eltern die Unterstützung auswählen, welche ihren Ansprüchen am besten entspricht. Die Angebote umfassen offene Elterntreffs, Elternbildungsseminare und Beratungsangebote, die an die unterschiedlichen Bedürfnisse, Lebenslagen und Interessen der Familien in Offenbach angepasst werden.

Auch in der Modellregion Wetzlar, die einen thematischen Schwerpunkt auf das Handlungsfeld Bil-

Das Projekt „Neu im Leben - Fit in Deutsch“ versucht im Stadtteil Hermannstein über verschiedene Zugänge alle Familien zu erreichen, um diese umfassend und bedarfsgerecht über vorhandene Bildungs- und Unterstützungsangebote zu informieren. Eltern eines Neugeborenen erhalten einen Begrüßungsbesuch verbunden mit einem Willkommenspaket, welches Informationen über die Entwicklung eines Babys und des Spracherwerbs, Gutscheine für Kursangebote (z.B. Babymassage, Kinderturnen) sowie Informationen über Kontaktstellen und weitere Angebote im Stadtteil vor Ort enthält. Diese **„Frühen Hilfen“** werden gut angenommen; insgesamt können nach Einschätzung des Koordinationsbüros ca. 95% an Willkom-

⁴² HIPPY (Home Introduction for Pre-school Youngsters) ist ein an verschiedenen Standorten durchgeführtes internationales Eltern-Kind-Übungsprogramm für Familien mit Vorschulkindern und Migrationshintergrund. Ein wichtiges Element ist das Engagement der Eltern, die täglich Übungen und Spiele zur Sprachförderung mit ihren Kindern durchführen sollen. Während der Projektteilnahme werden die Familien von geschulten Personen zu Hause besucht und nehmen zweimal im Monat an Gruppentreffen teil (vgl. <http://www.hippy-deutschland.de/>).



Modellregion Integration Kassel

mensbesuchen für Neugeborene realisiert werden. Zudem bietet eine „Offene Sprechstunde“ den Familien im Stadtteil die Gelegenheit einer individuellen Beratung. Das Projekt generiert eine Vernetzung von Angeboten im Bereich der Sprachentwicklung und -förderung vor Ort, welche Kindern, aber auch Eltern mit eigener Zuwanderungsbio-graphie die Möglichkeit eröffnet, die deutsche Sprache noch besser zu erlernen und Kontakte zu

Familien wohnortnah und bedarfsgerecht zu unterstützen. Dies hängt nach Angaben der Projektdurchführenden damit zusammen, dass viele Familien nicht über die Mobilität verfügen, um Angebote im Stadtzentrum zu nutzen. Die Angebote im Stadtteil, wie beispielsweise Elternbegegnungscafes vor Ort, nehmen Familien hingegen gerne in Anspruch. Daher ist die Wirkung des Projekts besonders für den Stadtteil hoch. Das Projekt steht in enger Verbindung zu dem ebenfalls im Rahmen des Landesprogramms geförderten Projekts „Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementarbereich und Primarbereich in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil“ (vgl. 6.3).

Das Offenbacher Projekt „Sprache und Integration leicht gemacht“ bezieht ebenfalls vorhandene Strukturen, wie die Nutzung von Stadtteilbüros, Projekte anderer Träger sowie öffentliche Institutionen, Ärzte und Vereine, in die Projektgestaltung mit ein. Ferner werden in den Modellregionen Projekte mit Stadtteilbezug durchgeführt, welche ebenfalls auf eine Stärkung der Elterneinbindung und Elternkompetenz abzielen und dabei eine entsprechende Aktivierung zuvor wenig involvierter Personengruppen durch den **Austausch und Begegnungen** der Eltern untereinander (beispielsweise in Form von Elterncafes) fördern.

Offenbach: Sprache und Integration leicht gemacht

Das Projekt setzt bei Kindern unter drei Jahren mit der sprachlichen Förderung an, um diesen spielerisch Deutschkenntnisse von Deutsch-Muttersprachlern zu vermitteln und sie mit institutionellen Förderstrukturen bereits im frühen Alter vertraut zu machen. Gleichzeitig werden die Integrationsbemühungen der Familien unterstützt, denn auch die Eltern lernen im Nebenraum Deutsch. Unter der Leitung des Jugendamts wird das Projekt vom Deutschen Roten Kreuz (DRK) in zwei Stadtteilzentren durchgeführt. Dadurch „wandern“ Regelstrukturen zu den Maßnahmenadressaten und erreichen ihre Zielgruppe besser.

anderen Familien aufzubauen. Bei der Umsetzung des Projekts hat es sich aus Sicht der Projektdurchführenden als bedeutsam erwiesen, die Familien vor Ort bei der Planung und Durchführung von Projekten und Angeboten zu beteiligen. Zudem hat sich gezeigt, dass ein starker **Stadtteilbezug** und eine enge Zusammenarbeit mit den Institutionen im Stadtteil - Kindertagesstätten, Schulen, den örtlichen Vereinen, der Gemeinde sowie verschiedenen Trägern der sozialen Dienste - hilfreich sind, um die

Das Offenbacher Projekt „**Gruppentreffen im Stadtteil**“ des Vereins KUBI setzt beispielsweise bei der Schaffung von Begegnungsräumen an, um Eltern im Stadtteil eine Möglichkeit zu geben, sich untereinander und unter der Leitung eines pädagogischen Experten über Erziehungsthemen auszutauschen. Dadurch sollen die erzieherischen Sozialkompetenzen der Eltern gestärkt und gefördert werden. Ein weiteres Beispiel für ein Projekt, das im Bereich der aktivierenden Elternarbeit mit Austauschprozes-

sen und Begegnungen zwischen Eltern sowie mit niedrigschwelligen Informationsangeboten arbeitet, stellt das „Müttertraining: Qualifizierung und Beratung für Mütter mit Migrationshintergrund“ dar, welches vom Verein Bengi Bettenhausener Frauengruppe International e.V. in der Modellregion Kassel durchgeführt wird. Im Stadtteil Forstfeld wird dabei in Zusammenarbeit mit der Grundschule „Am Lindenberg“ eine kultursensible Elternarbeit mit Hilfe eines offenen Elterncafés aufgebaut. Das Projekt richtet sich vornehmlich an junge Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, die aufgrund ihrer sozialen oder familiären Situation Unterstützung benötigen. Diese Frauen erhalten Informationen zu den Themen Sprachförderung, Gesundheit, Erziehung, Arbeitsmarkt sowie Bildung und werden in ihrer Selbstständigkeit im Umgang mit Behörden, Ärzten und Bildungseinrichtungen gestärkt. Gleichzeitig werden Erfahrungen und Herausforderungen des alltäglichen Lebens besprochen, wie z. B. Diskriminierung oder Geschlechterrollen.

Die geschilderten Projekte arbeiten demnach erfolgreich mit Konzepten eines starken Stadtteilbezugs und teilweise mit „Brückenmenschen“, um einerseits den Kontakt mit Familien herzustellen, zu denen vorher kein Kontakt bestand und andererseits, um Hürden in den Zugängen zu Bildungs- und Beratungsangeboten zu reduzieren.

Empfehlungen für die Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Elterneinbindung in Sprach- und Bildungsangeboten:

- Bei der Initiierung von Bildungsprojekten in Kindertagesstätten und Schulen ist es wichtig, dass neben der Schulung des Personals eine systematische Erprobung erfolgt, wie sich die Umsetzung des erworbenen Wissens effektiv in alltägliche Arbeitsabläufe der Einrichtungen integrieren lässt. Dabei sollten auch die Eltern über Ziele und Maßnahmen informiert und nach Möglichkeit aktiv miteinbezogen werden. Eine Dokumentation der Erfahrungen in Kombination mit der Erstellung von praxisnahen Handreichungen für andere Einrichtungen ist dabei besonders erstrebenswert, um Nachhaltigkeit und Transfer zu fördern.
- Neben der (früh)kindlichen, institutionellen Förderung spielen auch spezifische Maßnahmen für eine ergänzende Förderung im Elternhaus eine bedeutsame Rolle für den Bildungserfolg.

Insbesondere bei neu zugezogenen Familien ist es sinnvoll, Angebote zur (Sprach-)Förderung für Kinder mit weiteren Bildungsangeboten für die Eltern und einer umfassenden Beratung zu verknüpfen. Wichtig ist es hierbei, Möglichkeiten für eine breite Implementierung von Maßnahmen sowie geeignete niedrigschwellige Ansprachewege zu finden, um die Zielgruppe(n) bestmöglich zu erreichen.

- Bei der Durchführung von Angeboten im Bereich der aufsuchenden Familienarbeit bietet sich eine frühzeitige und aktive Einbindung der Einwohnerinnen und Einwohner an. Dabei kön-



Modellregion Integration Kassel

nen so genannte „Brückenmenschen“ als „Türöffner“ eingesetzt werden, um Hürden in den Zugängen zu Bildungs- und Beratungsangeboten zu reduzieren. Auch ein starker Stadtteilbezug und eine enge Zusammenarbeit mit den Institutionen im Stadtteil - Kindertagesstätten, Schulen, den örtlichen Vereinen, der Gemeinde sowie verschiedenen Trägern der sozialen Dienste - sind hilfreich, um die Familien wohnortnah und bedarfsgerecht zu unterstützen.

6.2 Bildungsprojekte und Begegnungsprogramme für Jugendliche

Neben den durch das Landesprogramm initiierten Bildungsangeboten im Bereich der frühkindlichen Förderung (6.1), werden in einigen Modellregionen zudem Bildungsprojekte und -maßnahmen für Schul-

für die Entwicklung dieser Kompetenzen, Gelegenheiten für Austausch und Selbstbildung benötigen. Entsprechend werden mit diesen Projekten Orte für gemeinsame Aktivitäten und Begegnungen Gleichaltriger geschaffen und begleitende Förderprozesse organisiert.



Modellregion Integration Wetzlar

kinder und Jugendliche gefördert, die im schulischen bzw. im außerschulischen Umfeld angesiedelt sind. Auch für diese Zielgruppe der Schulkinder und Jugendlichen gibt es Projekte, die auf den **Ausbau von Sprachkompetenzen** abzielen. In der Modellregion Hochtaunuskreis führt beispielsweise der Träger Basa e.V. Neu-Anspach das Theater-Projekt „Interact:joint@taunus“ in einer Lernhilfeschule durch, in dem Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund unter 25 Jahren in puncto Sprach- und Sozialkompetenz und Empowerment gefördert werden. In diesem Kontext findet Biographiearbeit mit jugendlichen Migrantinnen und Migranten statt.

In anderen Modellregionen wurden ebenfalls Projektvorhaben umgesetzt, die Jugendliche im **Aufbau von sozialen, interkulturellen und schulischen Kompetenzen** sowie in ihrer Schullaufbahn unterstützen. Dabei gibt es mehrere Projekte, die von der Annahme ausgehen, dass insbesondere Jugendliche

Ein Beispiel für solche **Begegnungsprogramme für Jugendliche** stellt das Projekt „**Internationale Verständigung durch kulturellen Austausch**“ dar, welches vom Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau durch das Modellregionenprogramm 2010 ins Leben gerufen wurde. Seit 2011 wird dieses Projekt vom Internationalen Bund Hanau in Zusammenarbeit mit einer Beruflichen Schule (im Rahmen der EIBE-Klassen⁴³) und in Kooperation mit der Integrationsabteilung der Stadt Hanau durchgeführt. Begegnungen zwischen jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus unterschiedlichen Kulturen sollen mit Hilfe von Gruppenarbeiten zu einer Auseinandersetzung mit der eigenen sowie mit fremden Kulturen anregen. Des Weiteren können neue Denk- und Sichtweisen entwickelt, voneinander gelernt und der Abbau von Vorurteilen gefördert werden. Darüber hinaus beinhaltet das Programm Diskussionen über aktuelle politische Themen sowie Exkursionen zu politischen Gremien und Museum.

⁴³ EIBE steht für „Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt“, ein vom Europäischen Sozialfond gefördertes Projekt des Hessischen Kultusministeriums für Jugendliche, welche eine berufliche Orientierung benötigen.

Main-Kinzig-Kreis: Jugendbüro „Check in“

Das Jugendbüro bietet neben einer Beratung im Haus auch Leistungen im Streetwork-Bereich an und organisiert bedarfsorientierte Veranstaltungen für lokale Migrantengruppen. Zudem werden verschiedene Mikroprojekte (Nachtsport, Bewerbungstrainings, Informationsveranstaltungsreihen zu Erziehungsthemen, Runder Tisch, helfende Institutionen, Frauentreffen etc.) unter Einbindung der Integrationslotsen und des türkisch-islamischen Kulturvereins durchgeführt, um einen direkten Zugang zu Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zu erhalten. Die verschiedenen Mikroprojekte waren ursprünglich seitens der Stadt für eine voneinander unabhängige Förderung durch das Landesprogramm vorgesehen. Bereits in der Entstehungsphase zu Beginn des Programms „Modellregionen Integration“ wurde jedoch festgestellt, dass ein Gesamtkonzept besser auf die Bedarfe der Menschen angepasst wäre. Durch die Beratung seitens des Integrationsministeriums beschloss die Stadt Schlüchtern ein ganzheitliches Projektkonzept zu entwickeln, welches die Koordination diverser Maßnahmen sowie stärkere Vernetzung mit den örtlichen Strukturen sicherstellt. Daher erfolgte eine Bündelung verschiedener Maßnahmen für Kinder und Familien in den Räumen des Jugendbüros. Durch die Verknüpfung mit einer aufsuchenden Arbeit durch Lotsinnen und Lotsen konnte eine hohe Zielgruppenerreichung erfolgen. Eine sinnvolle Ergänzung der Arbeit des Jugendbüros war die Einrichtung eines Familienzentrums in gleichen Räumlichkeiten, durch welches das Angebot im Bereich Familienarbeit erweitert werden konnte. Der ganzheitliche Ansatz mit der Bündelung von Maßnahmen stellt eine ideale Lösung zur Sicherstellung des Erfolgs der Integrationsarbeit in kleinen Städten im ländlichen Umfeld dar. Mit Hilfe des Projekts wurden somit neue Wege und Strategien für die Gestaltung von Integrationsstrukturen im ländlichen Raum erprobt.

Auch das **Jugendbüro „Check in“** in der Stadt Schlüchtern des Main-Kinzig-Kreises bietet einen Ort der Begegnung für Jugendliche. Durch die Lage im ländlichen Raum wird das Projekt vor besondere Herausforderungen gestellt.

Aus der Umsetzung des Projekts hat sich aus Sicht der Durchführenden gezeigt, dass es wichtig ist, die Zielgruppen umfassend in Entscheidungsprozesse einzubinden. Die Einrichtung eines Jugendbüros kann erheblich dazu beitragen, Angebote vor Ort zu bündeln und durch eine konsequente Vernetzungsarbeit, Grundlagen für nachhaltige strukturelle Veränderungen zu schaffen. Das Streetwork-Angebot und aktive „Vor-Ort-Agieren“ der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendbüros sowie die Transparenz der Arbeit führten zu einer hohen Akzeptanz bei den Jugendlichen und den einheimischen Einwohnerinnen und Einwohnern Schlüchterns.



Durch das Modellregionen-Programm wurde es dem Jugendbüro & Familienzentrum „Check in“ ermöglicht, einen neuen und akzeptierten Begegnungsort im ländlichen Raum zu schaffen.

Jugendreferat Schlüchtern



Neben diesen Projekten, die wesentlich auf den Aufbau von sozialen und interkulturellen Kompetenzen bei Jugendlichen abzielen, gibt es in den Modellregionen zudem **Maßnahmen, die Jugendlichen gezielt in ihrer Schullaufbahn durch ergänzende Angebote zu unterstützen.**

Zum Beispiel bietet das im Hochtaunuskreis geförderte Projekt **„Fit für den Schul-Übertritt“** des Vereins zur Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher e.V. in Oberursel eine professionelle Begleitung und Unterstützung beim Schulübertritt von der Grundschule in die weiterführende Schule für Familien mit Migrationshintergrund an. Dabei werden Kinder von der 3. bis zur 6. Klasse durch ergänzende Deutschkurse und Beratungsgespräche für die Eltern beim Übergang in die weiterführende Schule begleitet.

Ähnliche Projekte setzen bei älteren Schülerinnen und Schülern an und begleiten sie auf ihrem Weg an den weiterführenden Schulen bzw. beim **Übergang in den Beruf.** Ein erfolgreiches Beispiel hier-

für stellt das Projekt „Bildungscoaching für junge Migrantinnen und Migranten in Steinbach“ in der Modellregion Hochtaunuskreis dar.

weitere, im Rahmen des Landesprogramms in Kassel geförderte Projekte im Bildungsbereich (z. B. zum Projekt „Sprache verbindet“), wodurch Synergieeffekte entstehen (vgl. 6.4).

Hochtaunuskreis: „Bildungscoaching für junge Migrantinnen und Migranten in Steinbach“

Das Projekt „Bildungscoaching“ ist an die Caritas Beratung Hochtaunus angegliedert. Es möchte junge Migrantinnen und Migranten im Alter von 14 bis 23 Jahren in ihrem Bestreben unterstützen, qualifizierte Bildungsabschlüsse zu erreichen und den Übergang von der Schule in den Beruf erfolgreich zu absolvieren. Dabei werden Ehrenamtliche mit und ohne Migrationshintergrund, die eigene positive Erfahrungen mit der schulischen und beruflichen Laufbahn gemacht haben, angeworben, um Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund auf dem Weg ihres Werdeganges zu begleiten und zu unterstützen. Bei der Suche nach unterstützungsbedürftigen Jugendlichen erfolgt eine Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern, wie Schulen, Jugendhaus, Firmen in der Region, welche Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen, sowie den Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schülern.

Aus den bisherigen Projekterfahrungen geht hervor, dass die Zusammenarbeit bei der Lehrstellen-suche sehr gut angenommen wird. Da sich viele Jugendliche für eine diesbezügliche Unterstützung anmelden, gibt es inzwischen Wartelisten.

Ein weiteres Bildungsprojekt für Schülerinnen und Schüler wird in Kassel durch den Förderverein der Joseph-von-Eichendorff-Schule durchgeführt. Das Projekt weist unter anderem im Bereich der Sprachförderung deutliche Erfolge – viele Teilnehmende erreichen innerhalb eines Jahres ein gutes Deutschniveau. Durch die Verknüpfung mit kulturellen und sozialen Einrichtungen, lokalen Vereinen im Stadtteil und darüber hinaus sowie einer vernetzten Elternarbeit mit umliegenden Bildungseinrichtungen zur Gestaltung von Bildungsübergängen, wird eine nachhaltige Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung vor Ort sichergestellt. Diese Verknüpfungen erstrecken sich zudem auf

Einige der Projekte, die Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund in ihrer Schulkarriere unterstützen, beschreiten dabei neue Wege, indem sie mit **Mentoren** arbeiten und dies konzeptionell mit einer **Mobilisierung freiwilligen Engagements** verbinden. Besonders erfolgversprechende Ansätze weisen hierbei die Projekte „Fuß fassen durch Bildungserfolg – Bildungsmentoren, Praktika und Workcamps in der Oberstufe“ in Kassel und „Peer-group Education“ in der Modellregion Wetzlar auf. Da es in der gegenwärtigen Projektlandschaft kaum Maßnahmen und Programme gibt, die bei den Potenzialen von jugendlichen Migrantinnen und Migranten ansetzen und sich vor allem auf Schülerinnen und Schüler mit einer hohen Bildungsaspiration konzentrieren, sind die Ansätze der beiden Projekte von besonderem Interesse.

Im Rahmen des Landesprogramms baut das Projekt von SELF Kassel e.V. in Kooperation mit der Univer-

Kassel: „Interkulturelle Angebote in einer Bildungslandschaft Kasseler Osten“

Das Projekt setzt sich aus mehreren Bausteinen zusammen, die Jugendliche dabei unterstützen, ihre Schulausbildung erfolgreich abzuschließen und sich selbstbewusst, aber auch kritisch mit ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen. Die Jugendlichen, die oftmals eine Fluchterfahrung aufweisen und als Quereinsteiger ins deutsche Bildungssystem kamen, haben mit diesem Projekt die Möglichkeit, in Kleingruppen gefördert zu werden, zusätzliche Unterstützung beim Lernen der deutschen Sprache zu erhalten, sich in einem Erfinderclub kreativ mit Technik und Umwelt zu beschäftigen, erfolgreiche Bildungswege ehemaliger Schülerinnen und Schüler nachzuvollziehen oder in einem Medienprojekt neue Talente zu entdecken. In diesem zusätzlichen Angebote sind vor allem auch die Eltern sowie Engagierte aus dem Stadtteil generationenübergreifend mit eingebunden.

Kassel: Fuß fassen durch Bildungserfolg - Bildungsmentoren, Praktika und Workcamps in der Oberstufe

Unter dem Motto „Fuß fassen durch Bildungserfolg“ unterstützt der Verein SELF Kassel e.V. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung, ab der 9. Jahrgangsstufe auf dem Weg zum Abitur, ins Studium oder in eine qualifizierte Berufsausbildung. Ziel ist die ganzheitliche Förderung von Schülerinnen und Schülern in ihrer sozialen und schulischen Entwicklung, unter anderem durch individuelle Beratung, Nachhilfe, Sprachförderung und wirtschaftliche Einzelfallhilfen. Unterstützt werden die Schülerinnen und Schüler durch Bildungsmentorinnen und -mentoren. Die betreuten Jugendlichen werden dazu angeregt, selber eine Mentorenrolle für jüngere Schülerinnen und Schüler einzunehmen. Neben dem Aufbau eines Mentorennetzwerkes wurden Vernetzungen innerhalb der Stadt Kassel, z. B. zu Schulen, Betrieben und Unternehmen, Jugendmigrationsdiensten und der Universität Kassel aufgebaut.

sität Kassel ein Netzwerk von Bildungsmentoren zur bedarfsgerechten Unterstützung von Oberstufenschülerinnen und -schülern aus Familien mit einem tendenziell geringen Einkommen auf. Von diesen Bildungsmentorinnen und -mentoren, bei denen es sich oftmals um Studentinnen und Studenten handelt, die einen relativ geringen Altersunterschied zu den betreuten Schülerinnen und Schülern aufweisen, sollen die Jugendlichen konkrete Hilfestellungen bei der Prüfungsvorbereitung und dem Bewerbungsverfahren für die Aufnahme eines Studiums oder einer qualifizierten Ausbildung erhalten. Zudem bietet der Verein an, die Jugendlichen bei der Aufnahme von Praktika und der Teilnahme an internationalen „Workcamps“⁴⁴ zu unterstützen. Diese Praktika und „Workcamps“ sollen zur Förderung von Fremdsprachenkenntnissen, Persönlichkeitsentwicklung und Selbstständigkeit sowie zum Aufbau erster Berufserfahrungen beitragen. Langfristiges Ziel ist es, dass die betreuten Schülerinnen und Schüler nach dem erfolgreichen Abschluss ihrer Schulausbildung ein Studium oder eine Ausbildung beginnen.

Im Rahmen der **Evaluation** des Projekts wurden Reflexionsgespräche mit dem Projektträger durchgeführt und Erfahrungen der Mentoren in Feedback- und Dokumentationsbögen sowie einer Gruppendiskussion erfasst. Aus der Evaluation des Projekts geht hervor, dass die Mentoren sehr zufrieden mit ihrer Tätigkeit sind und erste Erfolge bei den von ihnen betreuten Schülerinnen und Schülern sehen. Aufgrund der hohen Bildungsorientierung der Jugendlichen nehmen diese vor allem

Nachhilfeangebote und schulzentrierte Formen der Unterstützung sehr gut an. Individuelle Beratung über schulische Aspekte hinaus sowie Kulturangebote werden nicht ganz so häufig in Anspruch genommen. Auch der Projektträger berichtet davon, dass im Projektverlauf Ängste bei einigen betreuten Schülerinnen und Schülern zu beobachten waren, die unter anderem dazu führten, dass das Angebot der „Workcamps“ auf wenig Resonanz stieß. Die Vorbehalte und Ängste der Jugendlichen waren meist im Kontext ihrer Zuwanderungsgeschichte und derzeitigen Lebenssituationen (z. B. Fluchterfahrungen, unsicherer Aufenthaltsstatus, fehlende Erfahrung, alleine zu verreisen) begründet. Diese Probleme wurden durch den Projektträ-



Modellregion Integration Kassel

⁴⁴ Workcamps sind Begegnungsprogramme, in denen sich eine kleine Gruppe junger Menschen aus unterschiedlichen Nationalitäten für ein gemeinnütziges Projekt über einen bestimmten Zeitraum (in der Regel bis zu vier Wochen) freiwillig und unentgeltlich engagieren. Neben dem gesellschaftlichen Engagement stellt das interkulturelle Zusammenleben ein wesentliches Charakteristikum von Workcamps dar.

Wetzlar: „Peergroup Education“ (Buddy und WuSL)

Das vom Diakonischen Werk Lahn-Dill in Kooperation mit der August-Bebel-Schule und der Kestnerschule durchgeführte Projekt verfolgt das Ziel, durch den Ansatz der Peergroup-Education (Gleichaltrige lernen voneinander) in Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und Schulen zur Auflösung von Parallelgesellschaften beizutragen.

Im Buddy-Projekt lernen Schülerinnen und Schüler beider Schulen mit Hilfe von speziell ausgebildeten Lehrkräften in Trainings ihre soziale Kompetenz zu stärken und in ihrem Umfeld nach dem Peergroup-Education-Ansatz anzuwenden (Streitschlichtung auf dem Schulhof, Übernahme von Patenschaften, Integrationshelfer, etc.). Ähnlich wie das Buddy-Projekt wenden auch beim WuSL-Projekt („Wir helfen uns gegenseitig – Schüler werden zu Lehrenden“) Schülerinnen und Schüler den Peergroup-Education-Ansatz an. Dabei werden in zwei Schulen jüngeren Schülerinnen und Schülern Nachhilfestunden durch Schülerbildungslotsen der 9./10. Klassen in je zehn Lerngruppen pro Jahr angeboten. Das Projekt zielt darauf ab, die verschiedenen nationalen und kulturellen Hintergründe in den Lerngruppen zu vermischen, über das gemeinsame Lernen Vorurteile abzubauen und durch Bildungserfolg Integration zu fördern. Damit sollen soziale und emotionale Kompetenzen sowie die Identität der Schülerinnen und Schüler gestärkt sowie Selbstverantwortung vermittelt werden. In Zusammenarbeit mit örtlichen Vereinen, Verbänden und den Nachbarschaftszentren wurde die Bildungsberatung für Eltern ausgebaut. Hier stehen Räume und Ansprechpartner innerhalb einer Sprechstunde für Eltern sowie Schülerinnen und Schüler zur Verfügung. Es besteht die Möglichkeit sich über Bildungsangebote und Bildungswege zu informieren. Außerdem werden Informations- und Gesprächsabende angeboten, bei denen sich Institutionen vorstellen oder Erfahrungsberichte über erfolgreiche Bildungsverläufe dargestellt werden.

ger aktiv mit den Jugendlichen angesprochen und bearbeitet. Einige Jugendliche wurden durch den Kontakt mit den Bildungsmentorinnen und -mentoren und dem Projektträger dazu angeregt, sich selber ehrenamtlich zu engagieren und eine Vorbildrolle für jüngere Schülerinnen und Schüler zu übernehmen, um die erfahrene Unterstützung an diese weiterzugeben. Somit ist es bei diesem Projekt gelungen, über die Form eines Mentorennetzwerkes eine zielgerichtete Unterstützung für Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Weg zum Abitur und darüber hinaus aufzubauen.

Weitere erfolgreiche Maßnahmen, bei denen sich Jugendliche gegenseitig unterstützen, stellt das Projekt „Peergroup Education“ (Buddy und WuSL) dar, das durch das Landesprogramm in Wetzlar seit 2010 gefördert wird. Vor der Implementierung dieser Aktivitäten gab es in Wetzlar keine nennenswerten Projekte mit dem Ansatz „Schüler helfen Schülern“.

Aus den Erfahrungen der Projektdurchführenden geht hervor, dass die Schülerinnen und Schüler an beiden Schulen das Angebot sehr positiv aufgenommen haben. Innerhalb der Lerngruppen hat sich zwischen jüngeren und älteren Schülerinnen

und Schülern in der Regel ein Vertrauensverhältnis entwickelt und ältere Schülerinnen und Schüler können eine Vorbildrolle gegenüber Jüngeren einnehmen sowie eine wichtige Aufgabe in der Schulgemeinschaft wahrnehmen. Auch die Eltern stehen dem kostenlosen Zusatzangebot positiv gegenüber und sehen erste Erfolge durch die Förderung.

So hat sich auch bei diesem Projekt gezeigt, dass bei Bildungsprojekten für die Zielgruppe der Jugendlichen, Potenziale für ehrenamtliches Engagement freigesetzt werden können. In Rahmen des Modellregionenprogramms haben sich hierbei gemischte kulturelle Gruppen als erfolgreich erwiesen.

Empfehlungen für die Etablierung von Bildungs- und Begegnungsangeboten für Schulkinder und Jugendliche:

- Begegnungs- und Bildungsprogramme für Jugendliche bieten erfolgversprechende Möglichkeiten, wie mit dem Peergroup-Education-Ansatz, der das Lernen von Gleichaltrigen beinhaltet, die Übernahme von Vorbildfunktionen und das Interesse für eigenes freiwilliges Engagement zu fördern. Der Austausch in gemischt kulturellen Gruppen kann zudem mit einer Hal-

tung des gegenseitigen Respekts und gegenseitiger Wertschätzung auf Augenhöhe dem Abbau von Vorurteilen dienen.

- Im Sinne eines Potenzialansatzes sollten bei der Etablierung von bildungsunterstützenden Programmen die Zielgruppen der Schulkinder und Jugendlichen mit hoher Bildungsaspiration nicht vernachlässigt werden.

6.3 Interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen und Stärkung der Elterneinbindung

Angesichts einer zunehmend heterogenen Bevölkerung in Städten und Gemeinden ist das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Anpassungen der Bildungseinrichtungen und Träger an die veränderte Zusammensetzung der Bevölkerung sowie für die damit verbundenen Integrationserfordernisse gestiegen. Vor diesem Hintergrund werden – wie auch in anderen Handlungsfeldern – Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Bildungseinrichtungen eingeführt und erprobt. Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“

„*Unser Elterncafé bietet eine Möglichkeit der Integration und Partizipation der Eltern im Kindergartenalltag und im Leben des Offenbacher Stadtteil Nordend. Dank der finanziellen Unterstützung des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ konnten viele Eltern, die zuvor nur oberflächlich teilgenommen haben, intensiver und partnerschaftlicher einbezogen werden.*

Kindergarten der Jüdischen Gemeinde, Offenbach



gibt es dafür erfolgreiche Ansätze, die auf eine Veränderung der Regelstrukturen abzielen.

Die Projekte zur **interkulturellen Öffnung der Einrichtungen** verbinden dabei mitunter Maßnahmen zur Weiterqualifizierung des bestehenden Personals in Bildungseinrichtungen mit Aktivitäten zur Optimierung der Ansprache und für eine Aktivierung aller Eltern – mit und ohne Migrationshintergrund. Dadurch sollen gruppenübergreifendes freiwilliges Engagement und eine stärkere Einbindung der Eltern in den Alltag der Bildungseinrichtungen und die Bildungsprozesse ihrer Kinder gefördert werden.

Eine solches Projekt, welches innovative Wege der Elternarbeit in Grundschulen systematisch etablieren will, um eine stärkere Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund in die Abläufe und Strukturen der Bildungseinrichtungen zu fördern, stellt das

Offenbach: KiESEL (Kind - Schule - Eltern)

Die Zielsetzung von KiESEL besteht darin, die Zusammenarbeit zwischen Schulen und zugewanderten Eltern aufzuwerten und zu verbessern. Damit sollen bessere Voraussetzungen für den Schulerfolg der Kinder und für ihre gesellschaftliche Integration geschaffen werden. Im Rahmen von KiESEL werden Strategien für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und zugewanderten Eltern erarbeitet, erprobt und strukturell verankert. Dafür wurden in der Pilotphase Lehrerinnen und Lehrer an vier Offenbacher Grundschulen in thematischen Workshops und durch Coachings als Elternbeauftragte und Expertinnen und Experten für die Kooperation mit zugewanderten Eltern qualifiziert. Die Aufgabe der Elternbeauftragten besteht einerseits darin, bildungsrelevante Kompetenzen aller Eltern zu stärken und andererseits darin, ihre Erfahrungen in der aufsuchenden, interkulturellen Elternarbeit an Kolleginnen und Kollegen weiterzugeben. Sie führen beispielsweise (mehrsprachige) Elternveranstaltungen, Workshops sowie Konzeptarbeiten an den Grundschulen durch und erstellen bei Bedarf mehrsprachiges Informationsmaterial, welches die Einbeziehung der Eltern in die schulische Bildung bestärken soll. Für die Durchführung dieser Aufgabe sind die Elternbeauftragten vom normalen Schulunterricht mit zwei Stunden pro Woche freigestellt. Sie haben die Möglichkeit, zur Unterstützung ihrer Arbeit auf einen (schulübergreifenden) Multiplikatorenpool aus sprachlichen und kulturellen Vermittlern zurückzugreifen.

Offenbacher Projekt „**KIESEL: Kind - Schule - Eltern**“ dar.

Das Pilotprojekt wird von der italienischen Migrantenorganisation CGIL-Bildungswerk e.V. in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt Offenbach mit dem Ziel durchgeführt, **interkulturelle Elternarbeit als Regelangebot** an Grundschulen zu etablieren.

Dabei wurden der Austausch zwischen den Schulen, die Dokumentation der Erfahrungen sowie die Eruierung von Transfermöglichkeiten auf andere Schulen - ganz im Sinne der Ziele des Landesprogramms - von Anfang an konzeptionell mit angedacht. Die im Rahmen des Projekts generierten Materialien (z.B. Elterninformationsbriefe, Lehrerleitfäden, Materialien für die Gestaltung von Eltern-



Die lange Erfahrung der Migrantenorganisation in der aufsuchenden Arbeit mit Eltern mit Migrationshintergrund in schulischen Kontexten soll dabei zu einer Überwindung interkultureller Grenzen im Bildungsbereich beitragen. Das Projekt verbindet eine Qualifizierungsoffensive im Bereich der interkulturellen Elternarbeit mit Maßnahmen zur systematischen, praxisnahen Erprobung dieser Aktivitäten an den Projektschulen. Durch die Freistellung der Elternbeauftragten vom Schulunterricht mit zwei Wochenstunden sollen die Kapazitäten für die Umsetzung der Maßnahmen sichergestellt werden. Das Kernteam, bestehend aus den Projektbearbeiterinnen beim CGIL-Bildungswerk e.V., Vertretern des Staatlichen Schulamtes und qualifizierten Elternbeauftragten, wird flankierend von einem Multiplikatorenpool aus herkunftssprachlichen Mediatoren, bildungsrelevanten Akteuren, aktiven Eltern und pensionierten Lehrerinnen und Lehrern unterstützt.

abenden) sollen allen Schulen zur Verfügung gestellt werden. Aus den gesammelten Projekterfahrungen werden Handlungsempfehlungen für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Grundschulen und zugewanderten Eltern formuliert, die dazu beitragen sollen, interkulturelle Elternarbeit in die Regelstrukturen von Grundschulen zu bringen. Unter anderem sollen diese Handlungsempfehlungen in den Masterplan „Lernen vor Ort“⁴⁵ aufgenommen werden.

Aus der **Evaluation** des Pilotprojekts geht hervor, dass es sich aus Sicht der Projektleitung und der Elternbeauftragten als äußerst bedeutsam erwies, bei der Erprobung der Maßnahmen im Bereich der aufsuchenden, interkulturellen Elternarbeit die Ausgangslagen und Situation an den einzelnen Schulen zu berücksichtigen und das konzeptionelle Vorgehen entsprechend individuell auszurichten und

⁴⁵ „Lernen vor Ort“ ist ein Förderprogramm des Bundesministeriums für Bildung und Forschung, das bundesweit an verschiedenen Standorten (u. a. Offenbach) durchgeführt wird. Durch diese Initiative werden Anreize für Kreise und kreisfreie Städte geschaffen, ein kohärentes Bildungsmanagement vor Ort zu entwickeln und zu verstetigen. „Lernen vor Ort“ stellt einen zentralen Bestandteil der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ dar, die Verbesserungen in der Bildung- bzw. Weiterbildung in allen Lebensbereichen fördern möchte (<http://www.lernen-vor-ort.info/>).

dementsprechend nicht ein einheitliches Konzept von Elternarbeit „über alle Schulen zu stülpen“.46 Darüber hinaus ist es nach den Erfahrungen der Projektdurchführenden zudem bedeutsam, Schulleitungen und Kolleginnen und Kollegen für die Belange der interkulturellen Elternarbeit zu sensibilisieren und frühzeitig einzubinden. Eine systematische Zusammenarbeit mit dem Schulamt, ein strategisches, konzeptionell gestütztes Vorgehen sowie gesicherte Personalkapazitäten für die Implementierung von Maßnahmen und die Dokumentation von Erkenntnissen werden von allen Projektbeteiligten als Erfolgsfaktoren gesehen, um innovative Wege der Elternarbeit in den Schulen zu etablieren und diese in der Institution Schule fest verankern zu können. Die Zusammenarbeit mit einer Migrantenorganisation erbrachte dabei aus Sicht der Elternbeauftragten hilfreiche Einsichten und praktische Anregungen.

Andere Projekte arbeiten mit Bildungslotsinnen und Bildungslotsen, die als „Brückenmenschen“ aus anderen Kulturen stammen und als Vermittlerinnen und Vermittler zwischen Bildungseinrichtungen und Familien mit Migrationshintergrund fungieren und dadurch zu einer interkulturellen Öffnung von Institutionen im Bildungsbereich beitragen. Ein erfolgreiches Beispiel aus diesem Bereich stellt das Hanauer Projekt „**Stadtteilmütter/Elternlotsen**“ dar.

Dieses Projekt birgt insofern ein Potenzial für eine Veränderung der Regelstrukturen in sich, als dass die Angebote im Stadtteil durch die **Rückmeldungen** der Stadtteilmütter besser an die Bedarfe der Familien angepasst werden und Überlegungen erfolgen können, welche in der Stadt angebotenen Maßnahmen tatsächlich der Integration dienen. Dadurch wird eine nachhaltige Verbesserung der Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien angestrebt. Da die Stadtteilmütter selbst in unterschiedlichen Kulturen leben, ist das Angebot aus Sicht des Projektträgers insbesondere für Familien mit Migrationshintergrund interessant; entsprechend konnten neue Zielgruppen erreicht werden.47 Der Erfolg des Projekts zeigt sich auch darin, dass bei verschiedenen Präsentationen Wünsche nach einer Ausweitung des Projektes geäußert wurden.

Empfehlungen für die Durchführung von Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung von Bildungseinrichtungen und zur Stärkung der Elterneinbindung:

- Die Arbeit in Kindertageseinrichtungen und Schulen liefert vielfältige Anknüpfungsmöglichkeiten für freiwilliges gruppenübergreifendes Engagement und die Aktivierung von Eltern. Es sollen Maßnahmen gefördert werden, die neue Konzepte der Ansprache und Einbindung aller Eltern

Hanau: Stadtteilmütter/Elternlotsen

Das Projekt ist ein stadtteilbezogenes, ressourcenorientiertes und präventives Angebot für Familien aller Kulturen, die unzureichend an die soziale Infrastruktur des Hanauer Stadtteils Lamboy/Tümpelgarten angebunden sind. Dabei werden im Projektverlauf Stadtteilmütter, die selbst aus anderen Kulturen stammen, gewonnen und für aufsuchende Elternarbeit qualifiziert. Diese Stadtteilmütter nehmen eine Brückenfunktion zwischen den Einrichtungen im Stadtteil und der Zielgruppe ein, indem sie Familien über die sozialen und kulturellen Angebote (z. B. im Bereich interkulturelle Sprachförderung und Elternbildung) im Stadtteil informieren. Dies geschieht beispielsweise im Rahmen eines (Haus-)Besuchs, in einem Elterncafé oder bei einer von den Stadtteilmüttern organisierten Informationsveranstaltung oder Freizeitaktivität. Bei Bedarf begleiten bzw. unterstützen die Stadtteilmütter die Familien bei der Kontaktaufnahme zu den jeweiligen Institutionen im Stadtteil. Vorrangiges Ziel ist es, durch aufsuchende Elternarbeit und die Mitarbeit in Elterncafés, Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäusern, Familienzentren, etc. die Entwicklungs- und Bildungschancen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien nachhaltig zu verbessern und Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu ermutigen und zu stärken. Weiterhin sollen vor Ort Familiennetzwerke gestärkt und Nachbarschaftskontakte aufgebaut werden. Die Stadtteilmütter geben die im Rahmen ihrer Tätigkeit gesammelten Erfahrungen an die Institutionen im Stadtteil weiter.

⁴⁶ Im Rahmen der Evaluation wurden die Ausgangssituationen an den Schulen in Form von teilstandardisierten Strukturbögen und Interviews mit den Projektdurchführenden festgehalten. Die Implementierung der Maßnahmen und die daraus gewonnen Erkenntnisse wurden durch Dokumentationsbögen sowie Interviews mit dem Projektträger sowie den Elternbeauftragten an den Grundschulen gemeinsam dokumentiert.

⁴⁷ Zudem konnte eine starke Zusammenarbeit mit der örtlichen Volkshochschule VHS erreicht werden: Projektteilnehmende wurden in Sprachkurse vermittelt und Beschäftigte der VHS nahmen an Seminaren zur interkulturellen Öffnung teil.

- auch derjenigen mit Migrationshintergrund - systematisch und in einem intensiven Umfang erproben, dabei die spezifischen Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen und eine Dokumentation und nachhaltige Aufbereitung der Erfahrungen beinhalten. Durch eine erfolgreiche Stärkung der Elterneinbindung können dabei interkulturelle Öffnungsprozesse in den Bildungseinrichtungen angestoßen werden. Es empfiehlt sich, die Idee



der im Bereich der kultursensiblen, aufsuchenden Elternarbeit qualifizierten Lehrerinnen und Lehrer als „Elternbeauftragte“ zu übernehmen und diese als neue Regelstruktur an Schulen einzuführen. Zudem könnten „Brückenmenschen“, die sich in mehreren Kulturen zurechtfinden, als Vermittlerinnen und Vermittler zwischen Familien mit Migrationshintergrund und Bildungseinrichtungen eingesetzt werden.

- Migrantenorganisationen und Elternvereine von Zugewanderten sind wichtige Partner in Prozessen der interkulturellen Öffnung von Einrichtungen und bei der Ausgestaltung einer kultursensiblen Elternarbeit. Da sie Zugänge schaffen und gegenseitige Berührungspunkte abbauen können, sollten sie in die Planung und Durchführung von Projektvorhaben aktiv als „Bildungspartner auf Augenhöhe“ einbezogen werden.

6.4 Vernetzung der Bildungsträger

Kommunen kommen Gestaltungsaufgaben bei der Förderung und Abstimmung von Bildungsprozessen und entsprechenden Angeboten und Maßnahmen zu. Sie haben ein Interesse und die Möglichkeit, die verschiedenen Bildungsinstitutionen und sonstigen Träger vor Ort miteinander zu verknüpfen und beispielsweise durch die **Entwicklung eines kommunalen Bildungskonzepts** aufeinander abzustimmen sowie diese Prozesse durch eine umfassende Berichterstattung und ein Monitoringsystem zu steuern (vgl. hierzu auch Kapitel 11).

In den Modellregionen Kassel und Offenbach gab es schon vor der Teilnahme am Landesprogramm Grundlagen eines kommunalen Bildungskonzepts. In Offenbach wurde die Entwicklung eines solchen Konzepts durch die Teilnahme am Landesprogramm „Modellregionen Integration“ deutlich verstärkt. Die Modellregion Offenbach arbeitet hierbei auch mit dem **Förderprogramm „Lernen vor Ort“**⁴⁸ zur Erstellung eines Masterplans „Bildung“ eng zusammen.⁴⁹

Zudem fand in den Modellregionen Hochtaunuskreis und Wetzlar, die im Kontext des Landesprogramms an der Erstellung eines Integrationskonzepts arbeiteten, eine Auseinandersetzung mit und Bündelung von Bildungsthemen in thematischen **Arbeitsgruppen** statt.⁵⁰ Dadurch konnte die Kooperation im Bildungsbereich - im Hochtaunuskreis beispielsweise die Vernetzung von verschiedenen freien Bildungsträgern (Wohlfahrtsverbände, Vereine) - durch das Landesprogramm verstärkt werden. In Wiesbaden erfolgte dieser Austausch in einer Arbeitsgruppe zum Handlungsfeld Bildung bereits vor der Aufnahme in das Landesprogramm im Rahmen der Entwicklung und Fortschreibung des Integrationskonzepts. Doch auch in der Modellregion Wiesbaden ist durch die Teilnahme am Landesprogramm - ebenso wie in den anderen Modellregionen - eine höhere Kommunikationsdichte im Handlungsfeld Bildung entstanden, was auf die **Etablierung neuer Kontakte durch die Arbeit der Programmkoordinatorin** zurückgeführt werden kann. Entsprechende Veränderungen sind ebenfalls in der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Stadt Hanau

⁴⁸ Vgl. <http://www.lernen-vor-ort.info/>.

⁴⁹ Dieser umfassende Austausch mit „Lernen vor Ort“ bindet zahlreiche Akteursgruppen mit ein: Bildungsbüro, Stadtschulamt, Staatliches Schulamt, Schulen, Einrichtungen der beruflichen (Aus-)Bildung, Wohlfahrtsverbände, Vereine, Stiftungen, außerschulische Bildungseinrichtungen sowie weitere themenrelevante Akteure.

⁵⁰ Im Hochtaunuskreis findet eine inhaltliche Auseinandersetzung auch zu Bildungs- und Kulturthemen im Netzwerk der Projektkoordinator/innen statt.

spürbar: Das Landesprogramm hat der Zusammenarbeit des Main-Kinzig-Kreises mit Schulen und dem staatlichen Schulamt einen starken Anstoß gegeben. Zudem konnte die Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden und Stiftungen verbessert werden.⁵¹ Beispielsweise trug die durch das Integrationsministerium initiierte Vernetzung mit der Stiftung Flughafen Frankfurt am Main zur Entstehung eines neuen Pilotprojektes „Meine Schule integriert!“ an vier Schulen im Main-Kinzig-Kreis bei. Die Stadt Hanau berichtet ebenfalls von Erfolgen des Landesprogramms im Handlungsfeld Bildung – so konnte ein allgemeines Umdenken bei Trägern und in der Verwaltung von einer defizitären Herangehensweise zu einem Potenzialansatz, welches mit dem Hanauer Integrationsprozess 2008

„ Als stadtteilbezogenes Projekt konnten wir in unseren Netzwerken neue Wege gehen. Im Stadtteil hat sich viel bewegt, viele Menschen konnten nützliche Erfahrungen sammeln und vielfältige Verbindungen sind entstanden. Für uns ein Schatz für die Zukunft, wir sind gespannt, wie sich das langfristig bewähren wird und gehen jetzt schon von vielen positiven Effekten aus.

Frauentreff Brückenhof e.V. in der Modellregion Integration Kassel

“

verschiedene Angebote und Akteure aus dem Bereich der Elternarbeit mit einer weit reichenden Beratungsarbeit konzeptionell zu verbinden.

Auch in der Modellregion Kassel werden im Rahmen des Landesprogramms zwei Projekte im Bereich der Stärkung einer kultursensiblen Elternarbeit in Bildungseinrichtungen unter dem Rahmenkonzept „Wir sind dabei... wir wollen's wissen“ durchgeführt, die einen starken **Stadtteilbezug** und Ansätze einer Stadtteilkoordination aufweisen.

Kassel: Wir sind dabei ... wir wollen's wissen

Die Vereine Kulturzentrum Schlachthof e.V. und Frauentreff Brückenhof – Verein zur Förderung stadtteilbezogener Frauenbildung e.V. wollen mit ihrem gemeinsamen Konzept „Wir sind dabei – wir wollen's wissen“ eine stärkere Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund in den Bereich der (frühkindlichen) Bildung erreichen. Dabei sollen die Eltern zum einen bei der Erziehung ihrer Kinder stärker informiert und unterstützt werden, zum anderen soll die allgemeine Zusammenarbeit zwischen Eltern und Kindertagesstätten sowie Schulen verbessert werden. In unterschiedlichen Stadtteilen führen beide Träger ein an die jeweiligen individuellen Gegebenheiten vor Ort angepasstes Projekt zur Erreichung dieser allgemeinen Zielsetzungen durch.

begonnen wurde, weiter ausgebaut und gestärkt werden. Somit habe der laufende Integrationsprozess sehr vom Landesprogramm profitieren können. Darüber hinaus versuchen verschiedene, durch das Landesprogramm geförderte **Projekte**, gezielt einen **Beitrag zur Abstimmung von Trägern und Programmen im Bildungsbereich** zu leisten. Beispielsweise soll das Projekt „Netzwerk Integration Friedrichsdorf“ im Hochtaunuskreis zu einer verbesserten Vernetzung lokaler Akteure der Integrationsarbeit beitragen und umfasst dabei auch viele Akteure im Bildungsbereich.⁵² Zudem ist hier das bereits in 6.1 geschilderte „Netzwerk Elternschule“ zu nennen, welches 2010 von der Stadt Offenbach gemeinsam mit 14 freien Trägern ins Leben gerufen wurde, um

Der Verein Kulturzentrum Schlachthof e.V. setzt sein Projekt in der Kassler Nordstadt um, das sich durch ein vielfältiges, aber oft vereinzelt stattfindendes Angebot zur Förderung und Unterstützung von Eltern und Müttern auszeichnet. Ziel dieses Projekts ist es, dass Vereine, Kindertagesstätten und Schulen als wechselseitige Partner miteinander auf Augenhöhe ins Gespräch kommen und sich bei der Entwicklung neuer Angebote gegenseitig unterstützen. Ein weiterer Projektbaustein ist die Etablierung von U-3-Gruppen und Elterncafés unter Einbeziehung ehrenamtlich Engagierter des Stadtteils, der Moscheen vor Ort und eines Sportvereins, die als Multiplikatoren in die Gemeinschaften hineinwirken.

⁵¹ Mit den Wohlfahrtsverbänden hat das Integrationsbüro des Main-Kinzig-Kreises einen Kooperationsvertrag geschlossen.

⁵² Im „Netzwerk Integration Friedrichsdorf“ (NIF) erhalten Schulkinder der Klassen 5 und 6 eine Nachmittagsbetreuung mit Lern- und Sprachförderung. Des Weiteren sollen lokale Akteure der Integrationsarbeit untereinander vernetzt werden (vgl. <http://www.friedrichsdorf.de/lebeninfriedrichsdorf/netzwerkintegration.php>).

Im Rahmen des gleichnamigen Projekts vom Frauentreff Brückenhof e.V. werden Mütter in den Alltag von Kindertagesstätten und Schulen im Stadtteil Kassel-Oberzwehren mit eingebunden und beim Schulwechsel ihrer Kinder oder im Übergang Schule - Beruf unterstützt. Dazu wird in der evangelischen Kindertagesstätte „Die Mattenzwerge“, der „Grundschule Schenkelsberg“ und der „Georg-August-Zinn-Schule“ eine kultursensible und teils zweisprachige (deutsch-türkisch) Elternarbeit in Form offener Elterncafés aufgebaut. Gleichzeitig werden die Formen der Elternarbeit der einzelnen Einrichtungen aufeinander abgestimmt und Verknüpfungen zu weiteren Akteuren, wie lokalen Sportvereinen, aufgebaut.⁵³ Aus den Erfahrungen des Projektträgers geht hervor, dass die enge Anbindung an die Erzieherinnen und Erzieher oder das Lehrerkollegium zusammen mit der Schulsozialarbeit helfen, Berührungspunkte abzubauen und Konflikte frühzeitig zu begegnen.

Beide Projektträger berichten von guten Projekterfolgen, insbesondere im U-3-Bereich und in den Kindertagesstätten. Zu den Erfolgskriterien zählen aus ihrer Sicht vor allem ein starker Stadtteilbezug

Anpassung konzeptioneller Vorhaben an die örtlichen Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Besonders hervorzuheben für Vernetzungsarbeit im Bildungsbereich ist darüber hinaus das Wetzlarer Projekt „Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementarbereich und Primarbereich in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil“.⁵⁴

Die bildungspolitische Maßnahme „Aufbau von Bildungspartnerschaften“ der Stadt Wetzlar setzt bei allen Kindern und Familien unter Beteiligung der Kindertagesstätten, Schulen und freien Träger und Bürgervertreterinnen bzw. -vertretern in vier Stadtteilen an. Mit Hilfe von regelmäßigen Arbeitsgruppentreffen in den einzelnen Stadtteilen werden die Handlungsfelder sprachliche und frühkindliche Bildung, Elternstärkung, Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Schule und Beruf/berufliche Bildung sowie Mobilisierung und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements gemeinsam bearbeitet. Dadurch sollen Akteure und Institutionen im Bildungsbereich gezielter miteinander in Kontakt gebracht werden und sich gegenseitig stärker absprechen, um auf der Seite von Kunden, aber auch von Anbietern

Wetzlar: Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementarbereich und Primarbereich in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil

Die Stadt Wetzlar möchte mit ihrem Projekt Aufbau von Bildungspartnerschaften im Elementar- und Primarbereich in Stadtteilen mit hohem Anteil an Migranten die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund sowie deren Eltern intensivieren, indem es konkrete Angebote vorstellt und die Koordinierung der beteiligten Träger optimiert. Dazu findet eine angeleitete thematische Auseinandersetzung von Trägern und Akteuren der (frühkindlichen) Bildungseinrichtungen, Wohlfahrtsverbände, Vereine, außerschulischen Bildungseinrichtungen und weiteren interessierten Akteuren in regelmäßigen Arbeitsgruppentreffen in vier Stadtteilen statt.

und die umfangreiche Vorerfahrung beider Projektträger mit der Durchführung ähnlicher Vorgängerprojekte sowie die jahrelang aufgebauten Netzwerke und Kooperationsbeziehungen zu anderen relevanten Akteuren im Stadtteil. Das Ansetzen an vorhandenem Wissen und bereits etablierten Netzwerkstrukturen ist nach Ansicht der Projektträger für eine effiziente Etablierung von Projekten im Stadtteil unabdingbar. Zudem sei es äußerst relevant, eine

eine größere Transparenz über die Angebote auf der lokalen Ebene zu schaffen und Optimierungen auf struktureller Ebene nachhaltig zu ermöglichen (z. B. Erkennen von Doppelstrukturen). Es sollen sich feste Bildungspartnerschaften zwischen den Akteuren etablieren, die bedarfsgerecht Bildungsangebote strukturieren und vor Ort umsetzen. Dabei sollen sie auf vorhandene Ressourcen aller Beteiligten vor Ort zurückgreifen. Für die gemeinsame Gestaltung

⁵³ Unter anderem erfolgt auch ein Austausch mit dem Projekt „Kassel bewegt Kulturen“ (vgl. 7.3.).

⁵⁴ In der Modellregion Kassel wurden zudem im Rahmen des generationenübergreifenden Projekts „Sprache verbindet“ des Kulturzentrums Schlachthof e.V. im Kasseler Osten zwischen einzelnen Institutionen Bildungspartnerschaften aufgebaut, welche die Übergänge zwischen Kindertagesstätte, Grundschule und weiterführender Schule für Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern erleichtern sollen. Weitere zentrale Themen sind dabei die Vereinheitlichung der Elternarbeit, die Aufklärung über unterschiedliche Bildungswege sowie die Einbeziehung von sozialen Einrichtungen vor Ort in diese Partnerschaften. Damit weist das Projekt einen hohen Quartiersbezug auf.



Modellregionen Integration Hochtaunuskreis

von Projekten und Aktivitäten steht jedoch auch ein Verfügungsfonds für jeden Stadtteil bereit.

Aus **Reflexionsgesprächen** ging hervor, dass die „Bildungspartnerschaften“ aus Sicht der Projektdurchführenden insgesamt durchaus einen **positiven Effekt** haben. In allen Stadtteilen sind neue Netzwerke entstanden und es konnten mit Hilfe der Verfügungsfonds neue Projekte angeregt und umgesetzt werden. Beispielsweise ist im Stadtteil Westend das Projekt „Komm ich zeig dir meine Welt“ in Kooperation mit einer Schule aus dem Projektkontext hervorgegangen. Es erwies sich für die Etablierung der Bildungspartnerschaften als förderlich, die Vereinbarungen nicht nur zwischen Einzelpersonen zu schließen, sondern möglichst viele Akteure mit ihren Ressourcen aktiv in die Gestaltung der Partnerschaften einzubinden und auch die Familien vor Ort bei der Planung und Durchführung von Projekten und Angeboten zu beteiligen. So konnte z. B. die Einrichtung eines Elterncafés an der Grundschule unter aktiver Bürgerbeteiligung realisiert werden. Zudem ist es gelungen, das Projekt „Aufbau von Bildungspartnerschaften“ sehr gut mit anderen, im Rahmen der Modellregion Integration geförderten Maßnahmen, wie dem Projekt „Neu im Leben – Fit in Deutsch“ (vgl. 6.1), zu vernetzen.

Bei der Projektumsetzung wurden jedoch auch **Herausforderungen** sichtbar. So stieß das Projektvorhaben innerhalb der einzelnen beteiligten Stadtteilarbeitsgruppen auf unterschiedliche Resonanz, die mitunter auf heterogene Voraussetzungen in den Stadtteilen zurückgeführt werden können. Das

Vorhaben wurde besonders gut in Hermannstein aufgefasst, als einem Stadtteil, in dem zuvor noch keine Arbeitsgruppe zum Thema Bildung existierte und viele Prozesse neu angeregt werden konnten, was zu einer Aufbruchsstimmung und Begeisterung für die „Bildungspartnerschaften“ führte. In anderen Stadtteilen mit bereits langjährig etablierten Arbeitsgruppen und Kooperationsstrukturen (z. B. in Form regelmäßiger Stadtteilkonferenzen) wurde



Modellregion Integration Kassel

das Projektvorhaben hingegen verhaltener angenommen. Hier zeigte sich, dass festgesetzte Strukturen die Etablierung neuer Ideen verzögern können. Zudem erwies es sich als arbeitsintensiv, die Akteure der stadtteilbezogenen Arbeitsgemeinschaften zu einem stadtteilübergreifenden Aus-

tausch zusammenzubringen und sie für den Mehrwert der Umsetzung gemeinsamer Vorhaben zu sensibilisieren. Das Projekt steht des Weiteren vor der Herausforderung, die Fortsetzung der Kontakte über die Landesprogrammförderung hinweg aufrechtzuerhalten und – auch ohne die Bereitstellung von finanziellen Mitteln – verbindliche Bildungspartnerschaften abzuschließen, die über die kommunikative Austauschenebene hinauskommen. Es bleibt abzuwarten, ob ein Vertragsmodell in diesem Bereich funktioniert.

Empfehlungen für Maßnahmen zur Vernetzung im Handlungsfeld Bildung:

- Kommunen sollten unter möglichst umfangreicher Einbindung bildungsrelevanter Akteure ein kommunales Bildungskonzept entwickeln. Die Vernetzung der Akteure, die Etablierung eines Bildungsmanagements und einer Bildungsberichterstattung sind notwendige Bausteine für die Realisierung des Konzepts.
- Im Rahmen des Bildungskonzepts sollten Maßnahmen auf eine Optimierung der Übergänge Kita – Grundschule – weiterführende Schule – Beruf abzielen. Dabei ist es ratsam, an den Erfahrungen und Konzepten bereits erprobter Programme anzuknüpfen. Für die Gestaltung von Maßnahmen zur Förderung des Übergangs zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen bietet sich eine Orientierung am Hessischen Bildungs- und Erziehungsplan für Kinder von 0–10 Jahren (BEP) an, auf dessen Grundlage Kindertageseinrichtungen und Grundschulen seit 2007 zusammenarbeiten und an dem sich auch das bis 2014 laufende Modellprojekt „Qualifizierte Schulvorbereitung“ (QSV) ausrichtet.⁵⁵
- Es bietet sich insbesondere an, Projektmaßnahmen im Bildungsbereich (u. a. im Bereich der Elterneinbindung) mit hohem Stadtteilbezug zu fördern und dabei einen Erfahrungsaustausch zwischen Institutionen und Zielgruppen zur Verbesserung der Angebote mit Hilfe einer Stadtteilkoordination anzuregen.

⁵⁵ Das 2012 gestartete Modellprojekt „Qualifizierte Schulvorbereitung“ des Hessischen Sozialministeriums richtet sich an Kinder von vier bis sechs Jahren und zielt darauf ab, den Übergang von der Kita in die Grundschule zu erleichtern. Für das wissenschaftlich begleitete Modellprojekt wurden 30 hessische Modellstandorte ausgewählt. Drei dieser Standorte sind in der „Modellregion Integration“ angesiedelt (vgl. www.qsv.hessen.de).



7 Handlungsfeld Kultur

7 Handlungsfeld Kultur

Mannigfaltige kulturelle Angebote werden in allen Kommunen seitens der Stadt oder anderer Träger für die Einwohnerinnen und Einwohner bereitgestellt bzw. mit der Bevölkerung gemeinsam umgesetzt. Diese kulturellen Angebote und Begegnungsräume können einen Beitrag zur sozialen und identifikatorischen Integration leisten. Dieses Potenzial für integrierende Leistungen setzt voraus, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner mit ihren jeweiligen sprachlichen und kulturellen Voraussetzungen Zugang zu den Möglichkeiten kultureller Bildung und Gestaltung erhalten und an ihnen teilhaben können. Daher beschäftigt sich Kapitel 7.1 zunächst mit der Frage, auf welche Art und Weise Integrationsarbeit von Kultureinrichtungen und ihren Trägern geleistet werden kann und welche Erfahrungen aus dem Landesprogramm „Modellregionen Integration“ mit der Durchführung von Projekten und Aktivitäten in diesem Handlungsfeld vorliegen. Kapitel 7.2. zeigt darüber hinaus Ansätze zur Vernetzung kultureller Vorhaben.

7.1 Integrationsarbeit von Kultureinrichtungen

In einer zunehmend heterogenen Gesellschaft ist es bedeutsam, dass sich diese Vielfalt auch in kulturellen Angeboten widerspiegelt. Es müssen

Ausdehnung kultureller Maßnahmen auf Zielgruppen, die einen erschwerten Zugang zu kulturellen Schätzen haben, ist es bedeutsam, niedrighschwellige Angebote zu entwickeln, die wenig kulturelle Vorkenntnisse erfordern. Zudem ist es wichtig, auch sprachungebundene kulturelle Angebote zu schaffen, die sprachliche Barrieren überwinden können. Konzerte bieten beispielsweise eine Möglichkeit, einen emotionalen Zugang zur Kultur verschiedener Gruppen herzustellen.

Neben der Erschließung neuer Zielgruppen für die Nutzung kultureller Angebote, wie beispielsweise Museen, ist es andererseits wichtig, diese Zielgruppen auch als Akteure für die Mitgestaltung und Schaffung von kulturellen Produkten zu gewinnen.

Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ werden Modellvorhaben mit beiden Ansätzen entwickelt. Bei der **Öffnung der Museums-, Kunst- und Kulturlandschaft für weitere Zielgruppen** sind dabei insbesondere Projektvorhaben interessant, die bereits bei Kindern ansetzen und somit frühzeitig gemeinsame kulturelle Erfahrungen ermöglichen. Dies geschieht häufig im Kontext von **kulturpädagogischen Ausstellungs- und Museumsprojekten**, wie dem Kasseler Projekt „Abenteuer Museum - Kultur baut Brücken - Kultur für alle Kinder“.

Kassel: Abenteuer Museum - Kultur baut Brücken - Kultur für alle Kinder

Bei diesem Projekt des städtischen Kulturamtes werden kulturpädagogische Projekte und neue Vermittlungswege initiiert, die in Kooperation zwischen Museen, Ausstellungsorten mit Schulen und weiteren Kindergruppen durchgeführt werden. Ziel ist es, allen Kindern mit ihren verschiedenen kulturellen und interkulturellen Erfahrungen, nachhaltige Zugangs- und Anknüpfungspunkte zum kulturellen Erbe der Stadt Kassel zu ermöglichen. Im Mittelpunkt der Projekte stehen die teilnehmenden Kinder und die auf ihre Lebenswirklichkeit zugeschnittenen kreativ-künstlerischen Vermittlungsangebote. Die einzelnen Projekte und Angebote folgen dem Ansatz, spielerische und kreative Schlüsselimpulse zum Entdecken und Erleben der Kunst- und Kulturschätze zu entwickeln, die allen Kindern gleichermaßen offen stehen sowie ihnen wichtige Berührungspunkte mit Museen und Ausstellungsorten geben. Am Ende der Projekte steht eine gemeinsame Präsentation der Arbeiten, eine musikalische Darbietung oder die Kinder führen ihre Eltern durch das Museum.

Ansprachewege gefunden und Angebote entwickelt werden, die von möglichst vielen Personen mit ihren jeweiligen sprachlichen und kulturellen Hintergründen besucht werden. Bei Vorhaben zur

Das Projekt setzt zum einen auf die Fähigkeit von Kindern, ihre Umwelt auf spielerische und kreative Weise zu erforschen und zu erleben. Dabei können den Kindern im Umfeld von Kunst und Kultur in den

Museen wichtige Schlüsselerlebnisse im Rahmen der mehrtägigen Projekte gegeben werden, um bei dieser Zielgruppe frühzeitig ein Interesse an kulturellen Angeboten zu wecken. Über die Erlebnisse und Berichte der Kinder werden zudem die Eltern neugierig und animiert, die Projektpräsentationen zu besuchen und über ihre Kinder die Museen kennen zu lernen. Zum anderen entwickelt und festigt sich über die Kontinuität der bislang 30 Projekte eine Kooperation zwischen Schulen und Museen – das Museum wird als außerschulischer und interkultureller Lernort über verschiedenste Projektthe-

ration zwischen dem Nähatelier eines türkischen Frauenvereins und der Museumslandschaft Hessen Kassel im Austausch mit dem Stadtmuseum von Bursa (Türkei) entwickelt. Unter dem Titel „Linnen und Seide“ ist die gemeinsame Entwicklung einer Sonderausstellung sowie begleitender Mitmachangebote zum Thema Textilherstellung und Textilweiterverarbeitung in Nordhessen sowie in der hessischen Partnerregion Bursa projektiert. Diese Aktivitäten fördern eine interkulturelle Öffnung der kulturgeschichtlichen Rezeption.



Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis

men definiert und bespielt. Durch die Auswertung der Erfahrungen sollen neue Zugangswege und Formate zur Heranführung von Kindern und Familien mit Zuwanderungsgeschichte an die Kasseler Museumslandschaft und an weitere kulturelle Angebote gefördert werden. Inzwischen hat sich ein eigenständiges Modellprojekt aus der Koope-

Das Hanauer Projekt „Heimat entdecken“ ist ebenfalls ein kulturpädagogisches Kreativprojekt, welches bei Grundschülerinnen und Grundschülern mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund der 3. und 4. Klasse ansetzt, um den Bereich Kultur für neue Zielgruppen zu öffnen.

Hanau: Heimat entdecken

Im Rahmen des Projektes „Heimat entdecken“ möchte der Magistrat der Stadt Hanau Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund sowie deren Eltern die Geschichte und Kultur Hanaus auf spielerische Art und Weise näher bringen. Neben zweimal wöchentlich stattfindenden Spiel- und Arbeitstreffen, in denen auch ein Buch zur Geschichte der Stadt Hanau gemeinsam gelesen wird, finden Exkursionen zu kulturellen Highlights und Sehenswürdigkeiten der Stadt Hanau statt und die besprochenen Orte werden besucht. Das Projekt wird in enger Kooperation mit einem Stadtteilbüro in der Hanauer Innenstadt, der Hanauer Museumskoordination und Grundschulen durchgeführt und stellt eine Erweiterung des bestehenden Programms „Kultur für Kinder“ des Fachbereichs Kultur dar.

Bemerkenswert ist bei diesem Projekt, dass es die frühe Entwicklung einer Wertschätzung des unmittelbaren Umfelds und eine Identifikation mit der Stadt unterstützt. Das Projekt stößt auf eine sehr gute Resonanz bei der Zielgruppe und hat zur Öffnung kultureller Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund mit beigetragen.

Auch für Jugendliche und Erwachsene gibt es in den Modellregionen ähnliche kulturpädagogische Projekte, die an den interkulturellen Erfahrungen der Teilnehmer ansetzen und darauf abzielen, die kulturellen Angebotsstrukturen so zu verändern, dass sich auch Menschen mit Migrationshintergrund gut angesprochen fühlen.

Museum erleichtern. Neben unterschiedlichen Projekten aus dem Fachbereich der Museumspädagogik bildete ein theaterpädagogisches Programm einen weiteren Baustein. Mit Hilfe theaterpädagogischer Maßnahmen konnten sich Teilnehmerinnen und Teilnehmer damit auseinandersetzen, wie sich kulturelle Identitäten in einer fremden Umgebung erhalten, verändern und verschmelzen können.⁵⁶ Des Weiteren wurde die Sonderausstellung „Hessen hybrid“ erarbeitet, die sich mit der Geschichte von Migration und Integration in Hessen sowie den Auswirkungen auf kulturelle Identitäten auseinandersetzt. Die Ausstellung war erfolgreich und ist nun als Wanderausstellung in anderen Städten zu sehen. Darüber hinaus fand ein fachlicher Aus-

Offenbach: Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Offenbach am Main⁵⁷

Mit dem Projekt „Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Offenbach am Main“ würdigte das Haus der Stadtgeschichte mit Unterstützung des Landesprogramms Modellregion Integration die moderne Zuwanderung seit dem Beginn der Anwerbung von Gastarbeitern in den fünfziger Jahren mit einer Sonderausstellung im Herbst 2012. Sie zeigte die Lebensgeschichten und -bedingungen der Zuwanderer sowie die Veränderung ihrer kulturellen Identität in der neuen Heimat. Die Förderung der Ausstellung strebte eine feste Verankerung der Migration in die kollektive Identität der Stadt an. Gleichzeitig gab sie einen Anstoß zur Reflexion aller gesellschaftlichen Gruppen über die Bedeutung der Migration und Integration bei der Identitäts- und Stadtentwicklung. Dazu sind zunächst Lebensgeschichten und Erinnerungsobjekte von Bürgerinnen und Bürger der Stadt Offenbach gesammelt worden. Anschließend wurde das Thema wissenschaftlich aufgearbeitet und in Form einer interaktiven Ausstellung mit einem begleitenden Veranstaltungsangebot präsentiert. Durch Stadtführungen mit Besichtigung verschiedener Standorte der Migrationsgeschichte in der Stadtentwicklung, Kinderworkshops, Vorlesungen von in Versen biographisch erfasster Migrationserfahrungen oder Podiumsdiskussionen und thematisch-künstlerische Performances ist dort ein Ort entstanden, an dem die vielfältigen Veränderungen der kulturellen Identität von Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft gleichermaßen reflektiert und veranschaulicht werden konnten. Im Anschluss wurden alle Erkenntnisse aus der wissenschaftliche Bearbeitung und der Ausstellung in einem Katalogbuch veröffentlicht und damit in die Stadtgeschichte fest verankert.

Das Projekt „**Heimat - Migration - Integration**“ des Freilichtmuseums Hessenpark im Hochtaunuskreis war auf zwei Jahre ausgelegt und richtete sich konzeptionell sowohl an Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund als auch an die Aufnahmegesellschaft sowie Tätige in Museen. Es möchte die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen und kulturellen Leben fördern sowie Zugänge zum

tausch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Museen zu diesen Themen statt. Das museumspädagogische Angebot wurde nach Ablauf der Projektförderung in das Regelprogramm des Freilichtmuseums Hessenpark übernommen.

Die Modellregion Offenbach führte im Rahmen des Landesprogramms ein museumspädagogisches **Projekt zur gemeinsamen Aufarbeitung der**

⁵⁶ Theaterpädagogische Maßnahmen werden in der Modellregion Wetzlar vor dem Hintergrund des Landesprogramms auch an Schulen umgesetzt. Beispielsweise fördert das Projekt „Interkulturelles Theater“ die Auseinandersetzung von Schülerinnen und Schülern mit Themen der Integration und des sozialen Zusammenlebens.

⁵⁷ Vgl. <http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/integration-und-zusammenleben/modellregion-integration/article/mri-zuwanderungsausstellung.html>.

Geschichte der Stadt Offenbach am Main im Kontext der Konzipierung eines neuen Ausstellungsschwerpunktes „Migration“ im Stadtmuseum durch.

Zur Durchführung dieses Projektes im Kulturamt konstituierte sich ein interdisziplinäres Team, das aus Soziologen, Historikern, Künstlern, Kunsthistorikern, Kulturmanagern und Studenten sowie mehreren städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestand. Einwohnerinnen und Einwohner mit und ohne Zuwanderungsgeschichte waren an der Entstehung der Ausstellung intensiv beteiligt.

Dies ermöglichte eine Verstärkung der Identifikation der Zugewanderten mit der Stadt Offenbach sowie eine Reflexion der Zuwanderungsgeschichte aus Sicht der Aufnahmegesellschaft. Entsprechend ist es mit dem Projekt gelungen, sowohl die Aufnahmegesellschaft als auch die Zugewanderten in die Erstellung eines gemeinsamen kulturellen Produkts zu involvieren.

Der Einsatz der Programmkoordinatorin zeigte sich in diesem Projekt besonders wirksam. Aus ihrer Sicht gibt es in Offenbach eine hohe Bereitschaft zur offenen Auseinandersetzung mit dem Thema Migration - Integration, welche im Endeffekt das enorme Aufnahmepotenzial der Stadtgesellschaft nährt. Das Projekt zeigt zudem positive Auswirkungen innerhalb der Stadtverwaltung: Die rege Auseinandersetzung der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit diesem Thema erzeugte sichtbare Impulse zur interkulturellen Öffnung der Struktur, denn der Erfolg scheint für die Beteiligten so überzeugend gewesen zu sein, dass das Kulturamt diesen Ansatz in weiteren eigenständigen Projekten bearbeiten und somit weiterführen möchte.

Empfehlungen für die Gestaltung von Maßnahmen im Handlungsfeld Kultur:

- Um den Zugang zu kulturellen Angeboten zu erleichtern und neue Zielgruppen zu erschließen sollen niedrigschwellige und generationspezifische Angebote entwickelt werden, die wenig gruppenspezifische Vorkenntnisse erfordern. Über theater-, kunst- und kulturpädagogische Maßnahmen für Kinder können auch die Eltern gut erreicht werden.

- Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen sollten in die Schaffung kultureller Angebote ebenso wie die Aufnahmegesellschaft aktiv einbezogen werden.
- Die Kulturen der Herkunftsländer der Migrantinnen und Migranten sollten im kulturellen Angebot der Städte fest verankert werden. Diese Präsenz der Herkunftskultur in den kulturellen Angeboten entspricht dem Gedanken der „hybriden Kultur“ von Menschen mit Migrationshintergrund und kann Zugewanderten helfen, sich dort zu Hause zu fühlen.

7.2 Vernetzung der Akteure im Handlungsfeld Kultur

Wie auch in anderen Bereichen führte die Teilnahme am Landesprogramm Modellregionen Integration in vielen Modellregionen zu einer „Bündelung des Themas Kultur“ und zu einem fachlichen Austausch, der einzelne Verwaltungen und Ämter verbindet.



Kultur/Interkultur ist einer der drei Schwerpunkte in der Modellregion Kassel, dem sich unterschiedliche Projekte zuordnen lassen. Die Arbeitsbereiche Kinderkultur und Interkultur des städtischen Kulturamtes haben sich durch Moderationsprozesse und eine enge Begleitung der Kooperationspartner in den Modellregionsprojekten „Abenteuer Museum“ und „Linnen und Seide“ verstärkt. Es hat sich dabei eine gute Kooperationskultur zwischen Kulturamt, Aus-

stellungsorten, Museen, Schulen sowie Museumspädagoginnen und Museumspädagogen vor Ort entwickelt. Zudem wurde dem Thema kulturelle Bildung für Kinder – ebenso wie in der Modellregion Hanau – mehr Bedeutung beigemessen. Auch im Hochtaunuskreis entstand durch die Teilnahme am Landesprogramm der Kontakt zum Fachbereich Kultur, der beispielsweise in diesem Kontext in die durch die Programmkoordinatorin angeleitete, partizipative Erarbeitung des Integrationskonzepts eingebunden war.

„ Die Herausgabe eines Integrationswegweisers, die Gründung eines Frauentreffs, die Vorstellung der Friedrichsdorfer Vereine auf einer Aktionsbühne, das Kennenlernen der Religionen durch gemeinsame Besuche einer Moschee und christlicher Kirchen, ein internationaler Seniorennachmittag sind nur einige Beispiele, die das Vertrauensverhältnis gestärkt haben und die Beteiligung aller sozialen Gruppen festigt.

Diese positiven Aspekte werden auch nach Auslaufen des Projektes Modellregion Integration fortgesetzt.

Stadt Friedrichsdorf



Zudem kamen viele Kooperationen im Handlungsfeld Kultur durch die geförderten Projekte zustande. So trug beispielsweise in Wetzlar eine Kooperation mit dem Projekt „Moschee in der Mitte unserer Stadt“ zur Entwicklung weiterer Projekte (z. B. Schulungen von Migranten mit Jugendschutzmedienbeauftragtem und Moscheevereinen) bei.

Sehr interessante Kooperationsvorhaben im Bereich der gemeinsamen Erstellung kultureller Produkte und der Durchführung von begleitenden Maßnahmen zwischen Migrantenorganisationen und „deutschen“ Vereinen haben sich darüber hinaus im Rahmen des Projekts „**Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung**“ in der Stadt Maintal im Main-Kinzig-Kreis entwickelt. Ziel des Projekts ist eine interkulturelle Öffnung von ortsansässigen Vereinen sowie ein verbesserter Zugang von Menschen mit Migrationshintergrund in die Vereine. Dazu werden Menschen mit Migrationshintergrund über Vereine sowie deren Strukturen informiert. Zudem werden interkulturelle Öffnungsprozesse in Vereinen durch den Projektträger angeregt und durch individuelle, strategische Beratung und persönliche Betreuung unterstützt. Der Projektträger konnte hierbei erfolgreich zu einer

Entstehung von Neukontakten und der Realisierung gemeinsamer Projekte auf der Basis gemeinsamer Interessen beitragen. Beispielsweise entstand im Handlungsfeld Kultur eine Kooperation der türkischen Frauengruppe Bischofsheim und dem Heimatmuseumsverein Maintal. Die Idee zu dieser Kooperation entstand auf einer Informationsveranstaltung für Vereine im Fördergebiet über das Programm „Modellregionen Integration“. Im Rahmen einer spannenden Diskussion auf dieser Auftaktveranstaltung wurde dem Heimatmuseumsverein

Maintal das Potenzial bewusst, über eine kulturelle Öffnung der eigenen Strukturen neue Zielgruppen als Vereinsmitglieder erschließen zu können, um den langfristigen Fortbestand des Vereins im Zuge des demografischen Wandels sichern zu können. Seither erfolgten gegenseitige Besuche der Vereinsmitglieder des Heimatmuseums und der

türkischen Frauengruppe Bischofsheim sowie gemeinsamer Exkursionen zu kulturellen und sozialen Einrichtungen in der Stadt. Ebenso konnte das Ausstellungsprojekt „ländliche Traditionen in beiden Kulturen“ realisiert werden. Zudem soll nun langfristig eine Integrationsbeauftragte gewählt werden, die Führungen durch das Heimatmuseum auf Türkisch anbietet. Somit ist es an dieser Stelle gelungen, interkulturelle Öffnungsprozesse in die Strukturen des Heimatvereins zu integrieren.

Empfehlung für die Vernetzung der Akteure im Handlungsfeld Kultur:

- Vernetzungsprozesse im Handlungsfeld Kultur sollten – ebenso wie in anderen Handlungsfeldern – über eine Koordination vor Ort aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsame kulturelle Initiativen von Migrantenorganisationen und anderen Vereinen sind dabei besonders förderungswürdig. Sie können zu einer interkulturellen Öffnung von Kultureinrichtungen, wie Theatern und Museen beitragen.



8 Handlungsfeld
Zusammenleben und
bürgerschaftliches
Engagement und Ehrenamt

8 Handlungsfeld bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt

Partizipation – insbesondere im Sinne einer Teilnahme und Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben in Hessens – ist eines der übergeordneten Ziele des Landesprogramms Modellregionen Integration. Partizipation ist in allen Handlungsfeldern ein wichtiges Element und wird im Bereich des ehrenamtlichen Engagements zum Beispiel in der Aufnahme von Ämtern innerhalb von Vereinsstrukturen für die Öffentlichkeit sichtbar. Im Modellregionenprogramm haben sich vor allem fünf Themen als zentral für eine erfolgreiche Gestaltung der Integrationspolitik seitens Kommunen, Landkreisen und der



Als Lotsin betreue ich Menschen mit Migrationshintergrund. Ich höre mir ihre Schwierigkeiten an, vermittele sie an die zuständige Institution weiter, begleite sie bei Terminen oder versuche mit ihnen gemeinsam, behördliche Korrespondenz zu erledigen.

Fadime Simsek (Lotsin)



Landesebene im Bereich Ehrenamt und Engagement herausgestellt: Dies ist erstens das bürgerschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Form einer Tätigkeit als Integrationslotsin bzw. -lotse (8.1); zweitens die Zusammenarbeit der Verwaltung mit Migrant*innenorganisationen (8.2); drittens Bestrebungen zur interkulturellen Öffnung und Professionalisierung der ehrenamtlichen Arbeit von Vereinen (8.3); viertens die Würdigung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt und eine Anerkennung der von Ehrenamtlichen geleisteten Arbeit (8.4) sowie fünftens Bestrebungen zur Vernetzung von Vereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren untereinander und mit der Verwaltung (8.5).

8.1 Bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund

Die Umfrageergebnisse zum Thema bürgerschaftliches Engagement aus dem Deutschen Freiwilligensurvey⁵⁸ belegen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Menschen ohne Migrationshintergrund tendenziell geringer zu engagieren scheinen.⁵⁹ Menschen mit Migrationshintergrund sind dennoch auf vielfältige Art und Weise gesellschaftlich engagiert. Ihr Engagement verläuft jedoch seltener in traditionellen Ehrenamtsstrukturen, wie formalen Ämtern. Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass sich einige Migrantinnen und Migranten beispielsweise im Rahmen von Nachbarschafts-

netzwerken gesellschaftlich einbringen, jedoch über geringe Kenntnisse der traditionellen Vereinsstrukturen (z. B. über die Freiwillige Feuerwehr) verfügen. Oftmals werden ehrenamtliche Tätigkeiten von Menschen

mit Migrationshintergrund von ihnen als selbstverständlich gesehen, nicht als solche wahrgenommen und folglich in Befragungen auch nicht deklariert. Darüber hinaus wirken Selektionseffekte bei Befragungen von Migrantinnen und Migranten, da die deutsche Sprache eine zentrale Teilnahmevoraussetzung darstellt. Folglich nehmen vor allem gut integrierte Menschen mit Migrationshintergrund an Befragungen teil.

Das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ trägt dazu bei, dass das Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund auch in traditionellen Strukturen sichtbar wird. Entsprechend werden Projekte gefördert, welche die ehrenamtliche Arbeit von Migrantinnen und Migranten in Vereinen, beispielsweise im sozialen oder kulturellen

⁵⁸ Der Deutsche Freiwilligensurvey ist eine repräsentative Befragung zu den Themen Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, welche sich an Personen ab 14 Jahren richtet. Freiwilliges Engagement sowie die Bereitschaft zum Engagement werden detailliert erhoben und können differenziert nach Bevölkerungsgruppen und Landesteilen dargestellt werden. Der Freiwilligensurvey stellt somit die wesentliche Grundlage der Sozialberichterstattung zum freiwilligen Engagement in der Bundesrepublik Deutschland dar. Erhebungen wurden bislang in den Jahren 1999, 2004 und 2009 durchgeführt. Die Befragung zur vierten Welle ist für das Jahr 2014 geplant. Die Befragung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert (vgl. <http://www.dza.de/forschung/deutscher-freiwilligensurvey-fws.html>).

⁵⁹ Personen mit Migrationshintergrund weisen eine konstant geringere Engagementquote zwischen 1999 und 2009 auf als Personen ohne Migrationshintergrund. Während sich im Jahre 2004 37% der Personen ohne Migrationshintergrund freiwillig engagierten, beträgt der Anteil bei Personen mit Migrationshintergrund 23%. Migrantinnen und Migranten engagieren sich insbesondere in den Bereichen „Schule und Kindergarten“ sowie „Sport und Bewegung“ freiwillig. Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Bonn; und Geiss, Sabine/Gensicke, Thomas (2006): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Wiesbaden, S. 302 - 349.

Bereich beziehungsweise im Bereich Sport oder Aktivitäten von Migrantenorganisationen fördern. Darüber hinaus wurde das Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als **Integrationslotsinnen und -lotsen**, beispielsweise im Rahmen von Mentoren- und Vorleseprojekten, ganz im Sinne eines Potenzialansatzes, sichtbar gemacht. Auf diese spezielle Form des Engagements, die sich in verschiedenen Begriffen, wie Brückenbauerinnen und Brückenbauer, Integrationsassistentinnen und

In Wiesbaden werden im Rahmen des Modellregionenprogramms Integrationsassistentinnen und -assistenten gefördert.

Die Wiesbadener **Integrationsassistenten** sind auf Anfrage der Regeldienste vielseitig in den Handlungsfeldern Arbeitsmarkt, Sozialleistungen, Bildung und Gesundheit einsetzbar. Mit den Einrichtungen wurden zuvor Kooperationsgespräche zum Einsatz der Integrationsassistentinnen und -assis-

Wiesbaden: Integrationsassistenten - strukturelle Integration erfolgreich gestalten

Das Projekt „Integrationsassistenten“ zielt darauf ab, die strukturelle Integration von Neuzuwanderern zu verbessern, die auf Grund von sprachlichen sowie kulturellen Barrieren Schwierigkeiten haben, sich in das Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitssystem zu integrieren. Es wird vom Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V. in Kooperation mit der Migrantenorganisation MigraMundi e.V. durchgeführt. Die 32 Integrationsassistentinnen und -assistenten fördern parallel eine optimierte Kooperation zwischen den Regeldiensten und weiteren Einrichtungen. Die Integrationsassistentinnen und -assistenten sprechen 27 unterschiedliche Sprachen und zahlreiche spezifische Dialekte, wodurch viele ratsuchende Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache unterstützt werden können. Darüber hinaus zielt das Projekt auf eine interkulturelle Öffnung der Regeldienste ab.

-assistenten, Coaches etc. widerspiegelt, soll im Folgenden eingegangen werden.

Integrationslotsinnen und -lotsen werden im Allgemeinen mit dem **Ziel** eingesetzt, (Neu)zuwanderer bei der Integration in die Aufnahmegesellschaft, insbesondere beim Umgang mit Institutionen und Einrichtungen, zu unterstützen. In den meisten Fällen weisen Lotsinnen und Lotsen einen eigenen Migrationshintergrund auf. Sie sind in der Regel mehrsprachig und können somit niedrigschwellig Hilfe und Unterstützung in den Herkunftssprachen der Zielgruppe leisten. Zudem sind sie oftmals selbst zugewandert und haben so ähnliche Erfahrungen im Kontakt mit Institutionen der Aufnahmegesellschaft gemacht, wie die von ihnen begleiteten Neuzuwanderer.

In allen Modellregionen gibt es Lotsenprojekte. Teils werden diese unter verschiedenen Namen geführt, wie das „Stadtteilwörter-Projekt“ in Hanau (vgl. Kapitel 6). In der Regel werden die Integrationslotsinnen und -lotsen themenspezifisch ausgebildet und beispielsweise nur im Bereich Bildung oder Gesundheit eingesetzt.

tenen geführt. Ein breites Angebot an Schulungen, welche von verwaltungsexternen Vereinen, Experten, kommunalen Einrichtungen wie dem Jobcenter, dem Amt für Arbeitsförderung, der Polizeidirektion, oder dem Land Hessen durchgeführt werden, bereiten die Assistentinnen und Assistenten auf ihren ehrenamtlichen Einsatz vor. In Wiesbaden werden Integrationsassistentinnen und -assistenten auch zur Unterstützung bei Gesprächen innerhalb der Stadtverwaltung mit Kundinnen und Kunden mit Migrationshintergrund herangezogen. Dabei geht dieser Einsatz der Integrationsassistentinnen und -assistenten mit einer bedarfsgerechten Abwägung über den Nutzen und die Notwendigkeit des Einbeziehens einer externen Person einher. Während der Projektdurchführung zeigte sich, dass die Integrationsassistentinnen und -assistenten aus Sicht des Projektträgers und der Programmkoordinatorin in der Verwaltung durchaus unterstützend wirken. Sie geben Migrantinnen und Migranten mit geringen Deutschkenntnissen Sicherheit und können helfen, Missverständnisse zwischen Verwaltungsangestellten und Kundinnen und Kunden zu beseitigen.

In der Modellregion Hochtaunuskreis werden im Rahmen des Landesprogramms insgesamt drei Integrationslotsenprojekte gefördert: Das an die Caritas Beratung Hochtaunus angegliederte Projekt „Bildungscoaching für Migranten in Steinbach“, die „Familios - Familienlotsen für Migranten“ der Freiwilligenagentur Neu-Anspach sowie die „Einrichtung einer Lotsenvermittlungsstelle für Migrantinnen und Migranten im Hochtaunuskreis“ des Internationalen Bundes.

Bei der **Lotsenvermittlungsstelle** im Hochtaunuskreis wurden in Friedrichsdorf, Oberursel und Steinbach insgesamt 40 Menschen mit Migrationshintergrund und oftmals eigener Zuwanderungserfahrung zu Integrationslotsinnen und Integrations-

Das Projekt folgt klar einem Potenzialansatz, da es zum einen bereits gut integrierte Menschen mit Migrationshintergrund weiterqualifiziert und noch stärker mit den deutschen Regelstrukturen und Institutionen vertraut macht und ihnen Einblicke in Entscheidungsprozesse (u.a. der Verwaltung) gewährt. Zum anderen wird das erworbene Wissen und die Vorbildfunktion dieser Projektteilnehmenden genutzt, um andere Migrantinnen und Migranten zu betreuen und zur Selbsthilfe zu aktivieren.

In den Modellregionen hat sich gezeigt, dass die teilnehmenden Städte und Kreise durch ihre Lotsenprojekte ähnliche **Erfahrungen in der Rekrutierung und Unterstützung der Lotsinnen und Lotsen** gemacht haben. Hinsichtlich der Anwerbung von

Hochtaunuskreis: Lotsenvermittlungsstelle

Der freie Träger Internationaler Bund etablierte im Hochtaunuskreis eine Lotsenvermittlungsstelle, die als Netzwerk für Ratsuchende und Familien mit Migrationshintergrund dienen soll. Die ausgebildeten Lotsinnen und Lotsen der Modellregion haben selbst erfolgreich den Integrationsprozess durchlaufen und bieten interessierten Migrantinnen und Migranten ihre individuelle Unterstützung an. Durch die persönliche Begleitung der Lotsinnen und Lotsen wird kultursensibel auf die einzelnen Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten eingegangen und vor Ort auf bereits bestehende Integrationsprojekte etablierter freier Träger hingewiesen. Durch ihre Begleiter- und Beraterfunktion gelten die Lotsinnen und Lotsen in ihren unmittelbaren Sozialräumen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, welche die Zugangsmöglichkeiten zu Regeldiensten für die Migrantinnen und Migranten verbessern sollen.

lotsen ausgebildet. Die Teilnehmenden werden geschult und qualifiziert. Ziel ist es, dass sie ihre Kenntnisse als Ansprechpersonen, Begleiterinnen und Begleiter sowie Vermittlerinnen und Vermittler in ihren unmittelbaren Sozialräumen einsetzen, beispielsweise in Form von Stadtteilteams.

Integrationslotsinnen und -lotsen erwies es sich in den Modellregionen als sinnvoll, diese über persönliche Kontakte, beispielsweise in Stadtteil- und Freiwilligenzentren oder in Bildungseinrichtungen, gezielt anzusprechen. Darüber hinaus zeigten sich ein „Schneeballsystem“ und Mundpropaganda als wirkungsvolle Ansprachewege. In den Modellregionen wurde kaum von Schwierigkeiten bei der Suche nach geeigneten Teilnehmenden für die Lot-



„Durch die Modellregion Integration haben wir neue Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit dem Land Hessen, dem Hochtaunuskreis und den einzelnen Kommunen gesammelt. Außerdem können wir Mitbürger mit Migrationshintergrund intensiver unterstützen. Wir haben über 40 Lotsinnen und Lotsen und viele neue Netzwerkpartner gewonnen.“

IB-Jugendhilfe & Migration Hochtaunus, Oberursel



senprojekte berichtet. Meist bestand ein großes Interesse bei potenziellen Teilnehmenden an der Aufnahme einer ehrenamtlichen Lotsentätigkeit, insbesondere dann, wenn auf Grund von Teilzeitarbeit oder Arbeitslosigkeit auch zeitliche Kapazitäten zur Verfügung stehen.

Als **Motivation** zur Aufnahme und Beibehaltung einer Lotsentätigkeit erwies sich in den Modellregionen zum einen die Würdigung der Tätigkeit, beispielsweise durch die öffentliche Übergabe von Zertifikaten oder Projektbesuche des Integrationsministeriums. Auch die Wertschätzung im Sinne einer Aufwandsentschädigung der Tätigkeit wurde

Hessen, indem es regelmäßig kostenfreie ergänzende Softskill-Seminare anbietet. Vor allem die Alltags- und Praxisorientierung wurde dabei als Erfolgsfaktor für Schulungsseminare genannt. Neben Schulungsangeboten vor Ort konnten Städte und Lotsinnen und Lotsen auch auf die Möglichkeiten, die sich aus dem **Hessischen Integra-**



Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau

als motivierender Faktor genannt. Zum anderen wurden die Seminare zur Schulung der Lotsinnen und Lotsen als zentraler Aspekt zur Motivation für Beibehaltung einer Lotsentätigkeit erachtet. Allgemein erwies sich eine **Basisqualifikation der Integrationslotsinnen und -lotsen** als unverzichtbar für deren Einsatz. Sie dient dazu, den ehrenamtlich engagierten Lotsinnen und Lotsen wichtige Informationen, Kenntnisse und Kompetenzen zu vermitteln, die sie für ihre Arbeit benötigen. Vor allem die Alltags- und Praxisorientierung wurde dabei als Erfolgsfaktor für Schulungsseminare genannt. Neben Schulungsangeboten vor Ort konnten Städte und Lotsinnen und Lotsen auch auf die Möglichkeiten, die sich aus dem **Hessischen Integrationslotsennetzwerk (HIN)** ergeben, zurückgreifen. Das Integrationsministerium unterstützt mit diesem Qualifizierungsangebot Lotsenprojekte in ganz

Integrationslotsennetzwerk (HIN) ergeben, zurückgreifen. Das HIN, angesiedelt im Integrationsministerium, unterstützte mit ergänzenden Qualifizierungsangeboten bereits ehrenamtlich tätige Integrationslotsinnen und -lotsen in ganz Hessen mit regelmäßig stattfindenden und für die Teilnehmenden kostenfreien Softskill-Seminaren (z.B. zu den Themen Interkulturelle Kompetenz und Kommunikation; Rollenverständnis und Grundlagen ehrenamtlicher Arbeit). Das Integrationsministerium bietet darüber hinaus seit 2011 für Projektträger die Möglichkeit der finanziellen Förderung von Basisqualifizierungen und Vertiefungsseminaren für ehrenamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen zur Stärkung ihrer Handlungspotentiale an.⁶⁰

In den Modellregionen zeigte sich jedoch insbesondere, dass der Einsatz von ehrenamtlichen

⁶⁰ Vgl. Fach- und Fördergrundsätze zum Landesprogramm „Förderung von Integrationsmaßnahmen für Menschen mit Migrationshintergrund“, Staatsanzeiger des Landes Hessen Nr. 37 vom 13.09.2010, S. 2124 f.

Integrationslotsinnen und Integrationslotsen auch an Grenzen stößt: Vor allem in der **Abgrenzung zwischen Haupt- und Ehrenamt** lägen Konfliktpotenziale. So herrscht in den teilnehmenden Städten und Kreisen Einigkeit darüber, dass ehrenamtliche Lotsinnen und Lotsen keine dauerhafte Lösung in hauptamtlichen Bereichen, wie z. B. der Verwaltung sind, sondern nur ergänzend wirken können und sollen. Ein Wechsel von einer ehrenamtlichen in eine hauptamtliche Tätigkeit sei überwiegend nur schwer realisierbar. Auch die Finanzierung von Lotsenprojekten stellt oftmals eine Herausforderung dar. Dies zeigt sich beispielsweise im Wiesbadener Integrationsassistentenprojekt, bei dem eine zukünftige Finanzierung über das Modellregionenprogramm hinaus noch nicht gesichert ist. Da die Assistentinnen und Assistenten von den kommunalen Regelstrukturen angefordert werden, müsste sich die Stadt stärker an der Finanzierung beteiligen, was in Zeiten von angespannten Haushaltslagen eine Herausforderung darstellen kann.⁶¹

Empfehlungen an Kommunen und Landkreisen für den Aufbau und die Umsetzung von Integrationslotsenprojekten:

- Unter Berücksichtigung, dass die Arbeit ehrenamtlich tätiger Integrationslotsinnen und -lotsen lediglich eine Unterstützungsleistung sowohl für (Neu-)Zugewanderte als auch für die Institutionen und Einrichtungen der Regelversorgung darstellen kann, sollte im Hinblick auf die Bedarfe und Zielgruppen eine interkulturellen Öffnung der Regeldienste erfolgen.
- Integrationslotsinnen und -lotsen sollten von Beginn an intensiv zu bestimmten Themenfeldern geschult und für ihre ehrenamtliche Tätigkeiten mit konkreten Einsatzfeldern versehen werden. Die Schulung sollte dabei einen hohen Anwendungsbezug aufweisen und die Teilnehmenden gezielt und praxisorientiert auf ihren Einsatz als Lotsinnen und Lotsen vorbereiten sowie in der Ausübungsphase begleiten. Insbesondere, wenn Lotsinnen und Lotsen in unterschiedlichen Handlungsbereichen oder Kommunen innerhalb eines Kreises eingesetzt werden, sollte eine zentrale Stelle zur Koordination und fachlichen Begleitung der Lotsentätigkeiten etabliert werden.



Integrationslotsinnen Main-Kinzig-Kreis

- Das Land Hessen bietet mit seiner Förderung von Basisqualifizierungen und Vertiefungsseminaren für ehrenamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen eine Unterstützung von Lotsenprojekten an. Von diesen Angeboten sollten Kommunen, Kreise und freie Träger Gebrauch machen.
- Die Würdigung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch Projektträger und Kommune ist ein wichtiger Faktor für die Motivation der Lotsinnen und Lotsen. Dazu zählt auch die Bereitstellung einer Aufwandsentschädigung.
- Zur Verstetigung erfolgreich erprobter Integrationslotsenprojekten sollte ein Koordinierungsteam etabliert und mit den Mitteln ausgestattet werden, die es ihm ermöglichen, regelmäßige Sprechstunden vor Ort anzubieten.

8.2 Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Die Etablierung von und der Austausch mit Migrantenorganisationen sowie das ehrenamtliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Vereinen werden in Hessen als wichtiger Faktor im Integrationsprozess gesehen. Vereine informieren, unterstützen, beraten und leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Orientierung von Migrantinnen und Migranten – insbesondere von Neuzuwanderern – in der Aufnahmegesellschaft.

⁶¹ Da die Assistentinnen und Assistenten zukünftig auch in weiteren, mitunter sensiblen Bereichen eingesetzt werden sollen, werden zudem Mittel für zusätzliche Supervisionsseminare benötigt.

Offenbach: Gemeinsam für Integration in Offenbach

Unter dem Motto „Anerkennen und Fördern – Mitgestalten und Mitverantworten“ unterstützt die Stadt Offenbach im Rahmen des Projekts „Gemeinsam für Integration“ Migrantenorganisationen bei der Qualifizierung ihrer ehrenamtlichen Mitglieder, bei der Organisationsentwicklung und der Vernetzung im institutionellen Kontext. Die Vereine werden mit den Verwaltungsstrukturen und anderen Organisationen des gesellschaftlichen Lebens bekannt gemacht und befähigt, sich dort für ihre Belange eigenständig und selbstbewusst einzusetzen. Migrantenorganisationen gelten für die Stadt als wichtige Akteure für die Umsetzung kommunaler Integrationspolitik. Um dieser Aufgabe nachkommen zu können, erhalten sie Seminare zur Qualifizierung und Professionalisierung, beispielsweise zu Themen wie Öffentlichkeitsarbeit, Vereinsrecht und Vereinsführung, Projektmanagement und Fund-Raising oder Lobby- und politische Bildung für eine bessere Interessenvertretung. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen profitieren die Beteiligten von individueller Fachberatung und bedarfsorientiertem Coaching. Zudem bekommen sie finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Mikroprojekten, z. B. im Bereich Bildung, Gesundheit, Sprachförderung, Sozialberatung und Beratung für Betriebsgründungen. Die Offenbacher Strategie zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements und zur Stärkung der Migrantenorganisationen als Akteure im Integrationsbereich setzt also auf drei Ebenen an: der individuellen Ebene, die die gezielte und persönliche Ansprache, Gewinnung, Bindung und Anerkennung umfasst; der strukturellen Ebene, auf der es um die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen in Migrantenorganisationen und deutschen Institutionen geht; der Vernetzungsebene, indem Kooperation und Vernetzung von Migrantenorganisationen untereinander gefördert werden. Langfristig soll sich eine dauerhafte Partnerschaftstruktur zwischen der Stadt Offenbach und den lokalen Migrantenorganisationen etablieren.

Die Erfahrungen der Modellregionen haben gezeigt, dass eine Zusammenarbeit der Verwaltung mit Migrantenorganisationen gewinnbringend für beide Seiten ist. So erwies sich beispielsweise das Projekt „**Gemeinsam für Integration in Offenbach**“ als wichtiger Schritt in der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Stadt mit lokalen Migrantenorganisationen.

Die Stadt Offenbach erachtet Migrantenorganisationen als eine bedeutsame identitätsstiftende und sozial stabilisierende Instanz für die Migrantenbevölkerung und hat, um sie als gleichberechtigte Partner für die Integrationspolitik zu gewinnen, ein Konzept entwickelt, das aus gezielter Förderung in drei Bereichen besteht: Öffentlichkeitsarbeit, Kompetenzentwicklung und finanzielle Förderung für gemeinsame Integrationsaktivitäten. Das Projekt wird im Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration von der Programmkoordinatorin geleitet und durchgeführt. Sie fungiert für die Vereine als direkte Ansprechperson in der Verwaltung und hat dadurch zur Entstehung einer fruchtbaren Zusammenarbeit der Stadt mit den Migrantenorganisationen entscheidend beigetragen. Bisher konnten 14 Vereine aus unterschiedlichen Bereichen (z. B. Bil-

dung, Kultur, Freizeit) oder religiöse Gemeinden, mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen, erreicht werden. Allein an den Fortbildungen haben über 100 Personen teilgenommen.

Neben **Qualifizierungs- und Professionalisierungsmaßnahmen** unterstützt die Stadt die Migrantenorganisationen in ihrer **Öffentlichkeitsarbeit**. Gemeinsame öffentliche Auftritte bei Live-Events, Präsentationen über das Projekt bei Fachtagungen und anderen öffentlichen Veranstaltungen, Pressekonferenzen und die Darstellung der Migrantenorganisationen auf der Website der Stadt sind einige Beispiele. Die Vereine werden zudem bei der Gestaltung ihres eigenen Internetauftritts professionell unterstützt. Im **Programm zu Partnerschaften** zwischen der Stadt und den Migrantenorganisationen erhalten die Vereine Zuschüsse für ihre Integrationsarbeit. Es zeigte sich hierbei, dass die Migrantenorganisationen selbst ein so großes Engagement bei der Etablierung von Projekten aufwiesen, dass sie gewillt waren, ihren Eigenanteil bei deren Finanzierung zu erhöhen. So konnten bereits 23 Mikroprojekte von 11 Migrantenvereinen durchgeführt werden. Diese umfassten ein breites Spektrum an Themen, wie Informationen zum Rechts-



Modellregion Integration Kassel

system und Bildungssystem Deutschlands, Frauen- und Jugendarbeit, Senioren, Sozialberatung, Sprachförderung, Elternarbeit, ein Chor, Computerkurse oder Patenschaften für Selbständige. Die Partnerschaftsstruktur ist in acht Fällen weitgehend verfestigt. Diese acht Organisationen beteiligen sich an allen Aktionen, antworten zuverlässig zu Einladungen und erkennen den Mehrwert ihrer Beteiligung. Sie berichten über Entwicklung ihrer Organisation seit dem Projektanfang, beispielsweise über eine bewusstere Kassenführung im Verein, die seit der jährlichen Jahresabrechnung in einzelnen Mikroprojekten zu erkennen ist.

Nach Einschätzung der Projektleitung **profitieren von der Kooperation** beide Seiten: Die teilnehmenden **Migrantenorganisationen** werden durch Qualifizierungs- und Professionalisierungsmaßnahmen befähigt, ihre Arbeit effektiv und für ihre Zielgruppe attraktiv zu gestalten. Durch die Öffentlichkeitsarbeit erhöhte sich ihr Bekanntheitsgrad in der Stadt. Zudem ist die finanzielle Unterstützung seitens der Stadt ein positiver Faktor für die Stärkung der Migrantenorganisationen. Durch gemeinsame Maßnahmen nimmt ein Netzwerk unter den Migrantenorganisationen immer mehr Gestalt an; sie bieten sich gegenseitige Unterstützung. Hierfür zeigten sich die Teilnahme der Vereinsvorstände an mehreren gemeinsamen Fortbildungen und der persönliche Kontakt mit einer städtischen Ansprechperson besonders wirksam. Laut der Programmkoordinatorin hat die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen bestätigt, dass ihr ehrenamtliches Engagement in den heutigen immer komplexer werdenden sozialen Problemla-

gen, professionelles Handeln gut ergänzt, es aber nicht ersetzen kann. Die einzelnen Beteiligten können nach intensiver Förderung ihre Vereine und Gemeinden besser managen und sind bei der Durchführung ihrer Aktivitäten effizienter. Auch haben sie viel an Selbstbewusstsein gewonnen. Sie können mit ihrer Arbeit das wechselseitige Verständnis von Bevölkerungsgruppen verbessern und substantiell zur Verbesserung der sozialen Chancen ihrer Mitglieder beitragen. Die Annäherung der Migrantenorganisationen untereinander trägt zu einem gemeinsamen Problem- und Aufgabenverständnis bei. Die Intensivierung des wechselseitigen Austauschs und der Kooperation untereinander stärkt nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt, sondern erschließt auch ganz konkreten Nutzen für die einzelnen Migrantenorganisationen im Sinne der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und Know-how. Allerdings lässt sich laut der Programmkoordinatorin beobachten, dass die Vereine vorzugsweise Projekte entwickeln, die explizit auf der vorigen Vereinsaktivität aufbauen (beispielsweise Bildungsprojekte in Bildungsvereinen). Organisation und Durchführung von Aktivitäten außerhalb des regulären Vereinslebens sind meistens mit einem erhöhten Arbeitsaufwand geknüpft. Die dafür notwendigen zusätzlichen Zeit- und Personalressourcen stehen den Vereinen nicht immer zur Verfügung. Deshalb ist es für die Partnerschaft von großer Wichtigkeit, dass die Kommune die Grenzen der ehrenamtlichen Arbeit erkennt und respektiert.

In Offenbach erhalten die in das Projekt involvierten Vereine Zugang zu wichtigen Ansprechpartnern

in der Stadt, vor allem zu der Programmkoordinatorin, die eng in das Projekt eingebunden ist, aber auch zum Integrationsbeauftragten. Sie lernen somit auch die Strukturen und Zuständigkeiten in der Verwaltung besser kennen und kommen mit verschiedenen Stellen in der Verwaltung in Kontakt, was sich positiv auf zukünftige Kooperationen auswirkt. Ein weiterer zentraler Faktor liegt in der Anerkennung der Arbeit der Migrant*innenorganisationen seitens der Stadt: Die Migrant*innenorganisationen werden als Partner der kommunalen Integrationsarbeit öffentlich benannt und ihre Projekte werden durch eine positive und weit reichende Kommunikationsarbeit bekannt gemacht. Dies dürfte eine positive Wahrnehmung der Migrant*innenorganisationen durch die Einwohnerinnen und Einwohner in Offenbach fördern.



Die **Stadt** zieht ihrerseits einen Nutzen aus dieser Kooperation. Die gesammelten Erfahrungen aus der Zusammenarbeit sowie die Kompetenzen der Migrant*innenorganisationen werden an die städtischen Verwaltungsstrukturen zurückgespiegelt. Die Kommune erhält so neue Einsichten für den Zugang zu (Ziel-)Gruppen, der ohne die Rolle der Migrant*innenorganisationen zum Teil schwieriger herzustellen wäre. Die Ansprache kann zielgruppengerechter erfolgen und Maßnahmen können leichter an den tatsächlichen Bedarfen der Gruppen orientiert angeboten werden. Weiterhin kann die Kostenersparnis für die Stadt, die

mit solch einer Zusammenarbeit einhergeht, als Vorteil gesehen werden. Die gegenseitige Befruchtung ehrenamtlichen Engagements in Vereinen und der städtischen Struktur zeigt sich bestens am Beispiel einer Kooperation mit dem Ziel, Lösungen für die durch die innereuropäische Zuwanderung der letzten Jahre, insbesondere aus den südosteuropäischen Ländern verursachten Probleme gemeinsam zu suchen, die sich in Offenbach als wahre Herausforderung darstellen.

Des Weiteren wird auch die **Zusammenarbeit mit lokalen Ausländerbeiräten** in den Modellregionen als wichtiges Element des Einbeziehens von Migrant*innen und Migranten und deren Interessen benannt und umgesetzt. Die Herausforderungen, die sich hier in der Umsetzung des Anspruchs nach größtmöglicher Beteiligung gestellt haben, sind sehr stark abhängig von den jeweiligen Ausländerbeiräten vor Ort. Ausländerbeiräte sind laut Hessischer Gemeindeordnung beratende Gremien. Ihre Ausstattung variiert jedoch zum Teil erheblich. Insbesondere in kleineren Kommunen – beispielsweise in den Landkreisen – fehlt ihnen oftmals der institutionelle Rahmen. Dies erschwert häufig die Zusammenarbeit, da sich dann die grundsätzlichen Probleme in der Kooperation zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen zeigen. Als vorteilhaft hat es sich erwiesen, wenn die Geschäftsstelle des Ausländerbeirats im jeweiligen für Integration zuständigen Amt angesiedelt ist.

„Das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ kam zu einem passenden Zeitpunkt, da sich der Ausländerbeirat in Schöneck strategisch neu aufgestellt hatte.

Für unsere Aktivitäten haben wir eine sehr kräftige Stütze aus dem Integrationsbüro erfahren. Es gab bis zu diesem Zeitpunkt keinen Ansprechpartner im Main-Kinzig-Kreis, der sowohl beratend wie auch konzeptionell für uns als Ausländerbeirat tätig war.

Das Konzept der Integrationslotsen wurde in Schöneck sofort umsetzungsorientiert angewendet, so dass die Bevölkerung direkt davon profitierte.

Sowohl der Ausländerbeirat wie auch die Gemeindeverwaltung hoffen auf eine Fortführung dieses Programmes; insbesondere die Erhaltung des Integrationsbüros.

Klearchos Aliferis, Vorsitzender Ausländerbeirat Schöneck

So ist in Wiesbaden die Geschäftsstelle des Ausländerbeirats Teil der Integrationsabteilung. Es besteht eine Personalunion des 1. Geschäftsführers

mit der Abteilungsleitung. Durch diese Konstruktion ist die mit der Umsetzung des Integrationskonzeptes beauftragte Verwaltung eng mit dem politischen Gremium Ausländerbeirat verbunden. Die Abteilungsleitung ist zudem für die Umsetzung des Programms „Modellregion Integration“ verantwortlich. Darüber hinaus ist der Vorsitzende des Ausländerbeirates Mitglied in der ämterübergreifenden Steuerungsgruppe Integration, welche die strategische Planung im Integrationsbereich abstimmt. Die Mitglieder des Ausländerbeirats beraten durch ihre aktive Mitarbeit in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung und in den Ortsbeiräten die politisch verantwortlichen Akteure. Mit den im Ausländerbeirat vertretenen Vereinen besteht fer-



ner eine gute Zusammenarbeit bei der Projektförderung und der Abstimmung von Vorhaben im Rahmen der Umsetzung des kommunalen Integrationskonzeptes.

In Offenbach fördert die Zusammenführung der Geschäftsstellen Stadtverordnetenversammlung und Ausländerbeirat eine transparente Kommunikation auf politischer Ebene, ermöglicht dem Ausländerbeirat eine direkte Teilhabe am politischen Geschehen und zeigt Anerkennung für seine Leistung. Auch hat diese Konstellation viel dazu beigetragen, dass mehrere Ausländerbeiräte zu Stadtverordneten geworden sind. Um die Belange des Ausländerbeirats auch im Magistrat zu vertreten, ist ein ehrenamtliches Magistratsmitglied für dieses Gremium zuständig, das an allen Sitzungen im Ausländerbeirat teilnimmt und sich dann im Magistrat für ihn einsetzt. Im Offenbacher Ausländerbeirat sind zahlreiche lokale Migrantenselbstorganisationen vertreten, von denen einige den Weg in die erwähnte Partnerschaft mit der Stadt gefunden haben.

Auch in Kassel ist die Zusammenarbeit und der Austausch zwischen dem Kasseler Ausländerbeirat und dem Zukunftsbüro von einem konstanten Dialog geprägt. Vor allem zu Beginn des Landesprogramms waren die Vertreter des Ausländerbeirates in die Projektentwicklung eng mit einbezogen worden und als Geschäftsführer von Migrantenorganisationen oder als Vorstände von Vereinen direkt an der Umsetzung des Programms mit beteiligt.

Im Hochtaunuskreis gibt es keinen Kreisausländer- bzw. -integrationsbeirat. Im Rahmen der Modellregion arbeitet der Kreis mit den Ausländerbeiräten der vier Modellkommunen zusammen. Deren Vertreterinnen und Vertreter sind Mitglieder der Steuerungsgruppe und beteiligen sich an der Erarbeitung des Integrationskonzeptes.

Der Wetzlarer Ausländerbeirat ist in das Büro der Stadtverordnetenversammlung integriert und dadurch unmittelbar in politisch aktuelle Themen eingebunden. Mitglieder des Ausländerbeirates sind außerdem auch als Stadtverordnete tätig. Der Ausländerbeirat vertritt seit 1987 als beratendes Gremium die Interessen der ausländischen Mitbürger gegenüber den städtischen Körperschaften durch Empfehlungen, Stellungnahmen und Beratung. Die Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vereinen, sozialen und politischen Institutionen ist eine wertvolle Ergänzung für die Arbeit des Gremiums. Die „Modellregion Integration“ wurde in der ersten Phase durch den Ausländerbeirat engagiert begleitet und unterstützt. Auf Grund innerpolitischer Differenzen des Gremiums konnte die Stadt von dieser Unterstützung in der letzten Zeit nicht mehr im vollen Umfang profitieren.

In der Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen hat es sich in den Modellregionen jedoch auch gezeigt, dass die teilnehmenden Städte und Landkreise vor **Herausforderungen** stehen: Vor allem die **Auswahl der Kooperationspartner** gestaltet sich nicht immer leicht. Für die Modellregionen ist es dabei wichtig zu wissen, „wer hinter einer Organisation steht“. Mit Personen und Organisationen, deren demokratische Gesinnung in Zweifel steht oder mit welchen im Vorfeld schlechte Erfahrungen gemacht wurden, wird eine Zusammenarbeit abgelehnt. Manche Modellregionen beschlossen deshalb auch formell, nur mit demokratischen Vereinen zusammen zu arbeiten und keine projektbezogenen

Kooperationen mit Vereinen, die beispielsweise vom Verfassungsschutz beobachtet werden, einzu-gehen. Andere Modellregionen sind sich ihrer dies-bezüglichen Strategie noch ungewiss: Fraglich ist, ob Gespräche auch mit (Migranten)Organisationen ge-sucht werden sollen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder ob diese ignoriert werden sollen.

Empfehlungen an Städte und Landkreise für die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen:

- Migrantenorganisationen sollten dabei geför-dert und fachlich begleitet werden, ihre Ver-einsarbeit weiter zu qualifizieren und zu profes-sionalisieren. Unter anderem sollten sie in ihrer

Haltung der Stadt gegenüber den Organisatio-nen sollte einheitlich kommuniziert werden.

8.3 Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung von Vereinen

Eine interkulturelle Öffnung ist nicht nur für Stadt- und Kreisverwaltungen (vgl. Kapitel 3) oder Bil-dungseinrichtungen (vgl. Kapitel 5), sondern auch für Vereine und andere zivilgesellschaftliche Organi-sationen eine bedeutsame Aufgabe. Im Sinne der Förderung einer Willkommenskultur werden in den einzelnen Modellregionen verschiedene **Projekte zur interkulturellen Öffnung von Vereinen** durchgeführt.

Hanau: Qualifizierung von Vereinen

Am Projekt teilnehmende Vereine aus Hanau werden von der Stadtverwaltung bei der Qualifizierung ihrer ehrenamtlich Engagierten und der interkulturellen Öffnung unterstützt. Der Fokus der Weiterbildungsangebote liegt bei diesem Projekt auf dem Aufbau eines Netzwerks von Vereinen und einer ebenso orientierten Öffentlichkeitsarbeit der Vereine. Die professionellen Schulungen zu verschie-denen Themenschwerpunkten, beispielsweise zu interkultureller Kompetenz, zur Teamentwicklung oder zum Demokratietraining, sollen die ehrenamtlich Tätigen in den Vereinen dazu befähigen, Ansatzpunkte für eine interkulturelle Öffnung zu identifizieren und in ihrem Verein umzusetzen.

Öffentlichkeitsarbeit unterstützt werden, um die öffentliche Wahrnehmung dieser Vereine zu ver-bessern und Engagementstrukturen bekannt zu machen. Ferner sollten sie bei der Durchführung zielgruppenspezifischer Angebote eine finan-zielle Unterstützung seitens der Stadt erhalten.

- Allen Städten und Landkreisen wird empfohlen, im Rahmen ihrer Integrationsarbeit die Zusam-menarbeit mit Migrantenorganisationen zu suchen und diese in Netzwerke einzubinden. Wichtig ist es dabei, die Kompetenzen der Migrantenorgani-sationen anzuerkennen und deren Potenziale beim Aufbau von Kooperationen zu nutzen. Es sollten Partnerschaften auf Augenhöhe entstehen.
- Seitens der Städte und Landkreise sollte ein offensiver Umgang auch mit strittigen Migran-tenorganisationen erfolgen. Je mehr Kenntnisse und Kontakte zu Vereinen vorliegen, desto bes-ser kann die Einschätzung der Vereine erfolgen. Für einen möglichen Ausschluss von Migranten-organisationen aus der Zusammenarbeit sollten - in einem engen Austausch mit Sicherheitsbe-hörden - Kriterien seitens der Verwaltungen ent-wickelt werden. Diese und die daraus folgende

Diese umfassen zum einen Seminare und Weiterbil-dungsangebote zur Qualifizierung und Öffnung von Vereinen und zum anderen gibt es Projekte, die darauf abzielen, verfestigte Strukturen in Vereinen zu verändern, beispielsweise indem mehr Menschen mit Migrationshintergrund als Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter für Sport-vereine ausgebildet oder Integrationsbeauftragte in den Organisationen benannt werden.

Weiterbildungsangebote für Vereinsmitglieder zur Professionalisierung der Organisationen und zur Förderung der interkulturellen Öffnung werden in verschiedenen Modellregionen durchgeführt. Im Folgenden werden anhand zweier Projekte aus der **Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau** mögliche Vorgehensweisen vorgestellt.

Das Hanauer Projekt „Qualifizierung von Vereinen“ setzt an vorhandenen Potenzialen der Ehrenamtli-chen an und versucht, die teilnehmenden Vereine durch verschiedene Fortbildungsmodul zu profes-sionalisieren und zur Selbstanalyse und Selbst-einschätzung auf dem Weg zur interkulturellen Öff-

nung zu befähigen. Es verfolgt somit einen **Empowerment-Ansatz** und möchte nötige Kenntnisse durch die Schulungen in den Vereinen verankern. Mit diesem Vorgehen werden keine isolierten Einzelmaßnahmen, sondern vielmehr nachhaltige strukturelle Veränderungen in den Vereinen anvisiert.

Die Stadt Hanau als Träger des Projekts folgt einem „top-down“-Ansatz. Sie führt allgemeine Schulungsveranstaltungen durch, deren Inhalte jedoch von den interessierten Vereinsvertreterinnen und -vertretern im gewissen Maße mitbestimmt werden können. So wurden potenzielle teilnehmende Vereine – unterstützt von der wissenschaftlichen Begleitung im Rahmen der **Evaluation** des Projekts – im Vorfeld der Auftaktveranstaltung mit Hilfe eines

Interkulturellen Wochen stattfand, wurde das Projekt einem breiten Publikum vorgestellt. Es konnten Vereine als Partner für eine Teilnahme am Projekt gewonnen und für eine Weiterbeschäftigung mit den behandelten Themen motiviert werden. Zudem wurde die anvisierte Teilnehmergröße für die geplanten Folgeveranstaltungen auf Basis der dort erbrachten Anmeldungen und Interessensbekundungen bei weitem überschritten. Als Folgeveranstaltung wurden eine Seminarreihe (bestehend aus drei Schulungen zur interkulturellen Kompetenz), eine dreiteilige Coachingreihe und vier Seminare angeboten. Die tatsächliche Teilnehmerzahl blieb allerdings, vor allem bei den Seminaren, hinter den Erwartungen zurück. Jedoch wurden die Veranstaltungen von den Teilnehmenden als äußerst

Main-Kinzig-Kreis: Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung

Das von der Stadt Maintal durchgeführte Projekt zielt darauf ab, Vereine interkulturell zu öffnen und Menschen mit Migrationshintergrund in lokale Vereine zu integrieren. Dabei werden beispielsweise Integrationsbeauftragte, eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit in Form von Pressegesprächen und Informationsabenden oder mehrsprachige Informationsbroschüren und Schnupperkurse, welche über die Arbeit in den Vereinen informieren, eingesetzt. Doch nicht nur Vereine der Aufnahmegesellschaft, sondern auch Migrantenorganisationen werden mit diesem Projekt angesprochen und zu einer Zusammenarbeit mit anderen Vereinen angeregt.

interkulturellen Einschätzungsbogens zum Stand der interkulturellen Öffnung im Verein, ihren Mitgliedern und Erwartungen an das Projekt befragt.⁶²

Bei dieser gut besuchten Auftaktveranstaltung, welche mit einem Kabarettbeitrag im Rahmen der



Vereine Main-Kinzig-Kreis

gewinnbringend eingeschätzt. Auch das im Rahmen eines durch das Projekt initiierten Vernetzungstreffens erhobene **Feedback** bei den teilnehmenden Vereinsvertretern fiel durchweg positiv aus. Die Befragten schätzten insbesondere, dass durch das Projekt ein Austausch der Vereine angestoßen wurde, dass eine gewisse Scheu vor zuvor unbekanntem Vereinen abgelegt werden konnte und dass sie ihre interkulturellen Kompetenzen erweitern konnten. Alle Teilnehmenden waren dankbar für die Unterstützung der Stadt und wünschten sich eine Fortführung des Projekts bzw. weitere Austauschtreffen.

Ähnliche Zielsetzungen werden auch mit dem zweiten in der Modellregion durchgeführten Projekt zur interkulturellen Öffnung von Vereinen verfolgt.

Das in Maintal durchgeführte Projekt „**Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung**“

⁶² Die Auswertung der Fragebögen ergab, dass die Vereine durchaus an einer Professionalisierung ihrer Arbeit und einem Erfahrungsaustausch mit anderen Vereinen und lokalen Akteuren im Bereich interkulturelle Öffnung und Integration interessiert sind.

beinhaltet ein **individuell angepasstes Vorgehen**: Bei den im Projekt vorgesehenen Maßnahmen handelt es sich nicht um ein zusammenhängendes einheitliches Konzept, sondern um individuell auf die jeweiligen Vereine zugeschnittene Einzelbausteine oder Module, welche mit den Vereinsvertreterinnen und -vertretern im Austausch gemeinsam diskutiert und festgelegt werden. So sind keine vereinsüber-

Beide Vereinsöffnungsprojekte in der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau haben nicht nur Migrantenorganisationen oder nur Vereine mit überwiegend Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft als Zielgruppe definiert. Sie zielen beide darauf ab, Vereine zur Zusammenarbeit miteinander anzuregen und Vernetzungsprozesse zu fördern (vgl. Abschnitt 8.5).

Wetzlar: Mehr Übungsleiterinnen und Übungsleiter mit Migrationshintergrund in die Wetzlarer Sportvereine

Im Projekt der Sportjugend Hessen werden im Rahmen des Programms „Integration durch Sport“ Menschen mit Migrationshintergrund zu sportartenübergreifenden Übungsleiterinnen und Übungsleitern im Breitensport ausgebildet. Die Übungsleiterinnen und Übungsleiter sollen nach ihrer Ausbildung in ihren Wohnquartieren oder lokalen Vereinen offene und vor allem niedrigschwellige Sportangebote anbieten, um Menschen mit Migrationshintergrund zu einer Mitgliedschaft in den örtlichen Sportvereinen zu motivieren. Ziel ist es demnach, die Sportvereine interkulturell zu öffnen, deren Angebote zu verbessern sowie den Zugang von Migrantinnen und Migranten in den jeweiligen Sportvereinen zu fördern.

greifenden Maßnahmen vorgesehen. Auch die Ziele sind nicht für alle Vereine einheitlich definiert.

Aus Feedbackgesprächen mit dem Projektträger sowie aus teilstandardisierten Dokumentationsbögen, die im Rahmen der Evaluation zum Einsatz kamen, um durch das Projekt veränderte Maßnahmen in den Vereinen zu erfassen, hat sich gezeigt, dass die Projektdurchführenden mit zahlreichen Vereinen im Kontakt stehen und diese individuell unterstützen. So konnten beispielsweise Informationsveranstaltungen und herkunftssprachliche Informationsmaterialien mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz realisiert werden. Für den Arbeitskreis Streuobst konnten Menschen mit Migrationshintergrund rekrutiert werden, welche beim Pflanzen der Obstbäume, deren Pflege und der Vermarktung der Produkte mitarbeiten. Im Turnverein wurde eine neue Übungsleiterin mit Migrationshintergrund ausgebildet und auch das Heimatmuseum zeigte sich offen für neue Projekte in Kooperation mit Migrantenorganisationen. Es konnten Kontakte zu einem lokalen Moscheevereiner und zu zwei internationalen bzw. türkischen Frauengruppen aufgebaut werden. Dabei erwies sich das Engagement einer Mitarbeiterin mit türkischem Migrationshintergrund als sehr hilfreich beim Zugang zu dieser Gruppe.

Ein weiterer Schritt zur interkulturellen Öffnung von Vereinen ist die **Rekrutierung von ehrenamtlich Tätigen und Mitgliedern mit Migrationshintergrund**. In diesem Themenbereich setzen die in den Modellregionen durchgeführten Projekte vor allem an der Ausbildung **von Menschen mit Migrationshintergrund zu Übungsleiterinnen und Übungsleitern sowie Trainerinnen und Trainern** an. Die Teilnehmenden werden in ihrer Übungsleiterausbildung qualifiziert und tragen somit auch zur Professionalisierung des Vereins bei. Zudem zielen Projekte dieser Art auch darauf ab, interkulturelle Kompetenzen in Vereinen zu stärken. Die Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und Trainer mit Migrationshintergrund können in ihrer Funktion in den Vereinen gerade jüngeren Mitgliedern mit gleichem Hintergrund als Vorbilder dienen. Zudem können sie den Zugang zu neuen Zielgruppen erleichtern.

Ein Projekt, welches diesen Ansatz verfolgt, wird in der Modellregion Wetzlar durchgeführt.

Bei der Auftaktveranstaltung des Projekts im Jahr 2010 konnten 30 Interessenten gewonnen werden; acht Personen begannen 2011 mit einer 120-stündigen Übungsleiterausbildung. Nach Abschluss der Schulung wurden ihnen im Rahmen einer Feierstunde die Zertifikate verliehen. Auch 2012 wurde



Veranstaltung „Kommunales Integrationsmanagement“

eine weitere Schulungsreihe durchgeführt. Im Wetzlarer Projekt konnten bereits acht Menschen mit Migrationshintergrund zu Übungsleiterinnen und Übungsleitern ausgebildet werden. Die Teilnehmenden fanden alle Anschluss an einen Sportverein und können so in den Vereinen Kurse durchführen und dadurch das Angebot der Vereine erweitern. Darüber hinaus konnte durch zwei Teilnehmer des Projekts eine neue Jugendgruppe im Sportbereich gegründet werden.

Auch das vom Landessportbund Hessen getragene Projekt „**Kassel bewegt Kulturen**“ hat eine ähnliche Vorgehensweise und Zielsetzung. Das Projekt richtet sich an Frauen mit Migrationshintergrund und unterstützt diese bei der Übungsleiterausbildung. Den 13 zertifizierten Teilnehmerinnen standen während der Ausbildung erfahrene Patinnen aus unterschiedlichen Kasseler Sportvereinen zur Seite, welche die Anbindung an die Vereine erleichterten. In den Vereinen haben die Übungsleiterinnen die Aufgabe, über kultur- und geschlechtersensible Angebote das Portfolio der Vereine zu verändern und damit gleichzeitig zur kulturellen Sensibilisierung und interkulturellen Öffnung von vereinsinternen Strukturen beizutragen. In professionellen Fortbildungen durch die Sportjugend Hessen, Programm „Integration durch Sport“, werden die Frauen selbst in interkultureller Kompetenz geschult, um mögliche Ausgrenzungs- oder Diskriminierungstendenzen frühzeitig zu erkennen und sie bei der Förderung der interkulturellen Öffnung

in den Vereinen zu unterstützen. Langfristiges Ziel des Projekts ist es, ein breites Netzwerk von Akteuren aus Kommune, Sportkreis und Migrantenorganisationen aufzubauen und traditionelle Ehrenamts- und Vereinsstrukturen interkulturell zu öffnen.

Darüber hinaus wurden in der Modellregion Offenbach, im dort bereits vor dem Landesprogramm etablierten „**Boxclub Nordend**“, Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund zu Boxtrainerinnen und Boxtrainern, Übungs- und Projektleiterinnen und -leiter ausgebildet. Ähnlich wie in den anderen vorgestellten Projekten geht auch der Boxclub davon aus, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund in ihrer Trainerrolle als Vorbilder für Jüngere dienen. Da der Boxclub neben dem Sport einen gewaltpräventiven Ansatz der Jugendarbeit verfolgt und auch die Themen Bildung (über verpflichtende Hausaufgaben- und Nachhilfe) sowie Integration in den Arbeitsmarkt (über die Vermittlung von Praktika in sozialen Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Altenheimen) in seiner Arbeit berücksichtigt, ist die Ausbildung, welche die Teilnehmenden durchlaufen, sehr breit angelegt. Sie umfasst neben der Planung und Durchführung von Trainings auch pädagogische Konzepte sowie Schulungen im Projektmanagement, welche den Teilnehmenden die eigenverantwortliche Organisation und Umsetzung von Projekten im Verein ermöglichen soll.

Empfehlungen für die interkulturelle Öffnung und Qualifizierung von Vereinen sowie ehrenamtlich Tätigen:

- Städte und Landkreise sollten mit speziell auf eine interkulturelle Öffnung ausgerichteten Projekten Vereine – sowohl der Aufnahmegesellschaft als auch Migrantenorganisationen – bei diesem Vorhaben unterstützen. Dabei kann auch auf bestehende Angebote von Trägern auf Landesebene, wie dem Landessportbund oder der Stiftung des Hessischen Fußballs, zurückgegriffen werden.
- Eine interkulturelle Öffnung von Vereinen sollte mit Qualifizierungsmaßnahmen einhergehen, welche eine persönliche Weiterbildung für die Teilnehmenden und eine Professionalisierung des Vereins darstellen.
- Es wird empfohlen, neue Vereinsmitglieder mit Migrationshintergrund über Freundschafts- bzw. Partnerschaftsbeziehungen bereits in den Verei-

nen etablierter Mitglieder zu werben und somit an Primärgruppenbeziehungen anzuknüpfen.

8.4 Würdigung des Ehrenamts

Bürgerschaftliches Engagement – sowohl von Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund – ist ein bedeutsamer Faktor bei der Förderung von Integration. Viele Angebote, Maßnahmen und Projekte könnten ohne den Einsatz von Ehrenamtlichen nicht durchgeführt werden. Städte und Landkreise sind bei der Umsetzung ihrer integrationspolitischen Ziele oftmals auf die Unterstützung durch ehrenamtlich Tätige angewiesen.

Um die **Bedeutsamkeit des ehrenamtlichen Engagements** seitens der Städte und Kreise anzuerkennen und diese Arbeit zu unterstützen, werden in den Modellregionen verschiedene Maßnahmen durchgeführt. Bereits vor ihrer Teilnahme am Landesprogramm und unabhängig davon setzten die Städte und Kreise unterschiedliche Mittel ein, um ehrenamtliche Tätigkeiten zu fördern und zu würdigen. Diese **allgemeinen Maßnahmen** beinhalten beispielsweise:

- Finanzielle Unterstützung, z. B. für die Durchführung von Projekten oder für die Anmietung von Räumlichkeiten für Vereine,
- Durchführung von Festen und Ehrenamtstagen, Ausgabe der Ehrenamts-Card⁶³, sowie Einladungen zu Empfängen als Dank für ehrenamtliches Engagement,
- Verleihung von Ehrenamtspreisen sowie
- Maßnahmen zur Qualifizierung und Professionalisierung von Vereinen und Schulungen von Ehrenamtlichen.

Im Rahmen des Landesprogramms hat sich in den einzelnen Modellregionen gezeigt, dass darüber hinaus eine **projektspezifische Würdigung von integrationspolitischen Maßnahmen** für die Träger eine besondere Art der Wertschätzung darstellt. Ein Mittel dazu waren die **Projektbesuche**, welche von den Programmkoordinatorinnen bzw. dem Programmkoordinator durchgeführt wurden. Darüber hinaus wurden alle Modellregionenprojekte min-

destens einmal jährlich durch Vertreterinnen des Integrationsministeriums mit der jeweils zuständigen Programmkoordination vor Ort besucht. Ziel der Projektbesuche war es, vor Ort einen Einblick in die Projekte und Informationen über den Projektverlauf zu erhalten. Dabei konnten sich die Projektträger mit den Programmkoordinatorinnen bzw. dem Programmkoordinator als Vertreter der Städte bzw. Landkreise bzw. den Ministeriumsvertreterinnen austauschen und von Erfolgen und Schwierigkeiten ihrer Arbeit berichten. Des Weiteren waren **gemeinsame öffentliche Auftritte** und die Unterstützung seitens der Modellregionen bei der Öffentlichkeitsarbeit von Vereinen für die Würdigung des Engagements von Bedeutung. So wurden beispielsweise Zertifikate nach der Schulung von Integrationslotsinnen und -lotsen bzw. Stadtteilmüttern in den Modellregionen Hochtaunuskreis und Hanau öffentlichkeitswirksam verliehen.



Durch den Einsatz der Programmkoordinatorinnen bzw. dem -koordinator konnte eine enge Zusammenarbeit mit Projektträgern und die Koordination von Maßnahmen vor Ort erreicht werden. Diese sind zentrale Elemente im Aufgabenbereich der

⁶³ Die Ehrenamts-Card wird durch das Land Hessen – unabhängig vom Modellregionenprogramm – in Zusammenarbeit mit den Städten und Kreisen an Personen vergeben, die sich mindestens fünf Stunden pro Woche ehrenamtlich engagieren. Diese erhalten damit hessenweit Vergünstigungen, beispielsweise bei Sport- oder Kulturveranstaltungen, in Kinos, Museen oder anderen Freizeiteinrichtungen. Durch die Ehrenamts-Card soll somit ein Zeichen der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements gesetzt werden.

Programmkoordinatorinnen bzw. der Programmkoordinator in ihrer Rolle als Mittler zwischen der lokalen und der Landesebene auch dafür, dass Träger ausgewählte Projekte bei Veranstaltungen des Landes präsentieren können und diese somit einem breiten Kreis bekannt werden. Hierzu muss jedoch auch angemerkt werden, dass das Land seine Veranstaltungen im Rahmen des Landesprogramms im Vorfeld entsprechend konzipiert hat.

Im Modellregionenprogramm hat sich weiterhin gezeigt, dass das **Land Hessen** viel zur Würdigung von ehrenamtlicher Arbeit in den Kommunen und Landkreisen beitragen kann. So wurden vom Integrationsministerium zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, welche primär zum Ziel hatten, die Partizipation und Teilhabe einer möglichst großen Anzahl an Beteiligten – auch an Menschen mit Migrationshintergrund – an der Implementierung des Landesprogramms zu ermöglichen, und welche als Nebeneffekt zudem eine Wertschätzung des ehrenamtlichen Engagements in den Modellregionen darstellten. Unter anderem haben sich die folgenden Maßnahmen dabei als wirkungsvoll erwiesen: Das Integrationsministerium führte im



Die Modellregion hat einen Prozess von Beteiligung und Teilhabe in Gang gesetzt.

Durch das Projekt Stadtteilmütter fühlen sich Familien mit Migrationshintergrund wahrgenommen und wertgeschätzt. Stadtteilmütter begegnen Familien auf Augenhöhe; weil sie viele Erfahrungen mit ihnen teilen, besitzen sie Glaubwürdigkeit und Vorbildfunktion.

Sprungbrett Familien- und Jugendhilfe Hanau e.V.



Landesprogramm jährlich Zukunftskonferenzen sowie themen- und anlassbezogene Veranstaltungen durch, zu denen auch Projektträger aus der Arbeit mit Ehrenamtlichen eingeladen waren. So konnten sich beispielsweise bei der Halbezeitbilanzveranstaltung oder bei der Veröffentlichung der Broschüre zum Kommunalen Integrationsmanagement einzelne Vereine mit ihren Projekten einem größeren Publikum präsentieren. Darüber hinaus unterstützt das Integrationsministerium Qualifizierungsmaßnahmen von Integrationslotsinnen und Integrationslotsen, beispielsweise über die finanzielle Förderung sowie über ergänzende Softskill-Seminare im Rahmen seines Integrationslotsennetzwerkes.

Empfehlungen an hessische Kommunen, Landkreise und die Landesebene zur Würdigung und Wertschätzung ehrenamtlichen Engagements:

- Kommunen, Kreise und das Land sollten von den vielfältigen Möglichkeiten der Ankererkennung und Wertschätzung von Ehrenamt Gebrauch machen. Sie sollten vermehrt Projekte vor Ort besuchen und den Trägern eine öffentlichkeitswirksame Plattform zur Vorstellung ihrer Projekte ermöglichen.
- Die Vernetzung von Projekten sollte sowohl von Kommunen und Kreisen als auch seitens des Landes in Form von Fachtagungen und regelmäßigen Netzwerktreffen unterstützt werden, um den Informationsaustausch zu stärken und die thematische Weiterentwicklung zu fördern.
- Die innovativen Formen der Zusammenarbeit des Integrationsministeriums mit den Modellregionen sollten nach Ende des Projekts beibehalten und auf andere Gebietskörperschaften ausgeweitet werden.

8.5 Vernetzung von Vereinen und weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren

Wie in anderen Handlungsfeldern auch ist die Vernetzung der ehrenamtlich tätigen Vereine, Migrantenorganisationen oder der Lotsinnen und Lotsen eines der wichtigen Ziele im Rahmen des hessischen Modellregionenprogramms. In den teilnehmenden Städten und Landkreisen haben sich dabei bereits vor

allem durch die Arbeit der Programmkoordinatorinnen und des Programmkoordinators Erfolge eingestellt, auf welche das Landesprogramm einen großen Einfluss hatte.

In dem in Abschnitt 8.2 dargestellten Projekt „Gemeinsam für Integration in Offenbach“ haben sich ebenso wie in den beiden in Abschnitt 8.3 vorgestellten Projekten zur interkulturellen Öffnung und Qualifizierung von Vereinen in der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau beispielsweise neue **Vernetzungsstrukturen und Kooperationen zwischen Vereinen** und Migrantenorganisationen etabliert. So kam es im **Hanauer Projekt zur Qualifizie-**

rung von Vereinen dazu, dass diese über die gemeinsamen Schulungen in Kontakt kamen und darüber hinaus Kooperationsvereinbarungen geschlossen haben. Dies war etwa der Fall zwischen einer bosnischen Migrantenorganisation und dem Fußballverein VfR Kesselstadt oder zwischen der Alevitischen Gemeinde Hanau und Umgebung sowie dem Familiennetzwerk Hanau. Letztere haben bereits erfolgreich bei einem Seifenkistenrennen, bei Informationsveranstaltungen, Festen und anderen kulturellen Aktivitäten zusammengearbeitet. Basis der Kooperationen war der Aufbau einer Vertrauensbasis im Rahmen der regelmäßig im Projekt angebotenen Schulungen. Dabei konnten gemeinsame Interessen entdeckt werden und Projektideen entstehen. Da die Schulungen langfristig angelegt waren und zahlreiche Termine umfassten, wurden ein regelmäßiges Zusammenreffen und der Aufbau persönlicher Beziehungen zwischen den Vereinsvertreterinnen und -vertretern ermöglicht. Diese, bereits in Kooperationen stehenden Schlüsselvereine, stellen eine Art Nukleus dar, die künftig Netzwerktreffen – außerhalb der städtischen Schulungsangebote – organisieren möchten und somit zur Nachhaltigkeit des Gesamtprojekts beitragen.

Auch im Projekt „**Neue Partnerschaften - Vereine und interkulturelle Öffnung**“, welches im Main-Kinzig-Kreis in der Stadt Maintal durchgeführt wird, kam es zur Kooperation zwischen einzelnen Vereinen, beispielsweise zwischen einer türkischen Frauengruppe und dem Heimatmuseum oder zwischen dem Arbeitskreis Streuobstwiesen und dem Heimatverein. Wichtig für den Aufbau solcher Kooperationen war im Fall der „Neuen Partnerschaften“ die **enge Begleitung durch die Projektdurchführenden**. Diese konnten durch eine individuelle Begleitung der teilnehmenden Vereine einen guten Einblick in die Themen und Maßnahmen der einzelnen Vereine erhalten und somit Kooperation anregen und begleiten. Als nachteilig an dieser Herangehensweise kann sich – zumindest zu Beginn der Vernetzungsarbeit – erweisen, dass sie sehr personengebunden ist. Im Main-Kinzig-Kreis wurde das Thema Vernetzung der Vereine erst durch die Teilnahme am Landesprogramm angeregt. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen, dass allein ein finanzieller Anreiz seitens der Stadt nicht zwingend dazu führt, interkulturelle Projekte oder Kooperationen zwischen Migrantenorganisationen und Ver-

einen, deren Mitglieder überwiegend aus der Aufnahmegesellschaft kommen, herzustellen. Der **Erfolg** der hier aufgeführten Projekte in den Modellregionen Offenbach sowie Main-Kinzig-Kreis/Hanau beruht vor allem darauf, dass sich die potenziellen Kooperationspartner über einen längeren Zeitraum persönlich kennen lernen und sich über ihre Vereine austauschen und gemeinsame Interessen entdecken konnten. Dieses Vorgehen soll zu nachhaltigen Kooperationen beitragen. Inwiefern diese tatsächlich auf Dauer ausgelegt sind, muss zukünftig eruiert werden.



Modellregion Integration Hochtaunuskreis

In anderen Modellregionen konnten ebenfalls thematische Netzwerke von Akteuren und Kooperationen bei der Umsetzung von Maßnahmen aufgebaut werden. Zu nennen sind in diesem Bereich die Einrichtung des Integrationslotsennetzwerks (vgl. 8.1) und der Aufbau des Netzwerks Integration Friedrichsdorf im Hochtaunuskreis. Letzteres konnte neben einer verbesserten Kooperation unterschiedlicher Träger auch zur Transparenz von Projekten beitragen. Zudem kam es auch in diesem Handlungsfeld durch die Etablierung von Arbeitsgruppen im Prozess der Integrationskonzeptentwicklung oder über die Durchführung von Integrationsworkshops zu einer verstärkten Vernetzung der beteiligten Akteure (beispielsweise in Wetzlar). Auch für einzelne geförderte Projekte im Handlungsfeld bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt ist ein Austausch in den Modellregionen angedacht. Dieser ist aber nur bedingt gegeben. Vor allem wenn zahlreiche kleinere Projekte gefördert werden, sind Kooperationen bei der Umsetzung dieser Maßnahmen nur schwer zu realisieren.

Offenbach: Integration im Quartier

Mit diesem Projekt werden sozialraumbezogene Integrationsmaßnahmen im Rahmen des bereits in Offenbach durch HEGISS⁶⁴ etablierten Quartiermanagements ausgebaut. Die Stadt fördert durch das Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration innerhalb der drei Quartiere Mathildenviertel, Lauterborn und Nordend die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in das stadtteilbezogene Zusammenleben verschiedener Kulturen. Durch bedarfsgerechte und passgenaue Maßnahmen vor Ort, wie Bildungs- und Familienangebote, interkulturelle Sport-, Musik- und Kulturveranstaltungen, wird im unmittelbaren Lebensumfeld der Migrantinnen und Migranten angesetzt.

Im Themenfeld Vernetzung von Vereinen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und deren Projekten zeigte sich im Landesprogramm die Bedeutsamkeit der **Sozialraumorientierung** von Vernetzungsprozessen. In der Modellregion Offenbach, beispielsweise, konnte mit dem geförderten Projekt „Integration im Quartier“ die Bündelung von Maßnahmen und Vernetzung von Projekten und Akteuren auf Stadtteilebene verbessert werden.

Das bereits bestehende und durch das Modellregionenprogramm erweiterte Quartiersmanagement konnte seine guten Verbindungen in den Stadtteilen dazu nutzen, Vernetzungsprozesse zu initiieren oder auszubauen. Ein besonderer **Erfolg** ist in der Modellregion Offenbach die gute Vernetzung auf Stadtteilebene der über das Landesprogramm geförderten Projekte.⁶⁵

Andere Modellregionen setzen in diesem Bereich auch einen Fokus auf die sozialraumorientierte Arbeit. So setzen beispielsweise die „Bildungspartnerschaften“ in Wetzlar (vgl. 6.4) auf der Stadtteilebene an, um die dort aktiven Bildungseinrichtungen, Vereine und Projekte untereinander und mit der Stadt zu vernetzen. In Hanau konnte ebenfalls auf bestehenden Strukturen der Sozialen Stadt aufgebaut werden. Hier wurde eine starke Einbindung in den Stadtteil Lamboy/Tümpelgarten vor allem dadurch erreicht, dass sich die Stadtteilmütter sehr stark vor Ort engagierten. So konnte auch die Vernetzung zu anderen Stadtteilen verbessert werden. Auch in Kassel rückte der Stadtteilbezug durch die Teilnahme am Modellregionenprogramm stärker in den Fokus. Die Stadt führte ihre Integrationswork-

shops im Jahr 2011 und 2012 unter anderem mit Vertretern der einzelnen Stadtteilzentren und Nachbarschaftstreffs durch, um diese verstärkt untereinander zu vernetzen sowie in integrationspolitische Diskussionen einzubinden.

Empfehlungen für Städte und Landkreise, zur Unterstützung der Vernetzung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren:

- Kooperationen zwischen Vereinen und Projekten sollten gefördert werden. Dies baut auf gemeinsamen Interessen der Vereine und Projektträger auf, welche auf unterschiedliche Art geweckt werden können. Zum einen können Kooperationen durch eine enge und persönliche Begleitung der Vereine initiiert werden. Zum anderen ist auch das Zusammenbringen der Vereinsvertreter – beispielsweise bei regelmäßig angebotenen Schulungsreihen und Professionalisierungsmaßnahmen – ein gutes Mittel, um Kontakte herzustellen und mögliche gemeinsame Projektideen und Kooperationsmöglichkeiten zu entwickeln.
- Im Bereich der Vernetzung von Vereinen und zivilgesellschaftlichen Akteuren sollte, vor allem in größeren Städten, sozialraumorientiert gearbeitet werden. Dabei kann auf bestehenden Strukturen, wie dem Quartiersmanagement der Sozialen Stadt oder Ortsbeiräten aufgebaut werden. Solche Strukturen sollten dazu genutzt werden, angebotene Projekte im Stadtteil zu vernetzen, um auf unterschiedliche Begebenheiten, Neuerungen und Herausforderungen schnell reagieren zu können.

⁶⁴ Die „Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt“ wurde vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung eingerichtet, um das Bundesländer-Programm „Soziale Stadt“ in Hessen umzusetzen. Dieses hat zum Ziel, die Lebensbedingungen in sozial benachteiligten Stadtquartieren zu verbessern, indem städtebauliche, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Neupositionierungen von Standorten unterstützt werden (vgl. www.hegiss.de).

⁶⁵ Es gibt Verknüpfungspunkte zwischen dem Quartiersmanagement und den Projekten KIESEL (vgl. Kapitel 5), „Gemeinsam für Integration in Offenbach“ (vgl. Kapitel 7.2), sowie den Projekten von Jugendamt und KUBI. Auch aktuellen Herausforderungen der Stadt – beispielsweise der verstärkten Zuwanderung aus Osteuropa – kann mit diesen gefestigten Strukturen, den Kooperationen mit Migrationsberatungen und Communities begegnet werden. Ein Beispiel dafür ist die Durchführung ehrenamtlicher Orientierungshilfen für neue Zuwanderer aus Rumänien im Stadtteilzentrum Nordend durch Mitglieder des Rumänischen Kulturvereins im Rhein-Main-Gebiet, CROM, e.V. Diese wurden von der AWO Südhessen für die Ausübung der Tätigkeit geschult.



9 Handlungsfelder Sport und Gesundheit

9 Handlungsfelder Sport und Gesundheit

Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels stellen Gesundheit und Pflege von Menschen mit Migrationshintergrund Themen mit steigender Relevanz dar. Auch in den Modellregionen werden mehrere Projekte im Rahmen des Landesprogramms gefördert, die sich mit Themen aus den Bereichen Sport, Pflege und Gesundheit auseinandersetzen und verschiedene Ansätze sowie Herangehensweisen für eine stärkere Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Gestaltung und Nutzung entsprechender Angebotsstrukturen erproben. Kapitel 9.1. geht zunächst auf Modellprojekte im Bereich Pflege von älteren Migrantinnen und Migranten ein und beschäftigt



Modellregion Integration Wetzlar

sich hierbei vorrangig mit Fragen der kultursensiblen Altenpflege und einer interkulturellen Öffnung von Pflegeeinrichtungen. Kapitel 9.2. stellt verschiedene Projektvorhaben dar, welche im Handlungsfeld Sport – einerseits unter dem Aspekt der präventiven Gesundheitsvorsorge, andererseits jedoch auch

unter dem Aspekt der sozialen Integration – angesiedelt sind. Partiiell handelt es sich dabei um Projekte, die ebenfalls Prozesse der interkulturellen Orientierung und Öffnung in Sportvereinen und weiteren Einrichtungen in diesem Themenfeld anregen möchten. Kapitel 9.3. beschäftigt sich abschließend sowohl mit Vernetzungsbestrebungen von Trägern, als auch von Angeboten in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit in den einzelnen Modellregionen.

9.1 Interkulturelle Öffnung von Pflegeeinrichtungen

Laut einer aktuellen Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (2012)⁶⁶ kann zukünftig mit einem höheren Anteil an Migrantinnen und Migranten mit Pflegebedarf gerechnet werden. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund weiter zunehmen wird und diese Personengruppe vermehrt nach Abschluss ihres Erwerbslebens in Deutschland bleibt. Die Studie hält fest, dass sich die Vorstellungen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund über ihre pflegerische Versorgung im Alter nicht wesentlich voneinander unterscheiden: Beide Gruppen erwarten überwiegend eine Unterstützung von ihren Kindern und weiteren Verwandten. Nicht alle älteren Migrantinnen und Migranten haben jedoch Verwandte in Deutschland, welche für die Übernahme einer solchen Aufgabe zur Verfügung stehen. Stationäre und ambulante Angebote der Pflege sind zudem bei vielen älteren Migrantinnen und Migranten nach wie vor wenig bekannt. Dies ist mitunter auf sprachliche Schwierigkeiten, Vorbehalte gegenüber Pflegeeinrichtungen und – bei denjenigen, die Angehörige in Deutschland haben – das Vertrauen auf Pflege durch Verwandte zurückzuführen.⁶⁷ Entsprechend stehen Pflegeinstitutionen vor der Herausforderung, Formen einer kultursensiblen Altenpflege zu entwickeln, um dem Anspruch älte-

⁶⁶ Vgl. Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage von Pflegeeinrichtungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Forschungsbericht 12. Bundesamt für Migration (BAMF). Nürnberg; vgl. hierzu auch Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2011): Abschlussbericht zur Studie „Wirkung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Berlin. https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_zur_Studie_Wirkungen_des_Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes.pdf.

⁶⁷ Aus den bisherigen Erkenntnissen zur Gesundheitslage von Personen mit Migrationshintergrund lassen sich keine eindeutigen Einschätzungen über die Pflegebedürftigkeit dieser Personengruppe im Vergleich zu Personen ohne Zuwanderungsgeschichte ableiten: Zwar erscheint eine höhere Pflegebedürftigkeit von Migrantinnen und Migranten aufgrund von bestimmten Gesundheitsrisiken, die aus gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen und zusätzlichen Belastungen im Lebensverlauf resultieren, plausibel. Andererseits spiegeln verschiedene Studien auch Faktoren für geringere Anfälligkeiten für bestimmte Krankheiten („Healthy-Migrant-Effect“) wider, die für eine tendenziell geringere Pflegebedürftigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sprechen. (Kohls, Martin (2012): Pflegebedürftigkeit und Nachfrage von Pflegeeinrichtungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Forschungsbericht 12. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nürnberg http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb12-pflegebeduerftigkeit-pflegeleistungen.pdf?__blob=publicationFile.

rer Migrantinnen und Migranten auf Beratung, Betreuung und Pflege gerecht zu werden, Versorgungsdefizite abzubauen und zielgruppengerechte Angebote und Maßnahmen zu entwickeln. Ein erfolgversprechender Weg, um Prozesse der interkulturellen Orientierung und Öffnung von Pflege-

tiven und interkulturellen Herangehensweise einen viel versprechenden Ansatz zu verfolgen, um junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund als Auszubildende und somit als zukünftige Fachkräfte für eine kultursensible Pflege und Betreuung zu gewinnen. Insgesamt konnten über Werbemaß-

Kassel: „Sag mir, wer ich bin ... sag mir, wer ich war“

Durch gezielte Informationsveranstaltungen werden junge Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit Zuwanderungsgeschichte an das Thema Ausbildung und Berufsperspektiven in der Altenpflege herangeführt. Ziel des Projekts, welches der Schulverein DIALOG-Institut Dr. Kilian im Rahmen des Landesprogramms durchführt, ist es, verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung in der Altenpflege zu gewinnen und gleichzeitig bei Schülerinnen und Schülern bzw. deren Eltern für dieses Berufsfeld zu sensibilisieren und aufzuklären. Dadurch sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Pflegeeinrichtungen langfristig bei der Umstellung auf eine kultursensible Betreuung und Pflege unterstützen. Die Maßnahme umfasst ein Film- und ein Theaterprojekt, in dem sich Auszubildende der Altenpflege und Fachoberschülerinnen und -schüler im Bereich Sozialwesen mit der Situation von an Demenz erkrankten Menschen mit Migrationshintergrund und deren Angehörigen auseinandersetzen. Dabei werden die biografischen Geschichten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer filmisch aufgearbeitet. Die gestalteten Filmbeiträge tragen zur Aufklärung, Enttabuisierung und Sensibilisierung für die Situation von Pflegebedürftigen mit Migrationshintergrund bei und bauen Vorbehalte gegenüber dem Berufsfeld an sich sowie gegenüber ambulanter oder stationärer Pflege ab.

einrichtungen anzuregen, besteht zum einen in der Anwerbung von Pflegepersonal mit hoher interkultureller Kompetenz und der Berücksichtigung dieses Kriteriums bei der Besetzung von Personalstellen. Zum anderen kann dieses Ziel durch Maßnahmen zur Förderung interkultureller Kompetenz im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Pflegenden, die bereits in diesem Feld tätig sind, erreicht werden. Dabei wird das Pflegepersonal in Fortbildungseinheiten für kulturelle Unterschiede sensibilisiert sowie durch anwendungsbezogene Coachings in interkulturellen Pflegebeziehungen gestärkt.

Ein Projekt der Modellregion Kassel beschreitet diese beiden Wege und setzt dabei verstärkt auf die Gewinnung von Migrantinnen und Migranten als Auszubildende für den Pflegebereich.

Dem Medienprojekt „Sag mir, wer ich bin ... sag mir, wer ich war“ gelingt es mit seiner intergenera-

nahmen zum Ausbildungsbeginn im Oktober 2012 bereits 25 Personen aus 13 verschiedenen Ländern für die Ausbildungen der Altenpflege und Altenpflegehilfe gewonnen werden.⁶⁸ Alle Auszubildenden mit Migrationshintergrund benötigten intensive Beratung und Unterstützung durch den Projektträger, um die Dokumente für die Aufnahme der Ausbildung zusammenzustellen und um einen Ausbildungsbetrieb zu finden. Gleichzeitig wurden interkulturelle Öffnungsprozesse in den Pflegebetrieben angestoßen, in dem Interviews und Dreharbeiten mit den Demenz erkrankten Menschen durchgeführt und die Themen kultursensible Betreuung sowie Kompetenzentwicklung zur Überwindung von Ausgrenzung und Benachteiligung von Auszubildenden aufgegriffen und in ambulante Dienste bzw. in stationären Einrichtungen befördert wurden.

Auch im Main-Kinzig-Kreis sowie dem Hochtaunuskreis wurden interkulturelle Öffnungsprozesse nicht

⁶⁸ Unter diesen 25 Personen befinden sich 17 Altenpflegehelferinnen und -helfer, die eine einjährige Ausbildung begannen und die anschließend die Fachkraftausbildung zum staatlich anerkannten Altenpfleger absolvieren möchten sowie sieben Personen, die für die Fachkraftausbildung gewonnen werden konnten. 13 weitere Bewerberinnen und Bewerber mussten abgelehnt werden, da sie die Zugangsvoraussetzungen nicht erfüllten (u. a. auf Grund fehlender Dokumente aus dem Ausland, fehlende Übersetzung und Anerkennung der Dokumente, keine ausreichende schulische Grundbildung, kein praktischer Ausbildungsbetrieb).

nur in verschiedenen Institutionen der Verwaltung (vgl. Kapitel 3.3), sondern zudem im Bereich Pflege im Rahmen des Landesprogramms initiiert.⁶⁹ Des Weiteren wurde in Offenbach das Personal der Krankenhäuser und Pflegeheime bereits vor der Teilnahme am Landesprogramm interkulturell geschult. Dieser Prozess wurde durch das Programm „Modellregionen Integration“ weiter verstärkt. So führte beispielsweise im Hochtaunuskreis die Volkshochschule Hochtaunus das Projekt „Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation für Beschäftigte“ durch.⁷⁰ Die Maßnahmen des Projekts fokussierten eine Weiterqualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bereits in den Institutionen beschäftigt waren, um die interkulturelle Kompetenz des Personals zu erhöhen.

rentinnen und Referenten. Zudem wurde häufig von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern das Interesse geäußert, sich nach ca. einem Jahr erneut unter fachlicher Anleitung über die erworbenen Kompetenzen und die bis dahin gesammelten Erfahrungen mit der Umsetzung im betrieblichen Alltag auszutauschen. Die interkulturelle Öffnung sowie der Aufbau interkultureller Kompetenz werden als langfristige Prozesse gesehen. Daher ist es geplant, diesen Prozess nach Ablauf der Landesförderung in vorhandene lokale Integrationspläne zu implementieren und die Nachhaltigkeit sowie den Transfer in die Regelstrukturen – ganz im Sinne des Landesprogramms – zu erleichtern.

Hochtaunuskreis: „Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation für Beschäftigte“

Im Projekt der Volkshochschule Hochtaunus wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vier an der Modellregion beteiligten Kommunen, der Kreisverwaltung und aus dem Pflegebereich geschult. Die Projektleitung sprach zunächst die Führungskräfte an und informierte sie über den Mehrwert einer interkulturellen Öffnung. Anschließend wurden die jeweiligen Arbeiterteams in interkultureller Kompetenz weitergebildet.

Der Schwerpunkt der Maßnahmen des Projekts lag somit auf der Weiterqualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die bereits in den Institutionen beschäftigt waren, um die interkulturelle Kompetenz des Personals zu erhöhen. Nach Einschätzung des Projektträgers konnten die teilnehmenden Beschäftigten in der Verwaltung und im (Alten-)Pflegebereich nach der Schulung leichter mit interkulturell zusammengesetzten Gruppen, Kundinnen und Kunden sowie Patientinnen und Patienten umgehen. Die Rückmeldungen der am Projekt beteiligten Kommunen und der Schulungsteilnehmerinnen und -teilnehmer waren sehr ermutigend. So gab es durchgängig positive Bewertungen und Rückmeldungen zur Durchführung, Konzeption und Unterstützungsleistung durch die Volkshochschule Hochtaunus sowie zur Qualifikation der Refe-

Empfehlungen für Trägern und Einrichtungen im Bereich Pflege, die einen Prozess der interkulturellen Öffnung anstoßen wollen:

- Aus verschiedenen Modellprojekten und Handreichungen⁷¹ ist bekannt, dass bestehende Barrieren zwischen den Institutionen der Pflege, der Altenhilfe und den zugewanderten Migrantinnen und Migranten über aufsuchende und partizipative Ansätze überwunden werden können. Dafür müssen neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit (z.B. mehrsprachige und verständliche Faltblätter) besprochen werden. Mit Unterstützung von Schlüsselpersonen als Mittler zu Migranten(organisationen) sollten aufsuchende und gemeinwesenorientierte Ansätze in ambulanten, stationären und offenen Pflegeeinrichtungen erprobt werden, um bedarfsge-

⁶⁹ Im Main-Kinzig-Kreis haben Alten- und Pflegeheime Interesse an interkulturellen Qualifizierungsmaßnahmen gemeldet und es erfolgten Absprachen mit den Verantwortlichen in den Einrichtungen.

⁷⁰ Darüber hinaus konnten im Hochtaunuskreis weitere Fortbildungen zur interkulturellen Öffnung im Pflegebereich im Rahmen anderer Förderprogramme realisiert werden. Hierzu zählt die Veranstaltungsreihe „Internationale Kompetenz und Interkulturelle Öffnung“, die aus den vom Hessischen Kultusministerium zur Verfügung gestellten Sondermitteln durch das Bildungswerk der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) im Lande Hessen e.V. in Kooperation mit der vhs Hochtaunus, der vhs Bad Homburg und dem Sportkreis Hochtaunus, 2011 finanziert wurde. Im Rahmen dieser Sondermittel im Förderbereich 2 „Entwicklung von Kooperationen / Aufbau von Supportstrukturen mit HESSENCAMPUS“ wurde auch in der Modellregion Kassel 2011 die Tagung „Interkulturelle Arbeit mit Dementen - Labor zur Weiterentwicklung von Praxisansätzen“ mit dem Mitgliedsunternehmen Deutsche Angestellten-Akademie (DAA) Kassel und dem Kulturzentrum Schlachthof als Kooperationspartner durchgeführt.

⁷¹ Vgl. Arbeitskreis „Charta für eine kultursensible Altenpflege“ (2002): Für eine kultursensible Altenpflege. Eine Handreichung. Köln. http://www.kultursensible-altenhilfe.de/download/materialien_kultursensibel/handreichung.pdf. sowie Forum für eine kultursensible Altenhilfe (Hrsg.) (2009): Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe. Ein Beitrag zur interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege. Bonn u. a. http://www.kultursensible-altenhilfe.de/download/materialien_kultursensibel/memorandum2002.pdf.

rechte Maßnahmen für und mit Migrantinnen und Migranten zu entwickeln.

- Erfolgversprechende Wege um Prozesse der interkulturellen Orientierung und Öffnung von Pflegeeinrichtungen anzustoßen, stellen einerseits die Anwerbung von Pflegepersonal mit hoher interkultureller Kompetenz bei der Besetzung von Personalstellen und andererseits die Aus- und Fortbildung von Pflegenden in interkultureller Kompetenz dar. Die interkulturelle Kompetenz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss durch Fortbildungseinheiten sowie durch anwendungsbezogenes Coaching in interkulturellen Pflegebeziehungen gestärkt werden. Diese Prozesse benötigen die Unterstützung und Steuerung durch Pflegedienstleitung und Träger und sollten als bewusster Team-Entwicklungsprozess gestaltet werden. Zudem brauchen interkulturelle Öffnungsprozesse politische, fachliche sowie finanzielle Unterstützung.

9.2 Integrationsarbeit von Trägern und Einrichtungen im Bereich Sport und Gesundheit

Bekanntermaßen kann die Nutzung von Angeboten im Bereich Sport einen erheblichen Beitrag zur präventiven Gesundheitsvorsorge leisten. Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ werden zahlreiche Projekte im Handlungsfeld Sport gefördert, um die aktive Beteiligung an und Mitgestaltung von Sportangeboten in Vereinen durch Menschen mit Migrationshintergrund zu erhöhen.

Dies erfolgt einerseits unter dem Aspekt der Gesundheitsvorsorge, zugleich jedoch auch, um die gleichberechtigte Teilhabe von Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen und damit an sportweltlichen Teilnahme- und Teilhabestrukturen zu erhöhen. Dabei gilt es zu beachten, dass Sport nicht per se zur Integration beiträgt – vielmehr muss der Integrationsprozess im und durch den Sport

aktiv gestaltet werden.⁷² Da Vereine die sozialstrukturelle Differenzierung der Gesellschaft widerspiegeln, sollten zentrale Ausprägungsmerkmale von Zielgruppen wie Alter, Geschlecht und Bildungsschicht zudem bei der konkreten Ausgestaltung von Maßnahmen – auch von Angeboten, die integrierend wirken sollen – berücksichtigt werden, um eine Zielgruppenerreichung zu ermöglichen.



Modellregion Integration Kassel

Bei den in den Modellregionen geförderten Projektvorhaben in den Bereichen Sport und Gesundheit werden unterschiedliche Wege beschritten: Um Zugangsbarrieren zu Sportangeboten und Vereinen zu senken, wurde beispielsweise in Wetzlar eine Initiative ergriffen, die **mehrsprachige Informationsmaterialien** für Zugewanderte zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus wurden in nahezu allen Modellregionen **niedrigschwellige, offene und zum Teil für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kostenlose Zusatzangebote** im Bereich Sport geschaffen, um Breitensport für weitere Zielgruppen attraktiver zu gestalten. Beispielsweise wurden in der Modell-

⁷² Auch das vom Bundesministerium des Innern (BMI) und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) geförderte Programm „Integration durch Sport“ des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB), verfolgt die Zielsetzung der Stärkung einer gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an sportweltlichen Teilnahme- und Teilhabestrukturen und damit am gesellschaftlichen Leben. Dabei sind die Respektierung und Wahrung kultureller Vielfalt beim gleichzeitigen Anspruch aller, sich an rechtsstaatlichen und demokratischen Grundpositionen zu orientieren, von zentraler Bedeutung. Das Programm wird auf Landesebene eigenverantwortlich von Landes- und Regionalkoordinatoren umgesetzt, welche die Sportvereine, Netzwerkpartner und freiwillig Engagierten an der Basis in ihrer Integrationsarbeit konzeptionell, planerisch und organisatorisch unterstützen. Es wird in Hessen seit 1989 implementiert. Auch aus den Ergebnissen dieses Projekts geht hervor, dass Integrationspotenziale des (vereinsorganisierten) Sports nicht automatisch durch das gemeinsame Betreiben von Sport von Personen aus unterschiedlichen Kulturen freigesetzt werden, sondern durch gezielte Maßnahmen bewusst angeregt und gefördert werden müssen (vgl. Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) (Hrsg.) (2010): DOSB. Integration durch Sport. Programmkonzeption. Frankfurt. http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2011/DOSB_Programmkonzeption_IdS_Styleguide_asc.pdf).

region Main-Kinzig-Kreis/Hanau zwei Freizeitsportangebote im Rahmen des Landesprogramms neu eingeführt: Das Projekt **„Mitternachtssport“** wurde als ein offenes Sportangebot für Jugendliche ab 14 Jahre konzipiert. Ziel war es, den Jugendlichen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung außerhalb von Vereinsstrukturen zu bieten, da diese gerade für Jugendliche mit Migrationshintergrund häufig eine Barriere darstellen. Zudem wurde das **Projekt „Integration durch Sport“** ebenfalls als niederschwelliges Freizeitsportangebot etabliert, das sich mit breit gefächerten Inhalten nicht nur an Jugendliche richtete und einmal wöchentlich stattfand. Die Durchführung und Ausgestaltung erfolgte in

Auch in der Modellregion Wetzlar wurden für verschiedene, bislang unterrepräsentierte Zielgruppen, niedrigschwellige Zusatzangebote im Bereich Sport durch das Landesprogramm geschaffen. Im Rahmen des **„Radfahr-Projektes in Niedergirmes“** des Internationalen Bundes wurden Frauen mit und ohne Migrationshintergrund durch ein Mobilitätstraining dazu ermutigt, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Das Training erfolgte in Form eines Fahrradkurses, welcher die Mobilität und Selbstständigkeit der Teilnehmerinnen fördern und das Entstehen neuer Alltagssituationen bewirken sollte. Eine weitere Maßnahme stellt das Wetzlarer Schulschwimmprojekt dar.

Wetzlar: „Kurz-Information - Vordruck für Sportvereine in mehreren Sprachen“

Das Projekt des Sportkreises 13 Wetzlar möchte einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Sportvereine leisten und dazu beitragen, dass die Teilnehmerstrukturen der Sportvereine vielfältiger werden. Es geht von der Annahme aus, dass mangelnde Informationen bzw. Nichtverstehen der zur Verfügung gestellten Informationen die Hemmschwelle heraufsetzen, sich selbst oder seine Kinder in einem Sportverein anzumelden. Durch das Angebot mehrsprachiger Informationen soll in einem ersten Schritt diese Hemmschwelle gesenkt und den Zuwanderern signalisiert werden, dass sie in dem jeweiligen Verein willkommen sind.

Zusammenarbeit mit Vertretern des Islamischen Kulturvereins. Zentrales Ziel war es, die Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an gemeinsamen Freizeitaktivitäten im Rahmen des Vereinslebens zu intensivieren. In beiden Projekten sollten durch den gemeinsamen Sport von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund auch gegenseitige Achtung, Toleranz und Respekt gefördert werden.

Aus den Erfahrungen mit der Umsetzung des Projekts geht hervor, dass die Akzeptanz der Maßnahme durch die Schulen, Eltern und Kinder von Anfang an sehr hoch war. Der Bedarf überstieg deutlich die angebotenen Kapazitäten. Die Zusammenarbeit mit dem durch ehrenamtliche Helferinnen und Helfer unterstützten Netzwerk aus Schulen, Eltern, Vereinen, Schulamt und Sportamt wurde von den Projektdurchführenden als sehr erfolgreich bewertet.

Wetzlar: „Schwimmi“ - Das Wetzlarer Schulschwimmprojekt

Das Projekt des Sportamts der Stadt Wetzlar richtet sich an Grundschulkindern in der zweiten Klasse, die noch nicht schwimmen können. Im Anschluss an den Regelunterricht des Schulcurriculums wird von lizenzierten Trainerinnen und Trainern ein kostenfreies Schwimmangebot durchgeführt. Insbesondere Mädchen mit Migrationshintergrund sollen von diesem Zusatzangebot profitieren, da diese Zielgruppe bereits deutlich vor der Pubertät an den Schwimmsport herangeführt und Schwimmkompetenz erwerben sollen, bevor Problematiken auf ethnisch-kultureller oder religiöser Grundlagen einer Wassergewöhnung entgegenstehen. Die ergänzenden Schwimmkurse finden pro Schuljahr sechs Mal mit je 12 Trainingseinheiten statt. Die teilnehmenden Kinder sollen nach erfolgreichem Besuch die Anforderungen an das „Seepferdchen-Schwimmabzeichen“ erfüllen. Über einen ebenfalls kostenlosen Zusatzkurs der Sportvereine besteht im Anschluss die Möglichkeit zur Einbindung in die sozialen Gemeinschaften der ortsansässigen Sportvereine.



Modellregion Integration Wetzlar

Neben diesen Projekten zur Etablierung und Finanzierung gezielter Einzelangebote im Bereich Sport und Gesundheit wurden in den Modellregionen zudem Initiativen gefördert, die **Prozesse der interkulturellen Orientierung und Öffnung innerhalb der Einrichtungen in den Themenfeldern Gesundheit und Sport** anregen bzw. weiterentwickeln möchten. So entschied sich beispielsweise der Projektträger Werkstätten Hainbachtal im Bereich Gesundheitsförderung und -aufklärung in der Modellregion Offenbach gezielt dafür, im Rahmen des Landesprogramms bereits angestoßene Prozesse der interkulturellen Öffnung auszubauen.

Für die Facheinrichtung für Erwachsene mit geistiger oder seelischer Behinderung aus der Stadt Offenbach am Main, in der viele Menschen mit Migrationshintergrund vertreten sind, bezieht sich Integration auf zwei Aspekte: zum einen auf Integration von Menschen mit Behinderung in die Arbeitswelt; zum anderen auf Integration von Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Familien in die Gesellschaft. Da die Konstellation dieser zwei Merkmale vom Projektträger im Sinne von „Diversity Management“ als eine besonders hohe Herausforderung bei der Organisation und Durchführung der täglichen Arbeitsprozesse wahrge-

nommen wird, hat die Institution die Relevanz einer interkulturellen Öffnung sehr früh erkannt. Entsprechend fortgeschritten ist die Phase der Entwicklung von interkulturellen Kompetenzen bei Angestellten nach Einschätzung des Projektträgers.⁷³ In einem zweiten Schritt wurden im Rahmen des Modellregionenprogramms die Eltern, Familien und Angehörigen der behinderten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Prozess einbezogen. So entstand ein regelmäßiger „Informations- und Austauschtreff türkischsprachiger Angehöriger“, der von einer Sozialpädagogin mit ebenso türkischen Herkunft geleitet wurde.⁷⁴ Aus den Projekterfahrungen geht hervor, dass eine bessere Unterstützung und ein besseres interkulturelles Verständnis möglich ist, wenn eine gezielte Zusammenarbeit mit den Familien erfolgt. Thomas Ruff, Geschäftsführer, Werkstätten Hainbachtal gemeinnützige GmbH äußert sich dazu folgendermaßen: **„Wir können nicht warten, dass die anderen sich bewegen und auf uns zukommen. Das tun sie teilweise schon, ohne dass wir es bemerken. Jetzt ist es an uns, offensiv auf die Menschen zuzugehen!“**

Des Weiteren werden in den Modellregionen durch das Landesprogramm verschiedene Projekte gefördert, die **Prozesse der interkulturellen Öffnung von**

⁷³ Unter anderem fanden seit 2010 Seminare zur Erhöhung interkultureller Kompetenz statt.

⁷⁴ Vgl. <http://www.offenbach.de/offenbach/themen/leben-in-offenbach/integration-und-zusammenleben/modellregion-integration/>

Offenbach: Informations- und Austauschtreff türkischsprachiger Angehöriger behinderter Menschen

Die Werkstätten Hainbachtal bieten im Sinne von Sozialgesetzbuch IX Arbeit, Lebensraum und kompetente Betreuung für Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung mit dem Ziel, ihnen die soziale und berufliche Integration zu erleichtern. Ziel dieses Projektes ist es, einen Raum für Austausch über verschiedene Themen wie Gesundheit, Erziehung und Soziales zu bieten, Angehörige zu ermutigen und das Vertrauensverhältnis zwischen ihnen und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu vertiefen. Mittelfristig ist die Entstehung einer Selbsthilfegruppe vorgesehen. Dadurch soll die Zusammenarbeit optimiert und das Wohl und die gesundheitliche Versorgung dieser Zielgruppe verbessert werden. Das Projekt ermöglicht die Partizipation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern türkischer Herkunft und ihren Angehörigen auf Grund besserer Information wie einen besseren Zugang zum Gesundheitssektor. Durch die Wahrnehmung von Unterschieden im Umgang mit Behinderung in anderen Kulturen auf der einen Seite, und die Wahrnehmung von vielfältigem Angebot für diese Gruppe auf der Seite der Adressaten wird der angestoßene Prozess der interkulturellen Öffnung bei den Werkstätten Hainbachtal gleichzeitig verfestigt.

Sportvereinen generieren und zu einer nachhaltigen Veränderung der Vereinsstrukturen beitragen möchten. So setzt beispielsweise im Hanauer **Projekt „Qualifizierung von Vereinen“** (8.3) an vorhandenen Potenzialen von Vereinsmitgliedern an, um diese durch verschiedene Fortbildungsmodulen zu professionalisieren und zur Selbstanalyse und Selbsteinschätzung auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung



Modellregion Integration Offenbach

zu befähigen. Zudem werden Kooperationen zwischen Vereinen aus verschiedenen Kulturen, unter anderem zur Nutzung von Sportstätten,⁷⁵ angeregt und Menschen mit Migrationshintergrund dazu motiviert, Ämter in Vereinen zu übernehmen.

Des Weiteren gibt es ähnliche Projekte in den Modellregionen, in denen Menschen mit Migrationshintergrund gezielt als **Multiplikatoren für die Wahrnehmung bestimmter Ämter und Funktionen in den Vereinen** ausgebildet werden. In Wetzlar erfolgt beispielsweise eine gezielte Qualifizierungsoffensive für mehr Übungsleiterinnen und Übungsleiter mit Migrationshintergrund, die als „Integrationsvorbilder“ in den Vereinen und als Vorbilder für jüngere Mitglieder agieren sollen (vgl. Projektbeschreibung in Kapitel 9.3). Auch die im Rahmen des Landesprogramms geförderten Projekte „Kassel bewegt Kulturen“ und „Ausbildung und Beschäftigung von jungen Migranten und Migrantinnen als Trainer, Übungsleiter und Projektleiter“ des Boxclubs Nordend in Offenbach, verfolgen ähnliche Ansätze. Sie bilden Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund zu Trainerinnen und Trainern bzw. Übungsleiterinnen und Übungsleitern aus, um den Zugang zu neuen Zielgruppen zu erleichtern und die Vereine interkulturell öffnen sollen (vgl. Projektbeschreibungen in Kapitel 8.3). Aus den Erfahrungen mit der Durchführung dieser Projekte ging hervor, dass sich die Phase der Gewinnung der Zielgruppe

⁷⁵ Beispielsweise kann nun der Bosnische Kulturverein Sport auf dem Trainingsgelände des VfR Kesselstadt ausüben.

für die Teilnahme als zeitintensiv gestalten kann. Für die Mobilisierung der Interessen und Erreichung verbindlicher Teilnahmezusagen müssen Vereine vom Mehrwert des Projekts überzeugt werden sowie das Vertrauen der Interessenten gewonnen werden.

Zudem wird in der Modellregion Kassel ein interessantes Projekt gefördert, das sich für die zielgruppengerechte Weiterentwicklung und Anpassung eines bereits etablierten Präventiv- und Gesundheitsangebot für die Gruppe der älteren Migrantinnen einsetzt.

Im Rahmen des Projekts werden Handbücher in unterschiedlichen Sprachen mit an den Zielgruppen angepassten Gedächtnis- und Sportübungen erstellt, welche die Grundlage einer langfristigen Öffnung der Angebote für eine breitere Zielgruppe bilden und demnach die Ergebnisse für den Transfer nachhaltig sicherstellen.

Migrationshintergrund als Trainerinnen und Trainer für die Durchführung von Angeboten für ältere Migrantinnen und Migranten). Es empfiehlt sich, vorab eine Bedarfsanalyse durchzuführen.

- Da Integrationspotenziale nicht per se durch das gemeinsame Betreiben von Sport von Personen aus unterschiedlichen Kulturen freigesetzt werden, müssen gezielte integrationsfördernde Maßnahmen seitens der Vereinsvorstände und Projektträger bewusst angeregt und gefördert werden. Dazu zählen Prozesse einer gezielten interkulturellen Öffnung von Sportvereinen: Qualifizierungsoffensiven für die Gewinnung von Multiplikatoren mit Migrationshintergrund für die Wahrnehmung bestimmter Ämter und Funktionen in den Vereinen können diesen Prozess der interkulturellen Öffnung der Vereinsstrukturen nachhaltig anstoßen.
- In Sportvereinen sollte eine Willkommenskultur etabliert bzw. weiterentwickelt werden. Die Bereitstellung mehrsprachiger Informationsma-

Kassel: „Sport verbindet - ein Gesundheitsprojekt für ältere Migrantinnen“

An über 20 Standorten im ganzen Stadtgebiet von Kassel treffen sich ältere Menschen regelmäßig, um gemeinsam unter Anleitung Gedächtnis, Beweglichkeit und Koordination zu trainieren und sich in kleinen Gruppen auszutauschen. Durch das regelmäßige kombinierte Psychomotorik- und Gedächtnistraining wird die körperliche und geistige Gesundheit von älteren Personen gefördert, die Lebensqualität erhöht und Demenzerkrankungen vorgebeugt. Um dieses präventive Gesundheitsangebot insbesondere auch für ältere Frauen mit Migrationshintergrund zu öffnen, werden im Rahmen des Landesprogramms durch den Projektträger Frauentreff Brückenhof - Verein zur Förderung stadtteilbezogener Frauenbildung e.V. - Migrantinnen mit Sprachkenntnissen in Dari, Türkisch oder Russisch für die Ausbildung zu „GRIPS-Trainerinnen“ gewonnen.⁷⁶ Ziel ist es, die Angebotsstruktur der zuvor primär von Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte besuchten „GRIPS-Gruppen“ auf die Lebenssituation der jeweiligen Zielgruppen älterer Migrantinnen anzupassen und deren Bewusstsein für eine selbstständige Gesundheitsförderung zu stärken.

Empfehlungen für Trägern und Einrichtungen, die Integrationsarbeit im Handlungsfeld Sport leisten möchten:

- Um den Breitensport für weitere Zielgruppen attraktiver zu gestalten, sollen niedrigschwellige und offene Zusatzangebote im Bereich Sport geschaffen und gefördert werden. Ein erfolgversprechender Weg besteht zudem in der Weiterentwicklung und Anpassung bereits etablierter Angebote an die Bedürfnisse neuer Zielgruppen (z.B. durch die Qualifizierung von Menschen mit

terialien kann z.B. die Zugangsbarrieren zugewanderter Menschen zu Sportangeboten und Vereinen senken, indem sie nicht nur zur Überwindung sprachlicher Verständigungsprobleme beitragen, sondern auch ein Signal der Offenheit für andere Kulturen setzen.

⁷⁶ GRIPS basiert auf dem Programm Sim-A (Selbstständig im Alter).



9.3 Vernetzung der Akteure in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit

Wege zur Vernetzung von Akteuren und Angeboten im Handlungsfeld Sport und Gesundheit sind vielfältig und werden unter anderem auch im Rahmen der Umsetzung des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ erprobt. Eine Vorgehensoption zur Herstellung einer besseren Vernetzung besteht darin, sich einen umfassenden **Überblick über lokale und regionale Angebotsstrukturen** in diesen Handlungsfeldern zu verschaffen, um eine passgenaue und bedarfsgerechte Zielgruppenansprache und Vermittlung von Kundinnen und Kunden vornehmen zu können. Beispielsweise hat

der Träger DRK Hochtaunuskreis im Rahmen des Projekts **„Integration durch Gesundheitsförderung und freizeitstrukturierende Maßnahmen von Kindern mit Migrationshintergrund und Sozialhilfespruch“** viele Kontakte mit Institutionen und weiteren Akteuren im Bereich Gesundheitsförderung geknüpft, um einen besseren Zugang zu ihrer Zielgruppe zu finden.

Eine weitere Möglichkeit zur Vernetzung in diesem Themenfeld besteht in der **Kooperation einzelner Träger zur Schaffung gemeinsamer Angebote.**

„ Der Sport bringt Bewegung in die Integration. Sport kennt keine Grenzen und spricht alle Sprachen. Er fördert das Fairplay sowie die Begegnung von Menschen unterschiedlicher sozialer, kultureller und ethnischer Herkunft.

Sportamt Wetzlar



Kassel: „Sport und Spaß - so leicht geht das“

Ziel des Projektes „Sport und Spaß - so leicht geht das“ des städtischen Sportamtes ist es, dauerhafte Netzwerk- und Kooperationsstrukturen zwischen dem FreizeitSportClub Dynamo Windrad e.V. und dem SV Türkgücü Kassel 1972 e.V., dem Sportamt sowie der Sportjugend Hessen aufzubauen. Unter Einbeziehung lokaler Akteure wird im Rahmen dieses Projektes ein offenes Breiten- und Sportangebot erstellt, welches insbesondere Mädchen und jungen Frauen aus benachteiligten Familien mit und ohne Migrationshintergrund zugänglich ist. Neben einem zusätzlichen Sportangebot in einer Kasseler Grundschule und Kindertagesstätte wird die Erhöhung des Mädchenanteils im eigenständig organisierten Straßenfußballnetzwerk „streetbolzer“ angestrebt.

Wetzlar: Bewegungsgutschein für Erstklässlerinnen und Erstklässler

Zielgruppe des Projektträgers Wetzlarer „Sportkreis 13“ sind Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, die die erste Schulklasse besuchen. Der Bewegungsgutschein ermöglicht den Kindern, jeweils vom Schuljahresbeginn bis zum Jahresende kostenfrei ein Sportangebot ihrer Wahl in Wetzlar zu besuchen. Die Werbung für diese Initiative erfolgt durch Klassenlehrerinnen und Klassenlehrer, aber auch durch das Schulamt, Gesundheitsamt, Vereine, Schulleitungen und Elternvertretungen. Ziel des Projektes ist es, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund frühzeitig in Sportvereine einzubinden sowie deren Eltern und Geschwister über die Vorzüge der Sportprogramme zu informieren.

Beispielsweise findet sich ein solches Verbundprojekt in der Modellregion Kassel, bei dem sich auch Migrantenorganisationen an der Etablierung neuer Angebote beteiligen.

Bemerkenswert ist bei diesem Projekt, dass neben der Zusammenarbeit bei der Gestaltung und Durchführung von Einzelangeboten, das Ziel der Schaffung und Erprobung neuer Formen der Koopera-

Teilnahme an Sportangeboten eingeführt, der von den teilnehmenden Trägern und Institutionen gemeinsam beworben wurde.

Bei der Umsetzung des Projekts wurde deutlich, dass es an mehreren Schulen notwendig war, die Lehrkräfte durch Vertreter des Sportkreises direkt anzusprechen, um zu verdeutlichen, dass es wichtig ist, mit Kindern und Eltern über das vielfältige

Kassel: „Kassel bewegt Kulturen - Das Miteinander zählt“ Übungsleiterausbildung für Frauen mit Migrationshintergrund

Ziel des vom Landessportbund Hessen getragenen Projektes „Kassel bewegt Kulturen - Übungsleiterausbildung für Frauen mit Migrationshintergrund“ ist es, Frauen für eine Übungsleiterausbildung zu gewinnen und darüber gezielt Kasseler Sportvereine zu unterstützen, ihre Angebotsstruktur für kultur- und geschlechtersensible Sportangebote zu öffnen oder weiter auszubauen. Im Projektverlauf haben von anfänglich 20 Frauen 13 erfolgreich diese zertifizierte Ausbildung abgeschlossen. Die Ausbildung von Migrantinnen zu Übungsleiterinnen und deren anschließende Vermittlung und Anbindung an Kasseler Sportvereine verfolgt zwei Ziele. Zum einen sollen die Vereine dabei unterstützt werden, ihre Strukturen und Angebote interkulturell zu öffnen. Zum anderen bietet sich für die Vereine, die dieses Projekt unterstützen, die Möglichkeit, neue Zielgruppen für das Vereinsleben zu gewinnen und dem Übungsleitermangel aktiv zu begegnen. Das Projekt versteht Integration als Schnittstellenarbeit und strebt ein Zusammenwirken von Sportvereinen, dem Sportkreis, Zuwanderungsorganisationen, Kultur- und Stadtteilzentren sowie kommunalen Einrichtungen an.

tion zwischen den verschiedenen Ebenen Land (Sportjugend Hessen), Kommune (Sportamt) und lokalen Vereinen explizit verfolgt wird.

Eine weitere Möglichkeit zur Vernetzung in diesem Themenfeld besteht in der **Abstimmung bei der Öffentlichkeitsarbeit** und Bekanntmachung von Angeboten. In der Modellregion Wetzlar wurde beispielsweise ein allgemeiner Gutschein für die

Angebot ausführlich zu sprechen. Das Angebot stieß dennoch nur auf geringe Resonanz; so wurden im Jahr 2011 insgesamt nur 20 Gutscheine eingelöst. Entsprechend wurde das Projekt 2013 nicht fortgesetzt.⁷⁷

Zudem bieten die bereits in 9.2. beschriebenen **Qualifizierungsinitiativen** zur Ausbildung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit Migra-

⁷⁷ Ein möglicher Grund für die geringe Inanspruchnahme der Gutscheine wurde in einer unzureichenden Vermarktung gesehen. Daher wurde eine Verbindung der Gutscheinaktion mit anderen Projekten vorgeschlagen, um durch Multiplikatoren die Kinder besser zu erreichen und die Gutscheine in Erinnerung zu rufen. Ein ähnliches Projekt, das in Marburg durchgeführt wurde, verlief hingegen sehr erfolgreich und stieß auf eine hohe Resonanz bei der Zielgruppe.



Modellregion Integration Hochtaunuskreis

tionshintergrund als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und Übungsleiterinnen bzw. Übungsleiter Potenzial für gemeinsame Ansätze. Ein Beispiel hierfür stellt das Projekt „Kassel bewegt Kulturen – Das Miteinander zählt“ dar.

Empfehlungen für Akteure, die sich in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit vernetzen möchten:

- Vernetzungsstrukturen in den Handlungsfeldern Sport und Gesundheit können zu einer passgenauen und bedarfsgerechten Vermittlung von Kundinnen und Kunden in gesundheitlich-präventive und weitere Sportangebote beitragen. Dafür ist die Schaffung eines umfassenden Überblicks über lokale und regionale Angebotsstrukturen in diesen Handlungsfeldern ein äußerst relevanter Faktor.
- Im Zuge einer interkulturellen Öffnung von Institutionen und Strukturen bietet es sich an, bei der Schaffung und Bewerbung gemeinsamer Angebote und Verbundprojekte auch Migrantenorganisationen aktiv zu beteiligen.



10

Handlungsfeld
Lokale Öffentlichkeit

10 Handlungsfeld Lokale Öffentlichkeit

Das Einbeziehen und Informieren der lokalen Öffentlichkeit über integrationspolitische Prozesse, Maßnahmen und Akteure in Form einer gezielten, **strategischen Öffentlichkeitsarbeit** stellt ein weiteres wesentliches Aktionsfeld bezüglich der Durchführung des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ – sowohl auf Landesebene als auch in den einzelnen Modellregionen – dar. Im Hinblick auf die Ziele des Landesprogramms ist das Handlungsfeld Lokale Öffentlichkeit vor allem für eine Verbes-

und in die Diskussion über die Umsetzung der Ziele und Maßnahmen in den einzelnen Modellregionen einzubeziehen. In den teilnehmenden Städten und Kreisen folgten auf eine Auftaktveranstaltung jährliche Integrationsworkshops sowie verschiedene weitere Konferenzen, Fachtagungen, Feste und Treffen (beispielsweise zur Entwicklung eines Integrationskonzepts oder im Rahmen der geförderten Projekte). In den Veranstaltungen konnten die Ziele des Modellregionenprogramms vorgestellt, die Schwerpunktsetzung unter Berücksichtigung der jeweiligen Situation vor Ort festgelegt oder einzelne Maßnahmen (weiter-)entwickelt werden. Im Landes-



Modellregion Integration Offenbach

serung der Transparenz über lokale Integrationspolitik und -arbeit von Bedeutung. Zudem kann eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit die Partizipation von Personen mit und ohne Migrationshintergrund positiv beeinflussen. Als entscheidender Faktor für die Ermöglichung und Förderung des partizipativen Gedankens wurde im Modellregionenprogramm die Betonung eines **Potenzialansatzes** im Umgang mit den Themen Zuwanderung und Integration erachtet.

Im Rahmen des Landesprogramms „Modellregionen Integration“ stellten **Workshops, Arbeitstreffen und Konferenzen** ein relevantes Mittel dar, um sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund über das Modellregionenprogramm zu informieren

programm gab es für die Themenauswahl sowie die Ausrichtung der Veranstaltungen in der Regel keine strikten Vorgaben an die Durchführenden in den einzelnen Modellregionen. Wie beschrieben, legte das Land Wert darauf, dass sich die Workshops an den Bedarfen vor Ort orientierten und wurde lediglich bei der Themenfindung unterstützend bzw. beratend tätig. Die Erfahrungen aus den Modellregionen belegen, dass sich eine individuelle, an die spezifische Situation in der einzelnen Modellregion angepasste Herangehensweise an das Thema Integration bewährt hat.

Während in vielen Modellregionen die Auftaktworkshops zunächst darauf ausgerichtet waren eine mög-

lichst breite Öffentlichkeit über das Vorhaben zu informieren und für Themen der Integrationspolitik bzw. -arbeit zu sensibilisieren, erfolgte in den weiteren Workshops überwiegend durch eine spezifische Themenauswahl eine Eingrenzung der Teilnehmerzahl. Durch die Vorgehensweise über die Themensetzung und die darauf ausgerichtete Auswahl der Teilnehmenden für Veranstaltungen bestand zum einem die Möglichkeit einer vertiefenden Beschäftigung mit ausgewählten Themen und zum anderen die Gelegenheit einer Vernetzung relevanter Akteure, sowohl zum fachlichen Austausch als auch zur Konkretisierung weiterer Schritte in den jeweiligen Themenfeldern. Es erwies sich als hilfreich, Dokumentationen der Workshops zu erstellen und den Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie weiteren Interessenten zur Verfügung zu stellen. Dadurch konnte der Austausch strukturiert, die erarbeiteten Ergebnisse nachhaltig gesichert und folglich die Transparenz erhöht werden. Die gesammelten Erfahrungen und Einsichten konnten dadurch auch für einen breiteren Kreis aufbereitet und bereitgestellt werden.

Eine besondere Gelegenheit zur Präsentation der Modellregion und zum Informieren der Öffentlichkeit über Integrationsthemen bestand in zwei Modellregionen in dem dort stattfindenden **Hessentag**⁷⁸ (Oberursel/Hochtaunuskreis 2011 und Wetzlar 2012). Der Hessentag zielt auf eine Identifikation mit der jeweiligen Stadt ab. Auf dem Hessentag in Wetzlar stellte Integration unter dem Titel „kulturell – lebendig – bunt“ sogar eines der Schwerpunktthemen dar. Im Rahmen des Hessentages in Wetzlar präsentierte sich die Modellregion mit ihren Zielen und Einzelprojekten täglich. Darüber hinaus umfasste die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Zusammenhang eine Ausstellungseröffnung, Diskussionsveranstaltungen mit dem Integrationsminister und zahlreiche interkulturelle (Kultur-) Veranstaltungen. Beispielsweise wurden in Wetzlar eine Ausstellung zum Thema „50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei“, das Projekt „Mein Werther – dein Werther – unser Werther“ mit einem internationalen Leseabend oder Kabarettveranstaltungen durchgeführt. Aus den Erfahrungen der Stadt Wetzlar mit dem Hessentag zeigte sich, dass bei einer guten Einbindung des Themas Integration und der

Betonung von Gemeinsamkeiten und einer gemeinsamen Geschichte, alle Bevölkerungsgruppen in den Identifikationsprozess mit der Stadt Wetzlar eingeschlossen werden können. In Oberursel präsentierte sich 2011 der Hochtaunuskreis in der Landesausstellung mit drei Themen: Bildung, Gesundheit und Integration. Flyer informierten über die Arbeit der Modellregion und die Besucherinnen und Besucher hatten die Möglichkeit, an einem Quiz zum Thema Zuwanderung und Integration im Hochtaunuskreis teilzunehmen. Außerdem verlieh



Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau

der Hessische Integrationsminister in der Landesausstellung Zertifikate an die ausgebildeten Lotsinnen und Lotsen der drei im Hochtaunuskreis geförderten Freiwilligenprojekte (vgl. 8.1).⁷⁹ An einem Tag fanden zudem zwei Veranstaltungen im Rathaus Oberursel statt: eine Vorstellung der drei oben genannten Freiwilligenprojekte und eine Podiumsdiskussion zum Thema „Erfolgreiche Migrantinnen und Migranten im Hochtaunuskreis“.

Adäquate Maßnahmen und Aktivitäten mit dem Ziel einer **Verbesserung der Transparenz von Strukturen und Maßnahmen** sind ein weiteres Mittel, um die lokale Öffentlichkeit über integrationspolitische

⁷⁸ Der Hessentag wird jährlich seit 1961 von und in unterschiedlichen hessischen Städten ausgerichtet. Über mehrere Tage finden verschiedene kulturelle Veranstaltungen mit dem Ziel statt, Menschen zusammen zu führen (vgl. <http://www.hessentag-2012.de>).

⁷⁹ In der Modellregion Hochtaunuskreis werden im Rahmen des Landesprogramms insgesamt drei Lotsenprojekte gefördert: Das „Bildungscoaching für Migranten in Steinbach“ der Caritas Hochtaunus, die „Familios – Familienlotsen für Migranten“ der Freiwilligenagentur Neu-Anspach sowie die „Einrichtung einer Lotsenvermittlungsstelle für Migrantinnen und Migranten im Hochtaunuskreis“.



Prozesse zu informieren und einzubinden. Aus der Durchführung des Landesprogramms liegen Erfahrungen mit verschiedenen Kommunikationsstrategien vor, um die breite Öffentlichkeit über die für integrationspolitische Strukturen zuständigen Personen in der Verwaltung und das Landesprogramm mit seinen Zielen zu informieren sowie die Bemühungen der Stadt bzw. des Landkreises zum Thema Integration bekannt zu machen. Diese Strategien reichen von einer traditionellen Pressearbeit bis hin zum Aufbau eines Internetwegweisers über Träger und Angebote im Bereich Integration.

Aktive Kommunikatoren können dabei neben den **Programmkoordinatorinnen bzw. dem Programmkoordinator**, die durch ihre Stellung und Funktion über wichtige persönliche Kontakte verfügen⁸⁰, Träger und weitere Akteure vor Ort oder das Integrationsministerium⁸¹ sein: Gerade den **Projektdurchführenden und Trägern** fällt eine nicht zu unterschätzende Rolle im Prozess der Bekanntmachung der Strukturen und der Öffentlichkeitsarbeit für das Modellregionenprogramm zu. Presseberichte zu den Projekten, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und das Informieren der Zielgruppe sind wichtige Ergänzungen zur Öffentlich-

keitsarbeit der Modellregionen. Dabei erwies es sich auch als förderlich, Träger, Vereine und Migrantenorganisationen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, wie dies beispielsweise in Offenbach im Projekt „Gemeinsam für Integration“ (vgl. 8.2) oder in Hanau durch die enge Zusammenarbeit mit der städtischen Pressestelle erfolgt. Nicht zuletzt zeigte es sich in den teilnehmenden Kommunen und Kreisen, dass auch die **Öffentlichkeitsarbeit seitens des Integrationsministeriums** vor Ort von großer Bedeutung ist. Insbesondere mit den Besuchen des Ministers, des Staatssekretärs, des Abteilungsleiters, der Projektleitung und auch der weiteren Mitarbeiterinnen des Fachreferats wird der Arbeit der Modellregionen sowie den einzelnen geförderten Projekten nochmals verstärkt öffentliches Interesse und Anerkennung entgegengebracht.



Modellregion Integration Wetzlar

Die folgenden Maßnahmen zeigten sich in den Modellregionen aus Sicht der Programmkoordinatorinnen bzw. des Programmkoordinators neben der Nutzung persönlicher, direkter Kontakte als wirkungsvolle Mittel, um eine **größtmögliche Transparenz der integrationspolitischen Strukturen** zu schaffen:

⁸⁰ Auch in diesem Zusammenhang sind Prozesse zur Entwicklung eines Integrationskonzepts in Arbeitsgruppen, der Aufbau und die Teilnahme an Steuerungsgruppen sowie Netzwerken oder die Durchführung von Veranstaltungen zu erwähnen.

⁸¹ Vgl. hierzu beispielsweise den „Hessischen Integrationskompass“ (www.integrationskompass.de). Auf dieser Internetplattform können Träger und weitere Akteure Projekte einstellen und über Maßnahmen informieren. Viele der Einträge weisen Bezüge zum Modellregionenprogramm auf.

Alle Modellregionen erachten eine Öffentlichkeitsarbeit über die traditionelle **Pressearbeit** mit Pressemitteilungen und -konferenzen als bedeutend. Dies erfordert auf Grund begrenzter personeller Ressourcen zumeist eine Zusammenarbeit mit der jeweiligen lokalen Pressestelle, was in vielen Modellregionen zu einer intensivierten Vernetzung innerhalb der Verwaltung mit dieser Abteilung führte. Dabei bot es sich an, gezielte Absprachen mit der Pressestelle hinsichtlich der Verbreitung von Kurzinformationen über die Umsetzung des Landesprogramms in den Modellregionen oder die Ankündigung von geförderten Projekten (z. B. durch

Städte und Landkreise wurden auf den kommunalen Websites Rubriken für die Modellregionen eingerichtet. Neben der allgemeinen Vorgehensweise wird dort auch über geförderte Projekte berichtet. Um interessierte Personen darüber hinaus erreichen zu können, wurden dort Adressverteiler aufgebaut (z. B. im Hochtaunuskreis), welche einen besseren Kontaktaufbau zwischen den Akteuren ermöglichen.

In Wetzlar, beispielsweise, werden neue Medien sehr intensiv in die Öffentlichkeitsarbeit einbezogen. Zum einen werden Informationen über die

Wetzlar: HessenCam

HessenCam ist ein Video-Blog-Projekt der katholischen Domgemeinde Wetzlar, welches 2010 begann. Das Projekt richtet sich vor allem an jugendliche Schülerinnen und Schüler ab 14 Jahren, die einen Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung haben und sozial benachteiligt sind oder eine Lernbehinderung haben. Die Jugendlichen werden hierbei zu „Videoreportern“ ausgebildet, um die Geschehnisse des Hessentags und anderer integrationspolitischer Themen zu dokumentieren, aufzuarbeiten und auf ihrem YouTube- und Daily-Motion-Kanal zu präsentieren. Sie werden an neue Technologien herangeführt und bekommen gleichzeitig die Möglichkeit, eine selbstständige Recherche und Berichterstattung über das eigene Lebensumfeld durchzuführen. Das Ziel des Projekts besteht in erster Linie im Aufbau eines Netzwerks für Toleranz und Integration zwischen verschiedenen Kulturen und sozialen Schichten durch interkulturelle Begegnungen zwischen den Schülerinnen und Schülern. Auch sollen demokratische Bildungsprozesse und kreative Beteiligungsformen gefördert, das Selbstwertgefühl der Jugendlichen gestärkt und sie zur Eigeninitiative ermutigt werden. Unterschiedliche Sozialisationen werden beispielsweise von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund direkt oder indirekt thematisiert.

die Erstellung von Flyern) einzugehen und Bekanntmachung von Veranstaltungen.

Darüber hinaus ist der direkte Austausch mit Vertretern der lokalen Presse – einschließlich der Journalisten von fremdsprachigen Medien – ein wichtiger Bestandteil einer systematischen Kommunikationsstrategie. Ein solcher Austausch sollte nicht nur anlassbezogen erfolgen, sondern auch für einen allgemeinen Diskurs über die Berichterstattung zu Themen wie Integration, Migration und Diskriminierung genutzt werden, mit dem Ziel, Medienvertreterinnen und -vertretern für diese Themen zu sensibilisieren und entsprechende Absprachen zu treffen.

Eine besondere Bedeutung zum Informieren der Öffentlichkeit messen die Modellregionen zudem den **neuen Medien** bei: In jeder der teilnehmenden

Modellregion und ihre Projekte in einem Newsletter verbreitet. Zum anderen gibt es das Projekt „**HessenCam**“ der Medienwerkstatt Westend.

Das Projekt erweist sich als eine wertvolle Ergänzung der bisherigen Öffentlichkeitsarbeit der Stadt im Themenbereich Zuwanderung und Integration, welche auf Grund ihrer verwendeten Medien vor allem auf eine jüngere Zielgruppe ausgerichtet ist. In das HessenCam-Projekt werden vor allem Jugendliche eingebunden und erreicht. Aber auch verschiedene Schulen werden in das Projekt einbezogen. Die Schülerinnen und Schüler lernen neben dem Umgang mit neuen Medien das Drehen und Bearbeiten von Filmen. Da nicht nur über Belange der Modellregion, sondern allgemein zu den Themen Zusammenleben, Zuwanderung und Integration sowie über kulturelle Themen berichtet wird, sind Jugendliche in die Diskussionen innerhalb der

Stadt zum Themenbereich Zuwanderung und Integration und dessen Strukturen involviert. Somit trägt das Projekt zum öffentlichen Diskurs in der Modellregion bei.

Ein weiteres Ziel des Modellregionenprogramms besteht darin, den **Überblick über bereits bestehende Programme**, Projekte und Maßnahmen in den teilnehmenden Städten und Landkreisen zu verbessern, um diese stärker aufeinander abstimmen zu können sowie Potenziale bzw. Lücken zu identifizieren. Maßnahmen für solch eine **Bestandsaufnahme** werden in den Modellregionen auf unterschiedliche Art und Weise unternommen. Die Koordination und Begleitung der über das Landesprogramm geförderten Projekte liegt bei den Pro-

beispielsweise mit der Einrichtung eines Programmbeirats in der Modellregion Wetzlar ein breiter Rahmen für die Koordination der Projekte geschaffen: Die Beteiligten – unter anderem der Oberbürgermeister, verschiedene Amtsleiter, die Programmkoordinatorin sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und des Integrationsministeriums – kommen jährlich zusammen, um über laufende Projekte zu sprechen und Vorschläge für zukunftsfähige Projekte zu diskutieren.

Auch das **Einbinden der Projektdurchführenden** erwies sich in einzelnen Modellregionen als gewinnbringend für einen verbesserten Überblick über die Projekte. In Kassel und dem Hochtaunus-



Modellregion Integration Offenbach

grammkoordinatorinnen und dem -koordinator. Diese sind darüber hinaus für die Vernetzung der Projekte untereinander und mit weiteren in der Stadt bzw. dem Kreis angebotenen Maßnahmen zuständig. So können **Querverbindungen zwischen Projekten** geschaffen werden. Die Modellregionen gehen auch hierbei unterschiedlich vor. So wurde

kreis wurden beispielsweise ein „Markt der Möglichkeiten“ bzw. eine „Netzwerkauktion“⁸² für Träger von Projekten durchgeführt. Dies geschah im Hochtaunuskreis mit dem Ziel, dass sich der Kreis als neuer Akteur im Integrationsbereich vorstellen und zugleich mit Trägern in Kontakt kommen konnte. Zudem lädt die Programmkoordinatorin halbjähr-

⁸² Der „Markt der Möglichkeiten“ ist eine Methode, mit der sich Organisationen einem breiten Publikum vorstellen können. An marktähnlichen Ständen können Besucher Informationen und Beratung zu verschiedenen Themen erhalten (vgl. http://www.kompetent-fuer-demokratie.de/informationen_erhalten_und_weitergeben_184.html?page_detail=263). Das Ziel der Methode „Netzwerkauktion“ ist die effektive Vernetzung von Experten. Dabei lernen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in wechselnden Kleingruppen kennen und können auf diese Weise Kontakte aufbauen (vgl. http://www.networkaction.org/index.php?page=about_welcome).

lich alle Projektdurchführenden zu einem Austausch ein. Dieses Vorgehen erwies sich vor allem auch im Hinblick auf den Aufbau eines vertrauensvollen Arbeitsverhältnisses zwischen dem Hochtaunuskreis und den Trägern sowie den Trägern untereinander als hilfreich. Darauf aufbauend konnten kleine Netzwerke und eine konkrete Zusammenarbeit begründet werden. Des Weiteren war es für den Kreis möglich, einzelne Projekte kennen zu lernen und somit einen besseren Einblick sowohl in die Trägerlandschaft, als auch in die angebotenen Maßnahmen zu erhalten.

Um für die Bevölkerung eine höhere Transparenz bestehender Maßnahmen, Programme und Projekte zu ermöglichen, wurde in einzelnen Modellregionen ein Überblick über diese Angebote entwickelt. Im Hochtaunuskreis, beispielsweise, entstand im Projekt „Netzwerk Integration Friedrichsdorf“ eine Zusammenstellung von Angeboten, die auf der Website der Stadt abrufbar ist. In der Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau wurde im Rahmen eines geförderten Projekts der Internetwegweiser **Integrationsatlas** aufgebaut.

Ziel dieses Internetwegweisers ist es, Informationen zu Integrationsangeboten zu bündeln und der Bevölkerung auf eine übersichtliche Art und Weise zugänglich zu machen. Im Allgemeinen wird der Internetwegweiser als guter und notwendiger Schritt zur Erhöhung der Transparenz erachtet. Viele Maßnahmen wurden aufgezeigt und es entstanden

Vereine nicht hoch war, mussten oftmals telefonische Nachfragen erfolgen. Auch die Überprüfung und Überarbeitung der von den Trägern gegebenen Informationen erwies sich als langwierig. Zudem war die Auswahl der aufzunehmenden Projekte und Vereine schwierig. Die größte Herausforderung besteht laut Aussage der Projektdurchführenden darin, die Aktualität der Angaben zu gewährleisten. Auf Grund des Projektcharakters vieler Angebote und der damit verbundenen relativ kurzen Laufzeit sowie der Fülle an (kleinen) Projekten sei es kaum zu gewährleisten, in diesem dynamischen und heterogenen Feld einen stets aktuellen Wegweiser bereitzustellen. Eine Darstellung aller Integrationsprojekte im Integrationsatlas wäre zukünftig nur mit größeren personellen Ressourcen zu realisieren.

Empfehlungen an Kommunen und Kreise zur Einbindung und zur Information der lokalen Öffentlichkeit:

- Die Themen Integration und Vielfalt der Gesellschaft sollten bei großen Veranstaltungen wie dem Hessentag oder Stadtfesten in der Planung regelhaft berücksichtigt werden.
- Bei der Organisation und Durchführung von lokalen Veranstaltungen sollten Städte und Kreise beachten, dass Themen und Teilnehmerkreis dementsprechend ausgewählt und an lokale Begebenheiten angepasst werden. Zu Beginn eines breit angelegten Projektvorhabens soll eine umfassende Einbindung eines möglichst großen Teilnehmerkreises erfolgen, um

Main-Kinzig-Kreis/Hanau: Internetwegweiser Integrationsatlas

Der Internetwegweiser Integrationsatlas ist eine Internet-Suchmaschine, mit deren Hilfe Angebote und Träger rund um das Thema Integration abgerufen werden können. Im Zuge dieses Projekts wird das Ziel verfolgt, die Gesamtheit der Träger und Organisationen im Main-Kinzig-Kreis und in der Stadt Hanau, die sich bereits der Integrationsarbeit widmen, zu erfassen, zu bündeln und die vielfältigen Angebote zu überblicken. Um die benötigten Informationen zu erhalten, wurden Verbände, Vereine, Migrant*innenorganisationen und andere Projektträger angeschrieben und zu ihren Angeboten befragt. Die Ergebnisse dieser Bündelung werden durch den öffentlich zugänglichen Wegweiser für alle Interessierten frei verfügbar gemacht. Es soll damit eine Verbesserung und Verkürzung des Zugangs zu (Integrations-)Angeboten und eine Vernetzung der Maßnahmen gewährleistet werden.

zahlreiche (neue) Kontakte zu Vereinen und weiteren Trägern. Allerdings erwies sich der Aufbau eines Wegweisers als sehr personal- und zeitintensiv. Da die Rücklaufquote der angeschriebenen Träger und

relevante Akteure identifizieren und frühzeitig einbeziehen zu können.

- Kommunen und Kreise sollten eine systematische und langfristige Kommunikationsstrategie

für die Berichterstattung zum Thema Integration entwickeln und dabei Medienvertreter konzeptionell in den Diskurs einbinden.

- Ein vollständiger und aktueller Überblick über Integrationsangebote in einer Kommune bzw. in einem Landkreis ist schwer realisierbar. Städte und Kreise sollten jedoch zumindest - vorzugs-



Modellregion Integration Main-Kinzig-Kreis/Hanau

weise auf der Website der Verwaltung oder einer externen Website - einen fundierten Überblick mit allgemeinen Informationen über die Strukturen der Integrationspolitik und -arbeit vor Ort sowie über die Trägerlandschaft und deren Zuständigkeitsbereiche bzw. einzelne Angebote geben.



11 Integrationsmonitoring

11 Integrationsmonitoring

Hintergrund

Integration zählt seit Jahren zu den zentralen politischen Aufgaben der Hessischen Landesregierung. Mit der Einrichtung des Integrationsministeriums im Jahre 2009 wurde dem Politikfeld „Integration“ eine besondere Priorität eingeräumt. Die Bildung eines Referates „Integrationsforschung, Monitoring“ trug dem Umstand Rechnung, dass eine zielorientierte Integrationspolitik eine empirisch gestützte Planungs- und Entscheidungsgrundlage benötigt. Minister Hahn: „Es liegt in unserem Interesse, Integration sichtbar zu machen, den Verlauf der tatsächlichen Integration zu beobachten, zu messen und einschätzen zu können. Und: Wir wollen die hessischen Integrationspolitik auf eine wissenschaftlich fundierte Grundlage stellen.“



Die geplante Einführung eines Monitoringsystems stand damals im Einklang mit dem Nationalen Integrationsplan, der insbesondere für Kommunen die Entwicklung und Verstetigung von Systemen zur laufenden Beobachtung der Integrationsprozesse empfahl: „Gegenstand von Monitoringsystemen ist die Messung des Standes der Integration durch Angleichung der Chancen resp. der Lebensverhältnisse in definierten Sektoren (z.B. Bildung, Arbeit, Wohnen) zwischen Aufnahmegesellschaft und Zuwanderern.“ (Bundesregierung 2007: Nationaler Integrationsplan, Berlin, S. 121).

Monitoring bedeutet „Beobachtung“ von Entwicklungen. Es zeigt gesellschaftliche Trends auf, erklärt

aber die Ursachen nicht. Das macht verständlich, warum das Monitoring auch nicht mit Evaluation der Integrationspolitik gleichgesetzt werden kann, denn eine Evaluation dient der Erfolgskontrolle durchgeführter Aktivitäten oder eingesetzter Instrumente. Monitoring kann Grundlage einer systematischen Berichterstattung sein.

Integrationsmonitoring lässt sich in den Kontext des Ausbaus der Sozialberichterstattung stellen, die in den 1960er Jahren als Zweig der empirischen Sozialforschung entstand und deren Ziel generell die Beobachtung des sozialen Wandels und der gesellschaftlichen Entwicklung ist. Vor allem auf kommunaler Ebene hat sie die Funktion, Informationen über soziale Problemlagen bereitzustellen und eine Grundlage für die Ableitung geeigneter Maßnahmen zu bieten. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die kommunale Planung und Entscheidungsfindung mit einem ausdifferenzierten und mit Sorgfalt erstellten Monitoring erheblich erleichtert werden kann.

Integrationsmonitoring in Hessen

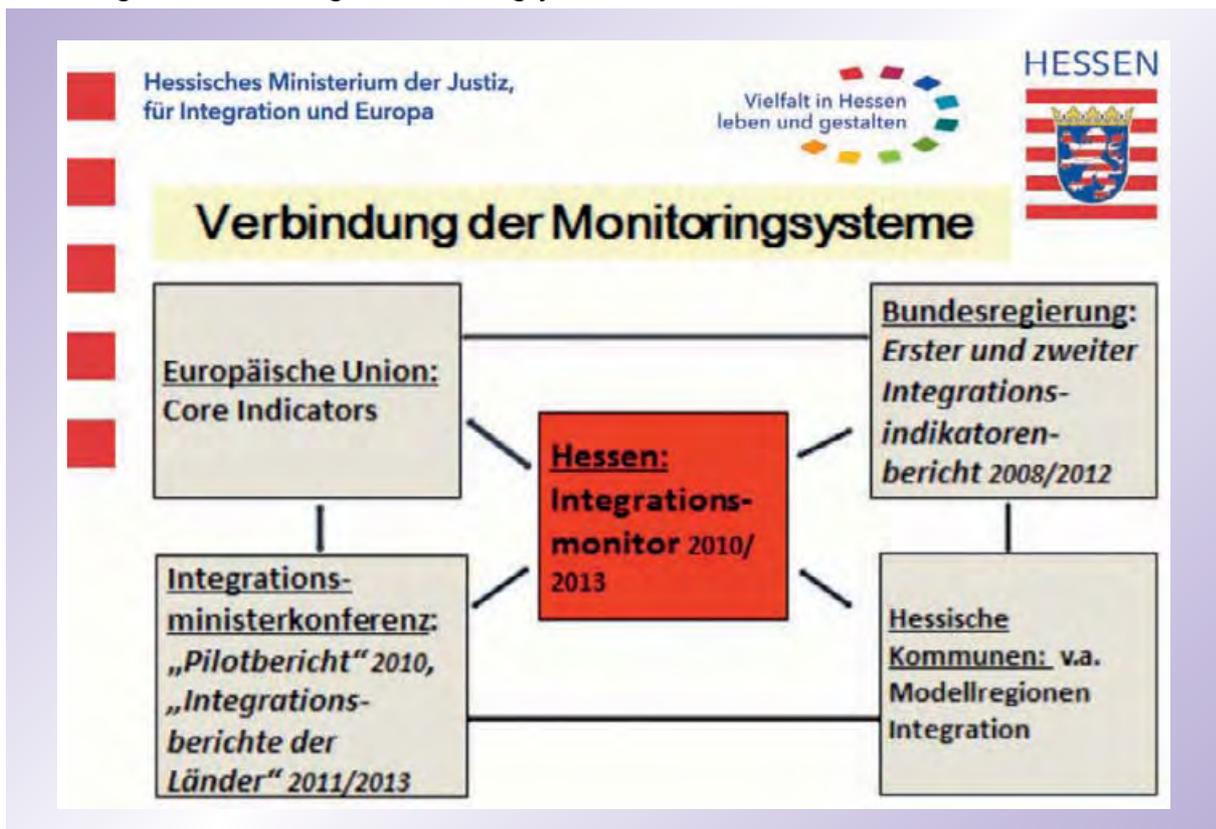
Unter dem Titel „Integration nach Maß“ verfügt Hessen seit 2010 als damals erstes Flächenland über einen eigenen landesweiten Integrationsmonitor. Dieser schließt in seiner Systematik an die Core Indicators der Europäischen Union, die Integrationsindikatorenberichte der Bundesregierung sowie die Berichterstattung der Integrationsministerkonferenz für die Bundesländer an (s. Abbildung 11-1). Er vergleicht Daten für Personen mit und ohne Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländer sowie Deutsche in zentralen Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe. Hier können Abweichungen einen entsprechenden Handlungsbedarf verdeutlichen, z.B. wenn die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund deutlich hinter den Erfolgen derjenigen ohne Migrationshintergrund zurückbleiben. Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa arbeitet laufend an einer weiteren Ausleuchtung verschiedener integrationspolitischer Handlungsfelder.

Gleichzeitig strebt die Hessische Landesregierung im Einklang mit dem Nationalen Integrationsplan den Aufbau eines flächendeckenden Monitorings der hessischen Kommunen an. Der Hessische Integrationsmonitor „Integration nach Maß“ stellt dafür

das Fundament dar. Da zum kommunalen Monitoring bundesweit noch wenige Erfahrungen vorlagen, wurde die Bereitschaft, ein Monitoring aufzubauen, zu einem zentralen Auswahlkriterium für die „Modellregionen Integration“ gemacht. Der Aufbau des Monitorings wurde in den Modellregionen erprobt und vom Hessischen Ministerium der Justiz, für Integration und Europa begleitet. Auch mit dem Amt für Multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt, die den Status einer strategischen Partnerschaft genießt, bestand diesbezüglich ein intensiver fachlicher Austausch.

Voraussetzung für ein Integrationsmonitoring ist zunächst die Konkretisierung des zugrundeliegenden Integrationsverständnisses und sodann die Identifizierung der maßgeblichen Handlungs- oder Themenfelder - wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen - einschließlich der Festlegung der Merkmale des „Integrationsfortschritts“ (wie die Angleichung der Partizipationschancen). Darauf baut dann die Ableitung von Indikatorensets auf, die durch die Kombination geeigneter Einzelindikatoren die Integration im jeweiligen Feld (z.B. Arbeitsmarkt) beschreiben können (s. Abbildung 11-1).

Abbildung 11-1: Verbindung der Monitoringsysteme



Quelle: Darstellung HMdJIE

Vorgehensweise des hessischen Monitorings

Die Integration von Zuwanderern und Zugewanderten ist ein äußerst vielschichtiger Prozess. Beim Integrationsmonitoring geht es darum, diesen komplexen Prozess in verschiedene Komponenten - hier wird auch von „Dimensionen“ der Integration gesprochen - zu zerlegen, diese schrittweise auf beobachtbare Größen (Indikatoren) zurückzuführen und dann in Zeitreihen abzubilden.

Aufbau des Monitorings in den Modellregionen

Zu Beginn des Programms waren die Modellregionen beim Aufbau des Monitorings unterschiedlich weit. Während Wiesbaden bereits seit 2003 über sein Monitoring verfügte, standen andere Modellregionen mit ihren Bemühungen noch am Anfang. Für die Stadt Frankfurt am Main lag bereits ein Konzept vor. Wie eine schriftliche Befragung unter den Modellregionen und der Stadt Frankfurt am Main im Frühjahr 2012 ergab, wurde dem Integrations-

monitoring unterschiedliche kommunalpolitische Bedeutung zugeschrieben; diese reicht von sehr hoch bis mittel. Die mit dem Monitoring befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen im Monitoring ein „Frühwarnsystem“ und eine „Entscheidungshilfe für Politik und Verwaltung“, da es das erreichte „Ausmaß der Partizipation“ der Personen mit Migrationshintergrund illustriert und „Handlungsbedarfe verdeutlicht“. Außerdem eröffnete Monitoring die Möglichkeit der „Sensibilisierung“ für integrationspolitische Themen. Andererseits wurde mehrfach deutlich, dass nicht alle Akteure in Politik und Kommunalverwaltung den Nutzen eines Monitors sehen, so dass hier Überzeugungsarbeit zu leisten war.

Das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa veranstaltete zur Förderung des Austausches und der Vernetzung der Modellregio-

nen sowie zur zentralen Klärung beim Aufbau des Monitorings anfallender Fragen zunächst einen Workshop für die Modellregionen sowie den Kompetenzkreis. Außerdem gab die Abteilung Integration den Modellregionen ein Rahmenindikatorensatz an die Hand. Dieses berücksichtigte insbesondere die für die „Modellregionen Integration“ zentralen Bereiche Bildung und Arbeit und sollte die Anschlussfähigkeit der kommunalen Integrationsmonitore an den „Hessischen Integrationsmonitor“ gewährleisten. Das Indikatorenset ließ den Modellregionen die Möglichkeit, ihre jeweiligen Schwerpunktsetzungen in den Handlungsfeldern sowie die im Rahmen des Programms aufgelegten Projekte einzubeziehen.

Die Modellregionen haben diesen Rahmenindikatorensatz weitgehend als Vorlage genutzt. Eine Ergänzung um weitere Indikatoren wurde in aller

Tabelle 11-1: Exemplarische Ableitung von Indikatoren in verschiedenen Themenfeldern

Sozialer Prozess	Dimensionen	Themenfelder (Auswahl)	Indikatoren (Beispiele)
Integration	strukturell	Zugang zu Bildung -----	Schulbesuch nach Migrationshintergrund -----
		Zugang zu Erwerbsarbeit -----	Ausbildungsbeteiligungsquote nach Migrationshintergrund -----
		Partizipation an Erwerbsarbeit -----	Erwerbsquote nach Migrationshintergrund Arbeitslosenquote nach Migrationshintergrund -----
		Gesundheit	Zugang/Nutzung des Gesundheitswesens
	kulturell	Sprache	eigene Sprachstandseinschätzung
	sozial	Lebensformen -----	Kinderzahl nach Migrationshintergrund -----
		Bürgerschaftliches Engagement -----	Mitarbeit in Vereinen, Gremien etc. -----
		Kriminalität	Anteil der Verurteilten nach Migrationshintergrund
	identifikatorisch	Zugehörigkeitsgefühl	Wohlfühlen in Hessen

Das Wiesbadener Monitoring: Einbettung, Nutzen und Entwicklungspotenzial

Mit ihrem Integrationsmonitoring, das 2003 begonnen und seitdem jährlich fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde, hat die Landeshauptstadt Wiesbaden bundesweit eine Vorreiterrolle eingenommen. Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist Bestandteil des Integrationskonzeptes und der jährlichen Integrationsberichte der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses und seine Entwicklung regelmäßig aufzuzeigen und zu interpretieren. Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgaben der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine steuerungsunterstützende Funktion wahr.

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

Das Integrationsmonitoring ist Teil eines umfassenden Monitoringsystems der Landeshauptstadt Wiesbaden (z. B. Sozialatlas, Bildungsmonitoring, Siedlungsmonitoring sowie vertiefende Teilanalysen (nationalitätenspezifische Integration; Studie ältere Migranten). Alle Monitoringsysteme verwenden Indikatoren, zu denen kontinuierlich Daten vorliegen und die Vergleiche erlauben. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise zwischen Ausländer/innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

Das Integrationsmonitoring ist somit Teil eines umfassenden Beobachtungssystems. Bisherige Erfahrungen verdeutlichen eine hohe Aufmerksamkeit auf der politischen Ebene mit der Gefahr der „Eingeführung“, d. h. es werden nur die Veränderungen wahrgenommen, für die Indikatoren mit regelmäßig aktualisierbaren Daten vorhanden sind, die mit einem vertretbaren Aufwand gewonnen werden können. Insbesondere im Bereich Gesundheit und Potentiale der Zuwanderung ist die Datenbasis noch nicht ausreichend hergestellt, um Erfolge bzw. Veränderungen abbilden zu können.

Regel nicht vorgenommen.⁸³ Dies ist zum Teil auf die schwierige Datenlage in den Kommunen zurückzuführen. Beispielsweise hat das Zukunftsbüro der Stadt Kassel überlegt, Indikatoren zum Handlungsfeld „Sport“ in das Monitoring aufzunehmen. Dieser Plan musste nach einer Überprüfung der Datenlage fallengelassen werden; viele Vereine erfassen ihre Mitglieder nicht nach Staatsangehörigkeit (und schon gar nicht nach Migrationshintergrund).

Obwohl also Vorschläge für Indikatoren früh vorlagen, gestaltete sich der Prozess des Aufbaus des Monitorings in den meisten Modellregionen langwierig. Das Hauptproblem war die Datenbeschaffung bzw. das Zusammentragen der Daten, da Daten nicht

in allen Kommunen zentral erfasst werden. Während es sich bei Wiesbaden, Kassel und Offenbach um kreisfreie Städte mit eigenen Statistikabteilungen oder -stellen handelt, war Wetzlar als Sonderstatusstadt auf Datenlieferungen aus dem Lahn-Dill-Kreis angewiesen, wobei sich die Daten nicht immer zweifelsfrei für Wetzlar abgrenzen ließen. Die Sonderstatusstadt Hanau dagegen besitzt eine abgeschottete Statistikstelle⁸⁴, so dass dieses Problem hier nicht gegeben war. Für das Gelingen des Aufbaus des Monitorings war also die reibungslose Zusammenarbeit mit der kommunalen Statistik und anderen kommunalen Stellen, die über aussagekräftige Daten verfügen (z. B. Schulämter), eine wichtige Voraussetzung. Einige Daten, z. B. zum Arbeitsmarkt, muss-

⁸³ In der Stadt Frankfurt am Main, die im Programm den Status einer strategischen Partnerschaft hat, wurde ein eigenes Konzept verfolgt.

⁸⁴ Die Aufgaben der Kommunalstatistik werden in der Statistikstelle wahrgenommen, die räumlich und personell von anderen Verwaltungseinheiten getrennt (abgeschottet) ist. Sie darf über die Aufgaben der amtlichen Statistik und der Kommunalstatistik hinaus keine auf den einzelnen Betroffenen gerichteten Verwaltungsaufgaben wahrnehmen. Damit ist eine eindeutige und für jedermann nachvollziehbare Trennung der Statistik von der übrigen Verwaltung, insbesondere der Vollzugsverwaltung, sichergestellt. Zutritt zum abgeschotteten Bereich haben ausschließlich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Statistik. Die gesamte elektronische Datenverarbeitung in der Abteilung Statistik ist mittels „Firewall“ sowohl vom stadtverwaltungsinternen DV-Netz als auch vom Internet abgesichert. Stadt Wiesbaden – Statistisches Informationssystem; http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtporrait/2_statistisches_informationssystem_1_.pdf

Abbildung 11-2: Aufbau des flächendeckenden Monitorings



ten von externen Datenlieferanten bezogen werden (z. B. Statistisches Landesamt, Statistik-Service Südwest), wofür zusätzliche Kosten anfielen.

Die unterschiedlichen Bezugssysteme der Daten – Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund mit verschiedenen Definitionen – machten eine vertiefte Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Datenquellen erforderlich. In den meisten Modellregionen waren die für den Aufbau des Monitoring bereitgestellten Personalressourcen allerdings sehr knapp. In diesem Zusammenhang ist das große Engagement der mit dem Monitoring betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hervorzuheben. Bemerkenswert ist ferner, dass in vier der sechs Modellregionen noch zusätzliche, das Monitoring ergänzende Erhebungen in der Kommune durchgeführt wurden (siehe Tabelle 11-2).

Einen zentralen Punkt, wenn auch eine besondere Schwierigkeit für die kommunale Ebene, stellt die Ausweisung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund dar. Während für ein Bundesland auf den Mikrozensus zurückgegriffen werden kann, ist dies für Kommunen mit einer Größe unter 500.000 Einwohnern aus methodischen Gründen nicht möglich. Um den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund dennoch bestimmen zu können, gibt es zwei Wege: die Herausfilterung aufgrund eines eigenen Algorithmus – dieser Weg wurde sowohl von Wiesbaden als auch von Hanau gewählt – oder die Benutzung des EDV-Programms MigraPro, das von der KOSIS angeboten und mit der Einwohnermeldedatei verknüpft wird.⁸⁵ Diesen Weg wählten Kassel und Offenbach.

Der Aufbauprozess war im Sommer 2012 abgeschlossen. Für die Kommunen liegen nun Monitore vor, die über den Integrationskompass miteinander verknüpft werden. Von Anfang an war es den Modellregionen freigestellt, in welcher Form sie ihren Monitor publizieren. Die Stadt **Wiesbaden** veröffentlicht die Ergebnisse als Monitor sowie im Rahmen des Integrationsberichtes. Das Monitoring soll erkennen lassen, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen noch Defizite bestehen. Das Monitoring nimmt auch eine strategische Controllingfunktion wahr. Da das Monitoring schon früh initiiert wurde, können mittlerweile län-

gerfristige Entwicklungstrends abgebildet werden.

Der Monitor der Stadt **Kassel** ist als Beilage zum Integrationskonzept der Stadt gedacht, soll aber so gestaltet werden, dass er auch als kommentierter Bericht für sich alleine stehen kann. Auch hier geht es nicht nur um Beobachtung der Zuwanderungs- und Integrationsprozesse, sondern auch darum, ein strategisches Steuerungsinstrument für die Schaffung von mehr Chancengleichheit bereitzustellen. Für den **Hochtaunuskreis** liegt ein Monitoringbericht vor, der



zum Teil nach den einzelnen Städten und Ortschaften unterscheidet. Er ist auch graphisch gut aufbereitet und kann im Internet abgerufen werden. Die Stadt **Offenbach** hat die Einwohnerdaten nach Stadtteilen, Migrationshintergrund und Altersklassen differenziert, doch werden diese aussagekräftigen Daten bislang nur für die interne Weiterentwicklung des Monitorings genutzt. Für den **Main-Kinzig-Kreis** wurde eine umfangreiche Tabellensammlung (zum Teil auch für die Stadt Hanau, zum Teil ohne Hanau) angelegt. Es ist ein Bericht in einer Kurz- und einer Langfassung vorgesehen. Die Stadt **Hanau** plant die Herausgabe des Monitors im Rahmen der Statistischen Berichte. Der Aufbau des Monitorings in **Wetzlar** befindet sich kurz vor dem Abschluss.

Das **Frankfurter** Integrations- und Diversitätsmonitoring umfasst 47 Indikatoren, die sieben Themenfeldern sowie verschiedenen Zielbereichen zugeordnet sind. Die aufbereiteten amtlichen Statistiken werden ergänzt durch anschauliche Grafiken. Um die Aussagekraft eines Indikators leicht einschätzen zu können, sind im Textteil Angaben zu seiner wis-

⁸⁵ Für interessierte Kommunen führte das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa in Kooperation mit der KOSIS im November 2012 eine MigraPro-Schulung durch.

Anfangsschwierigkeiten beim Monitoringaufbau in Wetzlar

Wetzlar ist mit 52.000 Einwohnern die größte Stadt im Lahn-Dill-Kreis. Als Stadt mit Sonderstatus hat sie eine eigene Verwaltungshoheit, ist aber auch in die Strukturen des Kreises und dessen Verwaltungssystem mit eingebunden.

Die Datensammlung für die verschiedenen Indikatoren des Monitorings gestaltete sich entsprechend aufwendig. Es finden Datenerhebungen an unterschiedlichen Stellen statt, die zusammengeführt werden müssen, z. B. innerhalb der Stadt bei der Abteilung kommunale Entwicklungsplanung, beim Jugendamt, da die Stadt Jugendhilfeträger ist, im Stadtbüro und beim Standesamt.

Auch die unterschiedlichen Datenquellen im Lahn-Dill-Kreis mussten für den Aufbau des Integrationsmonitoring ergänzend in Anspruch genommen werden. Sie bezogen sich insbesondere auf die Bereiche Schule, Erwachsenenbildung, Arbeitsmarkt, Erziehungsberatung und Gesundheit. Neben all diesen Quellen wurde zur Datenerhebung auch die e-kom 21 herangezogen, die die Einwohnerdaten bearbeitet.

Es empfiehlt sich, sich bei der Datensammlung auf wesentliche Indikatoren zu beschränken, um das Thema Integration von Migranten zu umreißen.

Als besonders schwierig erwies sich die Darstellung von Einwohnern mit und ohne Migrationshintergrund, da diese Angaben nicht separat erfasst werden. In Wetzlar konnte dabei aber auf den Migrationsbericht 2008 zurückgegriffen werden, der eine Darstellung von Personen mit Migrationshintergrund nach Alter und Sozialräumen enthält.

Für den Aufbau und die Fortschreibung eines allgemeinen, soliden Monitorings zur Erfassung und Fortschreibung von integrationsrelevanten Daten wird es in Wetzlar notwendig sein, sich eines entsprechenden Datenverarbeitungsprogramms wie z. B. MigraPro zu bedienen, um den sozialraumorientierten Migrationsbericht fortzuschreiben.

Durch die sehr oft nicht transparenten Definition von „Migrationshintergrund“ und Datenerfassung auch in Abgrenzung zu den Daten, die für den gesamten LDK erfasst werden, entschloss sich die Stadt Wetzlar einen eigenen Datensatz für den Kindertagesstättenbereich zu entwickeln, da in einem zielführenden Monitoring in diesem Bereich der Jugendhilfe eine originäre Aufgabenstellung der Kommune liegt. Hier konnten sowohl stichhaltige Aussagen zum Migrationshintergrund von Kindern in den einzelnen Altersgruppen sowie Aussagen über KITA Besucherzahlen und Besuchszeiten getroffen werden. Gleichzeitig kann auch deren Sprachstand differenziert nach Sprachentwicklung und Migrationshintergrund erfasst und der Einsatz von Sprachförderprogrammen wie die Weiterbildung des Personals abgefragt werden. Ein 100% Rücklauf aus 32 Kitas war eine gute Grundlage für eine differenzierte, quantitative und qualitative Auswertung.

senschaftlichen Bedeutung, zur Datenquelle und zur Berechnungsweise gemacht.

Die Tabelle (vgl. Tabelle 11-2) verdeutlicht die Spezifika der Monitoringsysteme der Modellregionen. Weitere hessische Kommunen haben ihr Interesse am Aufbau eines Integrationsmonitorings bekundet, wobei an die Erfahrungen aus den Modellregionen angeknüpft werden soll. Diese Erfahrungen sind in den „Leitfaden zum Aufbau eines kommunalen Monitorings“ eingeflossen.

Ausblick

Der Aufbau des Monitorings in den hessischen Kommunen schreitet voran. Doch ist dieser Prozess auch von einer – durchaus kritischen – Diskussion begleitet. So wird das im Integrationsmonitoring verwendete Konzept des Migrationshintergrundes auch als defizitär und stigmatisierend wahrgenommen, da ein Integrationsbedarf signalisiert werde, der manchmal gar nicht gegeben sei. In der Tat sind es sozialstatistische Variablen wie das Bildungsniveau, der beruflicher Status und das Einkommen,

Erfahrungsbericht des Main-Kinzig-Kreises im Bereich Monitoring zu Problemen der Datenabgrenzung zwischen der Stadt Hanau und dem Landkreis Main-Kinzig

Die Daten, die für das Integrationsmonitoring von externen Stellen abgerufen wurde, waren vielfach für den Main-Kinzig-Kreis und Hanau zusammengefasst, so dass eine getrennte Darstellung entweder mit erheblichem Mehraufwand verbunden gewesen wäre oder gar nicht möglich war.

Beispielsweise waren Schulbesuchsdaten des Staatlichen Schulamts sowie Zahlen des Hess. Ministeriums des Innern und für Sport zu Einbürgerungen nur für Hanau und Main-Kinzig-Kreis gemeinsam zu erhalten.

Die per Einzelabfragen an die Sprachkursanbieter im Main-Kinzig-Kreis gesammelten Zahlen zu Integrationskursteilnehmern wurden von den Sprachinstituten zwar wie gewünscht für den Main-Kinzig-Kreis ohne Hanau gemeldet. Allerdings wurde vereinzelt auf den Aufwand bei der Datenermittlung hingewiesen, da die Integrationskursteilnehmer nicht nur im Main-Kinzig-Kreis, sondern auch in Hanau oder in angrenzenden Regionen – wie z.B. der Stadt Frankfurt – wohnen. Dieses Problem könnte in Zukunft durch entsprechend getrennte Erfassung der Wohnorte der Integrationskursbesucher gelöst werden.

Die dem Bericht zur Kindergesundheit des Gesundheitsamts entnommenen Daten aus den Jahren 2000 bis 2004 ließen sich nur zu einem geringen Teil nach Hanau und dem restlichen Main-Kinzig-Kreis differenzieren, so dass die Entscheidung getroffen wurde, im Integrationsmonitoring die Gesamtdaten auszuweisen.

Da in absehbarer Zeit ein weiterer Bericht zur Kindergesundheit mit aktuellen Zahlen durch das Gesundheitsamt erstellt werden soll, könnte evtl. durch Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Integrationsbüro und Gesundheitsamt eine stärkere Differenzierung bei der Datenerhebung erreicht werden.

Schließlich erfasst die Stadt Hanau in ihrem Bereich durch eigene Auswertungen Daten zu Personen mit Migrationshintergrund, während im Main-Kinzig-Kreis bisher überwiegend nur gesicherte Daten zu Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit vorliegen. Um Daten aus beiden Bereichen belastbar vergleichen oder bei Bedarf auch zusammenfassen zu können, wäre anzustreben, zukünftig einheitlich den Migrationshintergrund von Personen auf der gleichen Grundlage zu erfassen. Hierzu ist allerdings die Mitarbeit aller 29 Kreiskommunen erforderlich, die zunächst vom Nutzen der zusätzlichen Datenerfassungen und den sich daraus mittelfristig ergebenden Vorteilen für die Planungen der einzelnen Kommune überzeugt werden müssen. Da das EDV-Programm MigraPro in verschiedenen Teilen Deutschlands als Grundlage für die Ermittlung des Migrationshintergrunds verwendet wird, sollte nach hiesiger Einschätzung die zukünftige Nutzung dieses Programms ernsthaft in Erwägung gezogen werden.

die bei Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt niedriger ausfallen und daher einen signifikanten Einfluss auf das Schlechterabschneiden von Migranten in vielen Bereichen haben. Wünschenswert wäre daher eine stärkere Einbeziehung der sozialen Lage des einzelnen (wie früher die Klassen- oder die Schichtzugehörigkeit). Allerdings liegen augenblicklich keine Konzepte vor, die sich praktisch im Monitoring umsetzen ließen.

Immer stärker werden auch kleinräumige Daten für die kommunale Integrationspolitik gefordert, also Daten auf Stadtteil- oder Quartiersebene, die eine ausdifferenzierte, möglichst milieuspezifische Betrachtung der Menschen mit Migrationshintergrund erlauben. Dies soll einen fokussierteren Einsatz des integrationspolitischen Instrumentariums ermöglichen. Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat hier einen Vorstoß unternommen und in einer Studie die Migrantenumilieus ausweisen lassen.

Tabelle 11-2: Rahmenbedingungen des Integrationsmonitoring in den Modellregionen; Übersicht

Kommune	Integrationsverständnis	Anzahl der Indikatoren	Zuständigkeit	Zeitliche Abstände	Eigene Erhebungen	publiziert
Landeshauptstadt Wiesbaden	„dauerhafter Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“	26	Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Abt. Statistik	jährlich	Soziale Kontakte, Zusammenleben	ja
Hochtaunuskreis	„allen Einwohnern und Einwohnerinnen soll durch einen gleichberechtigten Zugang zu Bildungsinstitutionen, zum Arbeitsmarkt und zu weiteren Institutionen Chancengleichheit ermöglicht werden ... Anerkennung der kulturellen Vielfalt“	26	Leitstelle Integration, Geschäftsbereich Kreisinfrastruktur	alle 2 oder 3 Jahre	Kita-Befragung, Erhebung des Anteils der Mitarbeiter mit MH in der Kreisverwaltung	ja
Main-Kinzig-Kreis mit Hanau	Integration beginnt, wenn wir gemeinsam die Chancen in dem erkennen, was uns verbindet, nicht die Probleme betonen, in dem was uns trennt. Dies gelingt in wechselseitigem Respekt und in Achtung der kulturellen Vielfalt. Integration erfordert Kommunikation, Auseinandersetzung und entschiedenes Eintreten für eine gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens. Dazu braucht es gemeinsame Werte, Empathie, ehrliches Interesse und gute Information. Dabei sind die deutsche Sprache und ein Zugang zu Bildung und Wissen wesentliche Voraussetzungen. Integration ist immer eine wechselseitige Entwicklung und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich jede und jeder in unserem Land beteiligen kann und die alle betrifft.		MKK: Integrationsbüro des MKK	noch nicht geklärt	/	noch nicht
Stadt Kassel	Integration wird „als fortdauernder Prozess verstanden, der alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft, insbesondere Recht, Politik, Wirtschaft und Kultur. Integration ist mehr als nur die Eingliederung in bestehende Strukturen. Die Stadt Kassel wird mit der Unterstützung aller Einwohnerinnen und Einwohner Diskriminierung begegnen, Chancengleichheit ermöglichen und Teilhabe gewährleisten. Dies ist nur möglich, wenn auf Basis des Grundgesetzes kulturelle und ethnische Verschiedenheit respektiert werden und Potentiale und Fähigkeiten des Gegenübers anerkannt werden: Vielfalt ist ein Gewinn für alle.“ (Integrationskonzept der Stadt Kassel 2012: 13.)	23	Zukunftsbüro, Fachstelle Statistik	alle 2 bis 3 Jahre (bzw. parallel zur Fortschreibung des Integrationskonzeptes)	Erfassung der Azubis mit MH in der städt. Verwaltung	
Stadt Offenbach	Integration ist „ein Prozess, der Anforderungen an die Zugewanderten wie auch an die Aufnahmegesellschaft stellt. Ziel dieses Prozesses ist es, dass zugewanderte Menschen aus allen ethnischen Gruppen auf allen gesellschaftlichen Ebenen teilhaben können. Dafür ist es unabdingbar, sich in die deutsche Gesellschaft und in Offenbach einzupassen, ohne die eigene kulturelle Identität dabei aufzugeben. Wichtigste Punkte der Einpassung sind für die Zuwanderer die deutsche Sprache und die Werte des Grundgesetzes. Wichtigste Anforderung an die Aufnahmegesellschaft ist die Offenheit für neue, andere Kulturen, soweit deren Werte mit den Werten des Grundgesetzes vereinbar sind.“	25	Statistikabteilung	alle 3 Jahre	In Planung: Erfassung „Mitarbeiter/innen mit MH bei der Stadtverwaltung“	nein
Stadt Wetzlar	„Damit Integration gelingen kann, sollen alle Einwohnerinnen und Einwohner gleiche Zugangschancen zu den sozioökonomischen und politischen Ressourcen unserer Gesellschaft haben, sich aktiv in den Gestaltungsprozess einbringen und sich mit ihrer neuen „Heimat“ identifizieren.“		Kommunale Entwicklungsplanung und Koordinationsbüro der Stadt Wetzlar	Alle 2 bis 3 Jahre	Kita-Befragung	noch nicht

Tabelle 11-3: Einwohner nach Migrationshintergrund in Offenbach

Einwohner mit Hauptwohnsitz nach Migrationshintergrund in Offenbach								
Jahr	Einwohner Insgesamt	Einwohner mit Migrationshintergrund						Deutsche ohne Migrations- hintergrund
		insgesamt		davon				
		absolut	in %	Nicht- Deutsche	Deutsche	davon		
					Einge- bürgerte	Aussiedler		
2009	117.718	63.471	53,9	35.222	28.249	19.492	8.757	54.247
2010	119.734	66.051	55,2	36.893	29.158	20.518	8.640	53.683
2011	121.970	66.250	54,3	38.783	27.467	20.685	6.782	55.720

Quelle: Melderegister Offenbach, MigraPro Statistik und Wahlen

Modellregion Integration Offenbach - Integrationsmonitoring mit MigraPro

Mit der Erprobung des Integrationsmonitorings im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ werden in Offenbach die Ziele verfolgt, integrationsbezogene Tendenzen anhand ausgewählter Indikatoren zu beobachten und neue Handlungsbedarfe zu identifizieren. Diese empirisch dokumentierten Informationen dienen der kommunalen Integrationspolitik als Arbeitsinstrument und Entscheidungsgrundlage. Die Aufarbeitung der Daten erfolgt im Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration. Die Zusammenfassung der drei Fachbereiche in einem Amt hat die Entstehung des neuen Beobachtungssystems beträchtlich erleichtert.

Die Einschätzung der Handlungsbedarfe im Bereich Integration bedarf der Erfassung der Bevölkerung nach „Migrationshintergrund“. Das Programm MigraPro ermöglicht diese Berechnung über die Verschlüsselung der Geburtsorte. Dieses Statistikprogramm wird in Offenbach hinsichtlich der interkommunalen Vergleichbarkeit der neu generierten Daten eingesetzt.

Laut dem 1. Quartalsbericht 2012 der Offenbacher Statistikabteilung, der online abrufbar ist, „ist das Einwohnermelderegister die Datenquelle für Bevölkerungsstatistiken. Das Merkmal Migrationshintergrund ist aber nicht erfasst. Bei dem Meldevorgang ist die Angabe „Geburtsland“ nicht verbindlich, dafür aber „Geburtsort“ ein Pflichtfeld, und daher flächendeckend gefüllt. Für jeden Geburtsort muss in der Bevölkerungsbestandsdatei eine Nationenzuordnung erfolgen, um den Hinweis auf einen Migrationshintergrund zu erkennen. Vor dem ersten Einsatz von MigraPro ist also notwendig, eine „Geburtsortdatei“ zu erstellen.

In Offenbach hatten über 60.000 Personen im Melderegister kein Geburtsland, weshalb der Geburtsort dem entsprechenden Land zugeordnet werden musste. Durch Mehrfachnennungen blieben etwas mehr als 20.000 Geburtsorte übrig, bei denen eine eindeutige Zuordnung nicht möglich war. Diese mussten recherchiert, einem Staat zugeordnet und manuell verschlüsselt werden. In Fällen, in denen lediglich Schreibfehler im Melderegister vorlagen - bspw. durch 70 verschiedene Schreibweisen für „Offenbach am Main“ -, erwies sich die Recherche als unproblematisch, da der Ort klar erkennbar war. Der Großteil jedoch musste manuell identifiziert und kodiert werden.

Nach der Verschlüsselung der Geburtsortdatei weist das Programm den persönlichen und den familiären Migrationshintergrund zu. Dieser wird über die Datenfelder „Erste Staatsangehörigkeit“, „Zweite Staatsangehörigkeit“, „Zuzugsherkunft“, „Art der deutschen Staatsangehörigkeit“ und „Lage des Geburtsorts“ abgeleitet. MigraPro schreibt neue Merkmale in die Bevölkerungsbestandsdatei zurück. Dabei handelt es sich um den persönlichen Migrationshintergrund, den familiären Migrationshintergrund / Zuwanderungshintergrund, das Bezugsland, den Migrationstyp des Kindes, den Gebietschlüssel für jeden Geburtsort. Diese neuen Merkmale ermöglichen weitere Berechnungen wie die Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf die statistischen Bezirke (in Offenbach zwischen 74 % in der Innenstadt und 28 % in Rumpenheim) oder die Bevölkerungsstruktur nach Alter (hier mit einem Anteil von 80 % bis zum 10. Lebensjahr, zwischen 55 % und 73 % im Alter von 10-41 Jahre, und 52 % Deutsche ohne Migrationshintergrund ab dem 47. Lebensjahr).

Die Erstellung des Integrationsmonitorings im Hochtaunuskreis

Vor Beginn der Modellregionenphase gab es im Hochtaunuskreis keine systematische statistische Messung der Integration. Dies war aber schon seit langem ein Desiderat. Dank der fachlichen Unterstützung seitens des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa konnte der Aufbau des Monitorings zielgerichtet begonnen werden. Hilfreich waren die zur Verfügung gestellten Rahmenindikatoren, Daten, z. B. zum Schulbesuch und die allgemeine Beratung.

Anfangs stand die Sondierung der Datenquellen im Vordergrund. Hierbei gelang es, eine enge Zusammenarbeit mit den Fachbereichen Verwaltungssteuerung, Organisation, Demographie und Statistik und dem Ausländer- und Personenstandswesen aufzubauen⁸⁶. Von Beginn an war geplant, auch eigene Untersuchungen durchzuführen. Es wurden der Kita-Besuch im Landkreis und die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft der Kreisverwaltung eigenständig erhoben.

Zwei Probleme erschwerten den Aufbau des Monitorings: Die Datenlage ist als disparat zu bezeichnen, sowohl in Bezug auf die Kategorie Migrationshintergrund als auch hinsichtlich des Geltungsbereichs der Daten. Bei einigen Indikatoren wurde der Migrationshintergrund ausgewiesen, allerdings nicht auf Grundlage einer einheitlichen Definition. Überwiegend allerdings ließ sich nur der Ausländeranteil messen. Viele Daten des Arbeitsmarktes, die für den Hochtaunuskreis besonders interessant gewesen wären, stimmten nicht ausreichend mit den Indikatoren überein. Oftmals wurde in Kommunen erhoben, die Daten ließen sich allerdings nicht für den Kreis hochrechnen.

Letztlich gelang es, einen guten Überblick über den Grad der Integration im Hochtaunuskreis zu erhalten. Die Schwerpunkte des seit Juli 2012 vorliegenden Berichtes sind der Kita- und Schulbesuch, der Zugang zum Arbeitsmarkt und die Zusammensetzung der Mitarbeiterschaft der Kreisverwaltung. Bei einer Fortschreibung des Monitorings müssen einige Indikatoren auf die spezifischen Bedingungen des Hochtaunuskreises angepasst werden.

Integrationsmonitoring in Kassel - politische Umsetzung

Das im Rahmen der Modellregion entwickelte Integrationsmonitoring mit einem Umfang von 23 Indikatoren gibt eine Übersicht zur Situation der zugewanderten Menschen in der Stadt Kassel. Die einzelnen Indikatoren sind thematisch zusammengefasst in Bereiche wie rechtliche Integration, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Sprache, Vielfalt oder Schule und werden in ihrer Ausprägung analysiert, kommentiert und in Bezug zueinander gesetzt. Es wird der Frage nachgegangen, wie sich die reale gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in den unterschiedlichen Bereichen des alltäglichen Lebens entwickelt. Auf dieser Grundlage will das Monitoring vor allem informieren und sensibilisieren, um Diskriminierungs- und Ausgrenzungstendenzen entgegenzuwirken.

Mit dem Monitoring erhalten Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Vereinen und Migrantenorganisationen eine fundierte Entscheidungshilfe für die Entwicklung und Umsetzung zielgerichteter Maßnahmen zur Verwirklichung eines gleichberechtigten Zugangs aller Bevölkerungsgruppen zu Arbeitsmarkt, Bildung oder Gesundheit. Als eigenständiger Teil des gesamtstädtischen Integrationskonzeptes wird das Monitoring parallel zu zweijährigen Überprüfungen der im Konzept festgelegten Ziele kontinuierlich weiterentwickelt. Das Monitoring dient damit insgesamt als statistische Grundlage, um auf Entwicklungen und Tendenzen hinzuweisen sowie Handlungsbedarfe aufzuzeigen.

⁸⁶ Weitere beteiligte Fachbereiche waren: Personalservice, Gesundheitsdienste, Leitstelle für Kinder, Jugendarbeit, Betreuungsstelle und Sozialpsychiatrischer Dienst.



12 Ausblick

In den letzten drei Jahren wurden durch das Landesprogramm „Modellregionen Integration“ intensive Beteiligungs- und Diskussionsprozesse in den teilnehmenden Städten und Kreisen angestoßen. Es wurden Strategien mit unterschiedlichsten Methoden erprobt, wie grundlegende Veränderungen in den Regelstrukturen herbeigeführt werden können, um Institutionen und Angebote an den Bedarf einer vielfältigen Gesellschaft anzupassen und eine zukunftsfähige Integrationspolitik zu gestalten. Hierzu wurden in den Modellregionen Programmkoordinatorenstellen geschaffen, eine enge fachliche Begleitung bei der Umsetzung des Programms durch das Integrationsministerium realisiert sowie Projekte mit Modellcharakter gefördert und gemeinsam weiterentwickelt.



In Projekten der Modellregion Integration unterwegs zu sein, entspricht der eigentlichen Bedeutung des Worte „Migration“: Wandern, Menschen/Ideen „Bewegen“, Lebendig sein, Neues entdecken. Eine Wanderung braucht Zeit und Führung. Um die Gesellschaft in Bewegung zu bringen, braucht es eine langfristige Unterstützung der Politik und veränderte Zeitperspektiven.

Diakonie Lahn Dill, Diakonisches Werk



Gerade in der Anfangsphase des Programms ging es darum, integrationspolitische Akteure sowie Vertreterinnen und Vertreter – sowohl auf Seiten der Anbieter als auch auf Seiten der Zielgruppen – in einen umfangreichen Austauschprozess über gesellschaftspolitische Chancen und Zugangsmöglichkeiten einzubinden. Dieser Kommunikationsprozess wurde durch regelmäßige Workshops in den Modellregionen angestoßen und durch weitere Maßnahmen intensiviert, um sich in einem breit angelegten Beteiligungsansatz über die Ziele des Landesprogramms sowie der Umsetzung vor Ort gemeinsam zu verständigen.

Mit dem Landesprogramm wurde zwischen den Modellregionen ein integrationspolitischer Konvergenzprozess angestoßen: In den teilnehmenden Regionen in Hessen, die sich bisher kaum mit den Bereichen Zuwanderung und Integration befasst haben, konnte eine Aufbruchstimmung erzeugt werden. Vor allem in den teilnehmenden Landkreisen

wurde ins Bewusstsein der Politik und Verwaltung gerufen, dass es notwendig ist, sich mit dem Thema auseinander zu setzen und geeignete Strukturen zu entwickeln. In den Modellregionen, in denen Integrationspolitik und -arbeit hingegen schon langjährig verankert war, brachte die Teilnahme am Programm nochmals einen positiven Schub: Integrationspolitische Projekte und Maßnahmen konnten nun noch schneller sowie mit einem erweiterten Kreis an Akteuren umgesetzt werden und nahmen den Aspekt der Erzeugung struktureller Veränderungen der Regelinstitutionen und -angebote gezielt ins Visier.

Die Beteiligten haben ein **Verständnis von Integration** entwickelt, als etwas, das vor allem **vor Ort stattfindet und das alle angeht**. Dabei erwiesen sich die durch das Landesprogramm in den Modellregionen geschaffenen Programmkoordinatorenstellen als zentral für die Abstimmung und Optimierung integrationspolitischer Prozesse innerhalb der einzelnen Modellregionen sowie für den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Modellregionen und der Landesebene.

Gleichzeitig haben die Schaffung persönlicher Ansprechpartner und die enge fachliche Begleitung der Modellregionen durch das Integrationsministerium kürzere Wege im Austausch zwischen regionaler Ebene und Landesebene erzeugt. Durch die Verständigung auf gemeinsame Ziele, professionelle gegenseitige Anregungen und die Anerkennung der Arbeit konnte eine neuartige intensive Form der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune geschaffen werden.

Gemeinsam wurden Modellprojekte für verschiedene Zielgruppen unterstützt und in Zusammenarbeit mit Trägern und weiteren Akteuren vor Ort realisiert. Durch die Förderung ausgewählter Projekte konnten nicht nur Anreize zur Teilnahme von Städten und Kreisen sowie ihrer Träger am Landesprogramm geschaffen werden – vielmehr konnten aus vielen dieser Projekte Erkenntnisse gewonnen und die hier vorliegenden Handlungsempfehlungen für andere Träger und Akteure abgeleitet werden.

Zudem wurden durch das Landesprogramm zahlreiche Veranstaltungen umgesetzt. Neben Integrationsworkshops zur Auseinandersetzung mit Fragen der Gestaltung von Vielfalt in den einzelnen Modellregionen wurden gemeinsame Strategieworkshops durchgeführt, bei denen die Kernziele des Programms aufgegriffen wurden. Es fand eine gemeinsame Beschäftigung mit den Themen der Umsetzung eines kommunalen Integrationsmana-

gelungen, den Austausch vor Ort zu intensivieren und weitere Kreise und Städte einzubeziehen.

Nun gilt es, die in den einzelnen Modellregionen angestoßenen Ziele langfristig umzusetzen und die bislang erprobten Ansätze für strukturelle Änderungen sowie die Formen der Zusammenarbeit mit dem Land weiterzuentwickeln, nachhaltig zu sichern und auf weitere Kommunen zu übertragen.

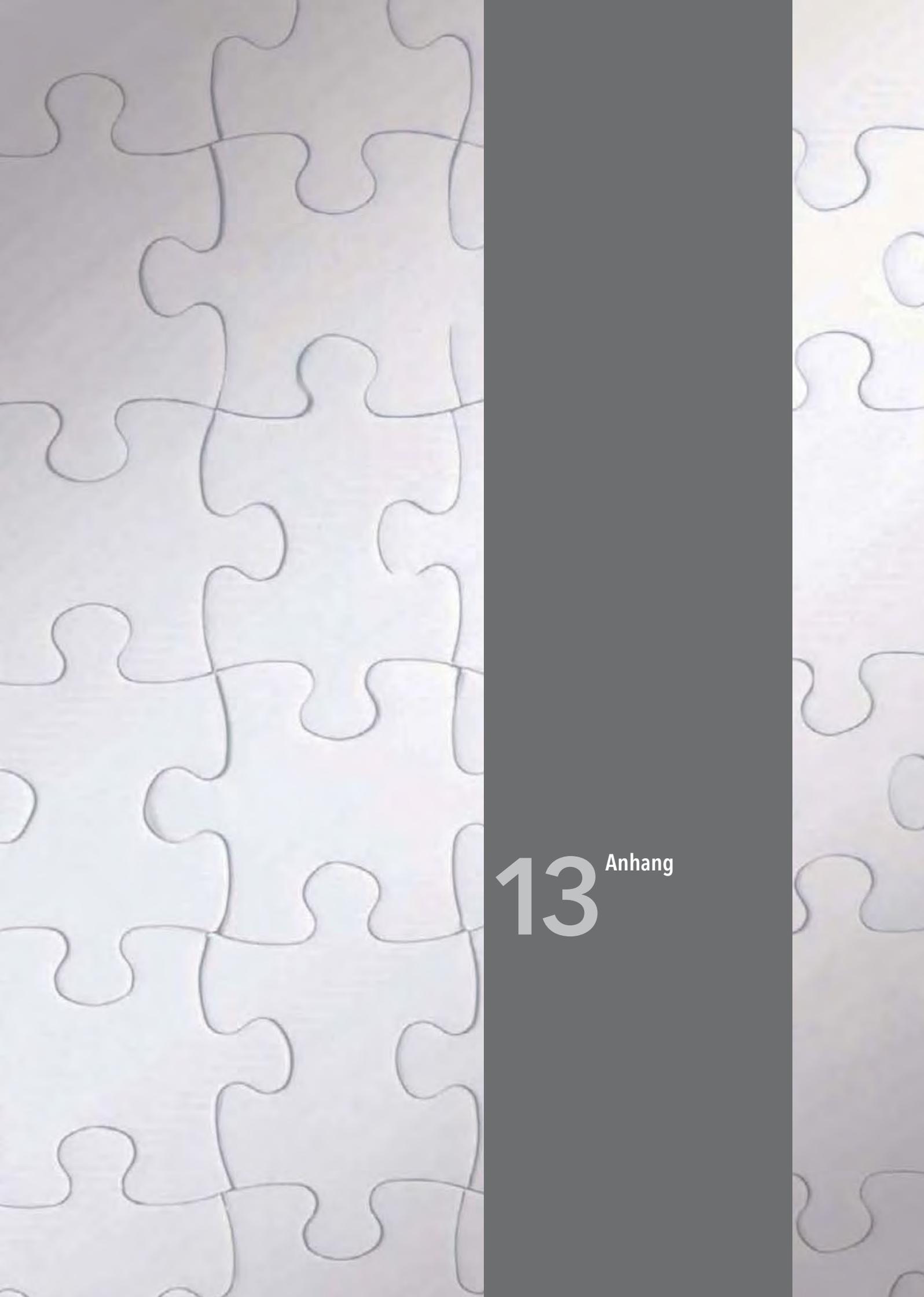


gements, der interkulturellen Öffnung sowie der Vernetzung und Schaffung von Transparenz über Träger und Angebote statt, aus der praxisorientierte Handlungsempfehlungen hervorgingen, die 2012 veröffentlicht wurden.

Um einen externen Erfahrungsaustausch anzuregen und den Transfer von Erkenntnissen auf weitere hessische Kommunen und Kreise sowie hessenweit tätige Träger zu fördern, wurden zudem so genannte „Zukunftskonferenzen“ zwischen den Modellregionen und dem „Kompetenzkreis Integration vor Ort“ initiiert.

Durch die Mischung von modellregioneninternen und modellregionenübergreifenden Workshops sowie Veranstaltungen, die sich auch an weitere integrationspolitische Akteure richten, ist es somit

Denn die Herbeiführung struktureller Veränderungen der unterschiedlichen Regelinstitutionen und -angebote ist ein komplexer und langwieriger Prozess. Dazu muss der Erfahrungsaustausch innerhalb sowie zwischen den hessischen Kommunen und mit der Landesebene verstetigt werden - damit gemeinsam nachhaltige Erfolge erreicht werden können.



13 Anhang

13 Anhang

13.1 Statistische Informationen zu den Modellregionen

Hochtaunuskreis

Bevölkerungsgröße: **228.906** (Stand 30.06.2012)

Anteil der ausländischen Bevölkerung: **12,2%**

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (gesamt): **25 - 30%**

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen (Stichtag hier 31.12.2011):

0-5: insges. 12.454 = 5,44%

Ausländer/innen: 1.244 = 0,54%

Deutsche: 11.210 = 4,9%

6-17: insges. 28.107 = 12,28%

Ausländer/innen: 3.371 = 1,47%

Deutsche: 24.736 = 10,81%

18-64: insges. 137.117 = 59,90%

Ausländer/innen: 20.344 = 8,89%

Deutsche: 116.773 = 51,01%

65 und älter: insges. 50.654 = 22,13%

Ausländer/innen: 2.525 = 1,10%

Deutsche: 48.129 = 21,03%

Anzahl der Nationalitäten: **154**

Größte Nationalitätengruppen:

1. Türkei: 3.821 = 13,22%

2. Italien: 2.386 = 8,26%

3. Polen: 2.060 = 7,13%

4. USA: 1.258 = 4,35%

5. Kroatien: 1.254 = 4,34%

Stand: 21.12.2011, Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt

Kassel

Bevölkerungsgröße: **194.109** Einwohner mit Hauptwohnsitz

Anteil der ausländischen Bevölkerung: **12,6%** (24.527 Personen)

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (gesamt): **33,3 %**

(64.634 Personen/Ausländer-Aussiedler-Eingebürgerte)

Quelle: Stadt Kassel, Fachstelle Statistik; **Stand 31.12.2011**

(Nachfolgende Daten mit Unterstützung von MigraPro ermittelt)

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen:

0-5: insges. 9.912 = 5,1%

Ausländer: 582 = 0,3%

Personen mit

Migrationshintergrund: 4.844 = 2,5%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 4.486 = 2,3%

6-17: insges. 19.913 = 10,3%

Ausländer: 2.277 = 1,2%

Personen mit

Migrationshintergrund: 7.355 = 3,8%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 10.281 = 5,3%

18-64: insges. 125.698 = 64,8%

Ausländer: 19.272 = 9,9 %

Personen mit

Migrationshintergrund: 22.051 = 11,4%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 84.375 = 43,5%

65 und älter: insges. 38.485 = 19,8%

Ausländer: 2.396 = 1,2%

Personen mit

Migrationshintergrund: 5.857 = 3,0%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 30.232 = 15,6%

Anzahl der Nationalitäten: **151**

Größte Nationalitätengruppen:

Türkei	(7.950 = 4,1%)
Italien	(1.221 = 0,6%)
Polen	(1.215 = 0,6%)
Bulgarien	(969 = 0,5%),
Russ. Föderation	(790 = 0,4%)

Main-Kinzig-Kreis/Hanau

Bevölkerungsgröße:

Hanau: 90.529 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Hanau
(Stand: 30.09.2012, Quelle: Hanauer Zahlen aktuell 09/2012).

Main-Kinzig-Kreis mit Hanau: 407.234 Einwohner

Anteil der ausländischen Bevölkerung:

Hanau: 21%; (Stand: 30.09.2012, Quelle: Hanauer Zahlen aktuell 09/2012)

Main-Kinzig-Kreis mit Hanau: 10,04% (40.895)

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (gesamt):

Hanau: 35,7% (Stand: 30.09.2012; Quelle: Hanauer Zahlen aktuell 09/2012)

Main-Kinzig-Kreis mit Hanau: 23,3%

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen

Hanau: (Stand: 31.12.2011 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt „Hessische Gemeindestatistik“. Alle Prozentangaben bezogen auf die damalige Bevölkerung von 89.688 Einwohnern)

0-5: insg.: 5.068 (5,7%)	16-64: insg.: 59.192 (66%)
Ausländer: 422 (0,5%)	Ausländer: 13.247 (14,8%)
Deutsche: 4.646 (5,2%)	Deutsche: 45.945 (51,2%)
6-15: insg.: 7.775 (8,7%)	65 und älter: insg. 17.635 (19,7%)
Ausländer: 1.250 (1,4%)	Ausländer: 1.966 (2,2%)
Deutsche: 6.525 (7,3%)	Deutsche: 15.687 (17,5%)

Main-Kinzig-Kreis mit Hanau:

0-5: insg.: 20.071	18-64: insg.: 268.864
Ausländer: 1.228	Ausländer: 32.348
Deutsche: 18.843	Deutsche: 236.516
6-17: insg.: 35.932	65 und älter: insg.: 82.367
Ausländer: 3.339	Ausländer: 3.980
Deutsche: 32.593	Deutsche: 78.387

Anzahl der Nationalitäten:

Hanau: 144

(Stand: 31.12.11; Quelle: Sonderbericht: Bevölkerung der Stadt Hanau im Jahr 2011)

Main-Kinzig-Kreis: 151

(Stand: 31.12.2009; Quelle: AZR Jahresstatistik LRA Main-Kinzig-Kreis)

Größte Nationalitätengruppen:

Hanau: Türkei, Italien, Polen, Serbien und Montenegro, Spanien und Bosnien
(Stand: 31.12.11; Quelle: Sonderbericht: Bevölkerung der Stadt Hanau im Jahr 2011)

Main-Kinzig-Kreis: Türkei, Italien, Polen, Kroatien, Griechenland
(Stand: 31.12.2009, Quelle: AZR Jahresstatistik LRA Main-Kinzig-Kreis)

Modellregion Offenbach

Statistische Informationen aus dem Integrationsmonitoring,

Stadt Offenbach am Main, Statistik und Wahlen

Quelle: Melderegister OF, MigraPro

Bevölkerungsgröße: 121.970 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Offenbach am Main

(31.12.2011, Quelle: Melderegister OF, Statistik und Wahlen)

Anteil der ausländischen Bevölkerung: 31,8%

(31.12.2011, Quelle: Melderegister OF, Statistik und Wahlen)

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (gesamt): 54,3%

(31.12.2011, Quelle: Melderegister OF, MigraPro, Statistik und Wahlen)

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen:

(31.12.2011, Quelle: Melderegister OF, MigraPro, Statistik und Wahlen)

0-5: insg. 7.490 = 6,1%

Ausländer: 1.266 = 1,0%

Personen mit

Migrationshintergrund: 4.663 = 3,8%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 1.561 = 1,3%

6-17: insg. 13.978 = 11,5%

Ausländer: 3.756 = 3,1%

Personen mit

Migrationshintergrund: 6.478 = 5,3%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 3.744 = 3,1%

18-64: insg. 79.602 = 65,3%

Ausländer: 30.669 = 25,2%

Personen mit

Migrationshintergrund: 13.032 = 10,7%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 35.901 = 29,4%

65 und älter: insg. 20.900 = 17,1%

Ausländer: 3.092 = 2,5%

Personen mit

Migrationshintergrund: 3.294 = 2,7%

Personen ohne

Migrationshintergrund: 14.514 = 11,9%

Anzahl der Nationalitäten: 156

Größte Nationalitätengruppen:

1. Türkei (5,6%);

2. Griechenland (3,2%);

3. Italien (3,0%);

4. Polen (2,6%);

5. Rumänien (1,7%)

Wetzlar

Bevölkerungsgröße: 51.859 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Wetzlar

Anteil der ausländischen Bevölkerung davon: 11,9%

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund: ca. 25%;

exakte Daten werden z. Z. noch nicht erhoben

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen:

0-5: 2.657 Einwohner

6-17: 5.961 Einwohner

18-64: 32.069 Einwohner

65 und älter: 1.172 Einwohner

Anzahl der Nationalitäten: 112

Größte Nationalitätengruppen:

1. Türkei (4,3 %)
2. Griechenland (1%)
3. Polen und Spanien (0,5 %),
4. Italien und Russland (jeweils 0,4%)
5. Bosnien und Serbien (0,3%)

Quelle Ekom 21 GmbH; Stand: 30.06. 2012

Wiesbaden

Bevölkerungsgröße: 278.641 Einwohner mit Hauptwohnsitz in Wiesbaden

Anteil der ausländischen Bevölkerung: 17,2%

Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (gesamt): 32,6%

Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen (Ausländer)

0-5: 1.291 = 2,7%

6-17: 3.866 = 8,08%

18-64: 37.872 = 79,1%

65 und älter: 4.814 = 10%

**Anzahl der Nationalitäten (ohne ehemalige Staaten,
abhängige Gebiete, staatenlos und Land unbekannt): 164**

Größte Nationalitätengruppen:

1. Türkei (21%);
2. Polen (8,5%);
3. Italien (8%)

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik in Wiesbaden; Stand 31.12.2012

13.2 Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner der Modellregionen

Modellregion Hochtaunuskreis

Verantwortlich: Erster Kreisbeigeordneter
Dr. Wolfgang Müsse
Leitung des Fachbereichs: Barbara Becker

Dr. Uta George, Programmkoordinatorin
Tel.: 06172/999-4215
E-Mail: uta.george@hochtaunuskreis.de

Sandra Jörges, Programmkoordinatorin
Tel.: 06172/999-4216
E-Mail: sandra.joerges@hochtaunuskreis.de

Leitstelle Integration
Ludwig-Erhard-Anlage 1-5
61352 Bad Homburg

Informationen: www.hochtaunuskreis.de

Modellregion Kassel

Ullrich Bieker, Leiter Zukunftsbüro
Tel.: 0561/787-2187
E-Mail: ullrich.bieker@stadt-kassel.de

Peggy Niering, Programmkoordinatorin
Modellregion Integration
Tel.: 0561/787-2132
E-Mail: peggy.niering@stadt-kassel.de

Stadt Kassel
Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters/
Zukunftsbüro
Obere Königstraße 7
34117 Kassel

Informationen: www.zukunft-in-kassel.de;
www.stadt-kassel.de

Modellregion Main-Kinzig-Kreis/Hanau

Klaus Pichl, Projektleitung Main-Kinzig-Kreis
Tel.: 06051/85-12657
E-Mail: klaus.pichl@mkk.de

Anna Seipel, Programmkoordination
Tel.: 06051/85-18248
E-Mail: anna.seipel@mkk.de

Kreissozialamt
Barbarossastraße 24
63571 Gelnhausen

Ralf Drebes, Projektleitung Stadt Hanau
Tel.: 06181/295-511
E-Mail: ralf.drebes@hanau.de

Fachbereich 5 - Bildung,
Soziale Dienste und Integration
Fachabteilung Integration und Inklusion
Am Markt 14-18
63450 Hanau

Christian Russo, Programmkoordination
Tel.: 06181/295-1724
E-Mail: christian.russo@hanau.de

Am Markt 14-18
63450 Hanau

Informationen: www.mkk.de

Informationen: www.hanau.de

Offenbach

Ana-Violeta Sacaliuc, Koordinatorin
Modellregion Integration Offenbach
Tel.: 069/8065-2027
E-Mail: Ana-Violeta.Sacaliuc@offenbach.de

Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Rathaus, Zimmer 1110
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main

Dr. Matthias Schulze-Böing, Ansprechpartner
in der Verwaltung:
Tel.: 069/8065-8200
E-Mail: Schulze-boeing@offenbach.de

Stadt Offenbach am Main
Arbeitsförderung, Statistik und Integration
und MainArbeit

Kommunales Jobcenter Offenbach
Domstraße 72
63067 Offenbach am Main

Informationen: www.offenbach.de;
www.mainarbeit-offenbach.de

Wetzlar

Eva Schermbach, Programmkoordination
Tel.: 06441/99-2015
E-Mail: eva.schermbach@wetzlar.de

Peter Matzke, Leitung des Koordinationsbüros
der Stadt Wetzlar
Tel.: 06441/99-2010
E-Mail: Peter.matzke@wetzlar.de

Ernst-Leitz-Straße 30
35578 Wetzlar

Informationen: www.wetzlar.de

Wiesbaden

Razaw Akram, Programmkoordinatorin
Modellregion Integration Wiesbaden
Tel.: 0611/31-2181
E-Mail: Razaw.akram@wiesbaden.de

Amt für Zuwanderung und Integration (3302)
Koordinationsbüro Modellregion Integration
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden

Klaus Burgmeier, Leiter der Integrationsabteilung
Tel.: 0611/31-4415
E-Mail: Klaus.burgmeier@wiesbaden.de

Amt für Zuwanderung und Integration (3302)
Alcide-de-Gasperi-Straße 2
65197 Wiesbaden

Informationen: www.wiesbaden.de

13.3 Projektübersicht und Kontaktdaten

Tabelle 13-1: Kontaktinformationen der Projekte in der Modellregion Integration

Modellregion Hochtaunuskreis				
Projekttitel	Handlungsfeld	Projektträger	Adresse	Projektwebsite
Aufbau stabiler sozialer Beziehungen zwischen Kindern/ Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund	Kinder- und Jugendarbeit	DITIB – Türkisch-islamische Gemeinde Bad Homburg e.V.	Schaberweg 9 61348 Bad Homburg Tel.: 06172/25623	www.ulucamii.de/index.php/integration
Bildungscoaching für Migranten in Steinbach	Bildung/ Integration in den Arbeitsmarkt	Caritasverband für den Bezirk Hochtaunus e.V./ Stadt Steinbach	Bildungscoaching c/o Caritas Beratung Gartenstraße 23 61449 Steinbach/Taunus Tel.: 06171/27789-0	www.caritas-hochtaunus.de/73263.html
Case-Management	Arbeitsmarkt und soziale Teilhabe/ Bildung	Hochtaunuskreis	Leitstelle Integration Ludwig-Erhard-Anlage 1-5 61352 Bad Homburg v. d. Höhe Tel.: 06172/999-4216	www.hochtaunuskreis.de/Block/Gesellschaft+_+Soziales_+Gesundheit_+Verbraucherschutz_+Tierschutz-p-12/Modellregion+Integration/Case_Management.html
Einrichtung einer Lotsenvermittlungsstelle für Migranten im HTK	Ehrenamtliches Engagement/ Lots/innen	Internationaler Bund – Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e.V.	Lotsenvermittlungsstelle c/o IB-Jugendhilfe und Migration Borkenberg 11/ Hinterhaus 61440 Oberursel Tel.: 06171/926664	http://internationalerbund.de/index.php?id=13491
FaMiLos – Familienlotsen für Migranten	Ehrenamtliches Engagement/ Lots/innen	Freiwilligen-Agentur Neu-Anspach e.V.	FaMiLos c/o Freiwilligen-Agentur Usinger Land e.V. Theodor-Haubach-Weg 6 61267 Neu-Anspach Tel.: 01578/8190980	www.freiwilligen-agentur.net/unsere-projekte
Fit für den Schulübertritt – Professionelle Begleitung und Unterstützung beim Schulübertritt von der Grundschule in die weiterführende Schule für Familien mit Migrationshintergrund	Bildung/ Beratung	Verein zur Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher e.V.	„Fit für den Schulübertritt“ c/o Verein zur Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher e.V. Adenauer Allee 18 61440 Oberursel Tel.: 06171/25555	www.vak-oberursel.de
Integration durch Gesundheitsförderung und freizeitstrukturierende Maßnahmen von Kindern mit Migrationshintergrund und Sozialhilfeanspruch	Gesundheitsfürsorge	Deutsches Rotes Kreuz (DRK) Kreisverband Hochtaunus e.V.	DRK Hochtaunuskreis Kaiser-Friedrich-Promenade 5 61348 Bad Homburg Tel.: 06172/1295-0	www.drk-hochtaunus.de
Integrationsberater in Oberursel	Bildungsbeteiligung	Internationaler Verein Windrose e.V.	Windrose e.V. Neutorallee 18 61440 Oberursel Tel.: 06171/3945	www.windrose-oberursel.de
InterAct: join@taunus	Bildung/ Erwerb von Sozialkompetenz	basa e.V. Neu-Anspach	Interact c/o Basa e.V. Schulstr. 3 61267 Neu-Anspach Tel.: 06081/44968-78	www.basa.de
Heimat – Migration – Integration	Interkulturelle Öffnung/ Bildung	Förderkreis Freilichtmuseum Hessenpark e.V.	Geschäftsstelle im Freilichtmuseum Hessenpark Laubweg 5 61267 Neu-Anspach Tel.: 06081/588-170	www.hessenpark.de/index.php?id=kontaktfoerderkreis
Netzwerk Integration Friedrichsdorf (NIF)	Vernetzung	Stadt Friedrichsdorf	NIF c/o Magistrat der Stadt Friedrichsdorf Jugend- und Sozialamt Hugenottenstraße 55 61381 Friedrichsdorf Tel.: 06172/731-0	www.friedrichsdorf.de/ebeninfriedrichsdorf/netzwerkintegration.php
Interkulturelle Kompetenz als Schlüsselqualifikation für Beschäftigte (Inkas)	Interkulturelle Öffnung	vhs Hochtaunus	Inkas c/o vhs Hochtaunus Füllerstraße 1 61440 Oberursel Tel.: 06171/5848-0	https://vhs-hochtaunus.de

Modellregion Kassel				
Projekttitle	Handlungsfeld	Projekträger	Adresse	Projektwebsite
ABENTEUER MUSEUM Kultur baut Brücken – Kultur für alle Kinder	Bildung, Kultur/ Interkultur und Interkulturelle Öffnung	Magistrat der Stadt Kassel, Kulturamt	Stadt Kassel, Kulturamt Obere Königsstraße 8 34117 Kassel Tel.:0561/787-4012	http://kinderkultur.stadt-kassel.de/miniwebs/kinderkultur/16509/index.html
Die Kunst des Erzählens	Frühkindliche Sprachförderung	Theaterrat Palais Nord e.V. / SPIELRAUMTHEATER	Theaterrat Palais Nord e.V./ SPIELRAUM-THEATER Kirchweg 66 34119 Kassel Tel.: 0561/710689	www.spielraum-theater.de
Fuß fassen durch Bildungserfolg – Bildungsmentoren, Praktika und Workcamps in der Oberstufe	Bildungsbeteiligung	SELF Kassel e.V.	SELF Kassel e.V. Goethestr. 31 34119 Kassel Tel.: 0151/28216163	www.self-kassel.de
Interkulturelle Angebote in einer Bildungslandschaft Kasseler Osten	Bildungsbeteiligung	Förderverein der Joseph-von- Eichendorff- Schule .V.	Förderverein der Joseph-von- Eichendorff-Schule e.V. Eichwaldstraße 108 34123 Kassel Tel.: 0561/92003300	www.jves.de
Interkulturelles Selbsthilfeprojekt – Stärkung familiärer Selbstversorgung	Soziale Teilhabe	Zweckverband Diakonisches Werk Kassel	Zweckverband Diakonisches Werk Kassel Hermannstraße 6 34117 Kassel Tel.: 0561/71288-0	www.dw-kassel.de
Kassel bewegt Kulturen – Das miteinander zählt: Übungsleiterausbildung für Frauen mit Migrationshinter- grund	Sport und Gesundheit	Landessportbund Hessen e.V.	Landessportbund Hessen e.V. Auedamm 2 34121 Kassel Tel.: 0561/7390344	www.landessportbund-hessen.de
Kultursensible psychosoziale Beratung und Coaching für Jugendliche mit interkultureller Öffnung der offenen Jugendarbeit	Interkulturelle Öffnung	Internationaler Bund Kassel und Caritasverband Nordhessen-Kassel e.V.	Internationaler Bund Kassel Königsplatz 57 34117 Kassel Tel.: 0561/574637-22 Caritasverband Nordhessen- Kassel e.V. Die Freiheit 2 34117 Kassel Tel.: 0561/7004130	
Linnen und Seide	Kultur/Interkultur und interkulturelle Öffnung	Magistrat der Stadt Kassel, Kulturamt	Stadt Kassel Kulturamt Obere Königsstraße 8 34117 Kassel Tel.: 0561/787-4012	www.stadt-kassel.de
Müttertraining – Qualifizierung und Beratung für Mütter mit Migrations- hintergrund	Bildungsbeteiligung	BENGI e.V. Bettenhausener Frauengruppe International	BENGI e.V. Die Freiheit 14 34117 Kassel Tel.: 0561/50 958	www.bengi-ks.de
Professionalisierung von Fachkräften für die Gestaltung von Übergängen in Ausbildung und Beruf für bildungsferne Jugendliche mit Migrationshintergrund	Arbeitsmarkt	Magistrat der Stadt Kassel, Jugendamt	Stadt Kassel Jugendamt Obere Königsstraße 8 34117 Kassel Tel.:0561/787-1289	www.stadt-kassel.de
Sag mir, wer ich bin... sag mir, wer ich war...	Bildungsbeteiligung und Interkulturelle Öffnung	Schulverein DIALOG- Institut Dr. Kilian	Schulverein DIALOG-Institut Dr. Kilian Tischbeinstraße 32 34121 Kassel Tel.: 0561/710586	www.dialog-kilian.de
Sport und Spaß – so leicht geht das: Breiten- und Freizeitsport für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund	Sport und Gesundheit	Magistrat der Stadt Kassel/ Sportamt in Kooperation mit: Sportjugend Hessen „Integration durch Sport“; FSC Dynamo- Windrad e.V.; SV Türkgücü e.V.	Sportamt Stadt Kassel, Rathaus Obere Königsstraße 8 34117 Kassel Tel.: 0561/7875270	www.stadt-kassel.de www.sportjugend-hessen.de www.dynamo-windrad.de www.turkgucu-kassel.de

Modellregion Kassel				
Projekttitle	Handlungsfeld	Projektträger	Adresse	Projektwebsite
Sport verbindet – Ein Gesundheitsprojekt für ältere Migrantinnen	Sport und Gesundheit	Frauentreff Brückenhof - Verein zur Förderung stadtteilbezogener Frauenbildung e.V.	Frauentreff Brückenhof e.V. Brückenhofstraße 84 34132 Kassel Tel.: 0561/408388	www.frauentreff-brueckenhof.de
Sprache verbindet	Bildungsbeteiligung und Interkulturelle Öffnung	Kulturzentrum Schlachthof e.V.	Kulturzentrum Schlachthof e.V. Mombachstraße 12 34127 Kassel Tel.: 0561/98 350-0	www.schlachthof-kassel.de
Wir sind dabei..., wir wollen's wissen	Bildungsbeteiligung	Frauentreff Brückenhof - Verein zur Förderung stadtteilbezogener Frauenbildung e.V.	Frauentreff Brückenhof e.V. Brückenhofstraße 84 34132 Kassel Tel.: 0561/408388	www.frauentreff-brueckenhof.de
Wir sind dabei..., wir wollen's wissen	Bildungsbeteiligung	Kulturzentrum Schlachthof e.V.	Kulturzentrum Schlachthof e.V. Mombachstraße 12 34127 Kassel Tel.: 0561/98 350-0	www.schlachthof-kassel.de

Modellregion Main-Kinzig Kreis/Hanau				
Projekttitel	Handlungsfeld	Projektträger	Adresse	Projektwebsite
Familienschule International	Ehrenamtliches Engagement/ Lotse/innen	Stadt Erlensee	Stadt Erlensee Am Rathaus 3 63526 Erlensee Tel.: 06183/915150	www.erlensee.de
Impulse für die kulturelle Vielfalt in der Verwaltung	Politik und Verwaltung/ Interkulturelle Öffnung	Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau	Kreissozialamt Main-Kinzig-Kreis Barbarossastraße 24 63571 Gelnhausen Tel.: 06051/8512657	www.integration-mkk- hanau.de
Integration durch Sport	Gesundheit und Sport	Stadt Wächtersbach	Stadt Wächtersbach Main-Kinzig-Str. 31 63607 Wächtersbach Tel.: 06053/80253	www.waechtersbach- online.de
Integrationsbüro	Politik und Verwaltung/ Beratung	Kreisausschuss Main-Kinzig-Kreis	Kreissozialamt Main-Kinzig-Kreis Barbarossastraße 24 63571 Gelnhausen Tel.: 06051/8512657	www.integration-mkk- hanau.de
Integrationswegweiser	Lokale Öffentlichkeit	Main-Kinzig-Kreis und Stadt Hanau	Kreissozialamt Main-Kinzig-Kreis Barbarossastraße 24 63571 Gelnhausen Tel.: 06051/8512657	www.integration-mkk- hanau.de
Internationale Verständigung durch kulturellen Austausch	Bildung und Kultur	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau Alfred- Delp-Str. 10a 63450 Hanau Tel.: 06181/32548	www.hanau.de/service/dl/ 018030/
Jugendbüro und Familienzentrum „Check in“	Jugendarbeit/ Beratung	Stadt Schlüchtern	Stadt Schlüchtern Krämerstraße 2 36381 Schlüchtern Tel.: 06661/85850	www.checkin- schluechtern.de
Mädchensache	Bildung und Kultur	Stadt Wächtersbach	Stadt Wächtersbach Main-Kinzig-Str. 31 63607 Wächtersbach Tel.: 06053/80253	www.waechtersbach- online.de
Meine Heimatstadt – Geschichte entdecken, Kultur erleben	Bildung und Kultur	Magistrat der Stadt Hanau, Abteilung Umwelt und Integration	Magistrat der Stadt Hanau Am Markt 14-18 63450 Hanau Tel.: 06181/295-0	www.hanau.de
Mitternachtsport	Gesundheit und Sport	Stadt Wächtersbach	Stadt Wächtersbach Main-Kinzig-Str. 31 63607 Wächtersbach Tel.: 06053/80253	www.waechtersbach- online.de
Modellfirmen zur Qualifizierung	Wirtschaft und Arbeitsmarkt	Magistrat der Stadt Hanau, Abteilung Umwelt und Integration	Magistrat der Stadt Hanau Am Markt 14-18 63450 Hanau Tel.: 06181/295-0	www.hanau.de
Neue Partnerschaften – Vereine und interkulturelle Öffnung	Interkulturelle Öffnung	Stadt Maintal	Stadtverwaltung Maintal Klosterhofstraße 4-6 63477 Maintal Tel.: 06181/400-339	www.maintal.de
Qualifizierung von Vereinen	Interkulturelle Öffnung	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau Alfred- Delp-Str. 10a 63450 Hanau Tel.: 06181/32548	www.hanau.de/service/dl/ 018030/
Stadtteilmütter/ Elternlotsenprojekt	Ehrenamtliches Engagement/ Lotse/innen	Sprungbrett Familien- und Jugendhilfe Hanau e.V.	Sprungbrett Familien- und Jugendhilfe e.V. Richard-Küch-Str. 4 63452 Hanau Tel.: 06181/1805210	www.verein- sprungbrett.org
Stärkung der lokalen Migrantenökonomie	Wirtschaft und Arbeitsmarkt	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau	Stadtteilzentrum Süd-Ost Hanau Alfred- Delp-Str. 10a 63450 Hanau Tel.: 06181/32548	www.hanau.de/service/dl/ 018030/

Modellregion Offenbach				
Projekttitle	Handlungsfeld	Projekträger	Adresse	Projektwebsite
Ausbildung und Beschäftigung von jungen Migranten und Migrantinnen zu Trainern, Übungsleitern und Projektleitern	Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung/ Bildung	Boxclub Nordend Offenbach e.V.	Boxclub Nordend Offenbach e.V. Hafen 19 63067 Offenbach Tel.: 0178/7803503	www.boxclub-nordend-offenbach.de
Gemeinsam für Integration in Offenbach – eine Partnerschaft der Stadt mit den lokalen Migrantenorganisationen	Förderung von zivilgesellschaftlichen Potenzialen/ Bildung	Stadt Offenbach am Main	Stadt Offenbach am Main Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration Berliner Str. 100 63065 Offenbach Tel.: 069/8065-2027	www.offenbach.de
Geschichte und Gegenwart der Zuwanderung nach Offenbach - eine Sonderausstellung im Haus der Stadtgeschichte, Museum	Förderung von zivilgesellschaftlichen Potenzialen/ Bildung	Stadt Offenbach am Main	Stadt Offenbach am Main Haus der Stadtgeschichte, Museum Herrnstr. 61 63065 Offenbach Tel.: 069/8065-2072	www.offenbach.de
Gruppentreffen im Stadtteil	Ausbau sozialraumbezogener Integrationsmaßnahmen/ Bildung	KUBI – Verein für Kultur und Bildung e.V.	KUBI – Verein für Kultur und Bildung e.V. Bleichstr. 16 63065 Offenbach a. M. Tel.: 069/93996541	www.egitim.de
Informations- und Austauschtreff türkischsprachiger Angehöriger behinderter Menschen	Gesundheitsförderung und Gesundheitsaufklärung/ Bildung	Werkstätte Hainbachtal	Werkstätte Hainbachtal Waldstr. 353 63071 Offenbach Tel.: 069/85002436	www.werkstaetten-hainbachtal.info
Integration im Quartier	Ausbau sozialraumbezogener Integrationsmaßnahmen/ Bildung	Stadt Offenbach am Main	Stadt Offenbach am Main Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration, Quartiersmanagement Kraftstr. 29 63065 Offenbach Tel.: 069/85093623	www.offenbach.de
KIESEL (Kind-Schule-Eltern)	Bildung und Elternschule/ Bildung	CGIL-Bildungswerk	CGIL-Bildungswerk Luisenstr. 16 63067 Offenbach Tel.: 069/66968753	www.cgil-bildungswerk.de/projekte/laufende/titel/kiesel-kind-schule-eltern
Sprache und Integration leicht gemacht	Bildung und Elternschule/ Bildung	Stadt Offenbach am Main	Stadt Offenbach am Main Jugendamt Berlinerstr.100 63065 Offenbach Tel.: 069/8065-3610	www.offenbach.de

Modellregion Wetzlar				
Projekttitlel	Handlungsfeld	Projekträger	Adresse	Projektwebsite
Medienwerkstatt Westend HESSENCAM	Kulturelle Integration	Kath. Domgemeinde Wetzlar	Kath. Domgemeinde Goethestr.2 35578 Wetzlar Tel.: 06441/42493	www.hessencam.de
ProMi (Pro Migrantinnen) im Aufwind	Berufliche Integration	Diakonisches Werk der evang. Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar	Diakonisches Werk der evang. Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar Langgasse 3 35576 Wetzlar Tel.: 06441/381987 15	www.diakonie-lahn- dill.de
Integration durch Bildung- Lernen mit HIPPY – für Kinder und Eltern mit Migrationshinter- grund	Sprachförderung und Elternbildung	Caritasverband Wetzlar/ Lahn-Dill-Eder e.V.	Caritasverband Wetzlar/ Lahn-Dill-Eder e.V. Goethestr. 13 35578 Wetzlar Tel.: 06441/902623	www.cvwetzlar-lahn- dill-eder.caritas.de
Projekt zur Förderung der Elternkompetenz und des Spracherwerbs in Hermannstein „Neu im Leben- Fit in Deutsch“	Sprachförderung, frühkindliche Bildung und Elternstärkung- und -bildung	Diakonie Lahn Dill	Diakonie Lahn Dill Langgasse 3 35576 Wetzlar Tel.: 06441/381987 15	www.diakonie-lahn- dill.de
Aufbau von Bildungspartner- schaften im Elementar- und Primarbereich in Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil	Sprachförderung und Elternbildung	Magistrat der Stadt Wetzlar	Magistrat der Stadt Wetzlar Koordinationsbüro Ernst- Leitz- Str. 30 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99 2015	www.wetzlar.de
Peergroup Education Buddy (Aufeinander achten, füreinander da sein) WuSL (Wir helfen uns gegenseitig, Schüler werden zu Lehrenden)	Schule und kulturelle Integration	Diakonisches Werk der evang. Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar	Diakonisches Werk der evang. Kirchenkreise Braunfels und Wetzlar Langgasse 3 35576 Wetzlar Tel.: 06441/38198715	www.diakonie-lahn- dill.de
Leben und Lernen in Girmes	Schnittstelle Schule - Freizeit, Elternstärkung Bildungsangebote und Ehrenamtliches Engagement	Evangelische Kirchengemeinde Niedergirmes	Evangelische Kirchengemeinde Niedergirmes Kirchstrasse 7 35576 Wetzlar Tel.: 06441/3090629	www.kirchenkreis- braunfels.de/ekkb_ekk w/ekkb/html/niedergirm es.html
Migranten und Migrantinnen werden als Übungsleiter und Übungsleiterinnen für sportartübergreifenden Breitensport ausgebildet	Sport und Stärkung des ehrenamtlichen Engagements	Sportjugend Hessen, Programm „Integration durch Sport“	Sportjugend Hessen, Programm „Integration durch Sport“ Friedenstraße 99 35578 Wetzlar Tel.: 06441/979615	www.sportjugend- hessen.de/Programm- Integration-durch- Sport-IdS.179.0.html
Vorlesen in Familien in Wetzlar	Sprachförderung und Elternbildung	Phantastische Bibliothek Wetzlar, gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts	Phantastische Bibliothek Wetzlar, gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts Turmstraße 20 35578 Wetzlar Tel.: 06441/4001	www.phantastik.eu
Radfahr-Projekt in Niedergirmes	Sport und Gesundheit	Internationaler Bund	Internationaler Bund Moritz-Budge-Str. 28 35576 Wetzlar Tel.: 06441/4478710	http://internationaler- bund.de
Schwimmi – Das Wetzlarer Schulschwimmprojekt	Sport	Magistrat der Stadt Wetzlar, Sportamt	Magistrat der Stadt Wetzlar, Sportamt Ernst-Leitz-Straße 30 35576 Wetzlar Tel.: 06441/995201	www.wetzlar.de
Bewegungsgutschein	Sport	Sportkreis 13	Sportkreis 13 Karl-Kellner-Ring 13 35576 Wetzlar Tel.: 06441/995213	www.sportkreis- wetzlar.de
Interkulturelles Theater mit Schülerinnen und Schülern	Kulturelle Integration	VHS Wetzlar	VHS Wetzlar Steinbühlstr. 5 35578 Wetzlar Tel.: 06441/994308	www.vhs-wetzlar.de
Evaluation der Instrumente/ Angebote für die Potential-/ Kompetenz-Feststellung der Migrantinnen und Migranten in Wetzlar und dem Lahn-Dill-Kreis	Berufliche Integration	Magistrat der Stadt Wetzlar, Volkshochschule	Magistrat der Stadt Wetzlar Volkshochschule Steinbühlstr. 5 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99 43 01	www.vhs-wetzlar.de

Modellregion Wetzlar				
Projekttitle	Handlungsfeld	Projekträger	Adresse	Projektwebsite
Literatur auf der Spur – Zwei Tage zum Thema Goethe, Wetzlar und „Werther“ mit Besuch des Lottehauses und der Stadtbibliothek	Kulturelle Integration	Magistrat der Stadt Wetzlar, Volkshochschule	Magistrat der Stadt Wetzlar Volkshochschule Steinbühlstr. 5 35578 Wetzlar Tel.: 06441/99 43 01	www.vhs-wetzlar.de
Aufbau von Beratungs- und Freizeitangeboten für Senioren mit Migrationshintergrund im Quartier – Aktive Ältere	Zivilgesellschaft und kulturelle Integration	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Lahn-Dill e.V.	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Lahn-Dill e.V. Walkmühlenweg 5 35745 Herborn Tel.: 02772/95960	www.awo-lahn-dill.de
Was kochst/schreibst/ malst du?	Kulturelle Integration	VHS Wetzlar	VHS Wetzlar Steinbühlstr. 5 35578 Wetzlar Tel.: 06441/994308	www.vhs-wetzlar.de
Integrationslotsen	Kulturelle Integration, Zugang zu Bildungsressourcen, Sprachförderung, Elternbildung	Freiwilligenzentrum Mittelhessen e.V.	Freiwilligenzentrum Mittelhessen e.V. Elsa-Brandström-Str. 18 35578 Wetzlar Tel.: 06441/959295	www.freiwilligenzentrum-mittelhessen.de
Internationales Orchester	Kultur	Magistrat der Stadt Wetzlar, Volkshochschule	Magistrat der Stadt Wetzlar Volkshochschule Steinbühlstr. 5 35578 Wetzlar Tel.: 06441/994301	www.vhs-wetzlar.de
Kontakt- und Bildungsnetzwerk in Girmes	Vernetzung und Bildung	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Lahn-Dill e.V.	Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Lahn-Dill e.V. Walkmühlenweg 5 35745 Herborn Tel.: 02772/95960	www.awo-lahn-dill.de

Modellregion Wiesbaden				
Projekttitle	Handlungsfeld	Projekträger	Adresse	Projektwebsite
Erstberatungsstelle der Landeshauptstadt Wiesbaden für Zuwanderer mit im Ausland erworbenen Abschlüssen	Arbeitsmarkt/ Beratung	Amt für Zuwanderung und Integration	Amt für Zuwanderung und Integration Integrationsabteilung 2. Stock, Zimmer 214 Alcide-de-Gasperi-Str. 2 65197 Wiesbaden Tel.: 0611/312148	http://www.wiesbaden.de/vv/oe/05/33/141010100000002647.php ; http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/110302_Flyer_Erstberatungsstelle_rz-xs.pdf
Integrationsassistenten Wiesbaden – Strukturelle Integration erfolgreich gestalten	Arbeitsmarkt/ Beratung	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.	Geschäftsstelle im Roncalli-Haus Friedrichstraße 26–28 65185 Wiesbaden Tel.: 0176/37606758	http://www.caritas-wiesbaden-rheingau-taunus.de/ ; http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/Integrationsassistenten_09_100311.pdf
Kompetenzen als Chance Neue Wege in den Beruf für qualifizierte Migrantinnen	Arbeitsmarkt/ Beratung	BerufsWege für Frauen e.V.	Neugasse 26/ Ecke Marktstraße 65183 Wiesbaden Tel.: 0611/590299	www.berufswege-fuer-frauen.de ; http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/gesellschaft-soziales/Flyer_Berufswege_2012.pdf
Hessischer Bildungskredit	Arbeitsmarkt/ Beratung	KIZ gemeinnützige Projektgesellschaft mbH	Herrman-Steinhäuser-Str. 43-47 63065 Offenbach Tel.: 069/667796104	http://komifi.de/hessischer-bildungskredit/

Literaturverzeichnis

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012):

Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Bielefeld.

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Bildungsstand/BildungDeutschland5210001129004.pdf?__blob=publicationFile

Arbeitskreis „Charta für eine kultursensible Altenpflege“ (2002):

Für eine Kultursensible Altenpflege. Eine Handreichung. Köln.

http://www.kultursensible-altenhilfe.de/download/materialien_kultursensibel/handreichung.pdf

Bundesagentur für Arbeit (2012):

Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer, Januar 2012. Nürnberg.

<http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201201.pdf>

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010):

Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009. Bonn.

http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwilligensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

Bundesministerium für Gesundheit (Hrsg.) (2011):

Abschlussbericht zur Studie „Wirkung des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes“. Berlin.

https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/dateien/Publikationen/Pflege/Berichte/Abschlussbericht_zur_Studie_Wirkungen_des_Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes.pdf

Bundesministerium der Justiz (2011):

Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen.

Bundesgesetzblatt Jahrgang 2011 Teil 1 Nr. 63. Bonn.

<http://www.erkennung-in-deutschland.de/media/bqfg.pdf>

Bundesregierung (2007):

Der Nationale Integrationsplan. Berlin.

http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2007/07/Anlage/2007-07-12-nationaler-integrationsplan.pdf;jsessionid=F9B606C9E7CB4CEEBC6602AADA099CE.s4t1?__blob=publicationFile&v=3

DESTATIS (2012):

Kindertagesbetreuung in Deutschland 2012. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 6. November 2012 in Berlin.

https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2012/kindertagesbetreuung/begleitmaterial_PDF.pdf?__blob=publicationFile

Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) (Hrsg.) (2010):

DOSB. Integration durch Sport. Programmkonzeption. Frankfurt.

http://www.integration-durch-sport.de/fileadmin/fm-dosb/arbeitsfelder/ids/files/downloads_pdf/downloads_2011/DOSB_Programmkonzeption_IdS_Styleguide_asc.pdf

Esser, Hartmut (2000):

Assimilation, Integration und ethnische Konflikte:

Können sie durch „Kommunikation“ beeinflusst werden? S. 25–37 in: Schatz, Heribert/Holtz-Bacha, Christina/Nieland, Jörg-Uwe (Hrsg.) (2000): Migrantinnen und Medien. Opladen

Esser, Hartmut (2000):

Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2:

Die Konstruktion der Gesellschaft. Frankfurt am Main/New York.

Europäisches Forum für Migrationsstudien (efms) INTPOL Team (2006):

Integration and Integration Policies. IMISCOE Network Feasibility Study. Bamberg.

Forum für eine kultursensible Altenhilfe (Hrsg.) (2009):

Memorandum für eine kultursensible Altenhilfe. Ein Beitrag zur Interkulturellen Öffnung am Beispiel der Altenpflege. Bonn u.a.
http://www.kultursensible-altenhilfe.de/download/materialien_kultursensibel/memorandum2002.pdf

Geiss, Sabine/Gensicke, Thomas (2006):

Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (Hrsg.):
Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 - 2004. Wiesbaden, S. 302 - 349.

George, Uta (2011):

Kommunale Integrationspolitik im Hochtaunuskreis - eine hessische Modellregion für Integration. In: Migration und Soziale Arbeit, Heft 4, S. 318 - 324.

Heckmann, Friedrich (2007):

Bedingungen erfolgreicher Integration auf kommunaler Ebene. S. 27 - 34. In: Bundesamt für Migration und Flüchtlingen (BAMF) (Hrsg.): Zuwanderung und Asyl in Deutschland - Herausforderungen und Perspektiven aus Sicht der deutschen Partner im Europäischen Migrationsnetzwerk. Nürnberg.

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2010):

Fach- und Fördergrundsätze zum Landesprogramm „Förderung von Modellregionen Integration“, Staatsanzeiger für das Land Hessen, 18/2010, S. 1300.

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012):

Bildungswelten - Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Hessen. Wiesbaden.
http://www.hmdj.hessen.de/irj/HMdJ_Internet?cid=8f9cd54ba05fb616ec361387c2fc4753

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012):

Bildungswelten II - Frühkindliche Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund in hessischen Kindertageseinrichtungen. Wiesbaden.
http://www.integrationskompass.de/global/show_document.asp?id=aaaaaaaaaacvad

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012):

„Integration - wie geht das?“, Integration - Menschen, Vielfalt und Potenziale, Zugehörigkeit schaffen durch KIM - Kommunales Integrationsmanagement. Handreichung. Wiesbaden.

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012):

Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Vielfalt in Hessen leben und gestalten. Wiesbaden.

Klenk, Tanja/Nullmeier, Frank (2004):

Public Governance als Reformstrategie. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf.

Knepel, Helmut (1999):

Datenorientierte Analyse ökonomischer Systeme, in: Roth, Erwin/Holling, Heinz (Hrsg.) (1999): Sozialwissenschaftliche Methoden, 5. Aufl., München u. a., S. 625.

Kohls, Martin (2012):

Pflegebedürftigkeit und Nachfrage von Pflegeeinrichtungen von Migrantinnen und Migranten im demographischen Wandel. Forschungsbericht 12. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nürnberg.
http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb12-pflegebeduerftigkeit-pflegeleistungen.pdf?__blob=publicationFile

Matzner, Michael (Hrsg.) (2012):

Handbuch Migration und Bildung. Weinheim u. a.

Reichwein, Alfred/Vogel, Stephanie (2004):

Integrationsarbeit - effektiv organisiert: Ein Handbuch für Kommunen. Düsseldorf.

Thompson, Grahame et al. (1991):

Markets, Hierarchies and Networks - The coordination of social life. London.

Herausgeber

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Luisestraße 13, 65185 Wiesbaden
www.hmdj.hessen.de
V.i.S.d.P. Herr Dr. Liedel

Redaktion

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa
Abteilung Integration, Referat V/A2
Frau Schindel, Frau Kawa, Frau Dr. Bahmad, Frau Würfel, Herr Dr. Böhmeke-Tillmann

in Kooperation mit:

efms - europäisches forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg
Frau Stefanie Reiter
Katharinenstraße 1, 96052 Bamberg
www.efms.de

Verfasser

Kapitel 3.1 und 11: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Beiträge zu den Modellregionen Integration (Kapitel 3.3.)

von den Programmkoordinatorinnen und dem Programmkoordinator:

Frau Razaw Akram - Stadt Wiesbaden
Frau Dr. Uta George - Hochtaunuskreis
Frau Peggy Niering - Stadt Kassel
Herr Christian Russo - Stadt Hanau
Frau Ana-Violeta Sacaliuc - Stadt Offenbach
Frau Eva Schermbach - Stadt Wetzlar
Frau Anna Seipel - Main-Kinzig-Kreis

Zusammenfassung, Kapitel 2, 3 (ohne 3.1 und 3.3), 4 bis 10 und 12:

efms - europäisches forum für migrationsstudien, Institut an der Universität Bamberg
Frau Franziska Pohl und Frau Stefanie Reiter

© Fotonachweis

Titel: ImageSource; MEV-Verlag GmbH; ccvision.de; Photodisc Memorable Moments Getty Images; **S. 9, 30, 177** fotolia.com, Robert Kneschke; **S. 10, 21, 42, 63, 73, 93** Hermann Heibel, Wiesbaden; **S. 11, 57, 171** fotolia.com, alphaspirt; **S. 13** fotolia.com, koszivu; **S. 14, 166** fotolia.com, pressmaster; **S. 16** fotolia.com, lassedesignen; **S. 19, 25, 76, 116, 145, 154** iStock; **S. 20, 44, 45, 59, 119 oben, 143, 156** Hochtaunuskreis; **S. 23** fotolia.com, yuryimaging; **S. 24, 160 oben** fotolia.com, peshkova; **S. 26** fotolia.com, denis_pc; **S. 29, 47, 102, 104, 106, 107, 111, 119 unten, 134**, Kassel; **S. 31** ImageSource; **S. 33** fotolia.com, Chariclo; **S. 35** fotolia.com, Sergey Nivens; **S. 28, 51, 80, 97, 121, 123, 131, 132, 138, 159, 164** Main-Kinzig-Kreis/Hanau; **S. 63** fotolia.com, Viorel Sima; **S. 66** fotolia.com, Picture-Factory; **S. 77** fotolia.com, .shock; **S. 84** fotolia.com, Rudie; **S. 89** fotolia.com, WavebreakmediaMicro; **S. 96** fotolia.com, andresinfinite; **S. 99** fotolia.com, contrastwerkstatt; **S. 101, 152, 158, 162** Offenbach; **S. 108, 146, 151, 160 unten** Wetzlar; **S. 114** fotolia.com, Christian Schwier; **S. 125** fotolia.com, Hans-Joerg Nisch; **S. 127** fotolia.com, Yuri Arcurs; **S. 135** fotolia.com, Dmitry Naumov; **S. 136** fotolia.com, eTa-Artworks; **S. 141** fotolia.com, mma23; **S. 149** Zoreh Almadani, Kassel; **S. 157** fotolia.com, Matthias Enter; **S. 165** fotolia.com, NAN; **S. 179** fotolia.com, Franz Pfluegl

Gestaltungskonzept & Artwork

Nina Faber de.sign, Wiesbaden

Druck

Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Dörnbach 22, 34286 Spangenberg

www.integrationskompass.de

Weitere Informationen zum Landesprogramm Modellregionen Integration erhalten Sie in den Broschüren „Vielfalt ist Hessens Zukunft! Modellregionen Integrationen Halbzeitbilanz“ und „Integration - Wie geht das?“

Anmerkung zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern verwendet werden. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



Hessisches Ministerium der Justiz,
für Integration und Europa